

# ***ROHSTOFF- UND ENERGIESICHERHEIT***

## ***Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnen- generation***



# **SAFRAN 04**

**Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,  
Abrüstung und nachhaltige Entwicklung**

**Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung  
Georg Leitner, Rita Glavitzka, Thomas Roithner und  
Alexandra Elbling (Hrsg.)**

**ROHSTOFF- UND ENERGIESICHERHEIT  
Analysen und Perspektiven einer jungen  
ForscherInnengeneration**

## **SAFRAN**

Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,  
Abrüstung und nachhaltige Entwicklung

Diese Forschungsreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) soll jungen, noch wenig bekannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit geben, ihre Forschungsarbeiten zu unterschiedlichen Fragen der internationalen Beziehungen, der Friedensforschung, der Abrüstung und der nachhaltigen Entwicklung zu veröffentlichen. Diese Arbeiten wurden u.a. im Rahmen von Praktika in Wien oder bei den JungforscherInnenworkshops im Rahmen der Schlaininger Sommerakademien erarbeitet.

Diese in der Reihe veröffentlichten Beiträge widerspiegeln die Sicht der AutorInnen und müssen nicht mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen.

### **Redaktion:**

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK)  
Außenstelle Wien, Thomas Roithner  
Wiedner Gürtel 10, A – 1040 Wien  
Tel. 0043 – (0)1 – 79 69 959, Fax 0043 – (0)1 – 79 65 711  
e-mail: roithner@aspr.ac.at

© 2008, ÖSFK Burg Schlaining  
Rochusplatz 1, A – 7461 Stadtschlaining  
Tel. 0043 (0)33 55 – 2498, Fax 0043 (0)33 55 – 2662  
e-mail: aspr@aspr.ac.at, Web: <http://www.aspr.ac.at>  
© Coverlayout: Doris Engelmeier  
Layout: Georg Leitner

ÖSFK / Georg Leitner / Rita Glavitzka / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hrsg.):  
Rohstoff- und Energiesicherheit: Analysen und Perspektiven einer jungen Forscher-  
Innengeneration, SAFRAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Ab-  
rüstung und nachhaltige Entwicklung, Paper Nr. 04, Wien, Juli 2008 (abrufbar unter:  
<http://www.aspr.ac.at/sak2007/safran04.pdf>)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

**Key words:** Krieg, Energiesicherheit, Rohstoffkonflikte, Ressourcenkonflikte

Gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

**BM.W.F<sup>a</sup>**

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>7</b>
Stephan Heidbrink: <b>Europäische Geopolitik? – Die Energieversorgungssicherheit der EU</b>	<b>9</b>
Georg Leitner: <b>Der geopolitische Wettstreit um Rohstoffe in der Kaspischen Konfliktregion – eine Analyse russischer und US-amerikanischer Interessen</b>	<b>25</b>
Corinna Windisch: <b>Der Černobyl'-Unfall unter drei russischen Präsidentschaften – Diskursüberblick in Izvestija und Ogonek</b>	<b>39</b>
Andrea Perchthaler: <b>Dezentralisierung: Mögliches Mittel zur Konfliktreduktion und Armutsbekämpfung</b>	<b>50</b>
Rita Glavitzka: <b>„Doing things the traditional way“ – Ressourcenkonflikte und Lösungsmechanismen am Horn von Afrika</b>	<b>59</b>
Tamara Neubauer: <b>Hoffnungsträger erneuerbare Ressourcen – Friedenssicherung oder beschleunigte Entropiezunahme?</b>	<b>77</b>
Axel Sonntag: <b>Perspektiven zur Reduktion des Erdölverbrauches im österreichischen Straßenverkehr</b>	<b>85</b>
<b>Die Autorinnen und Autoren</b>	<b>101</b>



## Vorwort

Das nahende Ende des fossilen Zeitalters hat vermehrt zu einer medialen, wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Rohstoffsicherheit und entsprechenden Konflikten und Kriegen geführt. Die Aktualität dieser Thematik lässt sich nicht nur anhand des andauernden Irakkrieges, sondern u.a. auch im Bezug auf den wachsenden Energiehunger von Schwellenländern wie China und Indien beobachten. Während die EU derzeit eher auf „soft power“ zur Durchsetzung ihrer Rohstoffinteressen setzt und Energiekooperationen mit ihrem rohstoffreichen Nachbarn Russland eingeht, bedienen sich die USA eher einer „hard power“-Strategie und einer aggressiven Außenpolitik, um ihren immensen Energiehunger zu stillen. Aufgrund der immer knapper werdenden fossilen Rohstoffe ist ein Umstieg auf ein nachhaltiges Energieregime vonnöten. Manche Alternativen, wie etwa die Produktion von Biosprit, haben jedoch fatale Auswirkungen auf die Nahrungsmittelsicherheit von Entwicklungsländern, sowie auch eine zunehmende Verwendung von Atomenergie nicht zu einer längerfristigen Lösung des Ressourcenproblems führen kann.

Im diesem Sammelband, welcher die vierte Ausgabe der SAFRAN-Reihe (Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung) darstellt, wird dieses komplexe Thema von den aus unterschiedlichen Disziplinen stammenden AutorInnen aus verschiedensten Blickwinkeln betrachtet. Somit soll ein breiterer Zugang zur Thematik ermöglicht und dem Prinzip der Interdisziplinarität Rechnung getragen werden. Die enthaltenen Beiträge gehen auf die Vorträge des JungforscherInnenworkshops zurück, welcher unter der Leitung von Rita Glavitzka und Georg Leitner im Rahmen der 24. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Burg Schlaining) im Juli 2007 stattgefunden hat. Im Rahmen dieses Workshops wurde NachwuchsforscherInnen die Möglichkeit gegeben, ihre eigenen Gedanken, Theorien und Ansätze zum Themenkomplex „Rohstoff- und Energiesicherheit“ in einem außeruniversitären Rahmen zu präsentieren und zu diskutieren.

Die ersten beiden Beiträge geben einen allgemeinen Überblick über das Thema. Stephan Heidbrink setzt sich in seinem Artikel mit der Energieversorgungssicherheit der EU auseinander und beschreibt, wie diese einerseits eine Strategie der „weichen Geopolitik“ verfolgt, andererseits jedoch aufgrund mehrerer Rückschläge ein neuimperialer Diskurs entfacht worden ist. Hierbei wird auch die Rolle Europas als Akteur in der globalen politischen Ökonomie und das energiepolitische Verhältnis zum rohstoffreichen Nachbarn Russland herausgearbeitet.

Georg Leitner analysiert die russischen und US-amerikanischen Interessen in der Kaspischen Region, wobei die aufgrund von Rohstoffkonflikten und der NATO-Osterweiterung in letzter Zeit oft gehörten Annahmen eines „Neuen Kalten Krieges“ oder eines „New Great Game“ in der Kaspischen Konfliktregion kritisch hinterfragt werden. Weiters beschreibt der Autor, wie durch die Unterstützung externer Mächte und Ölfirmen ethnische Konfliktlagen in der Region fortgeschrieben und autoritäre Regime gestützt werden.

Corinna Windisch arbeitet in einer Diskursanalyse die Darstellung des Unfalls in Tschernobyl in zwei russischen Medien während drei russischen Präsidentschaften

heraus. Die Atomkraft wird aufgrund der zu Ende gehenden fossilen Rohstoffe oft als vielversprechende Alternative propagiert, was zu einer Renaissance der Atomenergie geführt hat. Gerade deshalb ist eine kritische Betrachtung des verheerenden Reaktorunfalls in Tschernobyl heutzutage aktueller denn je.

Anschließend beschreibt Andrea Perchthaler das Konzept der Dezentralisierung als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zur Konfliktreduktion und Armutsbekämpfung. Gerade in Entwicklungsländern ist die Frage der Verteilung von Rohstoffen besonders virulent, weshalb die Autorin auch auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit eingeht und exemplarisch die Dezentralisierung im Wassersektor skizziert.

Im Anschluss stellt Rita Glavitz abseits gängiger Medien- und Wissenschaftsdiskurse über Konflikte in ressourcenreichen Ländern in ihrem Beitrag Ressourcenkonflikte in Somaliland vor, einem „de-facto“ souveränen Staat in der „vergessenen“ Konfliktregion am Horn von Afrika. Nach einer differenzierten Betrachtung von Ressourcenkonflikten und ökonomischen Interessen in einem komplizierten ökologischen und sozio-politischen Kontext werden lokale Lösungsmechanismen zwischen Staat, traditionellem Gewohnheitsrecht und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie (Internationalen und Lokalen) NGOs diskutiert.

Eine kritische Sichtweise auf die friedenssichernde Wirkung erneuerbarer Ressourcen bietet Tamara Neubauer in ihrem Beitrag. Die Autorin konstatiert, dass deren Erzeugung wiederum selbst viel Energie in Anspruch nimmt und des Weiteren politische Machtstrukturen durch den Umstieg auf erneuerbare Energie nicht notwendigerweise aufgehoben werden, da nicht zuletzt technologisches „know how“ als Ressource ebenso umkämpft und ungleich verteilt ist. In diesem Sinn sieht die Autorin eine Lösung der Energieproblematik nur in der grundsätzlichen Änderung menschlichen (politischen wie ökonomischen) Verhaltens, verbleibt aber abschließend eher pessimistisch, da „wir“ unter anderem angesichts gegenwärtiger globaler demographischer Verhältnisse offensichtlich nicht mehr zu den „Jägern und Sammlern“ von einst werden.

Abschließend präsentiert Axel Sonntag konkrete wirtschaftswissenschaftliche Perspektiven zur Reduktion des Erdölverbrauches im österreichischen Straßenverkehr. Anhand des OILiT-Modells (Oil in Transport) veranschaulicht er, welche Maßnahmen in diesem Kontext eine Rolle spielen können und versucht die Frage zu beantworten, inwieweit sich der Erdölverbrauch des österreichischen Straßenverkehrs mittels umweltökonomischer Steuerungsinstrumente einschränken lässt.

Wir danken dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für die freundliche Unterstützung dieses Projektes zur Förderung von Nachwuchsforschung.

Juli 2008

Georg Leitner, Rita Glavitz, Thomas Roithner  
Für die Herausgeber



# Europäische Geopolitik? – Die Energieversorgungssicherheit der EU

Stephan Heidbrink

## 1. Einleitung

Eine zentrale Problem- sowie Konfliktdimension an den Grenzen der Globalisierung bildet die Kontrolle und Verfügungsmacht über fossile Energieträger. Das ressourcenintensive Produktions- und Konsumptionsmodell in erster Linie der OECD-Staaten, aber in rasant zunehmender Weise auch der dynamischen Schwellenländer, ist fundamental auf die unproblematische Zufuhr von Brennstoffen angewiesen. Nicht weniger als die westliche „imperiale“ Lebens- und Entwicklungsweise<sup>1</sup> steht zur Disposition. Es ist die Zuspitzung des Widerspruchs aus unbegrenztem, beschleunigtem Wachstum und begrenzten Ressourcen, die das intensiviertere globale Bestreben, „Energiesicherheit“ zu produzieren, antreibt. Die Energiepreiskrise der letzten Jahre beeinträchtigt das globale wirtschaftliche Wachstum (mit höchst ungleich verteilten Anpassungslasten in „Staaten-“ wie „Gesellschaftswelt“). Dabei beschränken sich die gesellschafts- und außenpolitischen Strategien und Konzeptionen, die die neue „Schlüsselkategorie Energiesicherheit“ (Bieling 2007: 250) mit Leben füllen (sollen), keineswegs ausschließlich auf den Auf- und Ausbau ökonomischer Verbindungen und diplomatischer Aktivitäten. Eher im Gegenteil: Aufgrund der Konzentration der globalen fossilen Energieträger „in Krisenregionen wie dem Nahen Osten, dem Kaukasus, Afrika und Russland, wird die internationale Stabilität und Sicherheit nicht zuletzt davon abhängen, ob die USA, China, Indien und die EU in der Lage sein werden, den Wettbewerb um die Energieressourcen institutionell einzuhegen oder zunehmend Konflikte um Ressourcen regionale Prozesse der Destabilisierung auslösen oder beschleunigen. Die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen dem Westen und China um die engen Beziehungen des asiatischen Riesen zu den Regierungen Sudans, Irans und Venezuelas verdeutlichen das enorme Konfliktpotential im Wettbewerb um die globalen Energieressourcen“ (Messner 2006: 52). Die Sprengkraft der gegenwärtigen Konstellation hat vor dem Hintergrund einer seit einigen

Jahren beschleunigten weltweiten Aufrüstung (und dem Umstand, dass es sich bei den genannten zentralen Akteuren um Nuklearmächte handelt, die zugleich über enorm schlagkräftige konventionelle (und unkonventionelle) Streitkräfte verfügen) eher zugenommen, zumal im Krisenfall – der letzte Irakkrieg und die starke militärische Präsenz „des Westens“ in den Krisenregionen deuten das an – der Einsatz militärischer Gewalt keineswegs ein Tabu darstellt.

In der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur werden die Strategien der zentralen Akteure in ihrem Bestreben, Energiesicherheit herzustellen, oft als „New Great Game“ um Energieressourcen und Transportwege analysiert. Weitestgehend unumstritten ist dabei, dass die in den vergangenen Jahrzehnten betriebene Energiesicherungspolitik „nur deshalb erfolgreich sein [konnte], weil sie unter Führung der USA von einer relativ homogenen Gruppe westlicher Staaten getragen wurde, die ein gemeinsames Interesse am weitgehenden Funktionieren von Marktkräften haben“ (Umbach 2003: 26). Es ist somit insbesondere die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika, aber zunehmend auch der Volksrepublik China, die in den wissenschaftlichen Debatten im Vordergrund stehen. Zwar rückt ebenfalls die Europäische Union (EU) verstärkt in den Fokus der Auseinandersetzungen um Energiesicherheit im 21. Jahrhundert. Hier aber herrscht eine ungleich größere Unsicherheit in der Einschätzung ihrer Rolle und Fähigkeiten. Ein Umstand, der in erster Linie der hybriden Staatlichkeit der EU geschuldet ist.

Die Frage nach der Positionierung der Europäischen Union in der Gestaltung der globalen Ökonomie und Weltpolitik ist zunehmend Gegenstand politikwissenschaftlicher Analysen (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2006, Altvater/Mahnkopf 2007, Cafruny/Ryner 2007). Die EU wurde bislang in aller Regel unter dem Schlagwort „Zivilmacht“ analysiert, die eine normativ angeleitete und auf (symmetrischen) Dialog setzende Außen(wirtschafts)politik verfolgt. Die Argumentation versteht die Europäische Union mitunter gar als Vorbild für eine „Global Good Governance“ (vgl. exempl. Hettne/Söderbaum 2005).

Dieser Standpunkt wird nunmehr verstärkt hinterfragt (Cooper 2002; Münkler 2004). Die europäische Union komme nicht umhin, sich an einem „imperialen“ Ordnungsmodell zu orientieren. Sie soll demnach territoriale Grenzlinien aufbrechen, durchdringen und rechtsförmig organisieren. Dabei müsse die „soft power“ Europas, d. h. vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch machtwusstere Strategien einschließlich klarer geo-

<sup>1</sup> Die imperiale Lebensweise besteht im Wesentlichen aus der materiell wie kulturell vorteilhaften Einbindung der Menschen im globalen Norden in die internationale Arbeitsteilung.

politischer Zielsetzungen ergänzt werden (Münkler 2005: 245ff.).

Im Folgenden soll argumentiert werden, dass die Europäische Union zwar keine traditionelle Groß- oder Supermachtstrategie – d. h. die politisch-militärische Kontrolle entlegener Regionen – verfolgt, sondern auf eine kooperative, multilateral orientierte und rechtsbasierte Kontrollstrategie setzt, die in letzter Zeit verstärkt auf eine „weiche Geopolitik“<sup>2</sup> setzt. Der Aufsatz skizziert im Folgenden die Aufwertung von Energie(versorgungs)sicherheit als Ergebnis veränderter Weltmarktbedingungen (2.), konzeptionalisiert dann mit Hilfe von Konzepten der heterodoxen Internationalen Politischen Ökonomie die Potentiale der Europäischen Union in der Gestaltung von Weltökonomie und -politik (3.) um schließlich anhand der Europäischen Energiesicherungsstrategien und -konzeptionen v. a. gegenüber der russischen Förderation – als dem zentralen Akteur im europäischen Nahraum – die Konturen einer „weichen“ europäischen Geopolitik nachzuzeichnen (4.).

## 2. Europäische Energieversorgungssicherheit und „Peak Oil“

Das fossile Energieregime stößt an seine Grenzen, ohne dass bisher durchsetzbare Alternativen erkennbar wären (Altvater 2006, Leggett 2006). Die erdöl- und erdgasreichen Regionen erfahren daher in den geoökonomischen und geopolitischen Kontrollstrategien der Zentrumsstaaten eine starke Aufwertung. Energiesicherung wird zur Zielgröße strategischer Außenwirtschaftspolitik. Dabei wird offiziell unter Energie(versorgungs)sicherheit die ausreichende und kostengünstige Verfügbarkeit von verlässlicher und verstärkt auch umweltschonender Energie verstanden. Hinter dieser Definition verbirgt sich allerdings der momentan zunehmend schärfer ausgetragene Konflikt um die Macht, die Spielregeln auf den Energiemärkten definieren zu können.

Im Mittelpunkt steht dabei in erster Linie die sogenannte „strategische Ellipse“, die den Nahen und Mittleren Osten, den Kaukasus sowie große Teile Russlands und Zentralasiens umfasst. Hier konzentrieren sich etwa 70% der konventionellen Weltölreserven und ca. 68% der Weltgasreserven (Barthel/Gehring 2003: 55). Für die absehbare Zukunft bedeutet das, dass insbesondere die Rolle der Russischen Förderation im Mittelpunkt der US-amerikanischen aber vor allem der europäischen strategischen Überlegungen steht (Kalicki/Goldwyn 2005). Für die Europä-

ische Union hat der ungefährdete Zugriff auf Öl- und Gasreserven eine besonders hohe Bedeutung, die in den letzten Jahren noch einmal stark zugenommen hat (vgl. Europäische Kommission 2006). Die EU ist heute bereits der weltgrößte Importeur von fossilen Energieträgern (allen voran Erdöl und Erdgas), dabei stammen derzeit etwa 40% aller europäischen Energieimporte aus der Russischen Förderation (und werden zu 80% durch die Ukraine transportiert); aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass die Importabhängigkeit der EU von derzeit über 50% auf 70% im Jahr 2030 ansteigen wird (Europäische Kommission 2002).

Nahezu alle bekannten Erdöl- und Erdgasvorkommen fossiler Energieressourcen befinden sich darüber hinaus in politisch instabilen Regionen. Mit Blick auf einige der zentralen Krisen- und Konfliktherde treten seit einiger Zeit die unterschiedlichen strategischen Präferenzen und Interessen innerhalb des Westens deutlicher hervor (van der Pijl 2006: 336-378). Während die Vereinigten Staaten bestrebt sind, ihre Rolle als „predominant outside power“ (Klare 2004: 68) – v. a. auf dem eurasischen Kontinent – auszubauen (vgl. Gowan 2002), wird deutlich, dass – aus Sicht der EU – die immer prekärere militärisch-gewaltsame Kontrollstrategie im Widerspruch zu den eigenen Interessen steht (Harvey 2003: 200ff.).

So verweisen einige europäische Regierungen darauf, dass die Aufwertung militärischer Bearbeitungsoptionen in der US-amerikanischen Außenpolitik destabilisierend bzw. kontraproduktiv wirkt. Zusätzlich spielt auch die Sorge eine Rolle, die Vereinigten Staaten könnten ihre geopolitische Verfügungsgewalt über Ressourcen und ihre militärische Vormacht in der wirtschaftlichen Konkurrenz zum Nachteil der Europäischen Union einsetzen.

Die EU bemüht sich daher, eine eigenständigere und aktivere Rolle als regionale und z. T. auch weltpolitische Ordnungsmacht zu entwickeln (vgl. Bieling 2005; Pflüger/Wagner 2006). Dies ist auch daran ablesbar, dass die Entwicklung eines klaren politischen Konzeptes für die Sicherung und Diversifizierung der europäischen Energieversorgung nun einen zentralen Platz auf der Agenda der EU einnimmt, wie z. B. das aktuelle Grünbuch zeigt (Europäische Kommission 2005).

Gleichwohl ist die internationale Energiestruktur derzeit in erster Linie durch die USA, v. a. aufgrund der Verfügungsgewalt über den US-Dollar als Öl-Währung, ihrer Bedeutung als Hegemonialmacht im Nahen und Mittleren Osten und der Dominanz amerikanischer Konzerne auf den Ölmärkten bestimmt. Das heißt aber nicht, dass diese Konstellation

<sup>2</sup> Vgl. zu „Geopolitik“ (Teschke 2001; Altbert/Reuber/Wolkersdorfer 2003).

widerspruchsfrei wäre. Angesichts des beachtlichen Volumens des US-amerikanischen Haushalts- und Handelsbilanzdefizits ist der Dollar abwertungsverdächtig; mit dem Euro steht inzwischen eine Alternative zu Verfügung. Zusätzlich erweisen sich die Kosten der militärisch-gewaltförmigen territorialen Kontrollstrategie vor dem Hintergrund des anhaltenden Widerstands im Irak und in Afghanistan als extrem hoch (vgl. Stiglitz/Bilmes i. E.). Zusätzlich wird die Dominanz US-amerikanischer Konzerne durch einen „neuen Trend“ der Nationalisierungen von fossilen Energieeressourcen als auch durch das erfolgreiche Auftreten neuer insbesondere chinesischer (Staats-)Unternehmen auf dem Weltmarkt geschwächt (Yergin 2006: 69; Mayer 2007: 28f.).

### 2.1. Die Zeit des billigen Öls

Die gegenwärtige Ölpreiskrise und die damit einhergehende Aufwertung von Energiesicherheit zur Zielgröße strategischer Außenwirtschaftspolitik ist Ausdruck des Beginns eines neuen Zyklus innerhalb des Erdölzeitalters. Die nunmehr beendete Phase war in erster Linie durch eine extrem kostengünstige Verfügbarkeit des Erdöls geprägt (vgl. Mommer 2000; 2002).

Die durch die OPEC eingeleiteten Ölpreisschocks in den siebziger Jahren führten zu einem verstärkten Engagement westlicher Ölfirmen in Nicht-OPEC-Staaten. Insbesondere das Nordseeöl wurde zu einer attraktiven Alternative zum nahöstlichen Öl. In der Konsequenz stieg die Produktion außerhalb der OPEC kontinuierlich auf über 60% der Weltölproduktion an.

Zudem wurde bereits in den siebziger Jahren die Internationale Energieagentur (IEA) als Kartell der Ölverbraucher gegründet. Sie sollte zunächst v. a. alternative Energien erforschen, degenerierte aber recht rasch zu einer Instanz, über die der Einsatz der neu angelegten strategischen Reserven der OECD-Staaten koordiniert wird. Neben der Lagerhaltung wurde die Verwundbarkeit der westlichen Staaten zusätzlich durch die verstärkte Verwendung von Substituten in der chemischen Industrie und die Steigerung der Energieeffizienz verringert.

Der rapide Ölpreisverfall der achtziger und neunziger Jahre muss aber vor allem in engem Zusammenhang mit der Wiederaufgabe der US-Hegemonie in dem gleichen Zeitraum gesehen werden. Insbesondere die unintendierten Nebeneffekte der finanz- und geldpolitischen Wende (Volcker-shock) der Vereinigten Staaten Ende der siebziger Jahre waren für den starken Bedeutungsverlust der OPEC verantwortlich. Es waren v. a. das schwache

Wirtschaftswachstum in den OECD-Staaten und die Schuldenkrise der Peripherie, die zum Einbruch der Ölpreise führten.

In der Folge konnten die etablierten angelsächsischen Ölkonzerne („seven sisters“)<sup>3</sup> ihre seit den sechziger Jahren verstärkt unter Druck geratene Dominanzposition auf dem Weltmarkt wieder festigen und ausbauen. Insbesondere die Kontrolle über die Explorationstechnologie, die offshore-Produktion, die meisten Raffinerierungskapazitäten und die Vermarktung zusammengenommen mit dem notwendigen Kapital ermöglichten den Konzernen, relativ leicht neue Produktionsstätten in Nicht-OPEC-Ländern zu erschließen. Hinzu kam noch, dass einige hochverschuldete Staaten sich in einer Situation wieder fanden, in denen sie widerwillige Konzerne geradezu bedrängen mussten, die Ölproduktion aufzunehmen (Strange 1988: 199).

Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus öffnete dann den westlichen Konzernen insbesondere in Zentralasien und dem Kaukasus, dem Zentrum der „strategischen Ellipse“, umfangreiche neue Investitionsmöglichkeiten (Westphal 2006: 47). Andererseits entstanden mit der zügellosen Privatisierung in Russland neue private Konzerne, die (oft mittels Raubbaumethoden) große Mengen billigen Erdöls auf den Weltmarkt warfen. Im Herbst 1998 schließlich erreichte der Ölpreis mit 10\$ pro Barrel einen bisher unerreichten Tiefpunkt.

### 2.2. ...und der Backlash

Derzeit (Februar 2008) erreicht der Ölpreis beinahe monatlich neue Höchststände. Im Zeitraum von 10 Jahren (seit Herbst 1998 mit 10\$) hat sich der Preis des Weltleitenergieträgers etwa verzehnfacht. Der historische Rekord von (inflationsbereinigt) 80\$ pro Barrel zu Beginn der achtziger Jahre wurde gegen Ende des letzten Jahres eingestellt. Der jüngste Ölpreisschock ist ein Indikator für den Anfang vom Ende des Erdölzeitalters. Es verschoben sich nicht nur die Dimensionen von Angebot und Nachfrage wahrscheinlich fundamental, auch die Konfiguration des ölbasierten fossilen Energieregimes verändert sich deutlich.

Die drastischen Preissteigerungen sind erstens – anders als die Ölpreisschocks in den siebziger und achtziger Jahren – nicht durch eine Verknappung des Angebots bedingt, sondern sind v. a. nachfragegetrieben (vgl. auch Kneissl 2006). Das starke Wachstum der

<sup>3</sup> Heute existieren davon noch vier: Exxon-Mobil (Platz 1 laut der Fortune Global 500 List aus dem Jahr 2006), Royal Dutch Shell (3), BP (4) und Chevron-Texaco (6)

Weltwirtschaft<sup>4</sup>, insbesondere der wenig energieeffizienten Volkswirtschaften von Schwellenländern wie China, Indien oder auch Brasilien<sup>5</sup>, ließ z.B. allein 2004 den Energiekonsum um 4,3% ansteigen. Das war der höchste Anstieg seit 1984. Zum ersten Mal in der Geschichte des Erdölzeitalters überstieg damit die Nachfrage das (potentielle) Angebot. Selbst die extrem zurückhaltende Schätzung der Internationalen Energie Agentur einer jährlichen Zunahme von 1,8% Prozent bis 2030 bedeutet ein Wachstum des weltweiten Energiekonsums um 55% (IEA 2007). Das ist der Grund für die erneute Debatte um die Grenzen des Ölangebots („peak-oil“) und das Ende des Erdöl- bzw. des fossilistischen Zeitalters (Altvaer 2006: 141ff.).

Zum Zweiten sind es vor allem fehlende Raffineriekapazitäten („bottle-neck im downstream“), die zu einer Verknappung des Angebots führen. Nicht nur fehlen grundsätzliche Kapazitäten für die Verarbeitung von Rohöl, sondern die Wirbelsturm-Serie im Süden der USA hat auch wichtige Anlagen zerstört oder wochenlang lahmgelegt.<sup>6</sup> Dabei waren es wohl eher die bereits bestehenden Engpässe als die Zerstörungen selbst, die die Krise ausgelöst haben. Die International Energy Agency (IEA) mit ihren 26 Mitgliedsstaaten gab pro Tag 2 Mio. Fass Öl aus den strategischen Reserven frei. Anders wäre die Lage wohl kaum zu beruhigen gewesen. Der Investitionsstau beim Aufbau neuer Raffinerieanlagen ist so groß, dass er hinter der globalen Nachfrage und hinter dem Ausbau der Förderkapazitäten liegt. So ist bspw. seit 1976 keine neue Raffinerie in den Vereinigten Staaten entstanden (Konzelmann 2006: 15). Die Gewinnmarge im Raffineriektor war nie so interessant, dass hier von nationalen oder internationalen Konzernen entsprechend investiert worden wäre.<sup>7</sup> Nehmen wir das Beispiel Gas. Erdgas gilt als „Transformationsenergie“; es ist in der Verbrennung etwas sauberer als Öl, zentral v. a. in Stromproduktion und etwas länger verfügbar als Öl. Gas ist in den USA zweitwichtigster Energielieferant. Allein Katrina zerstörte

<sup>4</sup> 2004 erlebte das stärkste Weltwirtschaftswachstum seit dreißig Jahren.

<sup>5</sup> Diese Staaten benötigen in etwa das Vierfache an Energie, um einen US-Dollar BIP zu erzeugen.

<sup>6</sup> Allein „Katrina“ Ende August 2005 führte zum Ausfall der wichtigsten Raffinerien im Süden der USA und zerstörte etwa 20 Ölplattformen, die ein Fünftel des US-Marktes versorgen.

<sup>7</sup> „Wenn wir uns das Problem genau anschauen, dann stellen wir fest, dass wir von Ölgesellschaften abhängen, die eine starke Abneigung haben gegen das Raffineriegeschäft. Ein Blick auf die Geschichte des Ölgeschäfts zeigt, dass mit dem Raffineriegeschäft zu wenig zu verdienen ist“ (Robert Mabro, Präsident des Oxford Institute for Energy Studies im International Herald Tribune 5.09.2005, zit. n. Konzelmann 2006: 21).

wichtige Raffinerien, wodurch es zu Ausfällen von 40% der US-Produktion kam. Für eine Entspannung des Erdgasmarktes wären etwa 40 LNG-Terminals<sup>8</sup> notwendig, von denen bisher kaum 10% gebaut werden oder in Planung sind.

Das „Underinvestment“ im Ölsektor hängt, drittens, unmittelbar mit der repressiven Wirkung des finanzgetriebenen Akkumulationsregimes zusammen (für eine umfassendere Perspektive vgl. Altvaer 2006: 109ff.). Einerseits ist es für (insbesondere die großen privaten, sprich börsennotierten) Ölkonzerne sehr viel attraktiver, ihre Profite in den internationalen Finanzmärkten zu parken, als sie in langfristige Projekte zu investieren (Pipelines beginnen sich nach etwa 20 Jahren zu rechnen; Raffinerien amortisieren sich noch später). Laut einer aktuellen Analyse der Investmentbank Goldman Sachs verfügen die Erdölkonzerne über Kapitalreserven von 500 Mrd. \$. (Kneissl 2006: 178). Gerade der Ölpreis ist Gegenstand immenser Spekulation.<sup>9</sup>

Viertens, schließlich, haben die neuen geopolitischen Unwägbarkeiten, insbesondere im Rahmen des verheerend gescheiterten Irak-Feldzuges der Vereinigten Staaten und die neue Welle von Nationalisierungen fossiler Energieressourcen (z. B. Russland, Bolivien, Tschad) die Investitionsbereitschaft der Konzerne stark verringert (dies ist besonders deutlich im Irak).

### 3. Europa als Akteur in der globalen politischen Ökonomie

Mit den von Robert W. Cox (1987) verwendeten Dreiecksbeziehungen zwischen den sozialen Produktionsverhältnissen, dem Staats-Zivilgesellschafts-Komplex und den Strukturen der Weltökonomie lassen sich die Potentiale der EU in der Gestaltung von Weltökonomie und Weltpolitik systematisieren (Bieling 2005a und b).

Der erste Bereich umfasst dabei die sozialen Beziehungen in der Produktion. Die Produktion ist von einem spezifischen Setting sozialer Verhältnisse und Machtbeziehungen umrahmt. Wie diese organisiert sind, ist von grundlegender Bedeutung für die Dynamik der kapitalistischen Produktion. Die Bedeutung

<sup>8</sup> LNG steht für Liquefied Natural Gas. Durch starke Kühlung wird das Gas verflüssigt und so zu einer auf dem Weltmarkt genauso flexibel handelbaren Ware wie Erdöl.

<sup>9</sup> Als Indikator können die immensen Preisschwankungen im Jahr 2000 gelten, als der Ölpreis trotz einer breiten Allianz aus OPEC-Staaten, Nicht-OPEC-Staaten, US-Ölkonzernen und den Vereinigten Staaten nicht gezielt gesteuert werden konnte. Der Grund war die virtuelle Nachfrage auf den internationalen Finanzmärkten auf dem Höhepunkt des New Economy-Booms.

fossiler Brennstoffe für die Organisation der sozialen Produktionsbeziehungen liegt in der Möglichkeit, sie zeit- und ortsunabhängig (insbesondere seit dem Öl-Zeitalter) einzusetzen; sie erlauben die Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse und besitzen alle notwendigen Eigenschaften zur Unterstützung von Mobilität, Dezentralisierung der Produktion und flexiblem Arbeitseinsatz (Altvater 2006: 86f).

Der Staats-Zivilgesellschafts-Komplex als zweiter Bereich beschreibt die Artikulation von Staatsapparaten im engeren Sinn mit den Strukturen der zivilgesellschaftlichen Kommunikation. In Anlehnung an Antonio Gramscis Konzept des „erweiterten Staates“ sind beide Bereiche notwendig miteinander verschränkt. Während der Staat im engeren Sinne bindende Entscheidungen trifft und durchsetzt, bietet die Zivilgesellschaft als kommunikative Infrastruktur dem Staat, politischen Organisationen, Konzernen, Medien und sozialen Bewegungen die Chance der Einflussnahme auf Richtung und Inhalte der Entscheidungen. In der EU zeigen sich mit dem neuen Integrationsschub ab Mitte der achtziger Jahre Anfänge einer transnationalen Zivilgesellschaft (Demirovic 2000), die die neue europäische Ökonomie politisch einbetten und regulieren. Inwiefern die nach außen gerichtete Handlungsfähigkeit der EU dadurch gestärkt wird, ist eine offene Forschungsfrage. Zweifellos wird die programmatische Kohärenz gestärkt, aufgrund der je national verschiedenen Interessenlagen wird diese aber nicht bruchlos in eine effektive außenpolitische Positionierung umgesetzt.

Der dritte Bereich, die Strukturen der Weltordnung, sind nach Cox (1987: 47 ff.) Ausdruck einer historisch-konkreten Kräftekonstellation, d. h. der Artikulation von materiellen Machtverhältnissen, konkurrierenden Leitbildern und internationalen Institutionen. Es sind hier insbesondere mächtige Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe, die mit Bezug auf internationale Organisationen und Regime bemüht sind, ihre jeweilige Weltsicht zu verallgemeinern. In den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses zielten die verschiedenen Initiativen, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Energiebereich, in erster Linie auf die Einpassung Westeuropas in die US-dominierten Hegemonialstrukturen (Ziltener 1999: 84 ff.). Spätestens mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus wuchsen auch die Anforderungen an eine eigenständige europäische Politik der Energiesicherung im Rahmen der Erschließung und Anbindung der vormals verschlossenen Energiemärkte im Bereich der ehemaligen realsozialistischen Staaten.

Die Positionierung der Europäischen Union in der Gestaltung des globalen Energieregimes wird letztlich durch drei Faktoren beeinflusst: erstens durch die (programmatische, strategische und regulative) Kohärenz des entstehenden europäischen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes; zweitens durch die wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit der neuen europäischen Ökonomie, und drittens durch die Fähigkeit, die europäischen Energieinteressen sowohl in internationalen Institutionen und Ausschüssen als auch in bilateralen Verhandlungen wirksam zu vertreten.

### 3.1. Europäische Staatlichkeit

Zunächst gilt es zu untersuchen, inwiefern sich in der Europäischen Union analog zu der programmatisch-strategischen Aufwertung der Energiefrage Momente eines energiebezogenen Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes herausbilden. Der übergreifende Ansatz der Europäischen Union bzgl. der internen Energiearchitektur steht im engen Zusammenhang mit der Herstellung der „neuen europäischen Ökonomie“ im Rahmen des neuen Integrations-schubes seit Mitte der achtziger Jahre. Die EU profilierte sich dabei v. a. als „Globalisierungsakteur nach Innen“. Sie förderte den Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungstrend, u. a. vermittels der Direktiven zu Elektrizität (1997) sowie Gas (1998), zu einem Zeitpunkt, als Energiesicherung aufgrund von historisch niedrigen Preisen keinen überragenden Stellenwert auf der europäischen Agenda besaß. Die europäischen Energiekonzerne standen vor einer doppelten Herausforderung: Um ihre Marktposition in Europa zu behaupten, mussten sie ihre Basis v. a. durch Fusionen konsolidieren und gleichzeitig nach Möglichkeit neue Produktionsgebiete und Handelsverknüpfungen erschließen. Die zweite Hälfte der neunziger Jahre sah dann auch ein verstärktes Engagement europäischer Konzerne in Osteuropa, Nordafrika und Lateinamerika. Gleichzeitig erhöhten die Energiekonzerne den Druck auf „ihre“ nationalen Regierungen, mit dem Ziel, die Liberalisierung strategisch entlang ihrer Bedürfnisse zu gestalten. Aus einer umfangreichen aktuellen Studie zur Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in Europa (Bieling/Deckwirth/Schmalz 2007) geht hervor, dass insbesondere der deutsche Ansatz erfolgreich verlief.

Die europäische Politikebene hat in diesem Prozess sukzessive an strategischer Bedeutung für die transnationalen Energiekonzerne gewonnen und es haben sich transnationale Allianzen herausgebildet, als deren institutioneller Doppelkern die European Petro-

leum Industry Association (EUROPIA) und Upstream Oil and Gas (OGP) gelten kann.<sup>10</sup>

Gleichwohl unterscheiden sich die strategischen Orientierungen der zentralen europäischen Konzerne deutlich: Während insbesondere die deutschen Konzerne (insbesondere EON und RWE) strategisch auf eine Anbindung und Kooperation mit dem russischen Anbieter GAZPROM setzen, fokussiert z. B. der österreichische OMV-Konzern, der wichtigste Akteur in Mittelosteuropa, auf die Anbindung kaukasischer und perspektivisch zentralasiatischer Energievorkommen via Türkei unter Umgehung Russlands an die Union. Ganz ähnlich opponieren die großen angelsächsischen Konzerne (BP, Shell, Chevron, Exxon-Mobil) vehement gegen Eingriffe der russischen Regierung in ihre Unternehmungen in der russischen Föderation und favorisieren einen recht radikalen marktliberalen Ansatz in der Energiewirtschaft. Letztere Position wird von der europäischen Kommission geteilt: Um die Abhängigkeit von russischen Ressourcen möglichst gering zu halten, stehen „Diversifizierungsprojekte“ von der Errichtung von Flüssiggasterminals bis hin zu Pipelineprojekten ohne russische Beteiligung auf der Agenda weit oben. Das Ziel ist die Herstellung einer marktliberalen institutionalisierten Weltmarktes für Energie nach Vorbild der WTO.

Inzwischen scheinen sich die Kommunikationsnetzwerke nicht mehr nur auf die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission, den nationalen Behörden und den Unternehmen und Verbänden des Energiesektors zu beschränken. Auch Nichtregierungsorganisationen (wie z.B. der WWF) und eine Reihe von Wissenschaftlern und Think Tanks (z. B. das European Policy Centre (EPC); Centre for European Policy Studies (CEPS); Oxford Institute for Energy Studies) sind in den europäischen Diskurs eingebunden (vgl. z.B. [www.energy.eu](http://www.energy.eu)). Auf der anderen Seite existieren im Bereich der Energiesicherung nach wie vor ausgeprägte nationale Interessendivergenzen, die wirkliche Integrations-, vielleicht aber nicht Kooperationsschritte, bisher zu blockieren scheinen – der Streit um die Trassierung der Ostsee-Pipeline zwischen Polen und Deutschland hat dies noch einmal verdeutlicht.

### 3.2. Die neue europäische Ökonomie

Die relative Stärke des Euro ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Ölpreishausse seit 2004

die Dynamik der europäischen Ökonomie bislang noch nicht sehr stark beeinträchtigt hat. Die Entwicklung des Euro zur internationalen Handels-, Anlage- und Reservewährung war in den letzten Jahren verstärkt Gegenstand polit-ökonomischer Analysen. Einer gängigen These zufolge ist die mittel- bis langfristige Entstehung einer bipolaren Finanzordnung zu beobachten, die durch eine neue Rivalität in den internationalen Währungsbeziehungen gekennzeichnet ist (vgl. z. B. Altvater/Mahnkopf 2007: 135ff.). Begründet wird dies mit der Größe der europäischen Ökonomie sowie mit der Tiefe und Liquidität der europäischen Kapitalmärkte (vgl. z. B. Bergsten 1999). Auf der anderen Seite droht das mit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) etablierte europäische Regulierungsregime die traditionellen Stärken der europäischen Ökonomie eher zu untergraben (Bieling 2006). Darüber hinaus nehmen die Regierungen bislang wenig bis keinen Einfluss auf den Wechselkurs des Euro, und die Europäische Zentralbank verzichtet angesichts möglicher währungspolitischer Risiken auf eine aktive Internationalisierung des Euro (Solans 2002). Neben der Entwicklung des Euro ist noch eine zweite Dimension der neuen europäischen Ökonomie von zentraler Bedeutung. Gemeint ist das EU-Projekt einer „industriellen Revolution“, um die Energieeffizienz der europäischen Ökonomie bei gleichzeitigem Festhalten an der Lissabonstrategie<sup>11</sup> drastisch zu verbessern (vgl. Europäische Kommission 2005; Europäische Kommission 2006b). Wie die EU den Widerspruch zwischen stark beschleunigtem Wachstum (Lissabonstrategie) und drastischer Reduzierung der Nutzung fossiler Energieressourcen („industrielle Revolution“ in der Energiepolitik) bearbeitet, ist von zentraler Bedeutung für die Dynamik der europäischen Ökonomie und ihrer Außenabhängigkeit im Energiebereich. Ob die Energieeffizienz durch marktförmige Instrumente wie z. B. Emissionshandel derart gesteigert werden kann, dass der Verbrauch fossiler Energieträger bei gleichzeitigem beschleunigtem Wachstum sinkt, ist höchst zweifelhaft (vgl. Altvater 2005: 72-140; Altvater/Mahnkopf 2007: 188ff.). Auch wenn eine Analyse der Binnenmarktbedingungen den Rahmen des Aufsatzes bei weitem sprengen würde, bleibt festzuhalten, dass schon allein die Attraktivität des europäischen Absatzmarktes für Energie und die damit verbundene Angewiesenheit Russlands auf Energieexporte in die EU die Wahrscheinlichkeit eines sehr ernsthaften „Energiestreits“ stark reduziert.

<sup>10</sup> Die achtzehn Mitglieder von EUROPIA (darunter BP, Shell, Total, Chevron und Exxon-Mobil) verfügen über 90% der Raffineriekapazitäten und verkaufen 75% des Treibstoffs in der EU, wohingegen OGP 50% der Weltöl- und ein Drittel der Gasförderung verkörpert.

<sup>11</sup> Auf die Kurzformel gebracht sieht die Lissabonstrategie vor, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

### 3.3. Die EU als regionale Ordnungsmacht

Die wirksame Vertretung europäischer Energieinteressen erfolgt in erster Linie mittels politökonomischer Einflussnahme in geostrategisch bedeutenden Regionen. Im Unterschied zur internationalen Finanzstruktur ist der weltpolitische Gestaltungsanspruch im Bereich der internationalen Energiestruktur offenbar begrenzt und noch wenig profiliert. Dies gilt allerdings weniger für den regionalen Nahraum („wider Europe“), der zu einem weitestgehend akzeptierten Einflussbereich europäischer Ordnungspolitik geworden ist. Während die Vereinigten Staaten bestrebt sind, den von ihr beherrschten Kontrollraum soweit wie möglich zu erweitern und militärisch abzusichern (vgl. Klare 2004; Altwater 2006: 163 ff.), scheint die Europäische Union in erster Linie darauf zu setzen, die internationale Energiestruktur auf ein breites kooperativ und multilateral organisiertes Fundament zu stellen und die globale Kontrollmacht der USA institutionell und rechtlich einzuhegen (Kommission 2006). Diese Strategie ist einerseits Ausdruck der im Vergleich zu den USA begrenzten militärischen Möglichkeiten, lässt sich aber andererseits auch aus den positiven Erfahrungen mit den Fortschritten des europäischen Integrationsprozesses, der dezentralen Souveränitätsstruktur und der Bedeutung multilateraler Kooperationsformen ableiten (Keohane 2002). Gleichzeitig hat die EU aber Schwierigkeiten, einen eigenen, kohärenten Gestaltungsanspruch zu formulieren und politisch-institutionell durchzusetzen.

### 4. Strategien und Konzeptionen der EU

Dennoch bemüht sich die Europäische Union im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS 2003) nunmehr mit Hilfe der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) darum, „dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können“ (ESS 2003: 8).

Gleichwohl sind die Konzepte und Instrumente der ENP wenig innovativ: Im Grunde ist die „Europäisierungsstrategie“ – abgesehen von der Perspektive einer Mitgliedschaft – nahezu identisch mit der Strategie der EU-Osterweiterung (vgl. Streb i. E.): Es geht im Kern um die Internationalisierung des Binnenmarktregimes und die Implementierung marktliberaler ökonomischer Reformen vermittels

asymmetrischer Kooperation<sup>12</sup>. Die Fortschritte sind bestenfalls bescheiden: Ohne die Perspektive, eine Mitgliedschaft anbieten zu können, scheint die EU an ihre Grenzen als neoliberaler Globalisierungsakteur gestoßen zu sein.

Die Versuche der Europäischen Union zur Entwicklung einer gemeinsamen Politik der Energiesicherung stehen im Zeichen internationaler politökonomischer und weltpolitischer Veränderungen. Es waren insbesondere der Zusammenbruch des Realsozialismus und das Ende der Systemkonkurrenz, die die europäischen Initiativen für eine engere energiepolitische Kooperation förderten. Während sich die ersten Projekte auf die Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung nach „Innen“ sowie die direkte Nachbarschaft bezogen, ist die Europäische Union seit Ende der neunziger Jahre verstärkt dazu übergegangen, energiepolitische Aspekte in ihre Beziehungen zu Drittländern zu integrieren.

Im Zentrum des Projektes der europäischen Energiesicherungspolitik steht dabei die Schaffung eines marktliberalen Investitions- und Handelsregimes. Es stehen eine ganze Reihe von Überlegungen im Raum, die als Grundlage für die Entwicklung einer kohärenten Politik genutzt werden können (Europäische Kommission 2006):

- Grundsätzlich die Integration der Energiefrage in andere Politikfelder mit außenpolitischer Dimension;
- Diversifizierung der Versorgung durch die Entwicklung von Infrastrukturprojekten (Pipelines, insbesondere mit Blick auf die Kaspische Region) und eine neue Afrikastrategie;
- Abgestufte Vertiefung der einzelnen Energiedialoge (Russland, Ukraine, Kaspische Senke, Mittelmeerländer, OPEC, Golf-Kooperationsrat) bis hin zu „echten“ Energiepartnerschaften;
- Schnelle Ratifizierung des Vertrages über die Energiecharta und Abschluss der Verhandlungen über das Transitprotokoll insbesondere mit Russland (im Rahmen der G8);
- Schließlich das ambitionierte Projekt einer europaweiten Energiegemeinschaft<sup>13</sup>, die aufbauend auf dem Vertrag zur Gründung einer Energiege-

<sup>12</sup> Die asymmetrische Kooperation beruht zum einen auf einem bilateralen Ansatz, mit dem die teilnehmenden Staaten untereinander in Konkurrenz um einen privilegierten Zugang zur EU gesetzt werden, und zum anderen darauf, finanzielle Anreize zu schaffen, mit denen „Reformen“ durchsetzbar werden sollen.

<sup>13</sup> „Die Schaffung eines Raums mit gemeinsamen Regelwerk um Europa herum“ (Europäische Kommission 2006: 18).

meinschaft mit Staaten in Südosteuropa „bestimmte essentielle strategische Partner“ (Europäische Kommission 2006: 18) wie die Türkei, die Ukraine, aber auch die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres sowie des Mittelmeeres umfassen soll.

Diese Entwicklung ist aber keinesfalls so zu interpretieren, als seien sich die nationalen Regierungen bereits einig, wie die allgemeine strategische Orientierung „Energiesicherheit“ inhaltlich und operativ zu füllen ist. Im Gegenteil: Die Ziele, Prioritäten und Instrumente einer gemeinsamen Energieaußenpolitik sind heftig umstritten (Westphal 2006). Derzeit scheint die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, energiepolitische Kompetenzen auf der europäischen Ebene zu bündeln, sehr gering zu sein. Die Entwicklung einer Außenwirtschaftspolitik im Energiebereich wird derzeit insbesondere durch private Formen politischer Autorität mit z. T. widersprüchlichen Interessen überlagert, durchkreuzt und modifiziert<sup>14</sup> (Kneissl 2006: 151ff.).

#### **4.1. Die „Pan-europäische Energiegemeinschaft“**

Zentral für die europäische Energiesicherungsstrategie ist die Idee einer Pan-europäischen Energiegemeinschaft (Europäische Kommission 2006). Diese ist keineswegs neu und reflektiert die andauernde Hegemonie neoliberaler Kontrollkonzepte innerhalb der EU. Im Kern zielt dieses Projekt auf die rechtliche Absicherung des Zugriffs von (westlichem) transnationalem Kapital auf den Öl-, Gas-, und Transportsektor in der strategischen Ellipse. In den Jahren 1990-1994 wurde auf Vorschlag des damaligen niederländischen Premierministers Lubbers die Europäische Energie Charta (EEC) ausgehandelt. Sie trat 1998 in Kraft. Es ist ein Wirtschaftsabkommen, das gleichzeitig ein internationales Regime implementiert, in dem alle Republiken der vormaligen Sowjetunion, die Staaten Mittel- und Osteuropas, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sowie Japan, Australien, Norwegen, die Türkei und die Schweiz eingebunden sind. Wichtige Beobachter sind China und Saudi-Arabien. Die EEC zielt auf die Herstellung eines offenen, diversifizierten Weltmarktes für Energie unter WTO- und GATT-Prinzipien. Sie ist ein multilaterales Abkommen zu Investitionen und Han-

del, welches zugleich einen verbindlichen Konflikt-schlichtungsmechanismus beinhaltet.

#### **4.2. ...und ihr Scheitern**

Gleichwohl muss die EEC (zumindest bislang) als gescheitert betrachtet werden. Die beiden wichtigsten Akteure im postsowjetischen Raum – die Vereinigten Staaten und Russland – haben die Charta aus unterschiedlichen Gründen nicht ratifiziert.

Die USA halten sich zurück, da sie zum einen in der rechtlichen Absicherung ausländischer Investitionen hinter einige bilaterale Verträge zurückfällt und zum anderen aufgrund der grundsätzlichen Skepsis der neokonservativen Bush-Administration gegenüber der Einbindung in verbindliche internationale (Rechts-)Regime. Letztlich geht die Charta den Vereinigten Staaten nicht weit genug. Weder werden mit der EEC Privatisierungen zur Auflage gemacht, noch wird die Souveränität der Staaten über natürliche Ressourcen (UN-Resolution 1803 von 1962) in Frage gestellt (Westphal 2006: 53ff.).

Gleichwohl sieht die Charta umfangreiche Liberalisierungen vor: So z. B. die Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Investoren (einschließlich des freien Gewinntransfers). Darüber hinaus soll die Möglichkeit bestehen, Regierungsunterstützung für die Einrichtung alternativer Transportsysteme einzufordern. Dies wird für ausländische Investoren mit der Option verbunden, vor einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ihre Rechte einzuklagen.

Die Liberalisierungsoffensive der EU stößt aber gerade in Russland auf ein gegenläufiges Projekt: Nach der chaotischen, geradezu „raubtierkapitalistischen“ Jelzin-Ära wird seit dem Amtsantritt von Wladimir Putin (2000) versucht, die Wirtschaftsstruktur zu stabilisieren und zu diversifizieren sowie die eigenen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen auch international deutlicher zu artikulieren (Stulberg 2007). Im Wesentlichen zielt die Putinsche Agenda darauf, den staatlichen Autoritätsverfall aufzuhalten: Nach Innen bedeutet das eine Ausweitung der staatsbürokratisch-kapitalistischen Kontrollstrukturen, das die Formen eines staatskapitalistischen Projektes annimmt. Nach Außen bemüht sich die russische Administration um die Beteiligung an internationalen Wirtschaftsregimen und Regulierungsnetzwerken (IWF und Weltbank, G8 und evtl. der WTO) sowie der Entwicklung stabiler außen- und sicherheitspolitischer Kooperationsstrukturen. Im Zentrum steht dabei die Kontrolle über den Energiesektor (vgl. Wagner 2007; Pijl 2006: 352ff.). Er steht, gemeinsam mit den übrigen Rohstoffsektoren, für

<sup>14</sup> Ein Beispiel für die private Präkonfiguration der europäischen Energieaußenpolitik ist das Engagement von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder als Aufsichtsratschef des von Gazprom dominierten Ostsee-Pipeline-Konsortiums (Sander 2007).



etwa 25% der gesamtwirtschaftlichen Produktion Russlands.

In den letzten Jahren lässt sich eine Renationalisierung des Energiesektors feststellen. Das Projekt begann mit der Wiedererlangung der staatlichen Kontrollmehrheit bei dem Gasmonopolisten Gazprom, an dem der russische Staat nunmehr eine 50,002-prozentige Mehrheit hält, und der nach Jahren als „Selbstbedienungsladen“ (Alexander Rahr zit. n. Wagner 2007) unter der Führung des Putin-Vertrauten Alexej Miller nunmehr zu einem strategisch agierenden Konzern ausgerichtet wurde. Gazprom hält einen 25%igen Anteil an der Weltgasproduktion und hat Zugriff auf etwa ein Drittel der weltweiten Erdgasreserven. Der Konzern verfügt über das Monopol in den Bereichen Produktion, Transport und Export von russischem Erdgas. Das Tochterunternehmen Gazekspor ist der weltweit größte Gasexporteur und der wichtigste Gaslieferant Europas mit einem Marktanteil von über 20% in Westeuropa und über 50% in Osteuropa (ohne GUS). Damit erwirtschaftet Gazprom ein Viertel der gesamten russischen Deviseneinnahmen (Windisch 2007).

Ab 2003 wurden zudem zentrale Segmente des Ölsektors in staatliche Kontrolle zurückgeführt. Staatliche Ölgesellschaften stellten 2003 nur rund 12 % der russischen Ölförderung. Insbesondere in den USA ansässige transnationale Öl-Konzerne wie Exxon-Mobil und Chevron wurden von der neuen russischen Strategie getroffen. Als besonders aggressive Vertreter im Wettlauf um Zugang zu den russischen Ressourcen hatten sie auf die beiden reichsten Männer Russlands und die mächtigsten innenpolitischen Gegenspieler Putins gesetzt: Auf den Oligarchen Roman Abramowitsch (Besitzer von Sibneft; 2003) und Michail Chodorkowski (Besitzer von Yukos; 2003). Bei der geplanten Mega-Fusion zwischen Sibneft und Yukos zur bei weitem größten russischen Ölfirma sollten zugleich Exxon-Mobil und Chevron beteiligt werden. Darüber hinaus verhandelte Chodorkowski (an staatlichen Stellen vorbei) mit China über den Bau einer transsibirischen Pipeline. Aus Sicht der russischen Administration drohte damit ein beachtlicher Kontrollverlust über strategisch wichtige Öl- und Gasvorkommen sowie Pipeline-Routen. Die Verhaftung Chodorkowskis 2003 wegen Steuerhinterziehung beendete das Projekt. In den folgenden Jahren wurde Yukos durch Steuernachforderungen (etwa 28 Mrd. \$) zum Verkauf gezwungen, die größte Fördergesellschaft von Yukos erwarb der staatlich kontrollierte Rosneft-Konzern. Ende 2005 wurde auch das Abramowitsch-Unternehmen Sibneft für über 13 Mrd. \$ von Gazprom übernommen. Damit entfielen Ende

2005 35 % der russischen Ölförderung auf staatliche Gesellschaften (Rosneft, Sibneft, Gasprom sowie Tatneft und Baschneft, die unter Verwaltung der Behörden von Tatarstan und Baschkirien stehen). Gegenüber 2003 hat sich der Produktionsanteil der staatlichen Ölgesellschaften somit etwa verdreifacht. Gleichzeitig aber veräußerte der russische Staat seine restlichen Anteile an der größten Ölgesellschaft Lukoil an den amerikanischen Ölkonzern ConocoPhillips und hob Ende 2005 die Begrenzung des Aktienanteils von Ausländern an Gazprom auf. Das zeigt, dass das derzeitige Projekt der russischen Administration in erster Linie auf die Stärkung bürokratisch-kapitalistischer Kontrollstrukturen zielt, denn parallel zu diesen Renationalisierungsmaßnahmen strebt die russische Energiepolitik weiterhin an, dass ausländische Unternehmen in die russische Energiewirtschaft investieren, insbesondere um ihr technisches Wissen bei der oft sehr schwierigen Erschließung der Lagerstätten zu nutzen. Inwiefern die staatliche Kontrolle über den Energiesektor nunmehr primär als Instrument der Außenpolitik eingesetzt wird, ist damit noch keineswegs ausge-macht.

Des Weiteren sind die Tendenzen, den Zugriff westlicher Konzerne auf russische Ressourcen stärker zu kontrollieren, unübersehbar. 2006 erließ der Kreml ein Gesetz, in dem Öl-, Gas-, und Metallagerstätten explizit zu strategischen Reserven aufgewertet wurden. Deren Ausbeute muss nunmehr unter der Führung russischer Unternehmen stattfinden. Bestehende Mehrheitsbeteiligungen westlicher Firmen an der Exploration werden mit Hilfe der Anwendung bereits vorher bestehender Umweltauflagen oder auch Steuerfahndungen zugunsten russischer Konzerne (allen voran Gazprom) zurückgedrängt. Ein vor der Insel Sachalin aktives Shell-Konsortium akzeptierte unlängst eine 50% Gazprom-Beteiligung<sup>15</sup>. Ebenso wurde bei dem britisch-russischen TNK-BP-Konsortium auf dem sibirischen Erdgasfeld Kowytka eine Gazprom-Beteiligung durchgesetzt. Auch die (private) russische Firma Lukoil wird mit hohen Steuernachforderungen konfrontiert.

### 4.3. Europas „weiche Geopolitik“

In das europäische Projekt zur Energiesicherung sind schon seit den frühen neunziger Jahren Elemente einer „weichen“ Geopolitik eingelassen, die durch die Probleme des europäischen Binnenmarktregime zu internationalisieren nunmehr eine Aufwertung erfahren. Die

<sup>15</sup> Putin kritisierte noch im Juni die Production-Sharing-Agreements vor Sachalin als „Verträge im Kolonialherrenstil“.

umkämpfte und konfliktreiche Aufbereitung des Raumes im Energiebereich bezieht sich dabei vor allen Dingen auf die Entwicklung der Energieinfrastruktur, d.h. vor allem Pipelines aber auch Verkehrswege in der Türkei und dem Kaukasus. Letztlich geht es aber um den Zugriff auf zentralasiatisches Erdgas und -öl, dessen Transport derzeit nur durch Russland erfolgen kann und daher deutlich unter Weltmarktpreisen v. a. durch Gazprom erworben und strategisch eingesetzt wird.

Die durch die EU angestrebte Diversifizierung in der Energieversorgung wurde bislang insbesondere durch zwei (komplementäre) Unterprogramme des TACIS-Programms<sup>16</sup> (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) vorangetrieben, wobei sich der Auf- und Ausbau des Pipelinenetzes sowie die Erschließung der dazu gehörigen Verkehrswege als inkohärent erweisen (Ehlers 2006). Zum einen handelt es sich dabei um das Programm INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport to Europe), dass seit 1994 über den Auf- und Ausbau eines Pipelinenetzes kaspisches Öl und Gas an den europäischen Markt anschließen soll. Zum anderen existiert das TRACECA-Programm (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia), das auf die Entwicklung eines alternativen Transportkorridors zu der traditionellen Handelsroute durch Russland ausgerichtet ist. Die Russische Föderation ist als einziger Staat des eurasischen Raumes nicht Mitglied in dem Programm.

Während das TRACECA-Programm recht eindeutig darauf ausgerichtet ist mit der „Neuen Seidenstraße“ das Raummonopol Russlands zu brechen, ist der Fall bei INOGATE nicht so eindeutig. Die Prioritäten liegen auf der pragmatischen Anbindung der zentralasiatischen und kaukasischen Staaten an die Europäische Union wobei der Kooperation mit Russland durchaus ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Neben diesen Inkohärenzen zweier eigentlich als komplementär konzipierter Programme sind die Ergebnisse bislang ebenfalls bestenfalls bescheiden. Beide Institutionen beklagen mangelhafte strategische Planung und fehlende Prioritätensetzung bei den Aktivitäten (ebd.: 196). So erscheint die „weiche Geopolitik“ Europas bislang eher als eine widerspruchsvolle Verdichtung zweier gegenläufiger geostrategischer Ansätze innerhalb der EU, die insbesondere im Rahmen der Spaltung der Union nach 2003 eine verstärkte Aufmerksamkeit erfahren haben: Eine „eurasische“ einerseits und eine „atlantische“ andererseits (vgl. z.B. Hellman 2006: 27f.).

<sup>16</sup> Inzwischen wurde das TACIS-Programm durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) ersetzt.

Die Atlantiker stehen dabei für eine atlantische Grundausrichtung mit einer Entspannungsstrategie gegenüber Russland mit dem Ziel einer subalternen Anbindung Russlands an die EU, wohingegen die Europäer mit eurasischer Ausrichtung eher für eine mehr oder weniger gleichberechtigte Einbindungsstrategie gegenüber Russland eintreten.

Gleichwohl sollte diese Gegenüberstellung zweier geostrategischer Konzeptionen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Europäer im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses immer wieder deutliche Rückschläge hinnehmen mussten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass im Westen kaum und in Mitteleuropa noch weniger Verbündete für eine irreversible Verflechtung mit Russland zu finden sind. Die tiefe Krise der EU ab 2003 sowie die Regierungswechsel in Frankreich und der BRD haben das zeitweilig zu vermutende „eurasische“ Projekt gleich zu Beginn wieder obsolet gemacht.

Die Dominanz der transatlantisch orientierten Fraktion im Bereich der weichen Geopolitik ist in der europäischen Unterstützung für das Pipeline-Projekt NABUCCO besonders deutlich ausgeprägt (Wagner 2007). Die über 3 000 Kilometer lange Pipeline ist das zentrale Projekt im Rahmen der „unabhängigen Versorgung durch Erdgasrohrleitungen von der kaspischen Region“ (Europäische Kommission 2005: 17). Die Pipeline soll von Aserbeidschan durch die Türkei, Rumänien, Bulgarien und Ungarn bis nach Österreich geführt werden. Unter der Führung der österreichischen OMV, die seit 2000 von einem kleinen Betreiber eines mitteleuropäischen Tankstellennetzes zum dominierenden Konzern im Donauraum avancierte, wird das Projekt von einem Konsortium aus Botas (Türkei), MOL Natural Gas Transmission (Ungarn), Bulgargaz (Bulgarien) und SNTGN Transgaz SA aus Rumänien vorangetrieben<sup>17</sup>.

Das Konsortium kann sich auf die massive Unterstützung durch die EU verlassen, die (genau wie Deutschland) dem Projekt höchste Priorität einräumt (Wagner 2007). Die Machbarkeitsstudie wurde von der EU mit 4,8 Mio. € unterstützt und die Europäische Investitionsbank (EIB) sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) signalisieren ihre Bereitschaft, bis zu 70% der Finanzierung zu übernehmen.

Inzwischen mehren sich Überlegungen, die Pipeline bis zur Ostseite des kaspischen Meeres weiterzuführen und so die zent-

<sup>17</sup> „Ob es Zufall oder Absicht ist, das Konsortium setzt sich aus eben jenen Staaten zusammen, die im ersten Weltkrieg Verbündete gegen Russland waren.“ (Kneissl 2006: 38). Die Reminiszenz ist zumindest in Russland nicht verblasst.

ralasiatischen Ressourcen unter Umgehung von Russland, aber auch des Irans, dem Europäischen Markt zu Verfügung zu stellen.

Es wird deutlich, dass gerade die Türkei aus Sicht der Diversifizierungsstrategie der EU von herausragender Bedeutung ist (Kneissl 2006: 32ff.). So begann die Europäische Kommission im Sommer 2004 mit der Finanzierung des Ausbaus der türkischen Pipeline-Infrastruktur. Das staatliche Unternehmen Botas soll erweitert werden, um die Türkei perspektivisch zur zentralen Drehscheibe für Erdöl- und Erdgaslieferungen aus dem nahöstlichen und zentralasiatischen Raum aufzuwerten.<sup>18</sup>

Insbesondere der Hafen Ceyhan spielt dabei eine zentrale Rolle. Der Hafen ist das Terminal für die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC) und die irakische Kirkuk-Pipeline, die jedoch durch häufige Anschläge im Irak ständig unterbrochen ist. Auch eine Verlängerung der Arab Gas Pipeline (AGP), die ursprünglich ägyptisches Erdgas nach Jordanien, Syrien und den Libanon transportieren sollte, ist derzeit im Gespräch.

Das politisch, finanziell und technisch anspruchsvollste Projekt ist jedoch die BTC-Pipeline. Sie ist neben der geplanten NABUCCO-Trasse der bisher größte Erfolg der Atlantiker. Insbesondere die USA als wichtigster Kunde Aserbeidschans wollen damit ihre Abhängigkeit vom nahöstlichen Öl verringern. Gleichzeitig umgeht die Pipeline Russland und den Iran und passt sich insofern in die Diversifizierungsstrategie der Europäischen Union ein. Die jetzige Streckenführung ist die teuerste und technisch aufwendigste „Lösung“, die zudem noch mit enormen Umweltrisiken behaftet ist, da die Trasse durch stark erdbebengefährdetes Gebiet verläuft.<sup>19</sup> Das betreibende Konsortium steht unter der Leitung der britischen BP (34%), der amerikanischen Unocal sowie der Turkish Petroleum Inc.. Dass die an dem Projekt beteiligte EBRD nicht auf eine Sicherung der Trassenführung nach EU-Standards bestanden hat, zeigt die Dominanz geopolitischer Überlegungen hinter der europäischen Beteiligung an dem Projekt. Die BTC ist ein offensichtlich gegen Moskau gerichtetes Projekt: Die Stationierung US-amerikanischer

Truppen schon 2001 in Georgien, die folgende Finanzierung der „Caspian Guard“ zum Schutz der Pipeline durch das Pentagon und Pläne zur Errichtung einer Militärbasis in Aserbeidschan können hier als Indikatoren gelten. Darüber hinaus ist das Projekt nicht nur aus weltpolitischen Überlegungen höchst zweifelhaft, auch die wirtschaftliche Rentabilität ist in Zweifel zu ziehen. Die ehemals euphorischen Schätzungen des Ölreichtums des kaspischen Meeres sind nunmehr deutlich ernüchterten Prognosen gewichen. Ob die Pipeline überhaupt ausreichend (lies: rentabel) gefüllt werden kann, ist derzeit eine offene Frage. Gleichzeitig erweisen sich jedoch die Erdgasreserven der Region (zwischen 6% und 8% der Weltreserven) zunehmend als Objekt der Begierde, gerade wenn es darum geht gegenüber Russland, oder genauer: Gazprom, unabhängiger zu werden. Im Dezember 2006 nahm eine parallel zur BTC-Pipeline verlaufende Erdgasröhre (South Caucasus Pipeline (SCP)) ihren Dienst auf.

#### 4.4. ...und die russische Antwort

In Russland wird das NABUCCO-Projekt als Versuch, das russische Raummonopol zu brechen, interpretiert. Hier decken sich die Wahrnehmungen von Gazprom und der russischen Regierung. Der russische Gaskonzern bemüht sich daher das Projekt überflüssig zu machen und damit gleichzeitig näher an das europäische Verteilersystem heranzurücken.

Bereits 1999 hatte Gazprom, gemeinsam mit der italienischen ENI und unter heftigen Protesten der US-Administration, begonnen, mit dem Blue Stream Projekt unter Umgehung der Ukraine eine Gaspipeline unter dem schwarzen Meer zur türkischen Stadt Samsun zu verlegen. Dieses Projekt richtete sich (unter Beteiligung japanischer und türkischer Firmen) gegen die Pläne eines anglo-amerikanischen Konsortiums, eine Pipeline (Trans-Caspian Gas Pipeline; TCP) durch das kaspische Meer nach Turkmenistan zu führen. Das Gazprom-Unterfangen war bereits 2002 erfolgreich und beendete (vorerst) das TCP-Projekt (Pijl 2006: 352). Nunmehr plant Gazprom eine Verlängerung von Blue Stream parallel zum NABUCCO-Vorhaben durch Bulgarien und Rumänien bis nach Ungarn.

Gleichzeitig veräußerte E.ON Ruhrgas seine Anteile an der ungarischen MOL (Mitglied im NABUCCO-Konsortium) gegen eine 25%-Beteiligung am russischen Yushno-Ruskoje-Feld an Gazprom. Die MOL zeigte daraufhin Interesse aus NABUCCO auszusteigen und die ungarische Regierung, das Angebot verbilligter Erdgaslieferungen durch Gazp-

<sup>18</sup> Bislang verläuft die zentrale Route für Öllieferungen durch die Meerenge des Bosphorus. Etwa 50 000 Schiffe, darunter 5 500 Öltanker, durchfahren dieses Nadelöhr jährlich. Wartezeiten von 20 Tagen sind dabei normal und könnten sich noch weiter verlängern, sollte die türkische Regierung (angesichts der enormen Gefahren die der Großstadt Istanbul durch ein Unglück oder einen Anschlag auf die Transportroute drohen) die Auflagen weiter verschärfen.

<sup>19</sup> Die z. T. höchst fragwürdige Enteignungspraxis türkischer Bauern, denen das Konsortium falsche Zusagen machte, dürfte der Transportsicherung nicht gerade dienlich sein.

rom vor Augen, unterstütze die Rückzugspläne des Konzerns.

Darüber hinaus nutzt Gazprom die deutliche Abkühlung der Verhältnisse zwischen der Türkei und den USA einerseits sowie der EU andererseits. Frustriert über die Ignorierung türkischer Sicherheitsinteressen im Nordirak durch die amerikanische Regierung und der Hinhaltenaktik bzw. inzwischen ablehnenden Haltung der Europäischen Union in der Beitrittsfrage zeigt sich die Türkei gegenüber dem Billig-Erdgas-Angebot von Gazprom aufgeschlossen. Die Spannungen zwischen Frankreich und der Türkei aufgrund des Armenier-Beschlusses der französischen Nationalversammlung haben bereits dazu geführt, dass Gas de France die Beteiligung an dem NABUCCO-Konsortium verwehrt wurde, obwohl das Kapital dringend zur Realisierung benötigt wird. Das Projekt „des Westens“, die Türkei zur Energiedrehscheibe vis-a-vis Russland auszubauen, ist ernsthaft bedroht.

Im Rahmen des russisch-ukrainischen „Gas-Streits“ rückte die Transkaspische Gaspipeline (TCP) auf der Agenda der EU wieder nach oben. Der europäische Energiekommissar Andris Piebalgs signalisierte die Unterstützung der EU für das Projekt (BBN 2006). Am 12. Mai 2007 musste das Projekt dennoch begraben werden: Wladimir Putin vereinbarte mit dem turkmenischen Präsidenten Gurbanguli Berdymuchamedow die Lieferung turkmenischen Erdgases durch den 1974 errichteten Transportkorridor „Mittelasien-Zentrum“, der durch Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan verläuft. Zu diesem Zweck soll die bestehende Pipeline erneuert und erweitert werden (Wolkowa 2007).

Das Vorhaben, mittels NABUCCO und TCP die zentralasiatischen Reserven aus der russischen Kontrolle zu lösen, ist wohl gescheitert. Einzig russisches und iranisches Gas könnten die Pipeline nunmehr füllen, aber sowohl die iranische Option als auch ein Einstieg von Gazprom in das Konsortium stoßen auf heftigen Widerstand der Vereinigten Staaten als auch auf große Skepsis in Europa.

#### **4.5. Gazprom auf dem Weg in den europäischen Markt**

Derzeit führt für die europäische Gasversorgung kein Weg an Gazprom vorbei. Der Konzern sei ein gefügiges Instrument in den Händen des Kreml, so zumindest lautet eine weitverbreitete Auffassung, dabei sind die Außenpolitik Russlands und die Strategie des mächtigsten russischen Konzerns keineswegs deckungsgleich (Götz 2007). Natürlich gibt es deutliche Interessenkonvergenzen, wie z. B. in der Preispolitik gegenüber den Staaten in der direkten Nachbarschaft, in denen prowestliche

Regierungsumstürze stattgefunden haben; zugleich sichern hohe Profite bei Gazprom einen beträchtlichen Teil des russischen Haushaltes. Gleichwohl zeigt die unnachgiebige (Preis-)Politik gegenüber dem engen Verbündeten Weißrussland, dass die Energiekonflikte primär aus dem Bemühen von Gazprom herrühren, ein „ordentlicher“ Konzern zu werden (sprich: Weltmarktpreise für seine Produkte einzufordern).

Gazprom bemüht sich, ein integrierter Energiekonzern zu werden. Das bezieht sich sowohl auf die Ausdehnung des Geschäftsfeldes auf die Förderung, den Transport und die Raffinierung von Erdöl, als auch auf die Übernahme von Gasinfrastruktur und den direkten Zutritt zu Endverbrauchermärkten in Europa. Die Gazprom-Strategie kann als Lehre aus den Nationalisierungen der Ölgesellschaften im Nahen und Mittleren Osten gedeutet werden. Damals kontrollierten die neuen staatlichen Unternehmen zwar die Ölförderung (upstream), aber der Transport (mid-stream) und die Verarbeitung/Vermarktung (downstream) war von westlichen Gesellschaften dominiert. Das gab den mehrheitlich anglo-amerikanischen Unternehmen (sowie dem Westen als dem zentralen Absatzmarkt insgesamt) ein entscheidendes Druckmittel an die Hand (Yergin 1991: 389-541). Gazprom hingegen versucht Quellen, Transportwege und Absatzmärkte unter ihrem Dach zu integrieren.

Gazprom benutzt dazu seine marktdominierende Stellung in Russland und dabei insbesondere seinen exklusiven Zugriff auf billiges zentralasiatisches Gas (und Öl). Die abrupten Preiserhöhungen gegenüber der Ukraine (März 2005-Anfang 2006) und Weißrussland (Ende 2006-Mai 2007) wurden durch Kompromisse beigelegt: beide Staaten zahlen nicht den vollen Weltmarktpreis, aber sie treten die Kontrolle über ihre Gasinfrastruktur ab (vgl. Lindner 2007; Götz 2006a)<sup>20</sup>. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Kaukasus: Das westlich orientierte Georgien weigerte sich und zahlt nunmehr Weltmarktpreise. Demgegenüber zeigte sich Armenien kooperativ und zahlt anstatt 230 \$ pro 1000 Kubikmeter Gas nur 110 \$. Darüber hinaus bemüht sich Gazprom nunmehr Anteile an europäischen Verteilernetzen zu erwerben. Die Liberalisierungsstrategie der EU hat dafür die Voraussetzungen geschaffen und erweist sich unter den veränderten Bedingungen nunmehr als zunehmend kontraproduktiv in dem Bestreben die geopolitische Position der EU zu stärken.

<sup>20</sup> Dabei erhielt Weißrussland 2,3 Milliarden \$ für Beltransgasanteile, deren Wert auf 800 Millionen \$ geschätzt wurde.

## 5. Schlussbetrachtung: Soziale Kräfte in der Konstruktion des imperialen Europa

An der Energiefrage entzündet sich daher ein europäischer neuimperialer Diskurs. Die bescheidenen Fortschritte in der Internationalisierung des europäischen neoliberalen Binnenmarktregimes und die Rückschläge in der „weichen“ Geopolitik bereiten das Feld, auf dem weitreichendere Vorschläge fruchtbaren Boden finden. Aufgrund der Weigerung der russischen Föderation, auf die Kontrolle über die Energiewirtschaft zugunsten (westlicher) privater Akteure zu verzichten, wird Russland zunehmend als Gefahr für die westliche Energiesicherheit wahrgenommen. Durch die Weigerung der EU, ihre marktliberalen Strategien und Konzeptionen zugunsten eines kooperativeren Ansatzes zu überdenken, erfährt daher die europäische Peripherie eine zusätzliche geostrategische Aufwertung. Europa erscheint somit quasi gezwungen, seine Peripherie politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren, und die EU „wird darum ohne Anleihen beim Ordnungsmodell der Imperien nicht auskommen“ (Münkler 2006: 254). Das politische Projekt der imperialen Restrukturierung Europas<sup>21</sup> gewinnt in dem Maße an hegemonialer Qualität, in dem die „Bedrohung“ Europas, oder genauer: der imperialen Lebens- und Entwicklungsweise (gewissermaßen an der Tankstelle), alltäglich erfahrbar wird. Dabei wurde die sichere Energieversorgung bereits im Übergang in das neue Jahrtausend in die Sicherheitskonzeptionen des Westens integriert. Die NATO beschloss dies 1999, die Vereinigten Staaten 2001 und die Europäische Union folgte mit der Europäischen Sicherheitsstrategie 2003. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund besorgniserregend, als dass die Europäer ihre militärischen Fähigkeiten beträchtlich ausbauen (Heidbrink 2005) und zudem über neue Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit (Civil Military Cooperation, CIMIC) zivilgesellschaftliche Organisationen und Strukturen für eine Effektivierung militärischer Interventionen in entlegenen Regionen nutzen wollen.

---

<sup>21</sup> Nach Innen bedeutet dies eine stärkere Hierarchisierung der europäischen Staaten (ebd.).

## Literatur

Albert, Mathias/Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2003): Kritische Geopolitik. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen, S. 505-529.

Altwater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Münster.

Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007): Konkurrenz für das Empire – die europäische Union in der globalisierten Welt. Münster.

Barthel, Fritz/Gerling, Peter (Koord.) (2003): Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2002. Rohstoffwirtschaftliche Länderstudien XXVIII. Hannover.

BBN (2006): EU approves giant Transcaspian pipeline project. BBN Newsletter, 08.05.2006. [www.balticbusinessnews.com/newsletter/060508\\_bbn\\_newsletter.pdf](http://www.balticbusinessnews.com/newsletter/060508_bbn_newsletter.pdf) (Zugriff: 11.12.2007).

Bergsten, Fred (1999): America and Europe: Clash of the Titans? In: Foreign Affairs, 78(2), S. 20-34.

Bieling, Hans-Jürgen (2005a): Europäische Integration und Globalisierung. Vom Handelsblock zur neuen Supermacht mit imperialen Ambitionen? In: Weißbach, Conny u. a. (Hrsg.): Hegemonie – Krise – Krieg. Hamburg.

Bieling, Hans-Jürgen (2005b): Die Europäische Union: Juniorpartner der USA, rivalisierende Großmacht oder Alternativmodell? In: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hrsg.): Euroimperialismus?, S. 45-77.

Bieling, Hans-Jürgen (2006): Implikationen der neuen europäischen Ökonomie. In: Prokla 144, S. 325-343.

Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Wiesbaden.

Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (Hrsg.) (2007): Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union. FEI-Studie Nr. 25, Marburg.

Cafruny, Allan W./Ryner, Magnus J. (2007): Europe at Bay. In the Shadow of US Hegemony. London.

Cooper, Robert (2002): The postmodern State. In: The Observer, 10. April.

Cox, Robert W. (1987): Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History. New York.

Demirovic, Alex (2000): Erweiterter Staat und Europäische Integration. Skizzenhafte Überlegungen zur Frage, ob der Begriff Zivilgesellschaft zur Analyse der Veränderung von Staatlichkeit beitragen kann. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster, S. 51-72.

Ehlers, Kai (2006): Reicht Europa bis nach Kasachstan? In: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hrsg.) (2006): Weltmacht Europa. Hamburg, S. 183-197.

ESS, Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Brüssel, 12. Dezember 2003. <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Zugriff: 02.01.2008)

Europäische Kommission (2002): Energie: Unsere Abhängigkeit in den Griff bekommen. Brüssel.

Europäische Kommission (2005): Grünbuch über Energieeffizienz. Brüssel.

Europäische Kommission (2006): Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie. Brüssel. [http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006\\_03\\_08\\_gp\\_document\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/green-paper-energy/doc/2006_03_08_gp_document_de.pdf) (Zugriff: 10.2.2008).

Europäische Kommission (2006b): Aktionsplan für Energieeffizienz. Brüssel. [http://ec.europa.eu/energy/action\\_plan\\_energy\\_efficiency/doc/com\\_2006\\_0545\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/action_plan_energy_efficiency/doc/com_2006_0545_de.pdf) (Zugriff: 10.2.2008).

Götz, Roland (2006a): Energietransit von Russland durch Belarus und die Ukraine. Ein Risiko für die europäische Energiesicherheit? SWP-Studien, Berlin.

Götz, Roland (2006b): Wird Deutschland „Energiedrehscheibe“ für Russlands Erdgas? SWP-aktuell 49, Oktober 2006.

Götz, Roland (2007): Gazproms Zukunftsstrategie: Marktbeherrschung und Expansion. SWP-aktuell 39, Juni 2007. [www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=4177](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4177) (Zugriff: 8.12.2007)

Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford.

Heidbrink, Stephan (2005): US-Hegemonie und europäische Integration. Die militärpolitische Konfiguration Europas im transatlantischen Spannungsfeld. Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI), Nr. 25, Marburg.

Hellmann, Gunther (2006): Deutschland, Europa und der Osten. In: Internationale Politik, März 2007, S. 20-28.

Hettne, Björn/Söderbaum, Fredrik (2005): Civilian Power or Soft Imperialism? The EU as a Global Actor and the Role of Interregionalism. In: European Foreign Affairs Review 10, S. 535-552.

Kalicki, Jan H/Goldwyn, David L. (Hrsg.) (2005): Energy & Security. Toward a New Foreign Policy Strategy. Washington.

Keohane, Robert O. (2002): Ironies of Sovereignty: The European Union and the United States. In: Journal of Common Market Studies 40:4, S.743-765.

Klare, Michael T. (2004): Blood and Oil. The Dangers and Consequences of America's Growing Dependency in Imported Petroleum. New York.

Kneissl, Karin (2006): Der Energiepoker. Wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen. München.

Konzelmann, Gerhard (2006): Öl und Gas. Im Netz der Konzerne. München.

Leggett, Jeremy (2006): Peak Oil. Köln.

Lindner, Rainer (2007): Blockaden der Freundschaft. SWP-aktuell, 3. Januar 2007. [www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=3613](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3613) (Zugriff: 10.10.2007).

Mayer, Maximilian (2007): Nachzügler auf Abwegen? China stillt seinen Energiebedarf mit einer geschickten Importpolitik. In: iz3w 298, Jan/Feb 2007, S. 28-29.

Messner, Dirk (2006): Machtverschiebungen im internationalen System: Global Governance im Schatten des Aufstiegs von China und Indien. In: Debiel, Tobias/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): Globale Trends 2007. Frieden, Entwicklung, Umwelt. Frankfurt a. M., S. 45-60.

Mommer, Bernard (2000): The Governance of International Oil. The Changing Rules of the Game. Oxford Institute for Energy Studies, WMP 26.

Mommer, Bernard (2002): Global Oil and the Nation State. Oxford.

Müller-Brandeck-Boquet, Gisela (2006): Die EU als Akteur in den internationalen Beziehungen. In: Kadelbach, Stefan et al. (Hrsg.): Die Außenbeziehungen der Europäischen Union. Baden-Baden, S. 11-37.

- Münkler, Herfried (2004): Europas imperiale Herausforderung. In: Blätter für deutsche und internationale Beziehungen, Heft 12, S. 1462-1464.
- Münkler, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin.
- Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hrsg.) (2006): Welt-Macht Europa. Hamburg.
- Solans, Eugenio Domingo (2002): European financial integration and the international role of the euro. Speech delivered at the Global Economic Summit IV. Estepona. [www.ecb.int/key/02/sp020309.htm](http://www.ecb.int/key/02/sp020309.htm) (Zugriff: 3.4.2007).
- Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda (im Erscheinen): The Three Trillion Dollar War. New York.
- Streb, Sebastian (i.E.): Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP): Strategien, Probleme und Konflikte. Marburg.
- Stulberg, Adam N. (2007): Well-Oiled Diplomacy. Strategic Manipulation and Russia's Energy Statecraft in Eurasia. Albany.
- Teschke, Benno (2001): Geopolitik. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5, S. 322-334.
- Umbach, Frank (2003): Globale Energiesicherheit. Strategische Herausforderungen für die europäische und deutsche Außenpolitik. München.
- van der Pijl, Kees (2006): Global Rivalries: From the Cold War To Iraq. London.
- Wagner, Jürgen (2007): Der Russisch-europäische Erdgaskrieg. Studien zur Militarisierung Europas 30/2007. [www.imi-online.de/download/EU-Studien-30-2007.pdf](http://www.imi-online.de/download/EU-Studien-30-2007.pdf) (Zugriff: 3.10.2007).
- Westphal, Kirsten (2006): Energy Policy between Multilateral Governance and Geopolitics: Wither Europe? In: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2006, S. 44-62.
- Windisch, Nancy (2007): Gazprom – Die Unternehmenspolitik des größten Erdgaskonzerns der Welt. [www.weltpolitik.net/Regionen/Rusland%20und%20Zentralasien/Russische%20F6deration/Analysen/Gazprom%20%96%20die%20Unternehmenspolitik%20des%20gr%F6%DFten%20Erdgaskonzerns%20der%20Welt.html](http://www.weltpolitik.net/Regionen/Rusland%20und%20Zentralasien/Russische%20F6deration/Analysen/Gazprom%20%96%20die%20Unternehmenspolitik%20des%20gr%F6%DFten%20Erdgaskonzerns%20der%20Welt.html) (Zugriff: 10.12.2007).
- Wolkowa, Irina (2007): Masterplan der Energiestrategie. [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Rusland/kaspi.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Rusland/kaspi.html) (Zugriff: 10.12.2007).
- Yergin, Daniel (1991): The Prize. The Epic Quest for Oil, Money & Power. New York.
- Yergin, Daniel (2006): Ensuring Energy Security. In: Foreign Affairs 85(2), S. 69-82.
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster.



# **Der geopolitische Wettstreit um Rohstoffe in der Kaspischen Konfliktregion – eine Analyse russischer und US-amerikanischer Interessen**

Georg Leitner

## **Einleitung**

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Endes des fossilen Zeitalters kommt es zunehmend – wie etwa aktuell der derzeitige Irak-Krieg zeigt – zu militärischen Auseinandersetzungen um die Kontrolle und Sicherung von Ressourcen. Während der weltweite Bedarf an Erdöl- und -gas, vor allem auch aufgrund des enormen Energieaufwandes von Schwellenländern, kontinuierlich steigt, wird weltweit mehr Öl gefördert als neue Vorkommen erschlossen werden. Die Sicherung der noch vorhandenen Rohstoffe ist zur Priorität vieler Großmächte ernannt worden, und v.a. der ressourcenreiche Nahe Osten ist in den vergangenen Jahrzehnten vermehrt in den Fokus von Rohstoffkonflikten gerückt. Die Kaspische Region bietet, trotz vergleichsweise weit geringerer Vorkommen, eine willkommene Alternative zum Persischen Golf, und viele Großmächte versuchen zwecks Diversifizierung ihrer Rohölimporte Zugriff auf die Rohstoffe der Region zu erhalten. Aufgrund verschiedener ungelöster ethnischer Konflikte sowie dem weitgehenden Vorherrschen undemokratischer Regime in dieser Region kommt es auch häufig zur Einmischung äußerer Mächte, welche die eigenen Rohstoffinteressen forcieren wollen. Diese wirkt sich jedoch äußerst negativ auf die sozioökonomische Entwicklung der Kaspischen Region aus.

In diesem Zusammenhang ist in der einschlägigen Literatur deshalb oft von einem „New Great Game“ im Kaspischen Raum die Rede, in Anlehnung an die Rivalität zwischen Russland und England in dieser Region im 19. Jahrhundert. Aufgrund zusammenprallender Interessen und mehrerer Meinungsverschiedenheiten Russlands und der USA wird darüberhinaus heute auch zunehmend von einem „Neuen Kalten Krieg“ gesprochen.<sup>1</sup> Diese Annahmen sollen in folgender Arbeit kritisch hinterfragt und Lösungsvorschläge für bestehende Konflikte erarbeitet werden. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf das russische und

US-amerikanische Engagement in der Kaspischen Region gelegt werden. Zunächst soll jedoch ein historischer Überblick über den Zusammenhang zwischen Rohstoffsicherheit und Krieg auf das Thema hinführen.

## **1. Der Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen**

Die zahlreichen Konflikte und Kriege um den Rohstoff Erdöl haben das 20. Jahrhundert maßgeblich geprägt. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das „schwarze Gold“ erstmals wirtschaftlich genutzt, vorwiegend als Brennstoff und in Form von Petroleum als Beleuchtungsmittel. Strategische Relevanz erhielt der Rohstoff dann vor dem Ersten Weltkrieg, als unter Winston Churchill erstmals die Motoren der britischen Marine anstatt mit Kohle durch die Verwendung von Öl betrieben wurden. Schon Churchill erkannte dessen Vorteile: Im Gegensatz zur Kohle war es leicht zu lagern, zu transportieren und war darüberhinaus auch noch relativ billig. Als es nach dem Ersten Weltkrieg zur Aufteilung bestimmter Regionen des Osmanischen Reiches zwischen Großbritannien und Frankreich kam, war die Kontrolle über erdölkreiche Gebiete und die Transportwege des fossilen Rohstoffes – das Öl musste ja über eine Transitroute an das Mittelmeer und von dort nach Europa gebracht werden – ein entscheidender Faktor. Somit wurden etwa die Grenzen zwischen dem Irak, Jordanien und Syrien gemäß britischer und französischer Rohstoffinteressen gezogen (Kneissl 2007: 217ff).

Im Zuge der von den USA ausgehenden Motorisierung der Gesellschaft erwuchs auch zunehmend eine starke Nachfrage nach Benzin. In der Zwischenkriegszeit benötigte Hitler Unmengen des Rohstoffes zwecks Aufrüstung Deutschlands. Da das Land über keine eigenen Quellen verfügte und dessen Versorgung mittels Ölimporten immer unsicherer wurde, plante Hitler die Ölvorkommen im Kaspischen Meer – welcher sich die Sowjetunion bediente – für seine Kriegsmaschinerie zu nutzen. Jedoch konnte die deutsche Wehrmacht nicht weiter als 80 Kilometer bis an das Kaspische Meer vorstoßen (Zumach: 122ff).

1960 formierte sich aus den Staaten Kuwait, Iran, Irak, Saudi-Arabien und Venezuela das Kartell der OPEC (Organisation of Petrol Exporting Countries), mit dem Ziel bei der Ausbeutung der eigenen Ölreserven, die bis dahin vorwiegend durch ausländische Firmen erfolgte, mehr Mitspracherecht zu erlangen. In den 1970er Jahren kam es dann u.a. im Zuge des arabisch-israelischen Jom Kippur Krieges 1973, in dem Israel von den USA unterstützt wurde, und der drastischen Erhöhung des

<sup>1</sup> Vgl. exempl. eine Analyse von Friedrich Korkisch mit dem Titel „Putin hat dem Westen den Kalten Krieg erklärt“ (Wiener Zeitung, 22.8.2007: 10).

Ölworldmarktpreises durch die Drosselung der Produktion durch die OPEC zu tiefgreifenden Ölpreisschocks, welche erstmals die tiefgehende Abhängigkeit westlicher Industrienationen von den rohstoffreichen Regionen des politisch instabilen Nahen Ostens offenlegten (Kneissl 2007: 223ff).

Viele weitere kriegerische Auseinandersetzungen in diesem Jahrhundert waren weitgehend vom Kampf um das „schwarze Gold“ bestimmt. So gab es etwa zwischensstaatliche Konflikte wie den Zweiten Golfkrieg 1991, aber auch innerstaatliche Auseinandersetzungen um die gerechte Verteilung oder die Kontrolle des geförderten Öls, wie dies vor allem in mehreren afrikanischen Staaten der Fall war und noch immer ist. Die Politikwissenschaftlerin Louise Fawcett (2002: 180f) betrachtet in diesem Zusammenhang den Wettstreit um Ressourcen und Territorium als einen entscheidenden Faktor und eine charakteristische Eigenschaft heutiger Kriege. Wie eben erwähnt, können bewaffnete Konflikte um Rohstoffe zwischen Staaten, zwischen nichtstaatlichen Gruppierungen untereinander – einschließlich internationalen Ölfirmen, Warlords, Rebellengruppen – und gegen nationale Regierungen stattfinden. Doch auch politisch einflussreiche Staaten, die keine territorialen Ansprüche stellen, können in Form von Kontrolle in internationalen Institutionen und auf internationale Märkte einen gewissen Einfluss auf die Ressourcen anderer Länder ausüben – etwa durch bestimmte Handelsbedingungen. Bezüglich des Mitspracherechts in internationalen Einrichtungen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds sind hier – im Gegensatz zu den Ländern der „Dritten Welt“ – eindeutig die westlichen OECD-Länder bevorzugt.

Ein weiterer bedeutender Aspekt bei dem Kampf um die fossilen Rohstoffe ist die Tatsache, dass diese endlich sind und zunehmend zur Neige gehen. In diesem Zusammenhang wird öfters vom „Peak Oil“ gesprochen, welcher jenen Zeitpunkt beschreibt, an dem bereits die Hälfte der weltweit vorhandenen Ölvorräte gefördert worden ist, und somit die Erdölförderung rückläufig wird. Wann genau dieser Punkt erreicht sein wird, oder ob dieser bereits erreicht wurde, ist noch unklar. Fakt ist jedoch, dass seit den 1980er Jahren die weltweit geförderte Menge an Erdöl größer ist als die neu gefundenen Bestände und die vorhandenen Reserven zunehmend schwinden. Einen weiteren Grund zur Beunruhigung liefern die Prognosen der ursprünglich von den OECD-Staaten als Gegenentwurf zur OPEC geschaffenen IEA (Internationale Energieagentur), welchen zufolge aufgrund des globalen Wirtschaftswachstums und der Zunahme der

Weltbevölkerung der weltweite Energiebedarf um 30% bis 2015<sup>2</sup> und bis 2025 gar um 50% steigen wird. Für einen Großteil dieses Zuwachses werden China und Indien verantwortlich sein, die aufgrund der rasanten und energieaufwändigen Entwicklung ihrer Volkswirtschaften auf ein großes Maß an fossilen Rohstoffen angewiesen sind. Einer weiteren Prognose zufolge wird sich auch das Energiegleichgewicht im globalen Energiemix verändern: während Öl voraussichtlich der bedeutendste Rohstoff bleiben wird, wird Erdgas die Kohle als zweitwichtigsten Energieträger verdrängen. Für den Einsatz erneuerbarer Energien dagegen, die einen Ausweg aus dem Dilemma der endlichen fossilen Rohstoffe darstellen würden, werden jedoch keine signifikanten Zuwächse vorausgesehen (Zumach 2005: 124ff).

Zusammenfassend lassen sich mehrere Konfliktfelder im Zusammenhang mit Energiesicherheit feststellen (Altvater 2006: 78). So kommt es wie erwähnt zu immer stärkeren Verteilungskämpfen um die immer knapper werdenden fossilen Energieträger, wobei militärischen Kapazitäten zu deren Sicherung eine besondere Bedeutung zukommt. Weiters ist auch eine starke Position auf den globalen Märkten ein wichtiger Aspekt, weil dadurch die Preisbildung des Ölpreises und dessen Fakturierung beeinflusst werden kann. Ein weiteres Konfliktfeld ergibt sich aus der Tatsache, dass viele Länder, die über einen großen Rohstoffreichtum verfügen, diesen selten für die Umsetzung notwendiger sozialer und ökonomischer Reformen verwenden, sondern sich eher die politischen Eliten daran bereichern. Auf diesen Aspekt des „Rohstofffluches“ wird an späterer Stelle noch näher eingegangen. Abschließend trägt die Verbrennung fossiler Rohstoffe auch in einem großen Maße zu einer Verschlimmerung des Treibhauseffektes bei. Die weitreichenden Auswirkungen des Klimawandels, die sich etwa in der Erhöhung des Meeresspiegels und der Zunahme von Umweltkatastrophen manifestieren, machen somit einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger und eine Abwendung vom fossilen Energieregime umso dringlicher.

---

<sup>2</sup> Ausgehend vom Basisjahr 2000.

## 2. Rohstoffkonflikte in der Kaspischen Region<sup>3</sup>

Da sich ein Großteil der weltweiten Ölreserven in der Region des Nahen Ostens befindet, ist für viele Staaten eine Diversifizierung ihrer Rohstoffimporte von großer Bedeutung, um so weniger von dieser politisch instabilen Region anhängig zu sein. Viele Staaten des kaspischen Raumes bieten aufgrund ihrer Vorkommen hierbei eine bedeutende Alternative für die Energieversorgung.

Schon seit dem 19. Jahrhundert stießen in dieser Region die Rohstoffinteressen unterschiedlicher Großmächte aufeinander. So kam es 1886 zur britischen Eroberung von Turkestan, ausschlaggebend war hierbei die Kontrolle über den Export von Baumwollgewebe. Diese Konfrontation zwischen England und Russland in der Kaspischen Region wird in der Literatur auch häufig als „Great Game“ zwischen den beiden Konkurrenten bezeichnet. Ende des 19. Jahrhunderts erlangte das in Baku gefundene Erdöl u.a. durch die Erfindung der Petroleumlampe wichtige Bedeutung, und das „schwarze Gold“ wurde mittels einer transkaspischen Bahnlinie nach Batum am Schwarzen Meer transportiert. Auf diesem Wege wurde Russland zwischen 1898 und 1901 zum größten Erdölzentrum der Welt. Als der Rohstoff auch zunehmend für den Einsatz in Kriegen bedeutend wurde, sicherte sich England große Anteile an den Vorkommen des Kaspischen Meeres, weshalb englische Gruppen zwischen 1918 und 1920 auch das gesamte Territorium Aserbaidschans besetzten. Nach der Rückeroberung der Kaspischen Ölfelder durch die Rote Armee wurde die gesamte Ölindustrie verstaatlicht. Im Zuge des Zweiten Weltkrieges versuchte Hitler erfolglos, wie schon oben erwähnt, die strategisch bedeutsamen Ölvorkommen zu erobern. Nach dem Ende des Krieges verlor das kaukasische Erdöl zunehmend an Bedeutung, da die am Festland befindlichen Quellen zunehmend erschöpft waren und die unter dem Kaspischen Meer vorhandenen Vorkommen nur bedingt erschlossen werden konnten. Die russische Förderung konzentrierte sich zunehmend auf die neu hinzugekommenen Vorkommen in Westsibirien (Bimboes 1999: 2ff).

Nach dem Ende der Sowjetunion hingegen erlangten die Ressourcen der Region wieder mehr Bedeutung. Die ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Staaten versuch-

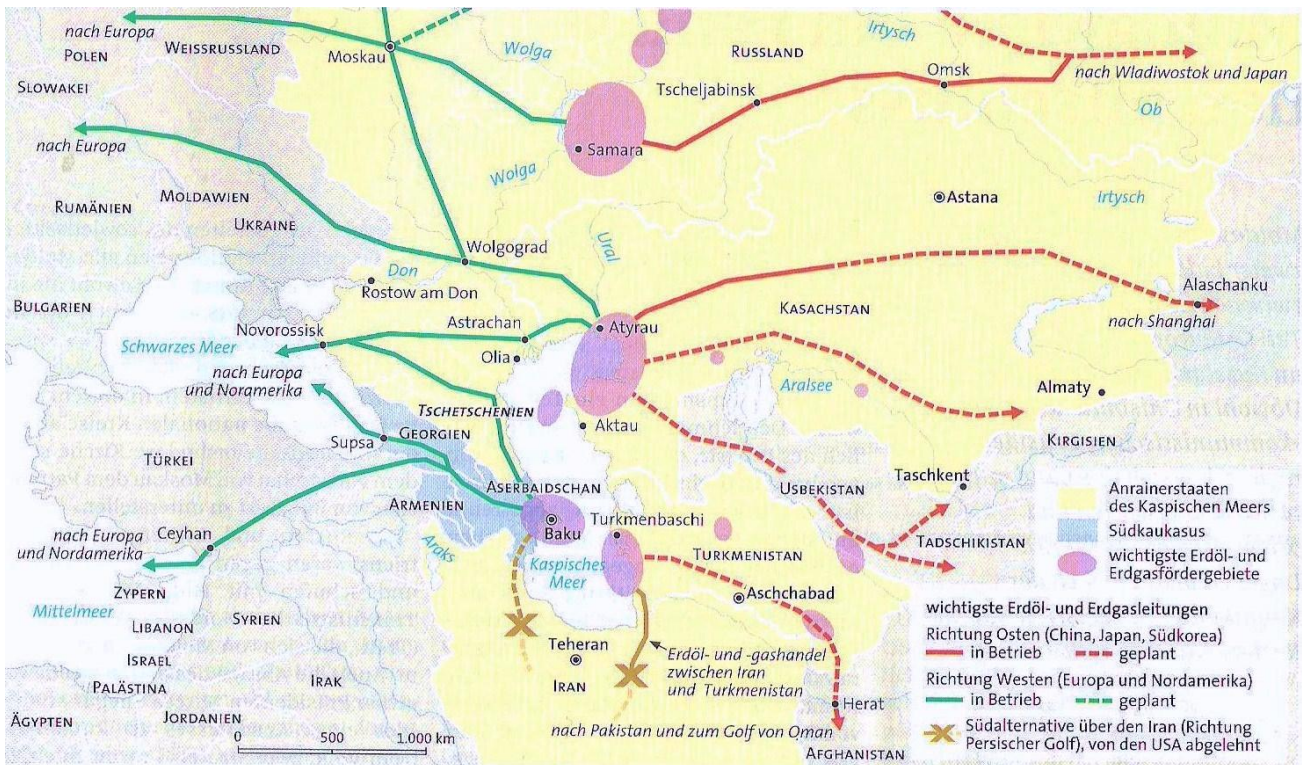
<sup>3</sup> Unter der Kaspischen Region werden hier die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisistan, die südkaukasischen Staaten Aserbaidschan, Armenien und Georgien sowie das im Süden an das Kaspische Meer grenzende Russland verstanden.

ten mit Hilfe ihrer Vorkommen von der Kolonialmacht Russland so weit wie möglich unabhängig zu werden.<sup>4</sup> Bei der Rohstoffextraktion wurde hierbei weder ausschließlich auf die Erschließung durch nationale Ölfirmen noch durch ausländische Firmen zurückgegriffen. Sie erfolgte aus einer Kombination beider Möglichkeiten, indem man das technologische Know-How ausländischer Firmen genutzt hat und währenddessen aber auch nationale Unternehmen in einem hohen Maße an der Erschließung beteiligt waren. 1993 kam es dann erstmals zur Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und der amerikanischen Ölgesellschaft Chevron, in dessen Rahmen das Tengiz-Feld erschlossen wurde. Um zu verhindern, dass ausländische Ölfirmen nationale Interessen ihrer Herkunftsländer in der Kaspischen Region verfolgen<sup>5</sup>, wählte man im September 1994 in der aserbaidischen Hauptstadt Baku das AIOC-Konsortium (Azerbaijan International Operating Company) aus 11 internationalen Unternehmen<sup>6</sup>, um die dort vorhandenen Rohstoffe zu gewinnen. In weiterer Folge wurden zum Transport des aserbaidischen Öls zwei Pipelines gebaut, eine von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa und die andere von Baku über die tschetschenische Hauptstadt Grozny zum russischen Schwarzmeerhafen in Novorossiisk (siehe Abbildung 1). Zwar wurde seitens der USA versucht, Russland vom Transport des an der Ostküste des Kaspischen Meeres gewonnenen Erdöls auszuschließen, jedoch konnte der Bau einer direkt durch das Meer verlaufenden Pipeline nach Aserbaidschan aufgrund der Weigerung Russlands nicht realisiert werden (Müller 2006: 4ff).

<sup>4</sup> Dass die Rohstoffabhängigkeit von Russland problematisch für die ehemaligen Sowjetrepubliken sein kann, zeigte etwa der Gasstreit mit der Ukraine im Winter 2005/06.

<sup>5</sup> So stand etwa in den 1990er Jahren Chevron unter massivem politischen Druck, das Öl des Tengiz-Feldes nicht über den Iran zum Persischen Golf zu leiten, um so den Iran zu isolieren. Erst durch eine amerikanische Intervention und einer Neuformierung des CPC (Caspian Pipeline Consortium) stimmte dann Russland zu, das Tengiz-Öl über russisches Territorium zum Schwarzen Meer zu leiten.

<sup>6</sup> Unter der Führung der britischen BP waren amerikanische, russische und japanische Firmen sowie die aserbaidische SOCAR in dem Konsortium vertreten.



Das Kaspische Meer, eine strategische Ölgion ◀

**Abbildung 1: Erdöl- und Gaspipelines im Kaspischen Raum (Quelle: Le monde diplomatique 2006: 135)**

Die umstrittene Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC), die von Baku an den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan führt, wurde 2005 in Betrieb genommen. Da Russland mit der CPC-Pipeline in den 1990er Jahren bereits über die leistungsstärkste Leitung verfügte, gab es US-amerikanische Interessen, mit einer neuen Pipeline russisches Territorium zu umgehen. Die Türkei wurde deshalb von den USA als alternatives Transitland gewählt, u.a. auch um den NATO-Alliierten Türkei zu stärken und dessen Territorium zur Stationierung amerikanischer Truppen in dieser strategisch bedeutsamen Region zu nutzen. Aufgrund des Nagorno-Karabach-Konfliktes zwischen Armenien und Aserbaidschan musste die BTC-Pipeline auch noch um armenisches Territorium herumgeleitet werden. Neben den enormen Baukosten, u.a. aufgrund des Umgehens von Russland und Armenien, erschwerten auch technische Schwierigkeiten, wie etwa der Verlauf über hohe türkische Gebirgszüge, noch zusätzlich die Fertigstellung der Ölleitung. Erst im Jahre 2001 erklärte sich BP bereit, die seit den 90er Jahren geplante BTC-Pipeline zu bauen, und dies v.a. auch nur aus dem Grund, dass parallel zu dieser eine Gaspipeline in das türkische Erzurum gebaut werden sollte (ebd.).

Aufgrund der oben genannten Beispiele lassen sich hier ziemlich deutlich verschiedenste geo-

politische Interessen bei dem Bau von Pipelines in der Kaspischen Region beobachten. Ein interessanter Aspekt dabei ist, dass von einem ökonomischen Standpunkt aus gesehen günstigere Routen aufgrund von Rivalitäten und Machtpolitik nicht realisiert wurden. Dennoch werden große Summen investiert, um die Ressourcen der Kaspischen Region zu erschließen.

Die Bedeutung der Region für die Sicherung von Rohstoffen wird auch durch die Bezeichnung des Mittleren Ostens, des Kaspischen Meeres und der russischen Vorkommen in Westsibirien als „Strategische Ellipse“ augenscheinlich. Zwar befinden sich in dem kaspischen Gebiet nur etwa ein fünfzehntel der Ölreserven des Mittleren Ostens, jedoch sind aufgrund der drastisch abnehmenden Menge dieses Rohstoffes bei einem steigenden Verbrauch Alternativen zum politisch instabilen Mittleren Osten gefragter denn je. Zudem erwartet man sich aufgrund der relativ späten Förderung der Quellen die Entdeckung und Erschließung weiterer Vorkommen in der Region, obwohl die hohen Erwartungen aufgrund der geringen Funde der letzten Jahre eher zu Ernüchterung geführt haben (Müller 2006: 4ff).

## 2.1. Ethnische Konfliktlagen am Kaukasus

Ein bedeutender Faktor bei der Betrachtung von Rohstoffkonflikten in der Kaspischen Region ist die große Anzahl kleinerer und größerer Konflikte in Kaukasien. Unter anderem aufgrund der ethnischen Heterogenität kam es insbesondere nach dem Zerfall der Sowjetunion zur Bildung zahlreicher Sezessions- und Unabhängigkeitsbewegungen.

Zurückzuführen ist die große Vielfalt an verschiedenen Ethnien am Kaukasus vor allem auf die Völkerwanderungen, die seit dem 2. Jahrhundert nach Beginn unserer Zeitrechnung durch das Vordringen der Hunnen Richtung Westen ausgelöst wurde. Im 12. Jahrhundert stießen die Mongolen vor und unzählige in Asien, Russland und im Orient angesiedelte Völker mussten flüchten. Vor allem der Kaspische Raum und Südosteuropa sind seitdem von einem hohen Maß an ethnischer Heterogenität geprägt (Bimboes 1999: 1).

Ab dem 18. Jahrhundert bekämpfte Russland die kaukasischen Bergvölker, versuchte sie in das russische Territorium einzugliedern und gegen die von ihnen häufig unternommenen Raubzüge militärisch vorzugehen.

Unter Stalin wurden ganze Völker in andere sowjetische Regionen deportiert, wie etwa die Tschetschenen, die beschuldigt wurden, im Zweiten Weltkrieg mit Hitler kooperiert zu haben. Darüberhinaus wurden zur Zeit der Sowjetunion willkürlich territoriale Einheiten zu Sowjetrepubliken zusammengeschlossen. Das harte Durchgreifen Russlands in Kaukasien führte zu großen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in der Region und einer weiteren Zerstreuung ethnischer Gruppen, ein Problem das bis heute noch nicht unter Kontrolle gebracht werden konnte. Durch den rechtslosen Zustand, soziale Verwahrlosung und die schlechte sozioökonomische Situation in vielen Gebieten des Kaukasus konnten sich auch verschiedenste Formen kriegsbedingter Krimi-

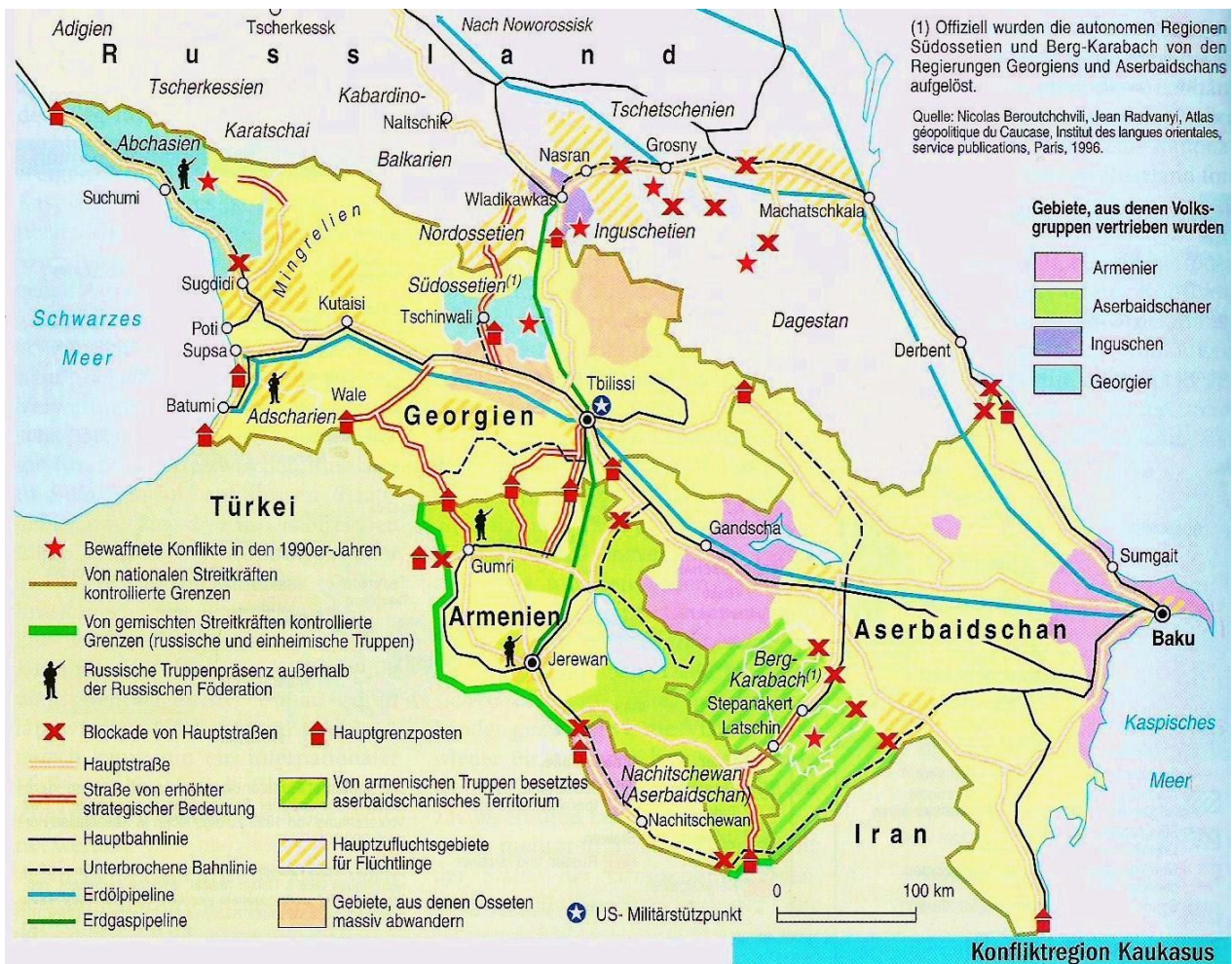


Abbildung 2: Bewaffnete Konflikte am Kaukasus (Quelle: Le monde diplomatique 2003:148)

nalität, wie etwa Waffenschmuggel oder Drogenhandel, etablieren (Halbach/Müller 2001: 9ff)

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen am Kaukasus unzählige Konflikte zum Vorschein, Abbildung 2 versucht diese ansatzweise graphisch darzustellen. Unter diesen waren vor allem der Tschetschenienkonflikt<sup>7</sup>, der Nagorny-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, die Auseinandersetzung zwischen Georgien und seinen autonomen Landesteilen Abchasien und Südossetien und der Konflikt in Nordossetien zwischen Osseten und Inguschen in den Medien präsent. Vieler dieser Konflikte hatten auch einen grenzüberschreitenden Charakter, so unterstützten etwa nordkaukasische Kampfverbände über die russisch-georgische Grenze hinweg Abchasien bei seinen Unabhängigkeitsbestrebungen. Obwohl ethnische Differenzen im Falle des Kaukasus als ursächlicher Konfliktgrund plausibel erscheinen mögen, waren jedoch territoriale und politische Interessen hier oft viel ausschlaggebender für den Ausbruch eines Konfliktes (ebd.).

## 2.2. Einmischung externer Akteure

Im Zuge der Rohstoffsicherung im Kaspischen Raum kam es in den 1990er Jahren zunehmend zu Interventionen externer Staaten in lokale Konflikte am Kaukasus. Mittels dieser Strategie erhoffen sich diese Akteure, bessere Karten im Spiel um die Ressourcen der Region zu erhalten und Staaten, die der Durchsetzung ihrer geopolitischen Interessen im Weg stehen, unter Druck zu setzen.

So unterstützte etwa Russland Armenien im Nagorny-Karabach-Konflikt gegen Aserbaidschan, das zu dieser Zeit gerade einen Öltransportkorridor zum Mittelmeer plante, um das russische Transportmonopol in der Region zu brechen. Von russischer Seite aus erklärte man sich dazu bereit, die Unterstützung der Armenier zu unterlassen, falls Aserbaidschan sein Öl über russisches Territorium leiten würde. Da sich jedoch die aserbaidschanische Regierung für die Pipeline über die Türkei und gegen den russischen Vorschlag entschied, leistete Russland den Armeniern weiterhin Hilfe. Ein ähnliches Bild zeichnete sich in Falle von Georgien ab. Um das Projekt der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline – unter Umgehung Russlands – zu verhindern, und den aserbaidschanischen Verbündeten Georgien

zu schwächen, unterstützte Russland die Unabhängigkeitsbestrebungen der georgischen Konfliktherde Südossetien, Abchasien und Adscharien. Im Gegenzug stand Georgien den Tschetschenen in ihrem Kampf gegen das russische Militär zur Seite (Seifert/Werner 2005: 128f).

Aber auch Saudi Arabien intervenierte im Tschetschenienkonflikt zugunsten tschetschenischer Rebellen und stärkte Ibn al-Chattab, einen der bekanntesten islamistischen Widerstandskämpfer, u.a. auch um den russischen Konkurrenten am Weltenergiemarkt zu schwächen. Nach dem 11. September 2001 und dem von Russland sowie auch Saudi Arabien abgelehnten dritten Irakkrieg 2003 kam es jedoch zunehmend zu einer Kooperation im Ölbereich zwischen den beiden Staaten, um so die „Stabilität der Ölmärkte zu sichern“. Tschetschenien ist für die russische Regierung insofern von strategischer Bedeutung, da die Pipeline von Baku nach Novorossijsk am Schwarzen Meer verläuft. So wurde von tschetschenischen Rebellen auch öfters Öl abgezapft und die Pipeline blockiert, um die russische Führung unter Druck zu setzen. Darüberhinaus verläuft durch Tschetschenien die einzige russische Eisenbahnverbindung in den Südkaukasus, und stellt somit einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt dar (ebd.).

Somit müssen die Interventionen des russischen Militärs in den 1990er Jahren, welche den Ausbruch der beiden Tschetschenienkriege zur Folge hatten, auch im Lichte der russischen Erdölinteressen in der Kaspischen Region gesehen werden. Drei Monate nachdem dem AIOC-Konsortium 1994 – unter vorläufigem Ausschluss des halbstaatlichen russischen Öltrusts Lukoil – das Recht zuerkannt wurde, die Ölfelder rund um Baku zu erschließen und auszubeuten, marschierten russische Truppen in Tschetschenien ein. Nachdem Lukoil nur eine marginale Beteiligung am Konsortium zugesprochen wurde, spielte v.a. der Transport des aserbaidschanischen Erdöls für das Transitland Russland eine wichtige Rolle. Als jedoch 1998/1999 die sogenannte „Westroute“ von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa – weitgehend durch Finanzierung des AIOC – gebaut wurde, verlor die russische „Nordroute“ durch Tschetschenien nach Novorossijsk zunehmend an Bedeutung, v.a. aber auch, da aufgrund der Kampfhandlungen im Rahmen des Tschetschenienkrieges und Streitigkeiten über Transitgebühren die „Nordroute“ für 3 bis 4 Monate nicht zur Verfügung stand (Herden 1999).

Die USA verfolgen ebenfalls ihre eigenen Interessen im Tschetschenienkonflikt. So befinden sich etwa Vertreter einer aggressiven US-amerikanischen Außenpolitik wie z.B.

<sup>7</sup> Dieser mündete in den 1990er Jahren im Zuge tschetschenischer Sezessionsbestrebungen in den Ersten Tschetschenienkrieg (1994-96) und den Zweiten Tschetschenienkrieg, der 1999 begann und trotz anhaltender Kampfhandlungen vom ehemaligen russischen Präsidenten Putin 2000 offiziell für beendet erklärt wurde.

Zbigniew Brzezinski – der sich offen für eine Kontrolle „Eurasiens“, die Durchführung von US-Interventionen in diesem Raum zur Erhaltung der US-amerikanischen Hegemonie und für die Eindämmung russischer Macht ausspricht – unter den führenden Initiatoren des US-„Komitees für den Frieden in Tschetschenien“, welches unter dem Vorwand der Unterstützung tschetschenischer Unabhängigkeitsbestrebungen offensiv in die russische Innenpolitik eingreift (Ehlers 2004).

Zusammenfassend lässt sich also eine Überschneidung und gegenseitige Beeinflussung der ethnischen Konflikte am Kaukasus und der Rohstoff- und geopolitischen Interessen äußerer Mächte im Kaspischen Raum beobachten. Diese Politik führt jedoch nur zu einer weiteren Destabilisierung einer ohnehin schon krisengebeutelten, sozioökonomisch rückständigen und politisch instabilen Region. Um die näheren Motive zweier Hauptakteure in diesem Gebiet zu verstehen, soll in weiterer Folge auf die Interessen Russlands und der USA in dieser ressourcenreichen Region näher eingegangen werden, deren geopolitischer Wettstreit in der Literatur auch häufig als „Neuer Kalter Krieg“ bezeichnet wird.<sup>8</sup>

### 3. Russlands Engagement im Kaspischen Raum

Der wirtschaftliche Aufschwung und die zunehmende Bedeutung Russlands in der Weltpolitik in den letzten Jahren sind v.a. auf die enormen Rohstoffvorkommen des Landes zurückzuführen. So befinden sich etwa die weltweit größten Erdgas- und die siebtgrößten Erdölreserven auf russischem Territorium.<sup>9</sup> Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam speziell dem Rohstoffexport in den Westen eine bedeutende Rolle zu. Während die Erdölwirtschaft in Russland aus einer Mischung von privaten, staatlichen und ausländischen Firmen besteht, so befindet sich das überbetriebliche Pipelinennetz dagegen bis auf wenige Ausnahmen<sup>10</sup> vorwiegend im Besitz des staatlichen Transneft-Konzerns. Die russische Erdgaswirtschaft ist fest in der Hand der

<sup>8</sup> Es verfolgen auch mehrere andere Staaten wie China, die EU oder der Iran und internationale Ölfirmen Rohstoffinteressen in der Kaspischen Region, jedoch fokussiert sich diese Arbeit vorwiegend auf die USA und Russland, da deren Einmischung in die Politik der Region besonders weitreichende Auswirkungen hat.

<sup>9</sup> Russland ist somit auch der größte Gasproduzent und der zweitgrößte, manchmal sogar größte, Ölproduzent weltweit (Zumach 2005: 196).

<sup>10</sup> Wie etwa die vom kasachischen Tengiz-Feld zum russischen Schwarzmeerhafen Novorossijsk verlaufende CPC-Pipeline, an der neben russischen auch kasachische und private Eigentümer beteiligt sind.

halbstaatlichen Gazprom, die sich für 85% der russischen Erdgasförderung verantwortlich zeichnet und innerhalb des russischen Binnenmarktes Erdgas zu niedrigeren Preisen verkauft. Durch den seit 1999 ansteigenden Ölpreis sind auch dementsprechend die Staatseinnahmen des russischen Staates angestiegen (Götz 2006). Neben den Westsibirischen Rohstoffquellen ist v.a. der Kaspische Raum von großer Bedeutung für den russischen Rohstoffsektor.

#### 3.1. Russische Kooperationen in der Region

Bezüglich der russischen Beziehungen gegenüber den ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Staaten kann man aufgrund deren Abwendung von Russland von einem „postimperialen Trauma“ (Götz) sprechen. Vor allem die Hinwendung Georgiens und Aserbaidschans Richtung Westen wurde von der russischen Führung nicht widerstandslos hingenommen und führte auch zu diplomatischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Während die russische Außenpolitik gegenüber den ehemaligen Sowjetstaaten des Kaspischen Raumes zunehmend von Dominanzstreben geprägt ist, sind die Beziehungen gegenüber vielen westlichen Ländern, die man als wichtige Handelspartner ansieht, von einer pragmatischen Kooperation geprägt. Die in europäischen Medien im Zuge des Gasstreites mit der Ukraine geäußerten Bedenken, Russland könnte den Staaten Europas jederzeit „den Gashahn zudrehen“, erweisen sich als übertrieben. Erstens ist Russland auf die Absatzmärkte im Westen angewiesen. Europa, wohin 90% des russischen Erdöls und Erdgases exportiert wird, bildet somit für Russland den Hauptabsatzmarkt für seine Rohstoffe. Die bereits bestehende russische Pipelineinfrastruktur, die vorwiegend nach Europa verläuft, bindet Russland noch zusätzlich an den europäischen Markt.<sup>11</sup> Trotz einiger größerer Ener-

<sup>11</sup> An dieser Stelle soll auf einen wichtigen Unterschied zwischen dem Transport der beiden fossilen Rohstoffe hingewiesen werden: Im Gegensatz zu Erdöl ist der Transport von Erdgas viel kostenintensiver und aufwändiger. Während Öl mittels Pipelines, Schiffen, Lastwagen und Eisenbahn flexibel und bis in die entlegensten Orte transportiert werden kann, muss Erdgas in einem geschlossenen Pipelinennetz befördert werden und erreicht den Endverbraucher oft direkt. Ausnahmen sind hier komprimiertes Gas sowie Flüssiggastransporte, welche jedoch äußerst teuer sind. Weiters ist die Erdgasbeförderung aufgrund der geringen Dichte von Erdgas pro Raumeinheit um ein vielfaches kostspieliger als der Transport von Öl. Aufgrund dessen hat sich ein Welterdölmarkt herausgebildet, während Erdgas oft an regionale Märkte gebunden ist. Darüberhinaus werden aufgrund der höheren Investitionskosten im Gasbereich auch in der Regel längerfristige Lieferabkommen für den Transport von Erdgas geschlossen (Halbach/Müller 2001: 25f).

gieprojekte<sup>12</sup> verläuft etwa nur bis zu einem Viertel der russischen Erdöl- und Gasexporte nach Osten Richtung Südostasien und China, welche ihren Energiebedarf vorwiegend durch Importe aus dem Nahen Osten decken. Darüberhinaus sind Abnehmerstaaten wie die Ukraine zugleich auch Transitstaaten für russisches Erdöl- und Gas, somit können auch diese Staaten einen gewissen Druck auf Russland ausüben. Drittens ist auch das Potentialwachstum des russischen Rohstoffsektors, im Gegensatz etwa zu vielen Ländern des Persischen Golfes, äußerst gering bemessen. Somit wird die Rolle und das Potential Russlands als Energiegroßmacht oft überschätzt. Aufgrund der Interdependenz von Russland und Europa im Energiesektor kommt es somit zwischen den beiden Akteuren zu keiner Neuaufgabe des oft zitierten „Great Game“ im Kaspischen Raum. Weiters lässt sich in der russischen Kooperation mit westlichen Staaten, wie v.a. mit Deutschland, aber auch eine Art Gegenmachtbildung gegen die Vormachtstellung der USA erkennen (ebd.).

Auch gegenüber Staaten des Kaspischen Raumes ist die russische Außenpolitik zunehmend von Multilateralismus geprägt. Der Widerstand gegen die die US-amerikanische Expansion in der Region hat etwa im Rahmen der „Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrages“ (OKS) und der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ) regionale institutionelle Formen angenommen. Die aus China, Russland, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan bestehende SOZ hat seit ihrer Gründung 1996 immer wieder Kritik an den Ambitionen der USA in der Region geübt. 2005 forderte sie etwa die „Beendigung der ‚zeitweiligen Nutzung‘ militärischer Infrastruktur durch die Vereinigten Staaten und die NATO in der Region, da die ‚aktive Phase des antiterroristischen Kampfes in Afghanistan abgeschlossen‘ sei“ (Warkotsch 2006: 24). Aufgrund strategischer Rivalitäten zwischen Russland und China in der SOZ kann Moskau v.a. in der aus Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Armenien und Weißrussland bestehenden OKS seine Interessen durchsetzen. So werden im Rahmen der OKS zurzeit u.a. die Errichtung eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems sowie die Gründung einer „schnellen Eingreiftruppe“ zwecks „Eindämmung nichttraditioneller Sicherheitsrisiken

<sup>12</sup> Ein Beispiel dafür ist die geplante, 3 000 Kilometer lange Erdgaspipeline „Altai“ von Sibirien nach China, welche Russland mit Ostasien verbinden soll. Jedoch verläuft diese durch ein großes Naturschutzgebiet und mehrere archäologisch bedeutsame Stätten und würde auch den Lebensraum vieler indigener Völker zerstören, was wiederum viel Kritik an dem Projekt ausgelöst hat (Ryshkow 2007: 9f).

wie Terrorismus und Drogenhandel“ (ebd.) geplant.

### 3.2. Russische Beziehungen zu Zentralasien

Trotz der russisch-zentralasiatischen Zusammenarbeit im Rahmen der oben genannten regionalen Organisationen herrschte bis 1993 eher russische Skepsis gegenüber den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Von diesen erwartete man sich keine besonderen politischen oder wirtschaftlichen Impulse, manche sahen sie sogar eher als eine Last für den russischen Transformationsprozess an. Doch im Zuge der Erschließung von Rohstoffvorkommen und der zunehmenden geostrategischen Bedeutung der unabhängig gewordenen zentralasiatischen Staaten wurden diese wieder relevant für Moskau. Ohne Erdgaszukäufe aus Kasachstan und Turkmenistan wäre etwa die im Jahre 2000 beschlossene europäisch-russische Energiepartnerschaft gefährdet gewesen (Warkotsch 2006).

Doch auch Russland ist von großer Bedeutung für die Entwicklung des Energiesektors in Zentralasien. So führen heute beinahe alle zentralasiatischen Pipelines Richtung Westen über russisches Territorium, und Russland besiegelte durch langfristige Lieferverträge die Zusammenarbeit mit einigen Staaten der Region, darunter auch mit Turkmenistan, das über die viertgrößten Gasvorkommen weltweit verfügt. Auch arbeiten viele Tadschiken<sup>13</sup> und Kirgisen in Russland, da in ihren Ländern eine Arbeitslosenquote von bis zu 70% eine einträgliche Beschäftigung beinahe unmöglich macht. Zudem ist das russische Lohnniveau um das Fünffache höher als ihren Herkunftsstaaten (ebd.).

Mehrere zentralasiatische Staaten wissen auch die Unterstützung Russlands in ihrem „Kampf gegen den Terrorismus“ zu schätzen. Vielen undemokratischen Regimen in Zentralasien bietet die Oppositionsbildung islamistischer Gruppen innerhalb des eigenen Staates den geeigneten Vorwand, gegen jegliche Opposition vorzugehen, die Rechte ihrer Bürger einzuschränken und dadurch die eigene, schwach legitimierte Herrschaft abzusichern. Zwar positionierten die USA im Zuge des 11. September 2001 Truppen in Usbekistan und Kirgisistan und es kam zu einer Zusammenarbeit zwischen den Staaten, jedoch verschlechterten sich die Beziehungen zu den USA aufgrund zunehmender Differenzen bezüglich Demokratie- und Menschenrechtsfragen.<sup>14</sup> Russland dagegen übte kaum Kritik an

<sup>13</sup> Rund 10% der erwerbstätigen Bevölkerung.

<sup>14</sup> Ein trauriges Beispiel für die Missachtung von Menschenrechten ist das Massaker von Andischan. Im Mai



den teils undemokratischen Praktiken zentralasiatischer Staaten und an deren Bekämpfung von Oppositionsgruppen im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“, lassen sich hier doch auch Parallelen zum russischen Vorgehen gegen tschetschenische Rebellen und die dadurch gerechtfertigten undemokratischen Reformen in Russland selbst erkennen. Die Wiedererstarkung Russlands in Zentralasien wird sich wohl kaum positiv auf die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten auswirken, gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Stärkung staatlicher und rechtsstaatlicher Strukturen in den Ländern Zentralasiens vonnöten wäre (ebd.).

### 3.3. Das Entwicklungsproblem des Kaspischen Raumes

Oft wird gerade durch den Rohstoffreichtum eines Landes die Herrschaft von Diktaturen fortgeschrieben und die Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen gehemmt, was auch anhand einiger Staaten des Kaspischen Raumes beobachtet werden kann. Seifert und Werner (2005: 163ff) machen drei Kriterien aus, welche diesen Umstand, den sie den „Fluch der Ressourcen“ nennen, erklären. Der erste Faktor ist der „Renten-Staat-Effekt“, welcher darauf anspielt, dass die Einnahmen dem Staat zugute kommen, ohne dass dieser etwas dafür tun müsste. Der „Repressionseffekt“ beschreibt, dass Regime, die von den Öleinnahmen profitieren, dem Volk gegenüber misstrauisch sind und demokratische Ansätze im Keim ersticken, um so den eigenen Reichtum und die eigene Machtposition gegenüber inneren und äußeren Kräften zu verteidigen. So wird ein Großteil des Geldes durch die Öleinnahmen eher in einen aufgeblähten Armee- und Sicherheitsapparat anstatt in die Entwicklung des eigenen Landes investiert. Durch den „Modernisierungsverweigerer-Effekt“ wird verhindert, dass die Bevölkerung eines ressourcenreichen Staates in besser bezahlten Sektoren wie im Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich Beschäftigung findet. Während sich bestimmte Schichten der Bevölkerung aufgrund des Reichtums nicht mehr am aktiven Wirtschaftsgeschehen beteiligen, leiden solche Staaten oft unter einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote.

---

2005 schossen usbekische Sicherheitskräfte willkürlich in eine Menge ziviler Demonstranten, wobei hunderte von Menschen, darunter auch Kinder und Frauen, getötet wurden. MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen wurden daraufhin von der Regierung unter Druck gesetzt, keine Recherchen über das Massaker anzustellen, eine unabhängige internationale Untersuchungskommission ist bis heute noch nicht zustande gekommen (Amnesty International Deutschland 2006).

Zusätzlich zum „Fluch der Ressourcen“ haben noch drei zusätzliche Faktoren einen negativen Effekt auf die gewinnbringende Erschließung der Rohstoffe und die Entwicklung der Kaspischen Staaten. Zum einen wirkt sich die geographische Lage der meisten Staaten des Kaspischen Raumes negativ auf deren Entwicklung aus. Da die meisten von ihnen vom offenen Meer abgeschnitten sind, sind sie auf den Transport durch krisenhafte Transitregionen angewiesen. Zum anderen ist die Staatenbildung in vielen der Länder nicht sehr weit fortgeschritten, was eine effektive Nutzung der eigenen Ressourcen für den Aufbau des Landes sowie eine verlässliche Belieferung des Weltmarktes kaum zulässt. Bürokratische Ineffizienz und Korruption verhindern ebenfalls eine optimale Nutzung der vorhandenen Reserven. Ein letzter bedeutender Faktor ist das schon an anderer Stelle erwähnte vitale Interesse äußerer Mächte an den Rohstoffen kaspischer Staaten, aufgrund dessen man mit externen Interventionen in die inneren Angelegenheiten und Konflikte dieser Staaten rechnen muss (Halbach/Müller 2001: 30ff).

Durch die Unterstützung autoritärer Regime in ressourcenreichen Ländern durch externe Staaten werden die eben genannten strukturellen Entwicklungsprobleme nur weiter fortgeschrieben und ein Ausbruch aus dieser Dynamik umso schwieriger. Die Stützung undemokratischer Regierungen ist v.a. im Kalten Krieg von Großmächten wie den USA praktiziert worden und kann auch heutzutage noch im Rahmen des „Krieges gegen den Terrorismus“ betrachtet werden. In weiterer Folge soll deshalb auf US-amerikanische Rohstoffinteressen in der Kaspischen Region eingegangen werden.

### 4. US-amerikanische Ambitionen im Kaspischen Raum

Verfügen die USA einst selbst über Erdölvorkommen und deckten vor dem Zweiten Weltkrieg 90% des europäischen Erdölbedarfes ab, so sind sie seit 1948 ein Nettoerdölimporteur. Die Weltmacht konsumiert mehr als ein Viertel der weltweit geförderten Erdölvorkommen und muss rund 55% des Erdöls aus dem Ausland importieren, ein Anteil der bis 2020 wahrscheinlich auf 65% steigen wird. Da bis jetzt noch keine wirklichen Schritte in Richtung einer nachhaltigen Energiepolitik gesetzt worden sind, ist die Versorgungssicherheit mit fossilen Rohstoffen eine wichtige Priorität der US-Außenpolitik, und wird deshalb auch durch militärische und wirtschaftliche Maßnahmen in mehreren ressourcenreichen Weltregionen abgesichert (Zumach 2005: 196f).

Die Sicherung des Rohstoffzuges ist dabei in ein umfassendes Gesamtkonzept eingebettet. Unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen den Terrorismus“ und der Verhinderung der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an sogenannte „Schurkenstaaten“ und Terroristen werden auch zwei weitere bedeutende Ziele verfolgt: nämlich die Modernisierung und Erweiterung der US-Militärkapazitäten und eine Zunahme der Rohölimporte in die USA. Diese Importe sollen sich nicht nur auf den Nahen Osten beschränken, sondern um die Abhängigkeit von dieser Region so weit wie möglich zu verringern wird eine Diversifizierung der Ölimporte angestrebt. Alternative Ölimportregionen sind beispielsweise der Kaspische Raum (hier v.a. Aserbaidschan und Kasachstan), Afrika (v.a. Angola und Nigeria) und Lateinamerika (v.a. Kolumbien, Mexiko und Venezuela). Da jedoch genannte Länder entweder politisch instabil sind und/oder dort ein gewisses Maß an Antiamerikanismus vorherrscht, soll mittels militärischer Kapazitäten der Zugang sowie die Sicherung der dort vorhandenen Rohstoffe erleichtert werden. Bei der Erneuerung der US-Streitkräfte ist vor allem das Konzept der „power projection“ von großer Bedeutung: dabei soll eine große Anzahl mobiler, mit neuen Hightech-Waffen ausgestatteter US-Truppen innerhalb von kurzer Zeit in die entlegensten Weltregionen verlegt werden, um dort die Interessen der USA durchzusetzen. Hiermit ergibt sich dann ein schlüssiges Gesamtkonzept, in welchem die Durchsetzung von Rohstoffinteressen durch eine militärische Strategie abgesichert wird (ebd.: 100ff).<sup>15</sup>

Die USA verfolgen ihre Ressourcensicherungspolitik auch zunehmend im Rahmen der NATO. Durch die NATO-Erweiterung und die erweiterten Aufgabenbereiche der Organisation kam es seit den 1990er Jahren zu sogenannten „Out-of-area“-Einsätzen, die über das kollektive Sicherheitsabkommen hinaus auch Interventionen in Nicht-NATO-Mitgliedsstaaten – wie etwa im Kosovo, in Afghanistan und im Irak – zur Folge hatten. Spä-

---

<sup>15</sup> Ausschlaggebend für den Zeitpunkt und Ort von rohstoffmotivierten US-Interventionen ist laut Radvanyi häufig das Ausmaß der vorhandenen Erdölvorkommen, der Zugang zu allgemeinen strategischen Rohstoffen wie Diamanten und Edelmetallen sowie die Kontrolle über den Transport dieser Ressourcen in Form von Häfen, Eisenbahnlinien und Pipelines. Der Ablauf solcher „Kooperationen“ reicht von der Tätigkeit US-amerikanischer NGOs bis hin zu offiziellen Wirtschaftsabkommen und politischen Vereinbarungen. Offiziell wird dieses Vorgehen durch die Verbreitung demokratischer Prinzipien gerechtfertigt, jedoch nimmt aufgrund der Unterstützung autoritärer Regime in diesem Prozess in zahlreichen Staaten der internationalen Gemeinschaft sowie auch innerhalb der USA die Kritik an diesem Vorgehen immer mehr zu (Radvanyi 2006: 64f).

testens mit dem Kosovo-Krieg 1999 „(...) wurden die UNO und die UNO-Charta als Voraussetzung für Gewaltanwendung ad acta gelegt, und die NATO hatte sich aus den Fesseln der Verteidigung befreit und sich zu einem weltweit operierenden Kriseninterventions- und Ressourcensicherungsinstrumentarium emanzipiert“ (Paech 2005: 218).

Zur Erklärung des US-Engagements im Kaspischen Raum wird vielerorts die Theorie des oben erwähnten Zbigniew Brzezinski in dessen Buch „Die einzige Weltmacht“ zitiert. Seine Grundannahme lautet, dass diejenige Macht, die Eurasien beherrscht, die Welt beherrschen würde und dass das erklärte Ziel der US-Regierung seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die „Einkreisung und Minimierung Russlands als eurasische Hauptmacht“ sei. Um die Hegemonie der einzig verbliebenen Weltmacht USA zu gewährleisten, müsste diese durch Interventionen abgesichert werden, was realpolitisch auch an den US-Interventionen im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak beobachtbar ist. Auch durch die NATO-Erweiterung und die teilweise durch die USA unterstützten „Revolutionen“ in Aserbaidschan, Georgien und der Ukraine soll der Einfluss Russlands in der Region zurückgedrängt werden. So sprach auch der ehemalige russische Präsident Putin von fremden Mächten, „die sich die besten Filetstücke aus uns [Russland] herauschneiden wollen“, wohl in Anlehnung an die Einmischung der USA im rohstoffreichen Kaspischen Raum (Ehlers 2004).

Wenn man die US-Außenpolitik in dieser Region beobachtet, so könnte man zu dem Schluss kommen, dass sich Brzezinski's Annahmen bestätigen. Einerseits wird durch die Pipelinepolitik der USA versucht, Russland und den Iran zu umgehen, andererseits umkreist die NATO zunehmend das Territorium Russlands. So sind die Vereinigten Staaten in Form der NATO – auch im Rahmen des „Partnership for Peace“-Abkommens<sup>16</sup> – mit 28 Staaten, die sich an strategisch wichtigen Positionen um Russland herum befinden, alliiert<sup>17</sup>. Vor allem

---

<sup>16</sup> Nach dem Ende der Systemkonfrontation und der Konkurrenz zwischen den Militärbündnissen NATO und dem Warschauer Pakt musste die NATO ihre Funktionen neu überdenken. So wurden 1994 im Rahmen der „Partnership for Peace“ (PfP) sämtlichen KSZE-Mitgliedsstaaten bilaterale Abkommen „(...) über Zusammenarbeit bei *friedenserhaltenden, Such- und Rettungs- sowie humanitären Operationen* (...)“ vorgeschlagen, die 1997 um die „Enhanced Partnership for Peace“ erweitert wurden. Diese enthält auch sogenannte „Peace Support Operations“, die wohl nicht nur defensive Gewaltanwendung miteinschließen (Heuhold et al. 2004: 365).

<sup>17</sup> Auch die fünf zentralasiatischen Staaten traten der PfP bei, wobei sie dadurch zwar zu keinen offiziellen NATO-Mitgliedern, aber mit dieser assoziiert wurden. Nichtsdes-

seit dem Krieg gegen Afghanistan sind die USA in Zentralasien und am Kaukasus mit großen Militärkapazitäten präsent, in Baku befindet sich eine der größten Militärbasen der Region. Aufgrund von vitalen US-Interessen am Persischen Golf erlangen diese Militärstützpunkte auch eine hohe strategische Relevanz, und durch das Konzept der „power projection“ können die USA innerhalb kurzer Zeit mit einem enormen Militäraufgebot gegen nahezu jedes Land in der Region vorgehen. Dieses Potential führt zu einer Destabilisierung in der gesamten Kaspischen Region. Ähnlich negativ wirkt sich auch die US-Unterstützung undemokratischer Regime in dem Gebiet auf das oben erwähnte Entwicklungsproblem der Kaspischen Staaten aus. Die Militärpräsenz der USA wird zwar offiziell mit dem „Kampf gegen den Terrorismus“ begründet, jedoch ist Ressourcensicherung wohl das eigentliche US-Hauptinteresse in der Region (Baraki 2004: 49ff).

Um den Kaspischen Raum auch ökonomisch an die USA zu binden, schlossen diese mit Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan ein Abkommen zur Förderung von Außenhandel und Investitionen sowie die Gründung eines gemeinsamen Handelsrates. Da jedoch diese zentralasiatischen Staaten kaum über die Kapazitäten verfügen, in den USA Investitionen zu tätigen, profitieren die US-Unternehmen wohl am meisten von diesem Abkommen (ebd.).

## 5. Schlussfolgerungen

Neben der Konfrontation zwischen den USA und Russland im Kaspischen Raum gab es in den letzten Jahren auch mehrere Zwischenfälle, die zu einer Verstimmung zwischen den beiden Großmächten geführt haben. Beispiele dafür sind etwa die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages (Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen) durch die USA, das geplante US-amerikanische Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen, die Unterstützung pro-westlicher Regierungen in der Ukraine und in Georgien sowie der Kosovo- und der jetzige Irakkrieg (Roithner 2007). Nichtsdestotrotz wäre es stark übertrieben, von einem „Neuen Kalten Krieg“, oder, vor dem Hintergrund der konfligierenden Rohstoffinteressen im Kaspischen Raum, von einer militärischen Konfrontation à la „New Great Game“ der Großmächte zu reden.

---

totrotz kann die PfP auch als eine Art „Wegbereiter der NATO-Erweiterung“ gesehen werden, da mehrere ehemalige PfP-Mitgliedsstaaten später auch Mitglieder der NATO wurden (Baraki 2004:54).

Trotz der Verfolgung nationaler geopolitischer Interessen durch bestimmte Akteure wie die USA, Russland, Europa und China in der Region, kommt es auch zu Kooperationen zwischen verschiedenen Ländern. Beispiele dafür stellen etwa die SOZ, in welcher Russland und China trotz oft unterschiedlicher Positionen gemeinsam agieren, die geplante russisch-chinesische Altai-Gaspipeline oder die Zusammenarbeit internationaler Ölfirmen im Rahmen von Konsortien wie dem AIOC dar. Im Zuge des gemeinsamen „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ ist es auch zu einer Annäherung und Verbesserung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland gekommen.<sup>18</sup> Die Interdependenz von rohstoffexportierenden- und -importierenden Staaten vermindert darüber hinaus bislang das Aufkommen gravierender Rohstoffkonflikte. Beispielhaft dafür stehen die Abhängigkeit Russlands vom europäischen Energiemarkt sowie andererseits der Bedarf europäischer Staaten v.a. an russischen Gasexporten. Weiters ist im Gegensatz zu den Rohstoffivalitäten des 19. Jahrhunderts ein neuer einflussreicher Spielertypus im „Great Game“ um die Rohstoffe des Kaspischen Raumes in Form von internationalen Ölfirmen hinzugekommen, wodurch Auseinandersetzungen nicht ausschließlich zwischen Staaten stattfinden müssen.

Obwohl äußere Mächte undemokratische Regime im Kaspischen Raum unterstützen, werden diese dadurch nicht per se daran gehindert, das Einkommen durch den Rohstoffreichtum in die Entwicklung des eigenen Landes und soziale Reformen zu investieren. Hier wird eher das oben erwähnte Dilemma des „Ressourcenfluchs“, v.a. das Bestreben der politischen Eliten, die eigene Herrschaft abzusichern, augenscheinlich. Die Interventionen externer Akteure in lokale Konflikte führen zu einer Destabilisierung der betroffenen Länder und verschlimmern deren Entwicklungsproblem dadurch noch zusätzlich.

Eine Möglichkeit dem „Fluch des Ressourcen“ entgegenzuwirken wäre etwa eine Offenlegung der Zahlungen internationaler Ölfirmen an Regime in ressourcenreichen Ländern. Ein Beispiel hierfür ist die „Publish-what-you-pay“-Kampagne, die vom Milliardär George Soros ins Leben gerufen wurde und für Transparenz sorgen soll. Ein anderer Weg

---

<sup>18</sup> So verwies Putin – angesprochen auf einen neuen „Kalten Krieg“ – beim NATO-Gipfel in Bukarest Anfang April auf den NATO-Russland-Rat, den er 2002 mitbegründet hatte, und meinte, dass „weder Europa noch Amerika oder Russland (...) irgendein Interesse [hätten], zur Vergangenheit zurückzukehren“. Auch George W. Bush merkte bei der Sitzung des NATO-Russland-Rates an, dass Russland „nicht mehr unser Feind“ sei (Der Standard, 5./6. April 2008: 8)

dem „Ressourcenfluch“ zu begegnen wäre eine Änderung der Verwendung und Verteilung der Öleinnahmen, etwa durch die Schaffung eines nachhaltigen Ölfonds. So werden etwa in Norwegen die Einnahmen aus dem Ölgeschäft in Zukunftsfonds gesteckt, um so die Gewinne sinnvoll anzulegen und auch künftige Generationen am Rohstoffreichtum des Landes teilhaben zu lassen (Seifert/Werner 2005: 193ff). Ein wichtiger Schritt wäre jedoch zunächst einmal, die Kollaborationen von Ölfirmen und äußeren Mächten mit undemokratischen Regimen in der Kaspischen Region anzuprangern. Vor allem die internationale Gemeinschaft wäre hier gefragt, entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Was die Verbesserung des Entwicklungsproblems in den südkaukasischen Staaten betrifft, so stellt weder eine Kooperation mit den USA noch mit Russland eine vielversprechende Alternative dar. Im Gegensatz dazu wäre eine Annäherung an die EU prinzipiell eine sinnvolle Möglichkeit, die sozioökonomische Situation am Südkaukasus zu verbessern. Einerseits könnten die politischen Eliten sowie auch die breitere Bevölkerung soziale und wirtschaftliche Vorteile erlangen, andererseits müssten aufgrund der EU-Auflagen auch Reformen im eigenen Land durchgesetzt werden, was z.B. zu einem verbesserten Schutz der Minderheiten führen könnte. Durch die letzte EU-Erweiterung um Bulgarien und Rumänien ist die Region ohnehin nur durch das Schwarze Meer von der EU getrennt, welche zunehmend Interesse an der Region findet (Cheterian 2006: 134). Tatsächliche positive Auswirkungen auf die Entwicklung südkaukasischer Staaten kann eine Annäherung an die EU jedoch nur dann mit sich bringen, wenn die EU auch konkrete Taten in diese Richtung setzt und auf eine Einforderung demokratischer Standards besteht.

Längerfristig gesehen ist jedoch eine Umstellung des derzeitigen fossilistischen Energieregimes auf ein auf erneuerbaren Energieträgern basierendes System vonnöten. Eine „solare Revolution“ (vgl. Altvater 2006) würde den militärischen Kampf um die zu Ende gehenden Rohstoffe obsolet machen, da die Erzeugung erneuerbarer Energien nur in geringem Maße ortsgebunden ist und deshalb auch die militärische Sicherung von Öl- und Gaspipelines nicht mehr notwendig wäre. Um diese Revolution durchzusetzen bedarf es jedoch eines radikalen Umdenkens und auch des politischen Willens, entsprechende Änderungen in Richtung eines nachhaltigen Energieregimes zu verwirklichen.

## Literatur

Altvater, Elmar (2006): Geopolitische Konflikte am Ende des fossilen Energieregimes. In: ÖSFK (Hrsg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus. Wien – Münster, S. 58-81.

Amnesty International Deutschland (2006): Andischan – Strafflosigkeit für ein Massaker? <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/0/4205B7AE2255416FC125716A0047F3EC?Open> (Zugriff: 3.4.2008).

Baraki, Matin (2004): Kampffeld Naher und Mittlerer Osten. Heilbronn.

Bimboes, Detlef (1999): Konfliktregion Kaspisches Meer: Erdöl, Krieg und Krisen. In: Ost-West Gegeninformationen. 3/1999 (Dossier), S. 1-12.

Cheterian, Vicken (2006): Südkaukasus: Pipelines und ethnische Konflikte. In: Le monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt. Berlin, S. 134-135.

Ehlers, Kai (2004): Domino im Kaukasus – über „Filetstücke“ auf dem „eurasischen Schachbrett“. Und eine Betrachtung zu Russlands Wachstumskräften. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/rat/2004/ehlers.html> (Zugriff: 10.2.2008).

Fawcett, Louise (2002): Rivalry over Territory and Resources and the Balance of Peace and War: The 20th Century. In: Lundestad, Geir/Njolstad, Olav (Hrsg.): War and Peace in the 20th Century and Beyond. New Jersey, S.177-197.

Götz, Roland (2006): Russlands Ressourcen: Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse und die Außenbeziehungen. Diskussionspapier Forschungsgruppe Russland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik. [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=2853](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2853) (Zugriff: 10.2.2008)

Halbach, Uwe/Müller, Friedemann (2001): Persischer Golf, Kaspisches Meer und Kaukasus. Entsteht eine Region strategischen europäischen Interesses? Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)-Studie, Berlin. [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=333](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=333) (Zugriff: 10.2.2008)

Herden, Lutz (1999): Kriegsgrund: Erdöl. In: Freitag (die Ost-West Wochenzeitung), 1.10.1999. <http://www.freitag.de/1999/40/99400702.htm> (Zugriff: 10.2.2008).

Kneissl, Karin (2007): Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können. Salzburg.

Le monde diplomatique (2003): Atlas der Globalisierung. Berlin.

Le monde diplomatique (2006): Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt. Berlin.

Müller, Friedemann (2006): Machtspiele um die kaspische Energie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Zentralasien. 4/2006, S. 3-10. <http://www.bpb.de/files/ZEV3LM.pdf> (Zugriff: 10.2.2008).

Neuhold, Hanspeter/Hummer, Waldemar/Schreuer, Christoph (Hrsg.) (2004): Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. 4. Auflage, Wien.

Peach, Norman (2005): Die Neugeburt der NATO – Von der Verteidigung zur Weltordnung. In: ÖSFK (Hrsg.): „Die Wiedergeburt Europas“. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“. Münster, S. 210-223.

Radvanyi, Jean (2006): Erosion der Macht – die umkämpften Peripherien. In: Le monde diplomatique (Hrsg.): Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt. Berlin, S. 64-65.

Roithner, Thomas (2007): Neues Wettrüsten in Europa? Das US-Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen. In: ÖSFK (Hrsg.): Friedensforum. Hefte zur Friedensarbeit. September 2007, 5-6, S. 17-19.

Ryshkow, Vladimir (2007): Das neue Erdgaspipeline-Projekt Russland – China löst Kritik aus. In: Russlandanalysen: Russland und die eurasische Gasversorgung. Nr. 137, 8.6.2007, S. 9-10, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen137.pdf> (Zugriff: 13.3.2008).

Seifert, Thomas/Werner, Klaus (2005): Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld. Wien.

Warkotsch, Alexander (2006): Russlands Rolle in Zentralasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Zentralasien. 4/2006, S.19-25. <http://www.bpb.de/files/ZEV3LM.pdf> (Zugriff: 10.2.2008).

Zumach, Andreas (2005): Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln.

### **Zeitungen:**

Markus Bernath: „Lasst uns Freunde sein“. In: *Der Standard*, 5./6. April 2008, S. 8.

Friedrich Korkisch: Putin hat dem Westen den Kalten Krieg erklärt. In: *Wiener Zeitung*, 22.8.2007, S. 10.

# Der Černobyl'-Unfall unter drei russischen Präsidentschaften – Diskursüberblick in Izvestija und Ogonek

Corinna Windisch

## 1. Ziele und Prämissen

Der Unfall in Černobyl's Atomkraftwerk änderte das Bewusstsein des Menschen in Bezug auf die Atomenergie. Zum ersten Mal hatte, wie wohl es schon vorher Meldungen von mehr oder weniger schweren Zwischenfällen in Kernkraftwerken gegeben hat, erst mit Černobyl' eine weltweite Debatte begonnen, ob Technik und Mensch miteinander vereinbar sind. Die Debatte für die Öffentlichkeit spielt sich bekanntlich in den Medien ab. Allerdings sind Medien wiederum von den höchsten Entscheidungsträgern in der Politik wesentlich beeinflusst. Ziel dieses Artikels ist es, einen kurzen Überblick über den Diskurs von zwei russischsprachigen Druckmedien zu präsentieren: der Zeitung „Izvestija“ und der Zeitschrift „Ogonek“. Unter den drei Präsidentschaften Gorbačevs, El'cins und Putins kam es zu ganz unterschiedlichen Aussagen. Welche Ziele stecken dahinter?

Inwiefern spiegelt sich das politische Denken der Machthaber in der Diskussion über den Unfall in Černobyl' wider? Nachdem Basisdaten wiedergegeben werden, die als Vergleichsmaterial gelten sollen, werde ich auf die oben angeführten Fragen eingehen.

### 1.1. Der Unfall

Am 26. April 1986 kam es zur Explosion des vierten Atomkraftwerkreaktors in Černobyl'. Dieser liegt in etwa 100 Kilometer nördlich der ukrainischen Hauptstadt Kiev, im Grenzgebiet zu Weißrussland. Zum Zeitpunkt des Unfalles bestand das Černobyl'-Atomkraftwerk aus vier RBMK-1000 Reaktoren erster und zweiter Generation, und zwei weitere waren kurz vor der Fertigstellung. Der Vierte Reaktor, der explodierte, gehörte zur neuesten Generation dieser Reaktorart, genauso wie die zwei Reaktoren, die noch im Bau waren.

Die Entscheidungsträger vom Atomkraftwerk Černobyl', nahe Pripjat', Ukraine, entschlossen ein elektrotechnisches Experiment durchzuführen: Der Reaktor Vier sollte 40-60 Sekunden lang mit der Energie der reaktoreigenen Turbinen auskommen, bis die Notstromaggregate anlaufen würden. Nach sowje-

tischen Angaben wollte man damit testen, ob bei gleichzeitigem Verlust der externen Stromversorgung während eines Störfalles eine Ausnutzung der Rotationsenergie des auslaufenden Generators zur Überbrückung der Zeitspanne bis zum Start des Notstromaggregates möglich wäre (Scheremeta 2000: 66). Die reaktoreigenen Turbinen können dabei keinen Dampf zur Kühlung produzieren. Damit man dieses Experiment durchführen konnte, mussten alle Sicherheitskreisläufe ausgeschaltet werden.

Das Experiment begann am Vortag, dem 25. April 1986 um 13.00 Uhr mit der Verminderung der vollen Leistung. Eine Stunde später, nachdem der Turbogenerator bei 1600 Megawatt-thermisch (MW-th) abgekoppelt wurde, um 14.00 Uhr, wurden die Notkühlsysteme abgeschaltet. Neun Stunden später, gegen 23.00 Uhr, kam es zum ersten Zwischenfall: das lokale Kontrollsystem schaltete sich bei einer Leistung von über 700MW-th ab, weshalb die Leistung des Reaktors Vier auf 30 MW-th fiel. Die Operateure brauchten ungefähr zwei Stunden, um 1.00 Uhr, 26. April 1986, bis sie die Leistung auf 200MW-th stabilisieren konnten. Mehr Leistung konnte nicht erreicht werden. Trotz dieser Schwierigkeiten brach man das Experiment nicht ab und fuhr fort. Der Dampfgehalt, beziehungsweise der Druck in den Dampf-Wasser-Separatoren begann stark abzusinken. Es wurde versucht diesen manuell auszugleichen, doch das Wasserniveau sank unter die Grenzmarke. Um den Reaktor nicht abschalten zu müssen, blockierte man das Schutzsystem.

Um 1.22 Uhr hätte man nach standardisierten technisch-physikalischen Kriterien den Reaktor sofort abschalten müssen, doch wieder hat man alle Sicherheitsmaßnahmen missachtet und das Sicherheitsventil des Turbogenerators und die Auslaufphase des Rotors wurden von den Operateuren geschlossen. In der nächsten halben Minute wurde die Situation höchst prekär. Der Schichtleiter befahl den Reaktor abzuschalten, was auch sofort über den Notschalter ausgeführt wurde. Es war zu spät: Innerhalb von vier Sekunden schoss die Leistungskurve der Energieabgabe auf über das Hundertfache der Nennleistung, während das Schnellanschaltssystem 18-20 Sekunden brauchte. Zwei Explosionen mit Materialauswurf im Abstand von zwei bis drei Sekunden folgten. Das Gebäude wurde stark beschädigt und erhebliche Mengen an radioaktivem Material wurden freigesetzt. Nach ungefähr einer Viertelstunde kam die Feuerwehr und begann mit den Löscharbeiten, die bis zum 6. Mai dauerten.

Am 27. April begann man mit der Evakuierung von Pripjat' und der 30 Kilometer

breiten Umgebung um den explodierten Reaktor, die man später „Sperrzone“ nannte. In der so genannten Sperrzone ist ein legaler Wohnsitz bis heute verfassungsrechtlich verboten.

Nach der Brandlöschung begannen die Aufräumarbeiten und die „Deaktivierung“. Darunter versteht man die Minimierung der Strahlung der radioaktiven Gegenstände: ganze Dörfer wurden vergraben, die oberste Waldschicht mit einer unkontaminierten Erdschicht bedeckt, usw. Die Aufräumarbeiten halten bis heute (2007) an. Die Arbeit vor Ort wurde von den sogenannten „Liquidatoren“ geleistet.

### 1.1.1. Die Ursachen des Unfalls laut IAEO

Es gibt sehr viele Erklärungen, weshalb es zum Unfall gekommen sei. Klarerweise will niemand die Verantwortung tragen. Ich wiedergebe hier nun ausschließlich die Ursachen des Unfalles nach dem offiziellen Protokoll der IAEO im August 1986, da in den Zeitungsartikeln sehr oft darauf zurückgegriffen wird und ich auf Abweichungen im unteren Abschnitt nochmals besonders eingehen werde.

Um die Tests für die Turbogeneratoren durchführen zu können, mussten verschiedene Maßnahmen vom Personal ergriffen werden, die gegen die Sicherheitsbestimmungen gingen. Sechs wurden aufgezählt:

- „Violations: 1: Reducing the operational reactivity margin substantially below the permissible value;
2. Power dip well below the level provided for by the test programme;
3. Connecting all the main circulation pumps to the reactor, with individual pump discharges exceeding the levels specified in the regulations;
4. Blocking of reactor protection system relying on shutdown signal from two turbogenerators;
5. Blocking of protection systems relying on water level and steam pressure in the dum-separator
6. Switching off of the protection system for the design-basis accident (switching off of the emergency core cooling system)” (IAEA 1986: 22)

Dass die oben angeführten Regelmis-sachtungen überhaupt passieren konnten, sei auf das verlorene Gefühl des Personals für die Gefahr, die ein AKW darstellen kann, zurück-zuleiten, aber es wird ebenso gesagt, dass der Reaktor selbst keine Sicherheitssysteme hatte, um so einen Unfall in den oben genannten Zustand zu vermeiden: „The designers of the reactor facility did not provide for protective safety systems capable of preventing an acci-dent in the combination of circumstances pre-vailling in unit 4 [...]“ (IAEA 1986: 22)

Auf letzteren Satz möchte ich im Besonderen hinweisen, weil dieser anscheinend von der sowjetischen Presse in den ersten Jahren völ-lig vergessen wurde.

## 1.2. Die Medienlandschaft

Als Nichtpolitologin oder Publizistin kann ich mich nur auf die Analysen von anderen Spe-zialisten verlassen. Bei den folgenden Anmer-kungen stütze ich mich vornehmlich auf den International Press Institut (IPI) Bericht, der, synthetisiert, darlegt, dass die Presse in Rus-sland nicht frei arbeiten kann. Seit 2000 ist die-ses Land auf der „Watch-List“, der Liste der Länder, die zu beobachten sind. 2001 mussten die größten Medieninhaber Vladimir Gusinskij und Boris Berezovskij aus der Russischen Föderation fliehen. Unter der Präsidentschaft Putins wurden leichte Zensur, aber vor allem Autozensur beobachtet. In den letzten Jahren sahen sich Journalisten mit juristischer Verfol-gung und physischen Attacken konfrontiert. In westlichen Medien war die Ermordung der Journalistin Anna Politkovskaja ein zentrales Thema. In der Sowjetunion war es genauso klar, dass Medien wie Fernseh- und Radiosen-der, Zeitungen wie Zeitschriften, jeweils als Sprachrohr von bestimmten offiziellen Organen verstanden wurden. Zwischen dem Fall der Sowjetunion und der Präsidentschaft Putins fällt die Regierung El'cins. Diese ist von Priva-tisierungen und dem Machstreben von Oligar-chen geprägt.

### 1.2.1. Izvestija

Am 28. Februar 1917 wurde die Tageszeitung „Izvestija“ (deutsch: „Nachrichten“) als Mit-teilungsblatt des Petrograder Sowjets gegründet. In der Sowjetzeit war sie das Sprachrohr der Regierung. Nach dem Fall der Sowjetunion wurde sie unter El'cin 1992 in Form einer Aktiengesellschaft privatisiert, die zum Großteil im Besitz der „Rosbank“ und „Lukoil“ war. 2005 gingen etwas mehr als 50 Prozent der Aktien zu „Gazprom“. Seit jenem Jahr publiziert die Izvestija auch einmal pro Woche eine Auslese von Artikeln aus der „New York Times“ mit.

Die Izvestija ist eine der wichtigsten Tageszeitungen Russlands überhaupt, es wer-den ca. 130 000 Exemplare pro Tag verkauft. Nach eigenen Angaben beziehen die Journa-listen und Redakteure ihre Informationen teil-weise direkt von offiziellen Kreml'-Sprechern, dem Ministerkabinett und den Vorsitzenden der wichtigsten Firmen in Russland.

Die Izvestija wird generell als „liberal-orientiert“, im politischen Sinne, bezeichnet.

### 1.2.2. Ogonek

Das „Ogonek“ (deutsch: „Feuerchen“) ist die erste Illustrierte Russlands. 1899 wurde sie als



Beilage der „Биршевые ведомости“ (deutsch: „Börsennachrichten“) gegründet und wurde ab 1902 eigenständig publiziert. Dann verschwand sie wieder bis zum 1. April 1923, wo sie neu gegründet wurde.

Auf der Homepage der Zeitung präsentiert sie sich folgendermaßen: „Журнал о современной жизни для современного человека“ (deutsch: „Zeitung über das moderne Leben für den modernen Menschen“). Das Ogonek ist eine wöchentliche Zeitschrift, die jeweils montags erscheint und Berichte über Politik, Kultur und Wirtschaft bringt. Die Auflage beträgt 69 000 Exemplare, jedoch schätzt man die Leser auf 300 000. Unter Gorbatschow galt das Ogonek als „Perestrojka“-Blatt.

## 2. Das Thema Černobyl in Izvestija und Ogonek unter den drei Präsidenschaften

### 2.1. Gorbatschow

#### 2.1.1. Der politische Ansatz

Die Regierungsphase von Gorbatschow kann man grob in drei Phasen unterteilen: die erste, vom Beginn der Regierungszeit, März 1985 bis Ende 1986, die zweite von Anfang 1987 bis zur 19. Parteikonferenz Ende 1988, und die dritte, die bis zur Auflösung der Sowjetunion dauerte. Die ersten beiden Perioden waren von den Reformen Gorbatschows gekennzeichnet, den so genannten „Reformen von oben“ während man in der letzteren von den „revolutionären Kräften von unten“ sprechen kann (Linke 2006: 201). Die zwei Schlagwörter der Ära Gorbatschows sind die einander ergänzenden „Glasnost“ und „Perestrojka“. Der Begriff „Glasnost“ (russisch: „Transparenz, Durchsichtigkeit“) will heißen, dass in die Politik mehr Transparenz kommen soll, aber auch, dass im Alltag der Einzelne mehr gefördert und mit Eigenverantwortung zum Mitmachen aufgefordert wurde. Mit der „Perestrojka“ (russisch: „Umstrukturierung“) meinte der Präsident Wirtschaftsreformen. Zum einen änderte er die Richtungslinie der Planwirtschaft: es durfte nur mehr so viel produziert werden, wie auch wirklich benötigt wurde. Deshalb setzte er auf mehr Eigenverantwortlichkeit der Betriebe. Offenheit zur Tat war das zentrale politische Programm Gorbatschows. Die Theorie, was die Medien betrifft, wurde so gut wie gar nicht in die Praxis umgesetzt.

Ab Mitte 1988 wurde die Spitze des Staates umgestaltet: Die Sowjets, die vormals nur eine machtlose repräsentative Rolle bekleideten, sollten wieder faktische Macht ausüben können, und wurden zum „Kongress der

Volksdeputierten der UdSSR“, von dem zwei Drittel direkt von der Bevölkerung gewählt wurde. Aus dem Kongress der Volksdeputierten sollte wiederum der „Oberste Sowjet“, also der Oberste Rat, gewählt werden, der im Unterschied zum alten nicht acht Tage im Jahr, sondern acht Monate pro Jahr zusammentreten und nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis die legislative Gewalt inne haben sollte. Gorbatschow war dessen Vorsitzender.

1991 war, trotz allen Versuchen dies zu verhindern, Gorbatschows Machtposition von den Misserfolgen und dem Scheitern seines Programmes derart geschwächt, dass der starke Nationalismus in den Republiken überhandnahm und diese die Unabhängigkeit derselben einfordern konnten. Nach Litauen und Georgien traten Estland, Lettland, die Ukraine, Weißrussland und alle übrigen Republiken bis auf Kasachstan und Russland selbst aus. Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow zurück.

Der Rücktritt Gorbatschows war dem Scheitern der Sowjetunion gleichzusetzen. Seine letzten Versuche, die schon im Inneren zerrissene Union wiederzuvereinigen, scheiterten. Mit Eltsin begann eine neue Ära: die Ära der Russländischen Föderation und der vielen Nachfolgestaaten.

#### 2.1.2. Černobyl' unter Gorbatschow

Wie entwickelte sich aber der Diskurs über den Černobyl'-Unfall in Ogonek und Izvestija?

Innerhalb von fünf Jahren hat sich die Themenlandschaft in den Medien zum Thema Černobyl' fast um 180 Grad gewendet. Zum Zeitpunkt des Unfalles standen die Medien still. Erst vier Tage nach der Explosion konnte man die ersten Zeilen lesen. Die Lawine der Artikel war dann und im darauf folgenden Jahr darum bemüht, die Auswirkungen und vor allem die Ausmaße des Unfalles zu minimieren. Die Situation sei unter Kontrolle, es bestünde keine Gefahr, waren die gängigen Sätze, die von regierungstreuen Journalisten bis zu seitengroßen Artikeln erweitert wurden. Hier zwei Beispiele, die typisch für die Grundhaltung in den ersten beiden Jahren sind:

„Все нормально. Обычно. И картина обычная. Пламени? Не видел.“ (deutsch: „Es ist alles normal, wie üblich. Auch die Landschaft ist wie üblich. Flammen? Hab ich keine gesehen.“) (Izvestija, 9.5.1986: 6)

Es hätte wunderschönes Wetter, man denke eigentlich nicht an Černobyl'. Journalisten seien vor Ort. Alles normal, außer dass etwas weniger Leute auf der Straße seien und die normale Bevölkerung durch Liquidatoren ersetzt worden ist. (Iz., 11.5.1986: 6)

Der Kalte Krieg hinterließ auch noch Spuren, denn die westliche Medienberichter-

stattung wurde als Propaganda, als Mittel um der Sowjetunion zu schaden, abgestempelt. So beispielsweise im Artikel: „Злопыхатели“ (deutsch: Hetzpartie), von A. Palladin (Iz., 7.5.1986: 5): Washington hätte eine Hetzpartie gegen die Sowjetunion organisiert und dies löse Psychosen bei der Bevölkerung aus.

Dass die Meinung des Auslands jedoch wichtig war, kann man daran erkennen, dass die IAEО sowie andere Institutionen der Vereinten Nationen, wie beispielsweise die Weltgesundheitsorganisation, zitiert wurden, welche Aussagen getroffen hätten, dass die Situation in der Sowjetunion unter Kontrolle sei. Hans Blix, ehemaliger Direktor der IAEО, hätte zum Beispiel in einer schwedischen Zeitung seine Zufriedenheit über die Liquidierungsarbeit ausgedrückt (Iz., 14.5.1986: 4).

Philosophisch-moralische Ansätze, die zur Aufopferung des Einzelnen für die Gemeinschaft forderten, waren auch zu finden. So würden Liquidatoren ihre „Pflicht“ erfüllen. Im Gegenzug dazu wurden sie heroisiert.

1987 wollte man anscheinend das Thema ruhen lassen, denn es erschien nur ein großer Artikel, der sehr beruhigend war. Die Situation würde sich stabilisieren, die neue Stadt Slavutič, die für die Evakuierten und für die Liquidatoren gebaut wurde, sei auch wunderbar. Es sei kaum radioaktive Strahlung freigesetzt worden. Deshalb könnten auch bald die Evakuierten zurückkehren.

Erst im Jahr darauf kann man bemerken, dass sich die Atmosphäre in der Medienlandschaft zu verändern begann. Es wurde deklariert, dass sich die Partei Sorgen um die betroffene Bevölkerung mache und erstmals wurde erwähnt, dass 115 Menschen aufgrund der Strahlung krank wurden und 28 daran gestorben seien. Artikel wie „Как здоровье чернобыльцев?“ (deutsch: „Wie steht's mit der Gesundheit der Černobyľ'cy<sup>1</sup>?“) (Iz., 6.5.1988: 6) konnten erstmals erscheinen. Die Schuld an dem Unfall gab man dem Personal, das die Regeln nicht beachtet hätte. Dennoch, der Reaktor Vier wirke friedlich, sei „inaktiv“. Die Lebensmittel aus Kaluga, der in Russland am meistverstrahlten Region, seien wunderbar. Nicht außer Acht zu lassen ist, dass es auch Ansätze gab, das Wort „Atom“ wieder positiv zu konnotieren, indem man eine neue Wohnsiedlung so benannt hat (Iz., 29.4.1988: 1). Weiters wurde der Rat gegeben, dass man

nicht auf Spekulationen, sondern doch lieber auf die Spezialisten hören solle. Es sei besser viele Fragen zu stellen und [von Spezialisten] Antworten zu erhalten: „[...] это значительно лучше, чем пытаться различного рода домыслами и спекуляциями, которых было так много после чернобыльской аварией.“ (Iz., 6.5.1988: 6). Ein indirekter Aufruf, mit den Spekulationen aufzuhören.

1989 wurde die Erhöhung der Krankheitsraten mit dem Konzept der „Radiophobie“ erklärt. Die Angst und der mediale Druck auf die Betroffenen würde so sehr ihre Gesundheit beeinträchtigen, dass sie krank werden würden.

Lob der Organisation wird auch hörbar: die Evakuierten hätten als Ersatz für ihre alten Häuschen alles neu erhalten. 116 000 Menschen wurden umgesiedelt.

Es wurde halb zugegeben, dass es in den vergangenen Jahren falsche Berichterstattung gegeben hätte, aber dies sei nicht mehr wahr. Im Übrigen sei alles wirklich in Ordnung. Die Hälfte der Radionuklide seien in der Sperrzone geblieben, und außerhalb seien diese so verstreut, dass sie wieder harmlos seien. Im Wasser sei die Verstrahlung und die Konzentration derart gering, dass dieser mögliche Verstrahlungsweg genauso wenig eine echte Gefahr bilde: „Но мощность попадающей в водоемы „грязи“ и концентрация ее так мала (в десятки, сотни раз ниже предельно допустимого уровня), что говорить о какой-то опасности не приходится.“ (Iz., 26.4.1989: 6). Die wissenschaftlichen Kenntnisse im Bereich der Atomenergie seien auch so gut, dass englische Spezialisten kämen, um sich weiter zu bilden.

1990 ist das Wendejahr, das nicht nur die Berichterstattung über Černobyľ' veränderte, sondern auch das Ende der sowjetischen Ära bedeutete. Journalisten wie Dolganov übten Kritik auf die politischen Entscheidungsträger der Sowjetunion. Sie hätte alles verschwiegen, zu langsam gehandelt. Die Lebensmittel würden nicht kontrolliert werden und im Allgemeinen seien die Strahlungsmessungen mit falschen Geräten durchgeführt worden. Angeprangert wurde auch das Zweiklassen-Verhalten, das heißt die Nomenklatur hatte die notwendigen Informationen um sich zu schützen, während das „gemeine Volk“ dieser entbehrte. Kritik wurde laut, aber nicht zu laut: „[...] откровенно лгали народу в первые послечернобыльские дни и месяцы.“ (deutsch: Sie haben das Volk in den ersten nach-Černobyľ' Tagen und Monaten offen angelogen) (Iz., 15.4.1990: 1-2). Aber eben nur in den ersten Tagen und Monaten, nicht in all den Jahren.

<sup>1</sup> Ich benütze hier den russischen Ausdruck «Černobylec, Plural: Černobyľ'cy», weil der im Deutschen zusammengefasste Begriff „Černobyľ'er“ im Russischen zweigeteilt ist: „Černobyľ'ec“ ist ein vom Černobyľ'-Unfall Betroffener, „Černobyľ'jan“ hingegen ist der ursprüngliche Bewohner von der Ortschaft Černobyľ'. Da ich mich aber nur auf Ersteren beziehe, benütze ich den eingedeutschten russischen Begriff „Černobylec“.

Die Stimmung gegen Atomenergie wird klar ersichtlich. Das Leid und das Schicksal der Liquidatoren, also der am meisten von der Strahlung Betroffenen, wird aufgezeigt.

Nach all diesen Vorwürfen konnte sich die Regierung nicht mehr halten, sie gibt ihre Fehler zu und bittet um internationalen Beistand. Das Geständnis der Regierung wurde von Luk'janov unterschrieben. „О единой программе по ликвидации последствий аварии на Чернобыльской АЭС и ситуации, связанной с этой аварией“ (deutsch: „Über das Liquidierungsprogramm des AKW-Černobyl' und die Situation, die mit diesem Unfall zusammenhängt“) (Iz., 27.4.1990: 2). Es ist das Eingeständnis der von der Sowjetunion begangenen Fehler. Klar und offiziell wird zugegeben, dass Černobyl' die größte moderne Katastrophe war, die Millionen von Menschen miteinbezogen hat. Es wurde zugegeben, dass noch nicht alle in verstrahlten Territorien Lebenden evakuiert wurden; dass nicht alle Lebensmittel radionuklidfrei seien; dass die „Deaktivierung“ in vielen Fällen uneffektiv war; dass es eine schlechte Wiedergabe und Weiterleitung der Information gegeben hätte; dass das Land unvorbereitet gewesen sei. Die Vereinten Nationen starteten Programme, internationale, auch private Hilfswerke, schalteten sich ein.

Der 5. Jahrestag wurde relativ ausführlich präsentiert. Das Leid der Liquidatoren wurde nochmals erörtert. Im Artikel aus Ogonek: „Здесь жить нельзя“ (deutsch: „Hier darf man nicht leben“) (Og., Nr.17/1991: 8-13), von A. Stepanenko wird die Hoffnungslosigkeit der Heimat des Erzählers beschrieben. In diesen Jahren werden auch die internationalen Programme, wie das der WHO, präsentiert. Eine Wende gab es schlussendlich in der Schuldfrage: Es sei nicht nur das Personal an der Explosion schuld, sondern der Bautypus des RBMK-Reaktors<sup>2</sup> war mangelhaft. Die Wissenschaftler wurden zur Verantwortung gezogen, weil sie keine Maßnahmen im Falle eines Unfalles vorbereitet hatten.

## 2.2. El'cin

### 2.2.1. Die Präsidentschaft

Der neue Staat entsprach in etwa drei Viertel des Territoriums und der Hälfte der Bevölkerung der ehemaligen Sowjetunion. 80 Prozent der neuen Bevölkerungskonstellation sind

---

<sup>2</sup> Der RBMK-Reaktor ist ein sowjetischer, graphitmoderierter Leichtwasserreaktor. Die Leistung beträgt zwischen 1.000 und 1.500 Megawatt. RBMK steht für „Реактор Большой Мощности Канальный“, zu deutsch etwa: „Hochleistungsreaktor mit Kanälen“.

Russen. Der Vielvölkerstaat beinhaltet 21 nationale Republiken.

El'cin schritt auf dem von Gorbačev eingeschlagenen Weg weiter und reformierte Wirtschaft und Politik in Richtung Liberalisierung. Die Regierung El'cins musste die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Russlands neu definieren. Aus einem Staat, der von der kommunistischen Partei mittels Planwirtschaft dominiert wurde, der kein Privateigentum kannte, sollte möglichst schnell eine moderne Demokratie gemacht werden. Vor dieser Herkules-Arbeit stand El'cin nach dem Zerfall der Sowjetunion.

Zuvorderst hat El'cin die Kommunistische Partei entmachtet, weiters hat er Unternehmen Privateigentum erlaubt und nicht zuletzt die zentrale Planwirtschaft aufgegeben. Mehr politische Freiheit wurde ebenfalls zugelassen. Trotzdem wurden diese Neuerungen, von den Regierungen des Westens positiv empfunden, eher als Verlust der Sicherheit und der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung aufgenommen. Diese Gefühle können umso mehr nachempfunden werden, wenn man bedenkt, dass in dieser Zeit einige wenige Menschen ohne legal erkennbare Mittel zu enormen Reichtum und Einfluss kamen: die Oligarchen.

Die Regierung Gajdar<sup>3</sup> aber verschlechterte zusehends die sozialen Umstände der Bevölkerung ohne die wirtschaftliche Lage in Russland zu verbessern. Deshalb wiederholten sich ständig die Auseinandersetzungen zwischen dem noch vornehmlich in ten gewählten Parlament und dem ten. 1993 eskalierte die Lage dermaßen, dass El'cin einen Staatsstreich unternahm und den Obersten Sowjet mit Hilfe der Armee auseinandertrieb. Die Schwierigkeiten lösten sich nicht mit dem neu gewählten Parlament, der Duma, und so verhärtete sich der Kurs El'cins. Er stützte sich mehr auf Populismus und Nationalismus und versuchte die G.U.S.-Mitglieder wieder enger an Russland zu bringen.

Zusammen mit Černomyrdin und dem General Lebed' versuchte El'cin ein stärkeres Machtzentrum aufzubauen, doch der Versuch scheiterte. Finanzskandale und Intrigen verseuchten den politischen Alltag und der wirtschaftliche Zusammenbruch 1998 beendete die Hoffnung einer Stabilisierung der ökonomischen Verhältnisse. Außer wenigen Oligarchen, die exorbitante Geldsummen an sich reißen konnten, ist im Allgemeinen eine Pauperisierung der Bevölkerung festzustellen.

---

<sup>3</sup> Premierminister unter El'cin von 15. Juni 1992 bis 14. Dezember 1992

Im Dezember 1999 trat El'cin zurück und öffnete die Tore dem wenige Monate vorher, im August 1999, ernannten Ministerpräsidenten, Vladimir Putin, der vorher Karriere im Geheimdienst gemacht hatte. Im Nu beherrschte er die politische Szene Russlands. Bis heute (Jänner 2008) ist er an der Macht und baut die vertikale Machtstruktur auf.

### 2.2.2. Černobyl' in Ogonek und Izvestija

Auch bei der Ära El'cin kann ich fast genauso beginnen, wie bei dem Medienüberblick von Gorbačev. Innerhalb der Regierungsperiode von El'cin gab es bei der Art der Themen zu und über Černobyl' eine Wende von praktisch 180 Grad. Während am Anfang seiner Legislatur 1992 mit Enthüllungen über die Arbeitsweise des Zentralkomitees, und zwar Verschleierung und Kaschieren der Unfallfolgen, die Ära eröffnet wurde, endete sie mit der Minimierung der Unfallausmaße.

Aber nun Jahr für Jahr: 1992 wurden geheime Protokolle des Zentralkomitees veröffentlicht, in denen stand, dass die Radioaktivität Krankheiten verursache, die Lebensmittel nach dem Unfall nicht Radionuklid-frei und die freien Medien auch nur eine Mär waren. Um „saubere“ Lebensmittel zu bekommen, hätte das Gesundheitsministerium die zulässigen Verstrahlungsnormen der de facto Verstrahlung angepasst.

„Минздрав СССР утвердил новые нормы допустимых уровней облучения населения радиоактивными излучениями, превышающие прежние в 10 раз (прилагается). В особых случаях возможно увеличение этих норм до уровней, превышающих прежние в 50 раз.“ Das Gesundheitsministerium der UdSSR hätte neue zulässige Verstrahlungswerte festgesetzt, die die vorherigen 10 Mal, manchmal sogar 50 Mal überschritten (Iz., 24.4.1992: 1 und 3).

Diese Enthüllungen wurden noch im selben Atemzug, das heißt im selben Jahr, abgeschwächt, indem beschrieben wurde, dass ein normales Leben in der Sperrzone durchaus möglich sei und die Krankheiten vom Černobyl'-Syndrom, also der Radiophobie, herrührten.

„Таякатурадация? Нанашейулицечисто.“ Im Dialekt erklärt die alte Frau, die zitiert wurde, dass es keine Radioaktivität gäbe [wo sie lebt, in der Sperrzone] und dass ihre Straßen sauber, also frei von Radionukliden, seien (Iz., 25.4.1992: 1-2).

Dennoch kann man sagen, dass die Meinungsverschiedenheit durchaus für das

Vorhandensein einer offenen Diskussionsplattform spricht und verschiedene Aspekte gleichzeitig betrachtet werden durften.

Im darauffolgenden Jahr gestand man, dass der RMBK-Reaktortypus, also die Art des explodierten Černobyl'-Reaktors, mangelhaft konzipiert war. Dementsprechend wurde das AKW-Personal entlastet. Vergleiche mit dem Unfall „Three-Miles-Island“ wurden angestellt, wobei auch hier interessant ist anzumerken, dass die Vorsicht der Amerikaner im Umgang mit dem verseuchten Reaktor als positive Reaktion betrachtet wurde. Der Kalte Krieg, den man noch bei Gorbačev herauslesen konnte, war eindeutig auch in den Köpfen vorbei. Ein anderer Vergleich, der mit Tomsk-7, trat auch plötzlich auf, so wie er auch plötzlich verschwand. Anscheinend durfte man doch nicht noch mehr Wirbel um Atomunfälle machen.

1993 begannen Kinder thematisiert zu werden. Sie dienten vor allem dazu, Hilfsgelder zu sammeln:

„Чек на 500 тысяч марок для детей Чернобыля“ (deutsch: „Ein Scheck über 500 000 DM für die Kinder von Černobyl'“) (Iz., 13.5.1992: 5)

Zum 8. Jahrestag wurden eher traurige Töne angeschlagen: die Krankheiten, also Schilddrüsenkrebs und Leukämie, die Unzulänglichkeiten des RMBK-Reaktors, die nun auf 600 000 geschätzten Liquidatoren und die Nachricht, dass die internationale Hilfe nicht ausreichen würde.

Im Jahr darauf verschwand in der Izvestija das Thema Černobyl' gänzlich; im Ogonek gab es einen Artikel, der von der Angst, dass sich ein derartiger Unfall wiederholen könnte, sprach.

Wenn aber 1995 Černobyl' kein großes Interesse zu wecken schien, so wurden zum 10. Jahrestag alle Register gezogen: eine Serie von fünf großen Artikeln dominierte die Presse Mitte April, und dann noch andere Artikel. Umweltschützer kamen mit der Meldung zu Wort, dass der Sarkophag gereinigt werden müsse: „Экологи предлагают почистить саркофар“ (deutsch: „Umweltschützer schlagen vor, den Sarkophag zu reinigen“) (Iz., 18.4.1996: 3).

Der Bau des Sarkophages an sich zog die Aufmerksamkeit an: was für ein einzigartiger Bau er doch sei! Die Zeitrechnung „Vor- und Nach-Černobyl'“, also der Unfall als Wendepunkt im Zeitbewusstsein und als Anhaltspunkt eines Ärawechsels, wurde standardisiert. Aber auch der zaghafte Ansatz in den vergangenen Jahren, die Betroffenen als Überlebende und nicht als Opfer zu sehen, wurde massiv verstärkt.

Ich möchte auch auf ein Paradox hinweisen: zum einen wurde versucht, mit pseudo-wissenschaftlichen Erklärungen das Vertrauen des Lesers zu wecken, auf der anderen Seite gab es meist recht unvorhergesehene mystische Sichtweisen, die Unbelebtes beleben – ja, der Sarkophag lebt! – und alte Legenden, zum Beispiel, dass die Černobyl'-Region schon seit dem 12. Jahrhundert verrückt war. So wäre die moderne Legende, Zitat Leonid Kapeľjušnyj, dass der Sarkophag den wütend gewordenen Reaktor für ewig zu Tode gemauert habe. Aber trotzdem „lebe“ der Reaktor. Der angeführte Beweis: 1990 hätte in einem radioaktiven Sammellager für radioaktives Material eine selbst ausgelöste Kettenreaktion begonnen. Bis heute ist das eine ungeklärte Reaktion geblieben (Iz., 20.4.1996: 5). Aber Widersprüche fanden sich auch in den Erklärungen. Einerseits bestand man darauf, dass es keine Mutanten gegeben hätte, andererseits behauptete man, dass zweiköpfige Kälber keine Mutanten seien: Vizepräsident der ukrainischen Akademie der Wissenschaften, V. Bar"jahtar: "Академия наук не знает ни одного случая появления „чернобыльских мутантов“. В Минздраве Украины – такая же информация".<sup>4</sup> Двуглавый теленок [...] это не мутант». Ein zweiköpfiges Kalb sei kein Mutant [!] (Iz., 24.4.1996: 5). Aber trotz allem sei ein gesundes Leben in der Sperrzone durchaus möglich.

Weiters war bemerkenswert, dass zwar viel von der Schuldfrage gesprochen wurde, doch nie erwähnt wurde, dass alle Sicherheitssysteme abgeschaltet wurden, um ein Experiment durchzuführen. In englischen und deutschen Literaturquellen über Černobyl' findet man diese Erklärung als Explosionsursache. Wer hat hier die richtige Information?

Zuletzt möchte ich auf einen neuen Gedankengang aufmerksam machen. Černobyl' hätte das Bewusstsein der Menschen verändert. Zuerst hätten sie gelernt, sich vor dem Unwahrnehmbaren zu fürchten, dann aber vor dem Menschen selbst (Og., Nr. 17/1996: 44-45).

Nach diesem „Černobyl'-Hype“ waren 1997 keine Artikel zu finden, außer einem über das nie im Besonderen thematisierte Minsk, bzw. das weißrussische Verhältnis zu Černobyl'. Die Kernaussage war, dass man nicht (nur) über den Unfall sprechen durfte, sonst würde man von der Miliz „entfernt“ werden. 1998 war die Kehrtwende vollendet. Nach ein paar Jahren, in denen mehr oder weniger beide Ansätze in unterschiedlichem Maße nebeneinander zu lesen waren, bekehrte man sich

zur Auffassung, dass die Unfallausmaße bis zu neun Mal übertrieben wurden, um mehr Hilfgelder zu erhalten. Die Krankheiten, die vermehrt auftreten würden, außer Schilddrüsenkrebs und Leukämie, seien eine Folge der Radiophobie, das heißt aus Angst vor der Strahlung sich selbst eingeredet worden (Iz., 25.4.1998: 1-2).

Im letzten Regierungsjahr El'cins ist man eher auf Nebensächliches abgedriftet: ein Liquidatorenedenkmal wurde aufgestellt, so eine Kurzmeldung, und der Unfall im AKW Černobyl' wurde zu einem Argument für die Vereinigten Staaten gegebenfalls Kuba anzugreifen, wenn dort ein Kernkraftwerk gebaut werden würde. Zuallerletzt möchte ich an die leicht komische Meldung erinnern, dass ein Computervirus nach Černobyl' benannt wurde, weil er am 26. April aktiv war (Iz., 28.4.1999: 3).

## 2.3. Putin

### 2.3.1. Die Legislatur

Mehr politische und wirtschaftliche Stabilität auf Kosten der Meinungs- und Pressefreiheit, so könnte man die Präsidentschaft Putins charakterisieren. Sergej Markov, Publizist, prägte deshalb den Begriff der „gelenkten Demokratie“. Die Dezentralisierung der Macht El'cins wird von Putin nicht nur aufgehoben, sondern durch die so genannte senkrechte Machtvertikale ersetzt. Je wichtiger die politische Position, desto mehr Macht liegt in ihr.

Seit der Währungsreform im Jahre 1998 hat sich die Wirtschaft rasch erholt. Seit 1999 ist das Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich um sechseinhalb Prozent pro Jahr gestiegen. Das erklärt die Popularität Putins. Russlands Wirtschaft profitierte sehr von den stetig steigenden Ölpreisen (obwohl die Industrieproduktion proportional durch den Energiesektor schwächer geworden ist). Moskau und St. Petersburg konnten sich deshalb in einigen Stadtteilen sichtlich von der Finanzkrise erholen, allerdings ist in manchen, vornehmlich ländlichen, Teilen Russlands der Wirtschaftsaufschwung nicht angelangt. 2005 lebte noch immer ein Sechstel der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze. Steigende Verbraucherpreise erschweren zusätzlich die Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsschicht (Bfai 2006).

### 2.3.2. Černobyl' in Ogonek und Izvestija

Die Sperrzone wird im Jahr 2000 als Produktionsstätte für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie als Naturwunder beschrieben:

„Чернобыль начинает жить – спустя 14 лет после аварии он становится базой производства продуктов для чистых зон“

<sup>4</sup> In den „FAQs“ der IAE0 und des UNDP werden Mutationen zugegeben, aber nur bei Pflanzen und Tieren.

(deutsch: „Černobyl' beginnt zu leben – 14 Jahre nach dem Unfall wurde es zu einer Lebensmittelproduktionsstätte für saubere Zonen“) (Iz., 26.4.2000: 2).

Es würden sich vom Aussterben bedrohte Tiere wie Bisons und das Przewalskij-Pferd dort heimisch machen.

Die produzierten Lebensmittel seien völlig ungefährlich. Es wurde auch darüber diskutiert, dass 1999 840 Störfälle in den AKWs verzeichnet worden wären, allerdings ohne Konsequenzen. Die zwingende Folgerung: Störfälle in den Kernkraftwerken gehörten zum Alltag (Iz., 11.5.2000: 2).

Zum 15. Jahrestag wurde wieder die Sperrzone beschrieben – sie scheint ein Augenmerk geworden zu sein. Sie hätte sich seit „den alten Zeiten nicht verändert, wenn der Sarkophag nicht an den Unfall und dessen Folgen erinnern würde. Bei der Beschreibung der dortigen Lebewesen schwankt man zwischen Mutanten und Fabelwesen, die ganz außergewöhnliche Fähigkeiten hätten. Auch die Menschen, die sich in der Sperrzone niedergelassen haben, seien eigenbrötlerisch, aber mit Herz. Das Bild wird kreiert, dass man in der Zone ein gesundes Leben führen kann (Iz., 26.4.2001: 7).

Die Unfallfolgen seien auch übertrieben worden, so das Fazit des Jahres 2001, nur 43 Menschen seien an der Verstrahlung gestorben, die Krankheiten vornehmlich Ursache der Radiophobie. Eigentlich sei die radioaktive Strahlung gar nicht gefährlich. Der Vizeminister für Atomenergie Bulat Nigmatulin: „Gefühlsmäßig sage man in den Umfragen, dass die Atomenergie an 1. Stelle als Gefahr für Mensch und Umwelt stehe, allerdings läge sie in Wahrheit nur an 20. Stelle“ (ibid).

Die Wichtigkeit von Atomenergie und sämtlichen Derivaten wird durch kleine Artikel mit alles verratenden Titel wie diesem suggeriert: „Вопрос жизнь или смерти. Отработанное ядерное топливо необходимо как воздух“, („Die Frage über Leben und Tod: Überarbeiteter Brennstoff ist so wichtig wie die Luft“, von Marija Beloklova) (Iz., 26.4.2001: 7).

Was die Schuldfrage betrifft, so wird das Personal, der Reaktortyp und neuerdings auch das veraltete politische Sowjetsystem für eine mögliche Ursache gehalten (Og., Nr. 17-18/2001: 8-11).

Im Jahr 2002 wird wieder die internationale Meinung für wichtiger gehalten. Das Europäische Gericht hätte den Liquidatoren von Černobyl' eine Kompensation zugesprochen (Iz., 8.5.2002: 2).

Nach wie vor wurde die Sperrzone als Produktionsstätte gelobt, nur wurde einge-

räumt, dass in der Ukraine und in Weißrussland die Schilddrüsenkrebsrate um das 1000-fache angestiegen ist – aber nicht die Todesrate. Was die Verantwortung für den Unfall betreffe, so hätte man bei der Konzeption des Reaktors den menschlichen Faktor unterschätzt. Also ist die Verantwortung aufgeteilt worden. Umweltschützern, die Angst haben, dass sich ein derartiger Unfall wiederholen könnte, wurde auch wieder Platz eingeräumt. Der Sarkophag sei eine Zeitbombe, da im Inneren die Aufheizung des Brennstoffes weitergehe: „В разрушенном реакторе идет разогрев топливных масс.“ (Iz., 25.4.2002: 1-2).

2003 ist das Jahr der Vereinten Nationen. Es wurden zwei UN-Organe gegründet, die sich um Černobyl' kümmern würden: das Černobyl'-Forum und das ICRIN (International Chernobyl Research and Information Network). Somit ist die internationale Gemeinschaft fix in der Entwicklung von Programmen und in der Liquidierung der Folgen, sozialer, psychischer, ökologischer und wirtschaftlicher Natur, eingebunden.

Es wurde auch verlautbart, dass wenn 27 Prozent der Liquidatoren Behinderungen hätten, so läge dies an sozialen Missständen (Iz., 25.4.2003: 6).

Das Bild der Radioaktivität im Allgemeinen hat sich geändert. Sie ist gefährlich, aber prinzipiell „zähmbar“, und manchmal sogar „hilfreich“. In einem Artikel wurde die Meinung vertreten, dass „dank“ der Radioaktivität, evolutionäre Vorgänge beschleunigt werden können. So sei der Mensch auch ein Produkt von radioaktiver Strahlung (Iz., 26.4.2003: 5).

Die Sicherheit müsse aber trotzdem gefördert werden. In Zukunft sollen nur mehr WWER<sup>5</sup>-Reaktoren gebaut werden, welche die Mängel des RMBK-Reaktors nicht aufweisen.

In den Jahren 2004 und 2005 wurden keine Artikel zum Thema Černobyl' veröffentlicht. Erst wieder zum 20. Jahrestag kamen welche zutage. Einer, der die Verbrechen des Politbüros anklagte, einer in dem mehr Sicherheit in den AKWs gefordert wurde, und zuletzt einer, in dem beschrieben wurde, wie Putin Liquidatoren Auszeichnungen für ihren Mut aushändigte. Der Kommentar von einem Liquidator lässt aber erahnen, in welche Richtung die Politik noch gehen wird: Das Leben sei von der Kernspaltung abhängig, ohne ihr könne sich Russland nicht weiterentwickeln: „Чернобыль показал, что судьба

---

<sup>5</sup> Wasser-Wasser-Energie-Reaktor; Die Bezeichnung „Wasser-Wasser“ steht für Wasser-moderiert und Wassergekühlt. Dem Brennstoff dient schwach angereichertes Uranoxid.

человечества чрезвычайным образом зависит от расщепленного атома, и тем не менее мы понимаем, что нашей стране без ядерной энергетики не обойтись.“ (deutsch: „Černobyl' zeigte, dass das Schicksal der Menschheit extrem von der Kernspaltung abhängt, und dennoch verstehen wir, dass unser Land ohne Atomenergie keine Zukunft hat.“) (Iz., 26.4.2006: 6).

Abschließend kann man sagen, dass die Politik Putins zwar eine gewisse Meinungsoffenheit pro forma zulässt, vor allem was seine Vorgänger betrifft, jedoch ist ganz klar, dass von der Atomenergie nicht abgesehen werden würde, und dementsprechend sind die Artikel ausgerichtet.

### 3. Schlusswort

Wie könnte man also den Diskursablauf der zwei Dekaden im Ogonek und Izvestija beschreiben? Im ersten Jahr wurde durchaus berichtet, wenn auch mit erheblicher Verspätung und mit eingeschränktem Wahrheitsgehalt. Aber immerhin wurde der Unfall thematisiert. Erst im darauffolgenden Jahr muss es wohl zu einer Zensur gekommen sein, als nur ein Artikel in die Presse kam. Ab 1988 wurde zwar veröffentlicht, aber die Themen waren stark politisch motiviert, und nur soweit diskutierbar, wie es auch dem jeweiligen Präsidenten keinen Schaden anrichtete.

Klarerweise waren die Konsequenzen für die Verantwortlichen höchst unangenehm und hätten sofortige politische Konsequenzen gefordert. Aus Angst von Seiten der Entscheidungsträger, die Verantwortung zu übernehmen, wurden viele Daten nicht veröffentlicht. Durch das Zurückhalten von Informationen wurden automatisch Hilfgelder zur Minimierung der Folgen verkürzt, was die Unfallfolgen unnötigerweise nur noch verschlimmerte. Als Denkanstoß soll aber auch darauf hingewiesen werden, dass a) wahrscheinlich auch die Entscheidungsträger, wiewohl sie es nicht hätten dürfen, die Situation am Anfang zum einen unterschätzt haben, zum anderen sie damit überfordert waren; b) tatsächlich die Sorge, dass sich noch mehr Angst unter die Bevölkerung schleicht, ein entscheidender hemmender Aktionsfaktor gewesen ist. In den darauf folgenden Jahren wurde immer die Wahrung der Macht des jeweiligen Präsidenten beachtet. Den Vorgänger, bzw. die Vorgänger durfte man kritisieren. Wirtschaftliche Interessen sind ganz klar themenbildend gewesen.

Man würde meinen, dass, weil der Unfall sich in der ehemaligen Sowjetunion ereignet hat, man danach alles frei in der Öffentlichkeit diskutieren konnte. Dem war aber nicht so, denn wenn alle Schwierigkeiten,

Probleme usw. dem breiten Publikum zu Ohr gekommen wären, hätten die jeweiligen Entscheidungsträger mehr Verantwortung für die Folgeschäden übernehmen müssen.

Ziel meiner Arbeit war es, einen Überblick über die Themen- und die Diskussionsvielfalt über Černobyl' zu geben. Jede Diskussion ist Teil und Reaktion einer Welt, in der sie entstanden ist. Das Ideal der Wahrheit wurde angestrebt oder auch bei Seite gelassen, aber in Anlehnung an Carl Schurz möchte ich diese Arbeit so beenden: „Die Wahrheit ist ein Ideal. Man kann sie niemals erreichen, aber man kann sich an ihr orientieren.“<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Originalzitat von Carl Schurz: „Ideale sind wie Sterne. Man kann sie nicht erreichen, aber man kann sich nach ihnen orientieren.“

## Literatur

### Primäre Quellen

Es wurden alle Jahrgänge von 1986 bis 2006 zwischen dem 15. April und 15. Mai auf Artikel über Černobyl' durchgesehen und bearbeitet. Besonders zitiert wurden:

#### Izvestija:

A. Palladin (1986): Злопыхатели, 7. Mai, Nr. 127, S. 5.

A. Illeš (1986): В трудный час, 9. Mai, Nr. 129, S. 6.

A. Illeš (1986): Смена уходит к реакторам, 11. Mai, Nr. 131, S. 6.

TASS (1986): МАГАТЭ, 14. Mai, Nr. 134, S. 4.

Ju. Injakin (1988): Новоселы из атома, 29. April, Nr. 120, S. 1.

G. Alimov (1988): Как здоровье Чернобыльцев, 6. Mai, Nr. 127, S. 6.

N. Baklanov und A. Illeš (1989): На станции, в зоне и рядом, 26. April, Nr. 116, S. 6.

V. Dolganov (1990): Чернобыль – тревоги и ожидания, 15. April, Nr. 106, S. 1-2.

A. Luk'janov (1990): О единой программой по ликвидации последствий аварии на Чернобыльской АЭС и ситуации связанной с этой аварией, 27. April, Nr. 118, S. 2.

A. Jarošinskaja (1992): Сорок секретных протоколов кремлевских мудрецов – Лож о Чернобыле так же страшна как и сама катастрофа, 24. April, Nr. 98, S. 1 und 3.

V. Jakov (1992): Чернобыль – шесть лет спустя, 25. April, Nr. 99, S. 1-2.

ITAR-TASS (1992): Чек на 500 тысяч марок для детей Чернобыля, 13. Mai, Nr. 111, S. 5.

k. A. (1996): Экологи предлагают почистить саркофаг, 18. April, Nr. 73, S. 3.

L. Kapeljušnyj (1996): Десять лет с Чернобылем - 2. Саркофаг, 20. April, Nr. 75, S. 5.

L. Kapeljušnyj (1996): Десять лет с Чернобылем - 4. Исход, 24. April, Nr. 77, S. 5.

Tat'jana Bateneva und Oleg Šešin (1998): Ущерб от Чернобыля был преувеличен в 9 раз по политическим мотивам, 25. April, Nr. 77, S. 1-2.

A. Kondrat'ev (1999): Чернобыль вошел в каждый дом – вирус атаковал 100 тысяч компьютеров в России, 28. April, Nr. 76, S. 3.

J. Sokolovskaja (2000): Чернобыль начинает жить – спустя 14 лет после аварии он становится базой производства продуктов для чистых зон, 26. April, Nr. 77, S. 2.

V. Averbuh, D. Vladimirov und G. Punanov (2000): Ядерное недержание – За прошлый год на наших АЭС зафиксировано 840 нарушений, 11. Mai, Nr. 84, S. 2.

J. Sokolovskaja (2001): Чернобыльский коммунизм – через 15 лет после аварии легенда городастановятся правдой, 26. April, Nr. 75, S. 7.

J. Sokolovskaja (2002): Дмитрий Гродзинский – Чернобыль породил общество обреченных, 25. April, Nr. 73, S. 1-2.

G. Il'ičev (2002): Европейский суд встал на сторону чернобыльца, 8. Mai, Nr. 78, S. 2.



k. A. (2003): Чернобыльский Форум. Социальная ответственность науки, 25. April, Nr. 74, S. 6.

P. Obrazcov (2003): Мифы и быль радиации, 26. April, Nr. 75, S. 5.

V. Sokolova (2006): Атомные награды, 26. April, Nr. 74, S. 6.

#### Ogonek:

A. Stepanenko (1991): Здесь жить нельзя, Nr. 17, S. 8-13.

V. Umnov (1996): Под саркофагом, Nr. 17, S. 44-45.

D. Bykov, M. Starožinskaja (2001): Все мы немного с Припятью, Nr. 17-18, S. 8-11.

#### **Sekundäre Quellen**

IAEO (1986): State Committee on the Utilization of Atomic Energy – The Accident at the Chernobyl' Nuclear Power Plant and its Consequences – Information compiled for the IAEA Experts' Meeting 25-29 August 1986. Draft, Vienna.

Kappeler, Andreas (2000): Russische Geschichte. München.

Kilian, Katharina (2002): Deutsch-Russische Terminologie zum Thema Radioaktivität und Strahlenschutz am Beispiel Belarus nach Černobyl'. Wien.

Kilian, Ulrich/Weber, Christine [Red.](1999): Lexikon der Physik: in sechs Bänden. Band 3. Heidelberg.

Kinder, Hermann/Hilgemann, Werner /Hergt, Manfred (2006): dtv-Atlas Weltgeschichte – Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München.

Linke, Horst Günther (2006): Geschichte Russlands – Von den Anfängen bis heute. Darmstadt.

Mommsen, Margareta (2003): Wer herrscht in Russland? – Der Kreml und die Schatten der Macht. München.

Mommsen, Margareta/Nussberger, Angelika (2007): Das System Putin. München.

Nolte, Hans-Heinrich (1998): Kleine Geschichte Russlands. Stuttgart.

Reitschuster, Boris (2006): Putins Demokratie – Wie der Kreml dem Westen das Fürchten lehrt. Berlin.

Scheremeta, Wolodymyr (2000): Die Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung und die damit entstehende ethische Problematik – Schwerpunkt „Tschernobyl“. Wien.

Bfai (2006): Bundesagentur für Außenwirtschaft: Wirtschaftsdaten kompakt, Russland Nov. 2007. [http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_3926.pdf](http://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_3926.pdf) (Zugriff: 12.2.2008).

International Press Institute: [www.freemedia.at](http://www.freemedia.at) (Zugriff: 31.10.2007).

Izvestija: [www.izvestia.ru](http://www.izvestia.ru) (Zugriff: 31.11.2007).

Ogonek: [www.ogoniok.ru](http://www.ogoniok.ru) (Zugriff: 24.01.2008).

# Dezentralisierung: Mögliches Mittel zur Konfliktreduktion und Armutsbekämpfung

Andrea Perchthaler

## Einleitung

Dezentralisierung und Devolution/Delegation wurden innerhalb der letzten Jahre Schlagworte der Entwicklungszusammenarbeit, die mittlerweile ihren Weg nicht nur in die westlichen EZA-Agenden gefunden haben, sondern auch als explizite Maßnahmen von Seiten der Entwicklungsländer in der Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Das neue Konzept bringt aber nicht nur Vorteile – wie erhöhte Partizipation und vermehrte Selbstbestimmung auf unterer administrativer Ebene – sondern kann auch zur Förderung von Eliten und Verstärkung sozialer Exklusion führen.

Bei der Behandlung des Themas stellt sich vor allem die Frage, auf welche Weise Dezentralisierung als Instrument in der Armutsbekämpfung und Konfliktlösung eingesetzt werden kann. Auch welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den negativen Aspekten vorzubeugen und welche Möglichkeiten durch die Einbeziehung weiterer Bevölkerungsteile eröffnet werden, sind Fragen, die sich zur Dezentralisierung stellen.

Bisherige Untersuchungen kommen hierbei zu sehr widersprüchlichen Schlussfolgerungen, welche positiven Folgen der Dezentralisierung in der Entwicklungszusammenarbeit zugeschrieben werden können. Es kann sowohl Erfolg wie auch häufiges Scheitern in der Umsetzung der Maßnahme und den damit verbundenen Zielen festgestellt werden; allgemeingültige Aussagen lassen sich aufgrund unterschiedlichster Ausgangssituationen und auch verschiedener Durchführungsarten kaum treffen.

Im Wassersektor beispielsweise findet der Ansatz der Dezentralisierung in einigen Ländern bereits breiten Zuspruch und soll dazu beitragen, jenen Teilen der Bevölkerung, die vom Staat nicht mehr ausreichend versorgt werden können, ein Mittel zur Selbsthilfe zu geben. Verkleinerte administrative Einheiten im lokalen Umfeld sollen folglich das Versagen des Zentralstaates in der Ressourcenbereitstellung ausgleichen und transparente Strukturen aufbauen und zugleich ist es ein Ziel, marginalisierte Bevölkerungsteile verstärkt in die Ressourcendistribution einzubeziehen.

## 1. Was versteht man unter Dezentralisierung?

Dezentralisierung meint „[...] die Verlagerung der Zuständigkeiten des Zentralstaats auf untergeordnete Ebenen [...]“ (Pitschas 2001: 125 f.); sie weist jedoch abseits dieser schwammigen Beschreibung eine sehr ungenaue Definition auf. Dies erschwert einerseits die Zuteilung der Maßnahmen, die darunter verstanden werden können, wie auch die Abgrenzung verschiedener Ausprägungen der Dezentralisierung.

In der Literatur werden unter dem, was gemeinhin als Dezentralisierung benannt wird, oft verschiedenste Formen der Verantwortungsverschiebung synonym verwendet bzw. unterschiedliche Ausmaße mit diesem vereinheitlichenden Begriff bezeichnet.

Eine etwas umfangreichere Definition von Dezentralisierung, die auch Fragen um Ressourcen und die unterschiedlichen Verantwortungsebenen einbezieht, liefern Coly und Breckner (2004: 5):

„Bei Dezentralisierungsmaßnahmen geht es um die Neuverteilung von gesellschaftlichen Ressourcen bzw. um neue Zugriffschancen auf diese – und damit verbunden um die Neuverteilung von politischer Macht und Kontrolle zwischen gesellschaftlichen Gruppen bzw. Bürgerinnen und Bürgern auf unterschiedlichen Regierungs- und Verwaltungsebenen“.

Doch trotz dieser umfangreicheren Bestimmung, was unter dem Begriff der Dezentralisierung verstanden werden kann und der zusätzlichen Einbeziehung wichtiger Aspekte wie Machtpotenziale fehlt eine allgemeingültige Unterteilung der verschiedenen Formen der Verantwortungsteilung. Dezentralisierung nimmt mitunter sehr unterschiedliche Ausprägungen an, die je nach dem Grad der Machtverschiebung noch weiter untergliedert werden können. Einer Unterteilung der jeweiligen Ausprägung zufolge würde *Dezentralisierung* nur mehr als Begriff für die stärkste Form der Verantwortungsteilung Verwendung finden.

Weiters würde man auch von *Devolution* sprechen können, mit der eine abgeschwächte Form von dezentraler Verantwortungsverschiebung gemeint ist. Es geht hier um eine administrative Teilung hin zu lokalen Regierungseinheiten, jedoch sind staatliche Strukturen dabei noch stärker vertreten (DEZA 2001: 6).

Ist der Staat in noch stärkerem Ausmaß vertreten, wird von *Delegation* gesprochen, die etwa eine mittlere Form dezentraler Neuverwaltung darstellt. Diese beiden Formen

– sowohl Devolution wie auch Delegation – bringen ein größeres Maß an Mitbestimmung mit sich, jedoch werden gesellschaftliche Ressourcen und die Zugriffschancen auf diese meist nur in kleinem Umfang reorganisiert und auch die Neuverteilung von politischer Macht und Kontrolle wird in diesem Kontext oft ausgeblendet (Coly/Breckner 2004: 5).

Die schwächste Form dezentraler Neuaufteilung stellt die *Dekonzentration* dar, die ein relativ geringes Ausmaß an Verwaltungsverchiebung mit sich bringt (Rossi 1999: 17f.).

### **Privatisierung und Dezentralisierung**

Häufig wird auch wirtschaftliche Privatisierung zu Dezentralisierungsmaßnahmen hinzugezählt. Der Staat soll eine geringere Rolle spielen und die Verantwortung für bestimmte Ressourcenbereiche wird an andere Akteure abgegeben.

Jedoch ist Privatisierung nicht unter der hier gemeinten Dezentralisierung im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit zu verstehen, da es sich nicht um eine Verantwortungs- und Aufgabenteilung innerhalb der staatlichen Strukturen handelt.

Die Abgabe der Ressourcenbereiche findet nicht zu niederen Verwaltungsebenen oder zur Zivilgesellschaft hin statt, womit Partizipation kein vorrangiges Ziel ist, sondern die Bevölkerung nur als Kunde in das Geschehen mitbeinbezogen wird. Auch ist Dezentralisierung in erster Linie keine Maßnahme, mit der Profit erwirtschaftet werden soll, es soll vielmehr eine ausgeglichene Güterversorgung sichergestellt werden (vgl. DEZA 2001: 7; Meynen/Doornbos 2003: 5).

## **2. Dezentralisierung im kurzen historischen Rückblick**

Erste Dezentralisierungstendenzen setzten bereits in den 1970er Jahren ein, in welchen der Staat zunehmend seine Rolle als hauptsächlicher Entwicklungsakteur verlor. Gründe waren vor allem in der Ausuferung der Bürokratie, der Unproduktivität der Staatsbetriebe oder auch im Finanzmangel zu sehen (Thomi 2001: 27). Durch dezentrale Verantwortungsteilung erhoffte man sich zunehmende Stabilisierung und ein neues Schlagwort – *partizipative Entwicklung* – tauchte auf. So sollte durch gezielte Förderung der Demokratie ein Weg zur Selbsthilfe eingeschlagen werden und die Legitimationskrise des Staates überwunden werden.

In den 1980er Jahren stellte sich wiederum eine starke Ernüchterung sowohl auf

Seiten der Geber- als auch der Empfängerländer ein. Trotz Strukturanpassungsprogrammen konnte die Lage der meisten in Armut lebenden Menschen wider Erwarten nicht verbessert werden, sondern es wurden gegenteilig die Ausgaben für soziale Einrichtungen stark eingeschränkt, um die Forderungen der internationalen Finanzinstitutionen erfüllen zu können. Hinzu kam die extrem angestiegene Verschuldung der Entwicklungsländer, die in den 1980er Jahren in der Zahlungsunfähigkeit mehrerer Staaten seinen Höhepunkt fand. Als Folge fanden in den 1990er Jahren mehrere politische und soziale Umwälzungen statt, die auch auf die Entwicklungszusammenarbeit und den damit einhergehenden Konzepten ihre Auswirkungen zeigten.

Das Scheitern des planwirtschaftlichen Entwicklungsmodells, das den Staat als einzige und wichtigste Lenkungsinstanz und als vollkommenes Kontrollorgan über die wirtschaftliche Distribution voranstellte, trug weiters zu einer dezentraleren Staatsführung bei. Als zusätzlicher Faktor kam die seit Beginn der Dekolonisierungsperiode fortschreitende Bildung zahlreicher Kleinstaaten, die durch den Zerfall der Sowjetunion seine Fortführung fand, hinzu (Hinrichs 2001: 279). Folge dieser Entwicklungen waren der weitere Verlust der zentralstaatlichen Bedeutung sowohl an subnationale untere Verwaltungsebenen wie auch gegenüber supra- und multinationalen Organisationen auf überstehender Ebene (Nuscheler 2005: 36 ff.).

Es wirken somit sowohl Globalisierung wie auch Regionalisierung als äußere Kräfte auf die Regierungsführung ein (Nuscheler 2005: 36 ff.); in Folge zieht sich der Staat als zentraler Entwicklungsakteur zurück und scheint immer mehr ausgedient zu haben, denn die Versorgung der Bevölkerung mit Basisdienstleistungen wird mittlerweile von Privat Anbietern oft besser und effizienter bewerkstelligt.

Dezentralisierung und auch Privatisierung werden daher sowohl in der Entwicklungspraxis wie auch in der theoretischen Diskussion vermehrt hinsichtlich neuer Perspektiven untersucht. Den verbindenden Punkt stellt dabei der Begriff der Nachhaltigkeit<sup>1</sup> dar, die

---

<sup>1</sup> Dem Prinzip der Nachhaltigkeit (sustainability) mangelt es trotz der häufigen Verwendung immer noch an einer einheitlichen Definition und einer klaren Abgrenzung, welche Praxis in der Entwicklungszusammenarbeit als nachhaltig gelten kann und welche nicht. Problematisch stellt sich vor allem der mangelnde Konsens darüber dar, wie Ergebnisse bemessen werden sollen. Eine sinnvolle Beschreibung, um was es sich bei explizit nachhaltigen Projekten – vor allem im Ressourcenbereich – handeln könnte, findet sich bei Pretty: „[...] sustainable agriculture is resource conserving, low input, regenerative and makes

den Erfolg von Entwicklungsprojekten auch langfristig sicherstellen soll. Diese kann in politischen wie auch wirtschaftlichen Prozessen nur dann gewährt werden, wenn die Menschen für ihre Entwicklung selbst Verantwortung tragen (ownership) und die Betroffenen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Mittlerweile ist Dezentralisierung ein Schlagwort in der Entwicklungspolitik: Von 75 Entwicklungsländern mit mehr als 5 Millionen Einwohnern verfolgen geschätzte 63 aktiv einen Dezentralisierungsansatz, somit hat dieses Konzept in etwa 80% dieser Länder Einzug gehalten (Helmsing 2001: 1).

### 3. Wozu dezentralisieren?

Häufig stellt sich die Frage, warum eine Dezentralisierung durchgeführt werden soll. In vielen Fällen liegt die Begründung in einer unzureichenden Versorgung gewisser Bevölkerungsteile mit bestimmten Ressourcen. Das Scheitern der staatlichen Strukturen zieht eine Umverteilung der Verantwortlichkeiten nach sich, die den betreffenden Menschen somit diese Aufgabe selbst übertragen. Die Armutsbekämpfung ist hier ein häufig genanntes (Ober)Ziel, das jedoch über die Kombination mehrerer Maßnahmen/ Zielsetzungen erreicht werden soll (vgl. DEZA 2001; UNDP 2003).

Zu diesen spezifischen Zielen zählen unter anderen die Förderung von Good Governance und der Partizipation der Bürger.

In diesen Bereich fallen Maßnahmen zur Verbesserung der Regierungsführung und die Förderung von Partizipation der Bevölkerung im Entwicklungsprozess. Zugleich soll auch eine Erhöhung der Transparenz und somit ein verbesserter staatlicher Zusammenhalt erreicht werden (Coly/Breckner 2004: 4). Die Teilnahme eines breiteren – vor allem ländlichen – Bevölkerungskreises an den politischen Prozessen rund um die Ressourcenverwaltung ist dabei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer stärkeren Demokratisierung und wird im Sinne des Bottom-up Ansatzes immer stärker in die Entwicklungszusammenarbeit eingebaut (DEZA 2001: 9).

Durch Aufbrechen überkommener Verwaltungsstrukturen in kleinere Einheiten wird die Teilnahme marginalisierter Bevölkerungsschichten an wichtigen politischen Prozessen gefördert. Dezentralisierung stellt daher einen ersten Schritt in Richtung Demokratisierung<sup>2</sup> dar. Durch die Aufspaltung der

komplexen und von der ländlichen Bevölkerung zum Teil als sehr distanziert empfundenen Beziehung zum Zentralstaat werden „kürzere“ und persönlichere Dialogformen gefördert. Dezentralisierung wird „der einzige Weg sein, die ländliche Bevölkerung nachhaltig für den Demokratisierungsprozeß zu interessieren und ihn dauerhaft zu stabilisieren“ (Kühne zit. nach Steinich 1997: 74).

Vom Prinzip her stellt das Konzept also in erster Linie eine Annäherung der Entscheidungsebenen innerhalb des staatlichen Rahmens dar. Die Übergabe ausgewählter Aufgaben und Verantwortlichkeiten an die darunter liegenden Ebenen (Regionen, Distrikte, lokale Gemeinschaften bis hin zur Dorfebene) lenkt die Entscheidungsgewalt in einen kleineren Beteiligtenkreis und ermöglicht somit mehr Einflussnahme des Einzelnen.

Diese Einbindung von weiter gefassten Bevölkerungsgruppen kann eine verstärkte Identifikation des einzelnen mit der Gemeinschaft oder den Problemen um den Ressourcenschutz zur Folge haben, ebenfalls können Konflikte um Nutzung und Ressourcenverbrauch direkt auf der betreffenden Ebene gelöst werden und müssen nicht im Rahmen des Zentralstaates ausgetragen werden (Steinich 1997: 74).

„Ethnische Differenzen sind auf lokaler oder regionaler Ebene häufig leichter zu regulieren als auf nationaler Ebene. Auf letzterer werden sie besonders leicht zum Spielball undurchsichtiger machtpolitischer Interessen. Denn die Politisierung von Ethnizität und Religiosität in ethnisch stark segmentierten Gesellschaften wird in einem Mehrparteiensystem mehr oder weniger zwangsläufig betrieben, um Wähler zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß das Zusammenleben ethnischer Gruppen in Afrika in der vorkolonialen Zeit weniger schwierig war als heute, eben weil Ethnizität nicht in dem Maße national-zentralstaatlich politisiert und ideologisiert, sondern auf die konkreten lokalen und regionalen Probleme bezogen war“ (Kühne zit. nach Steinich 1997: 74).

Eng mit der erhöhten Partizipation der Gesamtbevölkerung, die durch Dezentralisierung geschaffen werden kann, hängt die Ermächtigung (empowerment), eine eigene Entwicklung zu steuern, zusammen. Dies betrifft sowohl marginalisierte Gruppen und Minderhei-

---

greater use of local resources and knowledge than conventional agriculture“ (Pretty zit. nach Adolph 1999: 5).

<sup>2</sup> Demokratisierung ist auch ein Bedeutungszuwachs der Partizipation, der Umfang dieser Teilnahme ist dabei die entscheidende Komponente für stabile demokratische Verhältnisse: „Democratisation integrates participation into

---

the political life of the country and provides a basis for legitimacy of government. [...] if sections of the population like women and minorities cannot participate fully in these processes, the governed do not have an effective voice.“ (OECD 1995: 11).

ten, die nun besser in den politischen Prozess eingebunden werden können, wie auch große Teile der ländlichen Bevölkerung.

Erhöhte Partizipation würde aber noch mehr Vorteile bereithalten: eine größere Mitwirkung im lokalen politischen und wirtschaftlichen Geschehen erhöhe zum einen das Selbstwertgefühl des Menschen, was wiederum einen Abbau von Diskriminierung und Ungerechtigkeit nach sich ziehe (Blair 2000: 25). Auch führe dies zu einer „culture of accountability“ (Crook/Manor 1998: 303), worunter die Etablierung einer Kommunikationsstruktur verstanden wird, in der die Zivilgesellschaft eine tragende Rolle in der Überprüfung des Verhaltens politischer Vertreter einnimmt. So kann durch einen starken Organisationsgrad von Seiten der Bevölkerung politisches Fehlverhalten, Korruption und mangelnde Transparenz besser öffentlich gemacht werden – es ergibt sich die Möglichkeit eines direkten Eingriffs der Zivilgesellschaft in die Politik.

Ein weiterer Vorteil, der im Bezug auf Dezentralisierung häufig genannt wird, hängt eng mit den eben genannten positiven Effekten zusammen und besteht in der verbesserten Effizienz von Entwicklungsprojekten und einer höheren lokalen Anpassung. Wie schon erwähnt, ist der Staat in zahlreichen Entwicklungsländern nicht mehr in der Lage, die Gesamtbevölkerung mit den lebensnotwendigen Grundlagen zu versorgen. Dies betrifft in erster Linie die ländliche Bevölkerung, deren Versorgung mit Basisdienstleistungen im Bildungs- und/oder Gesundheitssektor kostenintensiver ist als im urbanen Raum. Dezentralisierung ermöglicht in ländlichen und wenig erschlossenen Gebieten eine bessere Ausstattung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Ressourcen. Eine sinnvolle Anpassung der Planung an die lokalen Bedürfnisse bzw. Probleme sollte dabei vorausgehen (vgl. Rossi 1999: 21; Kälin 1999: 46 ff.).

In vielen Fällen geht dies mit einer Wiederbelebung lokaler Traditionen im Bereich der Anbau- und Distributionssysteme einher. Die Regulierung des staatlichen Ressourcenvorkommens durch die Zentralverwaltung ist häufig mit Privatisierung oder Nutzungsrechtvergabe über Konzessionen verbunden und trennt daher lokale Gemeinschaften von ihrem jeweiligen natürlichen Umfeld. Dezentrale Entwicklung könne in diesem Bereich dazu beitragen, indigenes Wissen wieder zu einem Bestandteil der Ressourcennutzung werden zu lassen und lokale Selbstorganisation wiederzubeleben.

Durch die Nähe zwischen Bevölkerung und Verwaltung – die ja mit denselben Problemen konfrontiert ist – kann die Planung

schneller und flexibler gestaltet werden, wodurch vor allem die Effektivität und Effizienz gesteigert werden kann.

Dezentralisierung wird also als Instrument betrachtet, Partizipation bei lokalen Entwicklungsvorhaben auf niedriger politischer Ebene zu fördern und in Folge die Armut zu vermindern (vgl. Rossi 1999; Steinich 1997). Obwohl die Ziele sich allgemein in jedem Dezentralisierungsplan ähneln, widersprechen sich die Meinungen, wie dieses Vorhaben auf den verschiedenen Ebenen umgesetzt werden soll. Fragen nach der Realisierung von Dezentralisierung, der Form der organisatorischen und verwaltungstechnischen Veränderungen und der Reichweite von partizipativer Entwicklung sind in vielen Fällen nicht geklärt oder beruhen zu einem großen Teil auf Spekulationen. Gerade in diesem Bereich zeigen sich immer wieder die größten Probleme in Dezentralisierungsvorhaben, was zu zahlreichen Kritikpunkten führt.

#### **4. Dezentralisierung und ihre Schattenseiten**

Häufige Probleme von Dezentralisierungsvorhaben sind ein ausgeprägter Mangel an finanziellen und humanen Ressourcen und eine unklare Kompetenzenteilung auf der Lokalebene.

Auch wenn der Lokalregierung das Recht zugestanden wird, eigene Steuern und Abgaben ihrer Bevölkerung einzuheben, reichen diese Mittel häufig nicht aus, um auch alle Ausgaben zu decken. Vielfach wird davon ausgegangen, dass Dezentralisierung zu mehr Effizienz führe, da sie mit Kosteneinsparungen von Seiten der Zentralbehörde verbunden sei. Ob Dezentralisierung jedoch wirklich einem finanziellen Sparpaket entspricht, ist zweifelhaft. Sie ist ein kostenintensives Verfahren, das sich erst in sehr langfristigen Ausmaß finanziell wieder einspielt. Bei der Schaffung von dezentralen Organisationsformen ist anfangs mit mehr Kosten für die Schaffung der neuen Systeme zu rechnen, da der administrative Aufwand sehr groß ist.

Einsparungen werden bei dezentralen Systemen eher dahingehend zu erwarten sein, dass Geberorganisationen direkt mit den betreffenden lokalen Verwaltungen zusammenarbeiten können. Die hohen Kosten der Vermittlung zwischen verschiedenen Ministerien oder anderen Institutionen können dadurch verringert werden. Projekte zur Förderung unterprivilegierter Gruppen werden daher vermutlich deshalb sparsamer sein, weil sie die Zielgruppe direkt erreichen können (Steinich 1997: 72).

Weiters müssen hohe Ausgaben zur Schaffung des benötigten Humankapitals einzukalkuliert werden, da in den meisten betreffenden Gebieten keine oder zuwenig ausgebildete Personen für die neuen Aufgaben vorhanden sind. Kapazitätsaufbau ist daher eine der wichtigsten Maßnahmen, wenn Lokalregierungen Kompetenzen im Verwaltungsbereich übertragen werden. Der Aufbau rechtlicher Rahmenbedingungen ist aus diesem Grund eine der wichtigsten Vorbedingungen, um Intransparenz und Chaos in der Durchführung zu verhindern (Rossi 1999: 22).

Ein weiterer Kritikpunkt, welcher Dezentralisierungsmaßnahmen vorgeworfen wird, ist, dass sie lokalen Eliten häufig die Möglichkeit biete, deren Eigeninteressen stärker umzusetzen und es dadurch sogar zu einem verstärkten Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen kommen könne.

Dieses Phänomen wird auch von der Weltbank (1997; zit. nach Pitschas 2001: 136) beschrieben:

„[...] decentralization can also increase corruption if local and regional governments have stronger incentives or more opportunities to carry out fraudulent activities and are less constrained by financial management and auditing systems. In many countries, industrial and developing, more corruption is thought to exist in state and, in particular, local governments than in national governments“.

Dezentralisierung bringt also auch immer die Gefahr mit sich, lokalen Eliten einseitig erhöhte Macht einzuräumen und eine Wiederbelebung traditioneller Unterdrückungsmechanismen in Gang zu setzen. So ist es fraglich, ob die Einführung dezentraler Prinzipien im Durchschnitt auch wirklich zu einem Abbau politischer Ungleichheiten führt. Gerade im ländlichen Bereich sieht sich meist eine große Menge von Menschen einer kleinen lokalen Elite unterworfen (Johnson 2001: 525). Oftmals wird hier sogar der Ruf nach einer Re-Zentralisierung laut, da eine gewisse Erhöhung des Zentralisierungsgrades sicherstellen würde, dass die Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten nicht in zahlreichen unkontrollierten Lokaleinheiten untergehen würden (Luckham 2000: 38). Denn: „Nicht immer ist es die am weitesten dezentralisierte Struktur [...], welche die Rechte dieser marginalisierten Bevölkerungsegmente am ehesten garantiert. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung finden deren Interessen auf regionalen oder nationalen Entscheidungsstufen oft mehr Gehör als auf lokaler Ebene, wo Partikulärinteressen und Vorurteile häufig vorherrschen“ (Rossi 1999: 20).

Gerade im Bezug auf die Armutsreduktion ist das Konzept der Dezentralisierung daher sehr widersprüchlich. Es können in dieser Hinsicht kaum allgemeine Aussagen getroffen werden, da die Thematik sich sehr kontextabhängig gestaltet und von Land zu Land – oder häufig auch regional innerhalb eines Landes – sehr unterschiedlich ausfällt (Steinich 1997: 69). Obwohl Entwicklungsexperten meist die theoretischen Positiveffekte für die Entwicklung ländlicher Gebiete betonen, stellen sich in der Realität zahlreiche kontraproduktive Nebeneffekte ein, die vermuten lassen, das Projekt „Dezentralisierung“ sei zum Scheitern verurteilt.

Von großer Wichtigkeit wird daher das Bestehen gewisser Vorbedingungen angesehen. Diese Voraussetzungen für die Durchführung einer dezentralen Verantwortungsteilung können zwar nicht vollständig oder allgemeingültig angesehen werden, da die Gründe für Erfolg und Scheitern in der jeweiligen Gesellschaft verortet sind; dennoch lassen sich Muster aus verschiedenen Praxisbeispielen ableiten, die einen Zusammenhang mit dem Erfolg der Maßnahme aufweisen:

Hierzu zählt in erster Linie der Reformwille der jeweils betroffenen zentralen Regierung. In der Delegation von Verantwortlichkeiten und Machtbefugnissen an untere Stellen muss sowohl die Autonomie für diese von Seiten der Zentralregierung gewahrt werden, wie auch der Wille der lokalen Einheiten, sich den nationalen Rahmenbedingungen anzupassen – nur durch eine partnerschaftliche Vorgangsweise kann ein dezentrales System stabil und konfliktfrei funktionieren (Kälin 1999: 60).

Auch bedarf es einer flexiblen und anpassungswilligen Vorgangsweise, somit ist es fraglich, ob Dezentralisierung wirklich als Ziel innerhalb des Prozesses definiert werden soll oder nicht vielmehr als Mittel, um das Gleichgewicht zwischen lokalen und zentralen Stellen immer wieder aufs Neue herzustellen (vgl. Basta 1999: 40; Hinrichs 2001: 280).

Zu weiteren wichtigen Vorbedingungen gehört die Erstellung rechtlicher Rahmenbedingungen, welche Handlungsspielräume lokaler Gremien, die Durchsetzung lokaler Entwicklungspläne oder die Erhebung lokaler Steuern festschreiben (Helmsing 2001: 10). Dieser Prozess muss meist einhergehen mit der Schaffung organisatorischer/administrativer Institutionen. Dieser institutionellen Ebene fällt die Aufgabe zu, Konsens über Ressourcennutzungen und die rechtliche Verankerung zu bilden (vgl. Meynen/Doornbos 2003: 3; Klooster 2000: 3). Und zuletzt müssen in diesen ganzen Prozess auch noch soziale Strukturen

und Machtfragen um Gender und Eliten einbezogen werden (vgl. Meynen/Doornbos 2003: 4; OECD 1995).

Schließlich muss auch noch auf Finanzierungsfragen hingewiesen werden, insbesondere auf den Umstand, dass vor allem mit hohen Implementierungskosten in der Anfangsphase zu rechnen ist. Die Schaffung eines nachhaltigen Finanzierungssystems ist hierbei von hoher Bedeutung; finanzielle Ausgleichsmechanismen stellen vor allem für marginalisierte Bevölkerungsgruppen und unterversorgte ländliche Gebiete die Vorbedingung, um Dezentralisierung im Sinne der Armutsbekämpfung nutzen zu können.

Zurückgehend zu unserer anfänglichen Frage, ob Dezentralisierung als Mittel in der Armutsbekämpfung und Konfliktreduktion tauglich ist, kann keine allgemeingültige Antwort gegeben werden. Gegenwärtig ist der Zusammenhang zwischen Armutsreduktion und Dezentralisierung wohl eher ein indirekt festzustellender. Weniger Armut ist keine Folge von dezentraler Verwaltung, sie kann wohl eher als Folge von anderen Faktoren gelten, die durch diese neue Verwaltungsstruktur vielleicht geschaffen oder verbessert wurden.

Auch ist das Ausmaß einer möglichen Armutsreduktion sehr stark davon geprägt, wie eine Dezentralisierung durchgeführt wurde und stellt sich daher bezogen auf Sektoren oder Ressourcengruppen relativ unterschiedlich dar.

Dieselbe Vermutung kann für den Zusammenhang zwischen Konfliktvermeidung oder -reduktion und Dezentralisierung gelten. Auch hier kann man davon ausgehen, dass ersteres nicht die unausweichliche Folge von zweiterem ist. Vielmehr ist es kaum möglich, eine Dezentralisierung in einem sehr konflikträchtigen Umfeld durchzusetzen – im Gegenteil – wird sie dieses vorhandene Krisenpotenzial noch weiter verstärken. Auch ohne vorhergehenden Konflikt ist Dezentralisierung eine Maßnahme, aus der – aufgrund des damit einhergehenden Machtverlustes bestimmter Gruppen – schnell eine Situation erwachsen kann, die einen sehr konfliktreichen Ausgang nehmen kann. Eine umfassende Analyse der möglichen Konfliktpotenziale ist daher eine unumgängliche Voraussetzung, da in den meisten Ressourcenbereichen sehr komplexe Interessenslagen aufeinander stoßen.

### **Exkurs: Dezentralisierung im Wassersektor**

Um die zuvor angesprochene Komplexität zu veranschaulichen, werfen wir einen kurzen Blick auf den Wassersektor, der sehr häufig einer Dezentralisierung unterliegt: Wasser als Lebensressource vereint sehr viele unter-

schiedliche Nutzungsinteressen, die sich häufig auch diametral gegenüberstehen. Wasser stellt zwar einen eigenen Sektor innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit dar, ist jedoch mit zahlreichen wirtschaftlichen, ökologischen und sozio-kulturellen Aspekten untrennbar verbunden. Interventionen in der Wasserversorgung und Entsorgung beeinflussen alle anderen Lebensbereiche, wodurch die Situation zusätzlich an Komplexität gewinnt.

Es lassen sich dabei drei verschiedene Konfliktfelder festmachen, in welchen jeweils eigene Interessen und Akteure vertreten sind:

#### *Konfliktfeld 1: Wasserrechte*

Wasser als lebenswichtige Basis ist der Brennpunkt eines Konfliktfeldes, das sich mit dem Recht auf die Ressourcennutzung beschäftigt. Allgemein wird von einem grundlegenden Recht auf Wasser für jeden Menschen ausgegangen und geht daher über die Eigentumsrechte des Einzelnen hinaus. Wassernutzung und damit einhergehende Verknappung oder Verschmutzung hat – anders als in vielen anderen Ressourcenbereichen – direkte Auswirkungen auf die Nutzungsmöglichkeiten weiterer Bevölkerungsteile. Es bedarf daher kollektiven Handelns, das, in Gebieten mit ausgeprägter Knappheit und Überlebenskrisen, oftmals kaum herzustellen ist.

#### *Konfliktfeld 2: Verbrauchsebenen*

Ein weiteres Konfliktfeld umfasst die unterschiedlichen Nutzungsinteressen, die sich auf verschiedenen Ebenen herausbilden. Wasser kann hierbei in drei Verbrauchsebenen unterteilt werden; es handelt sich hierbei um den Haushaltsverbrauch, der Wasser für Hausarbeiten wie Waschen und Kochen, wie auch das benötigte Trinkwasser einschließt. Die zweite Ebene ist der Wasserverbrauch für den landwirtschaftlichen Sektor, der gegenwärtig den Löwenanteil mit 70-80% am Gesamtvolumen der Ressource für sich beansprucht. Der dritte Sektor wäre der Wasserverbrauch in der industriellen Verwendung, der vor allem in Entwicklungsländern sehr stark im Steigen begriffen ist (Malkina-Pykh/Pykh 2003: 154 f.).

#### *Konfliktfeld 3: Querschnittsthemen*

Ein weiteres Charakteristikum des Wassersektors, das ebenfalls zu Konflikthanfälligkeit beitragen kann, ist die enge Verwebung mit Querschnittsthemen, in welchen der Wasserversorgung grundlegende Wichtigkeit zugesprochen werden muss. So kann Dezentralisierung innerhalb dieses Ressourcenbereiches nicht losgelöst betrachtet werden von Fragen rund um Gesundheit, Ernährung, Genderaspekten oder allgemeinen Merkmalen des politischen Systems (Meynen/Doornbos 2003: 13).

Will Dezentralisierung das Ziel einer erhöhten Partizipation und besseren Ressourcennutzung erreichen, müssen alle diese Ebenen mit ihren spezifischen Interessen und Akteuren miteinbezogen werden.

Kurz zusammengefasst ist also schnell ersichtlich, dass Dezentralisierung als neuartiges Konzept in der Entwicklungszusammenarbeit und gerade in der Armutsbekämpfung nicht nur Lorbeeren einheimen kann. In Ermangelung an bisher abgeschlossenen Praxisbeispielen ist es kaum möglich, allgemeingültige Aussagen in der Bewertung von Dezentralisierung zu treffen (Steinich 1997: 69). Es handelt sich hier um eine sehr langfristige Maßnahme, deren Folgen erst Jahre später wirklich abschätzbar werden, wenn sich zeigt, ob die geschaffenen Systeme nachhaltig funktionieren oder zum Scheitern gebracht wurden.



## Literatur

Adolph, Barbara (1999): People's Participation in Natural Resource Management. Experiences from watershed management projects in India. Weikersheim.

Basta, Lidija R. (1999): Dezentralisierung: Schlüsselfragen, Trends und zukünftige Entwicklung. In: DEZA (Hrsg.): Dezentralisierung und Entwicklung. Bern, S.28-44.

Blair, Harry (2000): Participation and Accountability at the Periphery: Democratic Local Governance in Six Countries. In: World Development, Nr. 28 (1), S. 21-39.

Coly, Annette/Breckner, Elke (2004): Dezentralisierung und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung zur Förderung von Good Governance. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16, S. 3-11.

Crook, Richard C./Manor, James (1998): Democracy and Decentralisation in South Asia and West Africa. Cambridge.

Dalal-Clayton, Barry/Dent, D.L. (1993): Surveys, Plans and People: A Review of Land Resource Information and its Use in Developing Countries. London.  
<http://www.poptel.org.uk/iied/////docs/spa/epi2.pdf> (Zugriff: 12.09.2007).

DEZA, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Hrsg., 2001): Dezentralisierung – Orientierungshilfe. Bern. [http://162.23.39.120/dezaweb/ressources/resource\\_de\\_23586.pdf](http://162.23.39.120/dezaweb/ressources/resource_de_23586.pdf) (Zugriff 17.07.2006).

Helmsing, A.H.J (2001). Decentralisation, Enablement and Local Governance in Low Income Countries. The Hague.

Hinrichs, Karsten (2001): Dezentralisierung als Handlungsfeld der Entwicklungszusammenarbeit – Erfahrungen und Perspektiven. In: Thomi, Walter/Steinich, Markus/Polte, Winfried (Hrsg.): Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Jüngere Ursachen, Ergebnisse und Perspektiven staatlicher Reformpolitik. Baden-Baden, S. 279-286.

Johnson, Craig (2001): Local Democracy, Democratic Decentralisation and Rural Development: Theories, Challenges and Options for Policy. In: Development Policy Review, 19 (4), S. 521-532.

Kälin, Walter (1999): Dezentralisierung: Wozu und wie? In: DEZA (Hrsg.): Dezentralisierung und Entwicklung. Bern, S. 46-70.

Klooster, Daniel (2000): Institutional Choice, Community, and Struggle. A Case Study of Forest Co-Management in Mexico. In: World Development, Nr. 28 (1), S. 1-20.

Luckham, Robin et. al. (2000): Democratic Institutions and Politics in Context of Inequality, Poverty, and Conflict. A Conceptual Framework. Brighton. <http://www.ids.ac.uk/ids/bookshop/wp/wp104/pdf> (Zugriff: 27.08.2007)

Malkina-Pykh, Irina G./Pykh, Yuri A. (2003): Sustainable Water Resources Management. London.

Meynen, Wicky/Doornbos, Martin (2003). Decentralizing natural resource management: A recipe for sustainability and equity? The Hague.

Nuscheler, Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. 6. Auflage. Bonn.

OECD - Organisation for Economic Co-Operation and Development (1995): Participatory Development and Good Governance. Paris.

Pitschas, Rainer (2001): Dezentralisierung und Good Governance – Zivilgesellschaftliche Entwicklung im Konflikt mit dem effizienten Staat. In: Thomi, Walter/Steinich, Markus /Polte, Winfried (Hrsg.): Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Jüngere Ursachen, Ergebnisse und Perspektiven staatlicher Reformpolitik. Baden-Baden, S. 125-150.

Pretty, Jules N./Scoones, Ian (1995): Institutionalizing adaptive planning and local level concerns. Looking to the future. In: Nelson, Nici/ Wright, Susan (Hrsg.): Power and Participatory Development. London, S. 157- 169.

Rossi, Marco (1999): Dezentralisierung – Erste Erfahrungen und die Erwartungen der DEZA. In: DEZA (Hrsg.): Dezentralisierung und Entwicklung. Bern, S. 14-26.

Steinich, Markus (1997): Dezentralisierung und Entwicklung: Licht in die entwicklungspolitische Dunkelheit. In: NORD-SÜD aktuell, Nr. 11, (1), S. 69-80.

Thomi, Walter (2001): Hoffnungsträger Dezentralisierung? Zur Geschichte, den Potentialen und den Perspektiven eines Instruments. In: Thomi, Walter/Steinich, Markus/Polte, Winfried (Hrsg.): Dezentralisierung in Entwicklungsländern. Jüngere Ursachen, Ergebnisse und Perspektiven staatlicher Reformpolitik. Baden-Baden, S. 17-42.

United Nations Development Programme (2003): Human Development Report 2003. Millennium Development Goals: A compact among nations to end human poverty. Oxford.

# „Doing things the traditional way“ – Ressourcenkonflikte und Lösungsmechanismen am Horn von Afrika

Rita Glavitz

## 1. Einleitung

„Ressourcenkonflikte“ rufen in unseren medial geprägten Köpfen vor allem Erinnerungen an Bilder und Berichte von Ereignissen in Ländern hervor, wo der Ressourcenreichtum sich mehr als Fluch denn Segen erwiesen hat. „Ressourcenkonflikte“ lässt mich, gedanklich persönliche Erinnerungen an die internationale und nationale Fernseh- und Zeitungsberichterstattungen der letzten fünf Jahre rekapitulierend, an beispielsweise erdölreiche arabische, afrikanische oder lateinamerikanische Länder denken. Eine fremde Regierung mit militärischen Mitteln, ein internationaler Konzern mit den „friedlichen“ Mitteln des Weltmarkts oder sei es auch die eigene Elite in einem geschwächten bis korrumpierten Staat – einer dieser Akteure ist es mit großer Wahrscheinlichkeit, der sich „dort“ an dem vermeintlichen Segen erfreut.

Doch abseits dieser von den Medien beliebten Themen und Diskussionen rund um „bekannte Ressourcenkonfliktszenarien“, stellt sich da nicht auch die eigentlich ganz essentielle Frage nach Ressourcenkonflikten in ressourcenarmen Ländern? Fast vergessen scheinen die medial ebenso stark repräsentiert gewesenen Bilder der großen Hungerkatastrophe am Horn von Afrika<sup>1</sup> etwa, welche Anfang der 90er Jahre die Weltöffentlichkeit erschüttert und die Vereinten Nationen unter US-Führung zu einer ihrer ersten „humanitären“ militärischen Interventionen<sup>2</sup> bewegt hat.

Das mediale Bild vom Horn von Afrika könnte man als symptomatisch bezeichnen für Hunger, Armut und Krieg<sup>3</sup>, auch wenn die jüngste internationale Berichterstattung eher

von Abenteuergeschichten à la Hollywood geprägt ist – vor somalischer Küste entführen „Piraten“ regelmäßig große Handelsschiffe, Frachter und zuletzt auch eine französische Yacht inklusive Besatzung<sup>4</sup>. So kritisiert auch kürzlich ein Kommentar in der International Herald Tribune diese unverständliche Berichterstattung<sup>5</sup>.

Vorliegender Artikel widmet sich nicht gekaper-ten internationalen Frachtern oder gar Yachten, sondern Ressourcenkonflikten und Lösungsmechanismen in Somaliland, das vom „Failed State“ Somalia abtrünnige und nun schon seit 17 Jahren *de facto* eigene staatliche Souveränität beanspruchende Land am Golf von Aden (siehe Abb. 1).

Von der Weltöffentlichkeit größtenteils unbeachtet<sup>6</sup> gilt Somaliland als Ruhepol am krisengebeutelten Horn von Afrika, wo ein neuer „Dreißigjähriger Krieg“ tobt und die ehemals prächtigen italienischen Kolonialbauten der (ehemaligen) Haupt- und Hafenstadt Mogadischu am Indischen Ozean nur noch Ruinen ähneln. Zur gleichen Zeit, zu Beginn der 90er Jahre, als sich der UN-„Special Representative“ für Somalia, Mohamed Sahnoun, und ein „Bataillon“ an internationalen Hilfskräften um UNOSOM bemühten, blieb den sich selbst überlassenen aber ebenso kriegs- und krisengebeutelten Klans des heutigen Somaliland sozusagen gar nichts anderes übrig als alle inter- und intra-Klankonflikte zu befrieden und sich dem Wiederaufbau zu widmen.

Dies geschah naturgemäß in einem langwierigen Prozess, nach einer Reihe von regionalen und nationalen Friedensverhandlungen, die ungleich dem Parallelprogramm der internationalen Gemeinschaft im Süden ausschließlich *lokal* organisiert und auch aus eigener Tasche der Somaliländer finanziert waren. Garantiert *ohne* „Querfinanzierung“ marodierender „Warlords“ (vgl. Lewis/Farah 1993, Bradbury 1997, APD/Interpeace 2008)<sup>7</sup>.

<sup>4</sup> Weitere österreichische Beispiele: „Gekaperte Yacht ist wieder frei“, Der Standard, 12./13.04.2008 oder „Somalia. Geiseln aus Gewalt der Piraten befreit“, Der Kurier, 12.04.2008.

<sup>5</sup> „Somalia: `Oh My Gosh, Pirates!“, International Herald Tribune, 29.04.2008; vgl. auch „Somalia: Zurück zum Staatszerfall“, Wiener Zeitung, 22.04.2008.

<sup>6</sup> Somaliland wird trotz Hofieren abendländischer Politiker und trotzdem in Hargeisa einige große internationale Organisationen wie die UNO vertreten sind, die internationale Anerkennung verwehrt. Dies bedeutet, dass Somaliland über keine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen oder bilaterale Abkommen verfügt, wodurch dem im Wiederaufbau befindlichen Land einiges an potentieller Entwicklungshilfe verloren geht (vgl. „Signs say Somaliland, but the World says Somalia“, The New York Times – Articles selected for Der Standard, 12.06.2006, vgl. auch Brons 2001).

<sup>7</sup> Für eine kurze aber ausführliche Darstellung der Entwicklungen rund um Somalia, den Staatszerfall 1991, Somali-

<sup>1</sup> Der UN-Special Representative für Somalia 1991-92, Mohamed Sahnoun, schätzt die an der Dürre und Hungerkatastrophe 1991/92 oder an deren Folgen gestorbenen Menschen auf 300 000 (die Zahl der an den Folgen des Bürgerkrieges Gestorbenen nicht inbegriffen) sowie 500 000 Hilfesuchende in umliegenden Flüchtlingslagern in Dschibuti, Kenia und Äthiopien (Sahnoun 1997: 307 ff.).

<sup>2</sup> Für eine ausführliche Beschreibung von UNOSOM (United Nations Operation in Somalia, April 1992 – Mai 1993) und „missed opportunities“ in Somalia, sozusagen aus erster Hand, siehe Sahnoun 1997; vgl. auch Debiel 2003.

<sup>3</sup> „Hungersnot durch Krieg in Mogadishu“ Der Standard, 23.08.2007 – um ein Beispiel aus Österreichs Presselandschaft zu nennen.



**Abbildung 1: Das Horn von Afrika** (Quelle: <http://www.britannica.com/eb/art-60489/Since-1991-Somaliland-in-the-northwest-area-of-Somalia-has> Zugriff: 21.05.08)

Gegenwärtig steht das demokratische Somaliland vor den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die trotz absehbaren Verzögerungen noch dieses Jahr mit Spannung erwartet werden. Somaliland hat sich aber nicht nur politisch „emanzipiert“ (vgl. Bradbury/Abokor/Yusuf 2003, Battera 2004), sondern auch ökonomisch betrachtet wichtige strukturelle Veränderungen durchlaufen. Die Auflösung vormals rigider staatlicher Monopole des autoritären Barre-Regimes mit dem Staatszerfall 1991 und die daraus resultierende „deregulierte“ freie Marktwirtschaft mit einem stetig wachsenden, starken „privaten“ Sektor (vor allem in der pulsierenden Hauptstadt Hargeisa) hat dazu geführt, dass sich Somaliland auch ökonomisch betrachtet relativ erholt hat (vgl. Bradbury 1997, Gaani 2005)<sup>8</sup>.

Das Geheimnis dieses Wunders ist tatsächlich so simpel und nahe liegend wie es scheint – die Abwesenheit eines (umfassenden) externen Engagements samt internationalen „Peace-“ und/oder „Nation-Buildern“ beim lokalen Wiederaufbau hat es den Klans Somalilands ermöglicht, die Dinge auf „ihre“ Art zu lösen. Der Erfolg traditioneller Konfliktregulierungsmechanismen in Somaliland samt potentiellen Implikationen für andere Konfliktregionen wird nicht nur vom staunenden UN-Personal und

land und was sonst noch von Somalia „übrig geblieben“ ist, siehe Höhne 2005.

<sup>8</sup> Seit 1994 verfügt Somaliland über eine eigene Währung (gegenwärtig etwa 6000 Somaliland-Shilling zu einem US-Dollar) und ein nationales Bankwesen; es gibt lokale (Mobil-)Telefongesellschaften und die eigene Fluglinie *Daalo* (die aber nicht empfehlenswert ist).

AfrikanistInnen oder AnthropologInnen anerkannt, sondern präsentiert sich auch als hervorragende Fallstudie eines bereits vorhandenen interdisziplinären Trends von Konzepten und Theorien rund um „Traditional Governance“<sup>9</sup>.

Abseits dieser Euphorie um traditionelle (Klan-)Autoritäten und Gewohnheitsrecht darf jedoch nicht übersehen werden, dass Somaliland sich auch gegenwärtig in einem heiklen Transformationsprozess befindet, der nicht „nur“ den Auf- und Ausbau staatlicher Institutionen und Strukturen beinhaltet. Gegenwärtige politische (und andere) Entwicklungen bergen enormes Konfliktpotential.

Einen zentralen Konfliktherd birgt die Ressource „Land“, welche, über Bürgerkriege, pastorale Ressourcen- und Klankonflikte hinaus zu einem sozio-ökologischen Problem geworden, den Raum und die Lebensweise der pastoralen Nomaden Somalilands gefährdet und auch die konfliktmediationserprobten *Aqils*<sup>10</sup> herausfordert.

## 2. Ressourcenkonflikte in Somaliland

### 2.1. Von pastoralen Nomaden und unbekannten „Piraten“

Somaliland beruft sich in seinem Bemühen um internationale Anerkennung auf seine Geschichte als Britisches Protektorat (1884-1960)<sup>11</sup>, dessen territoriale Grenzen mit jenen des gegenwärtigen Somalilands übereinstimmen und welche etwa ein Drittel des 1991 „zerfallenen“ Somalias ausmachen. Völkerrechtlich betrachtet entkräftet dieser Umstand theoretisch den bei Sezessionsbestrebenden Ländern wie auch Somaliland gerne angewandten Passus der Unveränderbarkeit kolonialer Grenzziehungen.

Für somalische Nomaden sind diese Grenzen oft nicht mehr als politischer Natur,

<sup>9</sup> Vgl. etwa Bradbury/Abokor/Yusuf 2003, Battera 2004, Heinrich/Kulesa 2004, Le Sage 2005, Gundel 2006, Renders 2006, Hagmann/Höhne 2007.

<sup>10</sup> *Aqil* (aus dem Arabischen für „weise / Weisheit“) ist eine informelle, zivilgesellschaftliche oder auch traditionelle sozio-politische somalische Klan-Autorität, die hierarchisch unter dem *Sultan*, dem „Clan-Head“, steht aber über mehr politische „Gewalt“ verfügt. Um eine verständliche Lesbarkeit des zur Gruppe der ostkuschitischen Sprachen gehörigen Somali zu gewährleisten, verwende ich bei somalischen Begriffen die auch unter Somalis gebräuchliche englische Schreibweise.

<sup>11</sup> Puntland, eine weitere politisch autonome regionale Entität, und der „Rest“ Süd-Somalias standen bis zur ihrer Vereinigung mit dem damals britischen Somaliland 1960 unter italienischer Kolonialherrschaft. Für eine ausführliche Darstellung der kolonialen Vergangenheit siehe Laitin/Samatar 1987.

da ihre durch die traditionelle Wirtschaftsform des pastoralen Nomadismus erforderlichen saisonalen Migrationswege oft über internationale Grenzen hinaus zu Weidegebieten und Wasserstellen führen. Generell aber erstrecken sich die von Somalis bewohnten Gebiete auch über die nationalen Territorien der Nachbarländer (Somalias vor 1991) von Dschibuti, Äthiopien und Kenia (Brons 2001: 73 ff.).

Scheinbar endlose gelb und rot gefärbte Steinwüsten bis karge Savannen- und Dornenlandschaften prägen Somaliland vorwiegend (und abgesehen vom fruchtbaren Zwischenstromland im Süden auch die übrigen Regionen Somalias). Die Somalis (wie auch die einschlägige Fachliteratur) unterscheiden zwischen drei topographischen Zonen (vgl. Lewis 1961/ 1999):

- *Guban* (Somali für „verbrannte Erde“), das – wie der Name schon verrät – heiße, wüstenähnliche Küstenflachland, welches sich landeinwärts
- über ein Weihrauch und Myrrhe produzierendes, trockenes bewaldetes Bergmassiv (mit einer Spitzenhöhe von 2416m im östlichen Sanaag), hin zum *Oogo* Bergplateau zieht, das sich auf einer durchschnittlichen Seehöhe von 1200m befindet. Dieses hauptsächlich von Akazienarten und Dornbüschen überzogene Land geht südwestlich
- an der Grenze zu Äthiopien in die große *Haud*-Ebene über, welche saisonal die wichtigsten Weideflächen für pastorale Somalis bietet.

Bei semi-aridem bis aridem Klima und ganzjährigen Durchschnittstemperaturen von 25-30°C liegen die jährlichen Niederschlagswerte nur zwischen 500 ml im Landesinneren und 100 ml an der Küste (Ministry for National Planning and Coordination 2004). Es gibt keine permanenten Flussläufe aber unterirdische Wasseradern und trockene Flussbetten, die sich in den Regenzeiten schnell mit Wasser füllen und dabei auch immer wieder Verkehrs- und Handelswege unterbrechen. Jeweils zwei mehrmonatige Regen- und Trockenzeiten wechseln einander saisonbedingt ab, aber im Allgemeinen wird zwischen *Gu* (Regenzeit) und *Jilaal* (Trockenzeit) oder zwischen *Doog* (Weidegras) und *Abaar* (Dürre) unterschieden (Lewis 1961/1999: 42).

Unter diesen schwierigen ökologischen Bedingungen erfordert es besonders sensitive und ökologisch-adaptive Strategien des Wirtschaftens, welche Somalis seit Generationen in Form des traditionellen Pastoralismus oder

Agro-Pastoralismus umzusetzen verstehen. Die Afrikanistin Maria Brons unterscheidet diese somalische Formen des (Halb-)Nomadismus, welche die subsistenz- und/oder marktorientierte Haltung vom „Livestock“<sup>12</sup> (Kamele, Schafe, Ziegen, tlw. auch Rinder) und Verarbeitung entsprechender Produkte umfasst, Pastoralismus und Agro-Pastoralismus, nach prozentuellem Anteil des vom „Livestock“ abhängigen Haushaltseinkommens (wobei bei ersterem der Anteil bei über 50% liegt, sowie bei letzterem bei 10-15% und 50% des Einkommen durch regenbewässerten Ackerbau erzielt werden) (Brons 2001: 76ff.).

Offiziellen Angaben des „Ministry for National Planning and Organization“ (2004) zufolge zählt die Bevölkerung Somalilands schätzungsweise drei Millionen Menschen, wobei ca. eine halbe Million in der Hauptstadt Hargeisa leben. Allerdings muss bei Statistiken in diesem Kontext, besonders in demographischen Angelegenheiten ergänzt werden, dass es sich immer nur um Schätzungen handeln kann, da (unter anderem) Kriegsbedingte Flucht, „Internal Displacement“ und Migration die Bevölkerungsentwicklungen Somalilands (sowie „Rest“-Somalia“) prägen, was einen recht dynamischen Kontext erahnen lässt.

Von diesen geschätzten drei Millionen leben ungefähr 55% als Nomaden und Halbnomaden, sowie ca. 45% der Bevölkerung in „urbanen“ Räumen, wobei davon ca. 20% Farmer sind. Nur 3% des gesamten „Staatsgebiets“ Somalilands wird zum überwiegend regenbewässerten Ackerbau (hauptsächlich Getreide wie Sorghum zu 88% und zu einem deutlich geringeren Anteil von 12% Mais) verwendet (vor allem im vergleichsweise fruchtbaren Westen Somalilands rund um Boroma und in den Bergregionen Sanaags), wobei weitere 7% als potentiell Ackerland in Frage kämen (Ministry for National Planning and Coordination 2004). In den 80er Jahren verboten und heute wieder am Erstarren ist der Anbau von *Khat* oder *Qaad*, einer amphetamin-ähnlichen, narkotisierenden Pflanze (*Catha edulis*), die am Horn von Afrika weit verbreitet hauptsächlich von der männlichen Bevölkerung gekaut wird (vgl. Bradbury 1997, Gaani 2005).

Neben Pastoralismus und Ackerbau leben ungefähr 2400 Fischer an der 850km langen, als fischreich geltenden Küste Somalilands – vor allem rund um die Häfen Seylac, Berbera, Maydh und Laasqoray – vom kommerziellen Fischfang (trotz vorhandenen maritimen Res-

<sup>12</sup> Um die mir unpassend erscheinende, deutsche Übersetzung „Vieh(-bestand)“ zu vermeiden, übernehme ich die auch von Somalis gebräuchliche, englische Terminologie „Livestock“.

sourcen) im kleinen Stil. Die Fischproduktion in Somaliland beträgt aufgrund der fehlenden oder vom Krieg zerstörten Infrastruktur nur 2% des BNP. Gefangen werden neben Thunfischen, Makrelen und Barrakudas vor allem auch Haie, die ihrer wertvollen Flossen wegen nach Südostasien verkauft werden (Ministry for National Planning and Coordination 2004). Auch wenn offiziellen Angaben zufolge gegenwärtig kein industrieller Fischfang ausländischer Unternehmen betrieben wird (ebd.), so befindet man aus den Kreisen des lokalen Forschungsinstituts „Academy for Peace and Development“ (APD, Hargeisa):

„The Somaliland authorities and the coastal inhabitants are deeply concerned by the illegal activities of foreign fishing vessels in their waters. The government does not have the means to patrol its own coastline to prevent foreign incursion into Somaliland’s Exclusive Economic Zone (...)“ (Gaani 2005: 194).

Über diese Form von „Piraten“ findet sich aber natürlich keine internationale Berichterstattung.

## 2.2. Von Kamelen und Klans

Der ökonomische Aufschwung und Wiederaufbau Somalilands nach dem Krieg und der unilateralen Unabhängigkeitserklärung Anfang der 90er wurde unter anderem wesentlich von den (Agro-)Pastoralisten und ihrem „Livestock“ getragen (Gaani 2005: 190). Wie auch bereits vor dem Bürgerkrieg<sup>13</sup> ist der (Agro-) Pastoralismus die dominante und angesichts der ökologischen Bedingungen die effizienteste Form des Wirtschaftens, und so leben auch gegenwärtig mit etwa 60% über die Hälfte der Bevölkerung direkt und indirekt vom „Livestock“. 60-65% des BNP Somalilands werden durch die Produktion entsprechender Güter wie Fleisch, Milch und Tierhäute, aber vor allem auch durch den nationalen und internationalen „Livestock-Trade“<sup>14</sup> erzielt. Auch das jährliche Staatseinkommen Somalilands ist stark vom

<sup>13</sup> In Reaktion auf die oppositionelle Guerilla-Bewegung SNM (Somali National Movement) bestrafte der Militärdiktator Barre die damit vorwiegend assoziierten Mitglieder der *Isaaq*-Klanfamilie, die Mehrheitsbevölkerung Nordwest-Somalias (heute Somaliland), mit Repression, Vergiften und Zerstören von Brunnen, Verfolgung bis über Ermordung und sogar mit militärischen Schlägen, in denen Hargeisa und Burao großteils zerstört wurden. Darüber hinaus wurden viele Regionen des heutigen Somalilands vermint (Africa Watch Report 1990).

<sup>14</sup> Wie in Kapitel 3 erläutert, ist Somaliland Teil internationaler ökonomischer (Export-/Import-)Beziehungen, deren Akteure von Äthiopien, Dschibuti bis (größtenteils) zum arabischen Raum (Jemen, Oman, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und vor allem Saudi Arabien, dem wichtigsten „Livestock-Exportabnehmer Somalilands) reicht.

„Livestock“-Export (vor allem über den Hafen von Berbera; vgl. Abb. 1) und von entsprechenden Zoll- und Steuereinnahmen abhängig (Ministry for National Planning and Coordination 2004; Gaani 2005).

Ein somalisches Sprichwort verdeutlicht die zentrale Bedeutung des „Livestock“ für Somalis:

„It is through animals that we learn to subsist, anything else we try to rear will be in vain“ (Casaneli 1982: 11).

Neben der oben beschriebenen ökonomischen Bedeutung des „Livestock“ spielen vor allem Kamele auch eine besondere kulturelle und sozio-politische Rolle, da sie neben direkter Nahrungsmittelquelle und Transportmittel auch als Kapital in Tauschbeziehungen oder für soziale Verpflichtungen (als kollektive „Sozialversicherung“ sozusagen) gehandelt werden. In dem fast ausschließlich islamischen Somaliland (wie auch in „Rest“-Somalia) wird die kollektive Kompensation für Homizid etwa, das gewohnheitsrechtliche „Blutgeld“ *Mag* (oder das vor allem in der einschlägigen Fachliteratur gebräuchlichere arabische *Diya*), sowie das Brautgeld (*Yaraq*) zwischen den und innerhalb der betreffenden Klans traditionell in Kamelen (in äquivalentem Wert auch mit Geld, Gold und anderem „Livestock“) bezahlt (Lewis 1961/1999: 84 und 162ff; vgl. u. a. auch Gaani 2005 oder Höhne 2006).

Die soziale Organisation der Somalis im Allgemeinen entspricht dem in der Sozialanthropologie so bezeichnetem *segmentären „lineage“*- bzw. *Deszendenzsystem*. Patrilineare Abstammung bis zu einem gemeinsamen Ahnen (also Familien- bzw. Klanzugehörigkeit über die Vaterlinie<sup>15</sup>), definieren in diesem Sinne nicht nur individuelle und kollektive Identitäten, sondern auch Interessen um Ressourcen wie etwa den Zugang zu Weidegebieten und Wasserstellen (vgl. Lewis 1961/1999, Casaneli 1982, Höhne 2006).

Traditionell dreht sich das „pastorale Leben“ um die Kernfamilie („nuclear family“) und die sozio-ökonomische Einheit *Reer*, welche eine erweiterte Familie („extended family“) bis mehrere Kernfamilien<sup>16</sup> und den entsprechenden „Livestock“ umfasst. Dessen Betreuung – eine kollektive Verpflichtung – erfordert angesichts der schwierigen ökologischen Be-

<sup>15</sup> So gehört jede/jeder Somali prinzipiell einer von sechs Klanfamilien an (drei in Somaliland: *Isaaq*, *Daarood*, *Dir*), welche sich jeweils in Klans untergliedern, die sich wiederum aus Subklans zusammensetzen, (usw.) bis hinunter zur Kernfamilie.

<sup>16</sup> In der Regel handelt es sich bei einem *Reer* um tlw. polygame Familien innerhalb einer „lineage“, also zum Beispiel mehrere Brüder samt deren Frauen und Kindern.

dingungen hohe Flexibilität. Während die Frauen und Kinder im „Camp“ bleiben (in der Regel nahe Wasserstellen bzw. Brunnen) und für die Schafe und Ziegen verantwortlich sind, führen junge, unverheiratete Männer die ausdauernden Kamele in Weidegebiete, die wegen der extremen Trockenheit nur saisonal „ergiebig“ sind (vgl. Lewis 1961/1999, Samatar 1989, Gaani 2005).

Mit der Ausnahme von bewirtschaftetem Acker- oder Farmland, spirituellem Land (z.B.: Ruhestätten von Ahnen oder religiösen Autoritäten) und den urbanen Zentren wird Land (und somit die Nutzung von entsprechenden Ressourcen wie Weidegebieten und Wasserstellen bzw. Brunnen) traditionell als von Allah gegebenes Gemeingut betrachtet, welches über gewohnheitsrechtliche Verträge (*Heer*) und Allianzen zwischen den betreffenden Klans sozusagen verwaltet wird. Auch wenn dies theoretisch keine Besitzverhältnisse vermuten lässt, so werden in der Praxis doch bestimmte Territorien und vor allem Brunnen mit spezifischen „lineages“ oder Klans assoziiert und Besitzansprüche entsprechend verteidigt, wobei numerische und „militärische“ Stärke eine große Rolle spielen<sup>17</sup>. Nur in Zeiten des Mangels und Krisensituationen ist der Zugang zu überlebensnotwendigen Ressourcen auch Mitgliedern anderer Klans gestattet (Lewis 1961/1999: 49 ff; Gaani 2005: 199ff).

Traditionell regelt das Gewohnheitsrecht die somalischen Klanbeziehungen und damit auch den Zugang zu Wasser und Weideflächen<sup>18</sup>. Prinzipiell wird das somalische Gewohnheitsrecht als sehr flexibel beschrieben, und so werden Allianzen und Verträge immer wieder neu verhandelt (vor allem nach Verletzung vormals bestehender Regelungen und daraus resultierenden Konflikten). In diesem Sinne variieren auch die inter- und intra-Klanbeziehungen nach den jeweiligen Umständen, wie folgendes Zitat verdeutlichen soll:

„A man might identify with his entire clan when its wells or grazing lands were threatened by another clan but act on behalf of his own lineage (...) in a feud within the clan over access to dry-season grazing reserves (...). Thus (...) at different times, friends of one occasion could easily become foes of another“ (Casarelli 1982: 21).

<sup>17</sup> Auch wenn Somalis der klassischen Monographie Lewis (1961/1999) folgend als generell egalitäre Gesellschaft beschrieben werden, so werden Klanbeziehungen sehr wohl von Mehrheit-Minderheit-Relationen und entsprechenden Machtverhältnissen geprägt.

<sup>18</sup> Das traditionelle Gewohnheitsrecht weist auch umweltspezifische Aspekte auf, so dass etwa bestimmte Bäume als geschützt gelten („*Jama garacaan* – those trees that cannot be cut“ Gaani 2005: 199).

### 2.3. „Klananarchie“ und „Warlords“ in Somaliland?

Wie oben skizziert sind Konflikte um Ressourcen und ökonomische Interessen in Somaliland (wie auch in „Rest“-Somalia<sup>19</sup>) eng mit Klan-Dynamiken verbunden. Klanzugehörigkeit bestimmt auch das postkoloniale und gegenwärtige Somaliland, sodass politische, ökonomische und soziale Gruppierungen in der Regel diesem Prinzip folgen. Auch Konflikte jeglicher Art weisen in diesem Sinn immer eine gewisse Klandimension auf. Die kollektive Klansolidarität gestaltet sich hierbei gemäß der multiplen Zugehörigkeit aller Individuen zu mehreren segmentären Gruppen bzw. Klansegmenten und der gewohnheitsrechtlichen Bildung von Allianzen äußerst flexibel. Dies bedeutet, dass Konflikte generell das Risiko bergen, sich auf eine höhere Segmentationsebene auszudehnen und somit mehr Menschen in den jeweiligen Konflikt zu involvieren (vgl. Bradbury 1997, APD/ INEF 2007).

Ressourcenkonflikte spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, da ökonomische Interessen immer auch von kollektiven Klaninteressen geprägt sind, wie etwa der Somalia-Experte Mark Bradbury betont (Bradbury 1997: 27).

Des Weiteren stehen Konflikte um Ressourcen in engem Zusammenhang mit politischen Interessen und Entwicklungen, wie sich vor allem zu Anfang der 90er Jahre gezeigt hat, als Somaliland begann sich dem Konsolidierungsprozess und Wiederaufbau zu zuwenden. Der ökonomische Aufschwung Somalilands nach der Unabhängigkeit wurde angesichts der fehlenden oder sich im Entstehen befindlichen staatlichen Institutionen (und somit ohne jegliche staatliche Monopole und entsprechende Regulierungen) von einem starken informellen Sektor getragen (vgl. Bradbury 1997, Gaani 2005, APD/Interpeace 2008). Trotz der teils durch den ökonomischen Aufschwung verursachten allgemeinen Euphorie nach der Unabhängigkeit waren die ersten Jahre Somalilands von einer Reihe von Konflikten geprägt<sup>20</sup>, wo unter anderem sozusagen nach dem Kriegsende „arbeitslos“ gewordene aber weiterhin schwer bewaffnete Milizen ihr

<sup>19</sup> Dramatische Ausmaße hat dies in Mogadischu angenommen, wo „Warlords“ und Klanmilizen um die Kontrolle von Handels- und Transportwegen (und somit auch etwa über Hilfsgüter der internationalen Gemeinschaft) konkurrieren (vgl. Debiel 2003).

<sup>20</sup> Interessanterweise konzentrierten sich die bürgerkriegsähnlichen Klankonflikte der frühen 90er rund um Burao und Berbera hauptsächlich auf Klans und Subklans der *Isaaq*-Klanfamilie, welche zuvor innerhalb der paramilitärischen Unabhängigkeitsbewegung SNM (Somali National Movement) vereint einen 10-jährigen „Unabhängigkeitskrieg“ gegen das Barre-Regime geschlagen hatten.

Unwesen trieben<sup>21</sup>. Zudem waren wichtige internationale Handels- und Transportschnittstellen wie der Hafen Berberas oder der Flughafen in der Hauptstadt Hargeisa zu Beginn der 90er Jahre unter der Kontrolle der jeweils regional dominierenden Klans (vgl. Bradbury 1997, APD/Interpeace 2008).

Versuche der ersten (Interims-) Regierung (1991-93) von Präsident Abdirahman Ahmed Ali „Tuur“ den Hafen Berberas und somit die Kontrolle über den internationalen Handel als substantielle Einnahmequelle für den Staat zu sichern, scheiterten lange Zeit am vehementen Widerstand des *Habar-Awal*-Klans, unter der „militärischen“ Führung von Abdillaahi „Degaweyne“ vom *Habar-Awal*-Subklan *Isse-Muuse*. Präsident Tuur's Strategie, *Sa'ad-Muuse*-Truppen (ein weiterer Subklan von *Habar-Awal*) zu entsenden, ging nicht auf, da diese eben aufgrund der genealogischen Nähe zu den *Isse-Muuse* schlichtweg den Befehl verweigerten. Als Tuur sich dann auf seine eigenen *Garhaji*-Wurzeln verlassen musste, wurde der erneute militärische Versuch Tuur's Berbera zu sichern als *Habar-Yonis*-Angriff und somit *Garhaji*-Invasion interpretiert<sup>22</sup> und die erste Regierung Somalilands nicht nur unter den oppositionellen *Habar-Awal* empfindlich geschwächt (APD/Interpeace 2008: 45ff.).

In einer Reihe von integrativen bzw. klanübergreifenden lokalen und teilweise regionalen Friedenskonferenzen (Oktober 1992 – Mai 1993) wurde unter dem Vorsitz traditioneller und religiöser Klanautoritäten<sup>23</sup> unter anderem der Berbera-Konflikt schließlich beigelegt – unter der Bedingung, dass *alle* Handels- und Transporteinrichtungen wie Häfen und Flughäfen unter staatliche Kontrolle fallen (ebd.).

Die neben der Sicherung substantieller staatlicher Einnahmequellen wohl wichtigste, aus jenen Friedensverhandlungen resultierende Errungenschaft stellt aber das in diesem Rahmen formalisierte traditionelle Prinzip „*ama dalkaa qab, ama dadkaa qab*“ dar, was in etwa bedeutet, dass die Klans in den ihnen entsprechenden Territorien für Sicherheit und Ord-

nung verantwortlich sind und auch zu sorgen haben<sup>24</sup>. Im Prinzip implizierte dies den Aufbau dezentralisierter administrativer Strukturen nach Vorbild des traditionellen Gewohnheitsrechts und stärkte den weiteren Konsolidierungsprozess und Aufbau staatlicher Institutionen (APD/Interpeace 2008: 48 und 57)<sup>25</sup>.

An dieser Stelle sei resümierend festgehalten, dass die Rechnung „Klanfaktor = Konfliktfaktor“, wie manche Analysen der Konfliktentwicklung rund um Mogadischus „Warlords“ und „Klananarchie“ etwa nahe legen mögen, so vereinfacht gedacht nicht aufgeht. Klan(inter)dependenzen, -dynamiken und -dispute laufen in diesem komplizierten Kontext politischer und ökonomischer Transformationsprozesse in Kombination mit wiederholten (Umwelt-)Krisen wie lang andauernden Dürreperioden generell Gefahr, in gewaltsame Konflikte zu eskalieren (vgl. Hagmann/Höhne 2007: 21). Wie oben anhand des Beispiels von Berbera kurz erläutert, werden politisch und/oder ökonomisch motivierte Konflikte oft vielmehr entlang von Klanidentitäten akzentuiert und mobilisiert. Das „Klanprinzip“ bzw. entsprechende Mechanismen des traditionellen Gewohnheitsrechts haben sich wie in den oben beschriebenen Entwicklungen letztlich sogar als der entscheidende konsolidierende Faktor im Friedensprozess Somalilands erwiesen (vgl. APD/Interpeace 2008: 57)<sup>26</sup>.

### 3. Ressourcenkonflikte als regionaler Konfliktherd

Überlegungen des vorangegangenen Kapitels verdeutlichen, dass Ressourcenkonflikte angesichts dynamischer Entwicklungen zwischen (Agro-)Pastoralismus, Klanzugehörigkeit und Politik in einem kontextuellen (oder besser in einem relationalen) Zusammenhang verstanden werden müssen. Ähnlich den soziopolitischen Umwälzungen (sozusagen von kolonialer Einflussnahme über Staatszerfall bis institutionellem Wiederaufbau) müssen in diesem Sinn auch sozio-ökonomische Entwick-

<sup>21</sup> Die Demobilisierung ehemaliger SNM-„Freiheitskämpfer“ und Klanmilizionäre gestaltete sich als eine der großen Herausforderungen im Friedensprozess Somalilands.

<sup>22</sup> Eine „Invasion“ Berberas durch den *Garhaji*-Subklan *Habar-Yonis* wurde von den *Habar-Awal* derartig schwerwiegend empfunden, da schon der Flughafen Hargeisa (zu dem Zeitpunkt noch) unter der Kontrolle von *lidagale*-Milizen, einem weiteren *Garhaji*-Subklan, war, und eine Übernahme Berberas den *Garhajis* (aus der Perspektive der *Habar-Awal*, welche sich genealogisch auf der gleichen Segmentationsebene wie die *Garhajis* befinden) eine hegemoniale Position gegenüber den anderen Klans verschafft hätte.

<sup>23</sup> *Elders* oder *Oday*, *Aqils*, *Sultans* und *Sheikhs* (vgl. etwa Höhne 2006).

<sup>24</sup> „(...) 'either you have your land or you have your people', (...) which contextually carries the meaning 'each clan is responsible for whatever is committed in their territory' (APD/Interpeace 2008: 48).

<sup>25</sup> Die lokalen und regionalen Friedensverhandlungen kulminierten schließlich in der Ausarbeitung und Implementierung einer „Peace-Charter“ und der „National Charter“ bzw. der Verfassung im Rahmen der nationalen Friedenskonferenz von Boroma 1993 (vgl. APD/Interpeace 2008).

<sup>26</sup> Vgl. Für eine ausführliche Diskussion der Rolle von traditionellen Autoritäten im Friedensprozess Somalilands vgl. Lewis/Farah 1993, Yusuf 1996, Höhne 2005 und 2006, Gundel 2006, Renders 2006, Hagmann/Höhne 2007.



lungen als Transformationsprozess begriffen und untersucht werden (vgl. Samatar 1989).

Der traditionelle Pastoralismus, wie er von Lewis (1961/1999) etwa beschrieben wird, hat mit Beginn der Kolonialzeit enorme Veränderungen durchlaufen. Den schwierigen Bedingungen des Ökosystems angepasst diente der „Livestock“ des präkolonialen Pastoralismus vor allem der Subsistenzhaltung des Reer. Die Größe des Tierbestandes bedeutete neben Selbsterhaltung und ökonomischem Wohlstand vor allem eine Absicherung in Krisenzeiten wie Dürreperioden. Mit der Kolonialisierung wurde die Grundlage für den gegenwärtigen „Livestock“-Exporthandel geschaffen. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten im kolonialen öffentlich-administrativen Bereich und ein expandierender Markt- und Handelssektor in den prosperierenden urbanen Zentren ermöglichten einen neuen Wohlstand für die ebenso neue Elite (vgl. Samatar 1989, Bradbury 1997, Gaani 2005). Phänomene des sozio-ökonomischen Wandels betrafen vor allem den traditionellen Pastoralismus, wie Mohammed Ibrahim Hassan Gaani, „Lead Researcher“ des lokalen Forschungsinstituts „Academy for Peace and Development“ (APD, Hargeisa), auf den Punkt bringt:

„The transformation was apparent in changes in the system of pastoral production, in culture, in patterns of consumption, lifestyle, and the relationship of the people to the national environment“ (Gaani 2005: 200).

Die wohl wichtigste Entwicklung in diesem Zusammenhang stellt die massive Expansion des „Livestock“-Exporthandels dar (v. a. über Berbera), welche bereits mit der britischen kolonialen Übernahme von Aden<sup>27</sup> begann und einen dramatischen Anstieg zwischen den 50er und 80er Jahren erfuhr (nach Bradbury erst 50% und dann sogar 76%). Letzteres ist nicht zuletzt auf den Öl-Boom in Saudi-Arabien zurückzuführen, dem mit einem Anteil von 90% wichtigsten „Livestock“-Exportabnehmer Somalilands zu jener Zeit (vgl. Laitin/Samatar 1987, Samatar 1989, Bradbury 1997).

Die Veränderung des Pastoralismus von einem subsistenz- zu einem einem subsistenz- und marktorientierten Wirtschaftssystem

(mit einem boomenden Exporthandel und einer überwiegend von der pastoralen Produktion abhängigen nationalen Wirtschaft) bedingte auch eine entsprechend radikale Erweiterung des „Livestock“-Bestandes. Und während das sensible Ökosystem Somalilands generell von Umweltproblemen und wiederkehrenden Krisen charakterisiert ist, so verschlimmerte die exzessive Ausreizung der bereits spärlichen Ressourcen die Lage, sodass der überweidete Boden angesichts der fehlenden Regenerierungszeit zunehmend erodiert und der Pastoralismus längst an die Grenzen seiner Kapazitäten gelangt ist (Samatar 1989: 22ff., Gaani 2005: 200ff.).

### 3.1. „Enclosures“, verbrannte Bäume und die „Proliferation von Wasser“

„Land ownership and access are potential sources of violent conflict“ (APD/INEF 2007:3)

(...) konstatiert das „Land-Based-Conflict“-Research-Team der „Academy for Peace and Development“<sup>28</sup>. Land als die essentielle Ressource und Grundlage für Zugang zu Wasser und Weideflächen wird angesichts der demographischen Expansion von Mensch und Tier und entsprechenden ökologischen Folgen über die „traditionellen“ pastoralen Konflikte hinaus zur umkämpften Ressource.

Angesichts der (relativ konstanten) unregulierten Überweidung durch größere Herden können sich die ehemals saisonal genutzten Böden nicht oder nur wenig erholen bzw. regenerieren<sup>29</sup>. Dies führt in weiterer Konsequenz dazu, dass auch die entsprechenden (saisonal-nutzbaren) Weideflächen sich immer weniger „erneuern“ können und, im Gegenteil, sich sogar reduzieren (vgl. Samatar 1989, Gaani 2005).

Des Weiteren bringen sogenannte „Enclosures“ – eine ganz eigene Form der „Privatisierung“ – die pastoralen (Halb-)Nomaden und ihren „Livestock“ in Bedrängnis. Ehemals durch das Gewohnheitsrecht verwaltetes „Gemeingut“ wird dabei (traditionell und bis zu einem gewissen Grad auch nach modernem Recht<sup>30</sup>) „illegal“ einfach mit Ästen und Dornen abgegrenzt, in Besitz genommen und dessen Exklusivnutzung in teil-

<sup>27</sup> Die Hafenstadt Aden (Jemen) war aufgrund ihrer idealen geostrategischen Lage eine der wichtigsten britischen kolonialen Stützpunkte (ab 1839). In der einschlägigen Fachliteratur (vor allem in der „okzidentalen“) wird die „geringe“ koloniale Einflussnahme der Briten in Somaliland (im Vergleich zur italienischen im Süden) in der Regel damit argumentiert, dass Somaliland bzw. Berbera vor allem der (Nahrungsmittel-)Versorgung des britischen Adens diene und auch genügte.

<sup>28</sup> In Kooperation mit dem Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (INEF).

<sup>29</sup> Eine besondere Rolle spielen hier die relativ „neuen“, großen Bestände von Schafen und Ziegen, welche im Gegensatz zu Kamelen, sowohl durch ihr Nahrungsverhalten als auch durch ihre harten Hufe, ihren eigenen Beitrag zur Verwitterung und Desertifikation leisten.

<sup>30</sup> Für eine ausführliche Analyse der Rechtslage in diesem Zusammenhang siehe APD/INEF 2007.

weise gewaltsamen Konflikten verteidigt<sup>31</sup>. Dies bedeutet, dass der elementare Zugang zu Wasser- und Weidegebieten aber auch zu wichtigen Transport- und Handelsrouten limitiert oder sogar verhindert wird und somit die für die Stabilität Somalilands so wichtigen gewohnheitsrechtlichen Normen und Werte einfach außer Kraft gesetzt werden (vgl. Gaani 2005: 211ff., APD/INEF 2007: 7ff.)<sup>32</sup>. Auch wenn die Praxis der „Enclosures“ keine neue zu sein scheint (Gaani 2005: 203), so hat die tendenziell zunehmende Ressourcenknappheit zu einem (in manchen Regionen Somalilands sogar exzessiven) „land-grabbing“ (siehe Abb. 2) und entsprechenden Verteilungskonflikten geführt, wobei kleinere, „schwächere“ Klans in der Regel das Nachsehen haben und zunehmend marginalisiert werden (APD/INEF 2007: 8).



**Abbildung 2: Luftaufnahme von „Enclosures“ südöstlich von Hargeisa (Foto: Glavitzza, eigene Überarbeitung und Hervorhebungen)**

Die einst von Lewis in seiner „Pastoral Democracy“ (1961/1999) als prinzipiell egalitär beschriebenen Pastoralisten sind angesichts des oben beschriebenen sozio-ökonomischen Wandels rund um knapper werdende Ressourcen mit neuen Formen von Macht- und

Verteilungsstrukturen konfrontiert. In diesem Zusammenhang profitiert auch nur eine kleine Elite etwa vom „Livestock“-Export-Trade<sup>33</sup> (vgl. Said 1989, Bradbury 1997). Viele Pastoralisten sehen sich mit zunehmender Verarmung konfrontiert und wenden sich in ihrer Ausweglosigkeit der (teilweise illegalen) „Charcoal“- bzw. *Holzkohle-Produktion* zu:

„As charcoal burners we burn all kind of trees live or dead. We began with the dead wood, but finished with them. We know we are damaging the land and creating rain shortages. We are unemployed and we consume much qaad. This has led us to do anything to meet our basic needs regardless of the consequences“

(ein „charcoal-burner“ in einem Workshop der „Academy for Peace and Development“, Gaani 2005: 202, vgl. auch APD/Inter-peace 2006).

Holzkohle und Feuerholz stellen die wichtigsten Energieträger Somalilands dar (Gaani 2005: 205ff, vgl. APD/ Interpeace 2006)<sup>34</sup>. Mit zunehmender Urbanisierung aber auch genereller Sesshaftigkeit stieg der Energiebedarf nach Holzprodukten dramatisch. Geschätzte 160 000 – 200 000 Haushalte in Somaliland konsumieren gegenwärtig jährlich über 2 Millionen Säcke von Holzkohle, was einem Gegenwert von etwa 2 - 2,5 Millionen verbrannten Bäumen entspricht<sup>35</sup> (APD/Interpeace 2006: 6; vgl. auch Gaani 2005: 206). Besonders schwerwiegend ist dies, da die in Somaliland vorwiegenden Akazienarten nur sehr langsam wachsen (besonders der für Holzkohle beliebte *Acacia Bussei*, unter den Somalis auch *quruc*) und daher die zunehmende Entwaldung praktisch ungebremst voranschreitet<sup>36</sup>. Seit den 60er Jahren wurden etwa zwei Drittel des Gesamtbestandes an Bäumen abgeholzt und verbrannt (Gaani 2005: 206, APD/ Interpeace 2006: 6ff).

<sup>31</sup> Größenordnungen von „Enclosures“ variieren, können aber bis zu 10 km<sup>2</sup> reichen. In der Regel handelt es sich hierbei nicht um völlig willkürliche Abgrenzungen, sondern um Territorien, die traditionell mit den entsprechenden „land-grabbing“-Klans assoziiert werden. Gaani (2005) weist sogar daraufhin, dass die Praxis an sich keine grundsätzlich bzw. nicht in allen Fällen „schlechte“ ist, da sich die Besitzer üblicherweise auch um das Land bzw. dessen Pflege und Instandhaltung kümmern. Des Weiteren werden „Enclosures“ auch als Weide-„Reservate“ oder zur „Futter“-Produktion genutzt, was eine wichtige Strategie gegenüber wiederholten ökologischen Krisen darstellt.

<sup>32</sup> Aus den Kreisen der „Academy for Peace and Development“ verortet man diesbezüglich sogar eine generelle „Erosion“ grundsätzlich (traditioneller) sozialer Strukturen und Regulierungsmechanismen (vgl. etwa Gaani 2005 oder APD/INEF 2007).

<sup>33</sup> Auch wenn es zu diesem Thema meines Wissens nach keine Literatur gibt, würde ich eigenem Ermessens nach sagen, dass es sich bei dem Khat (*Qaad*) „Trade“ ähnlich verhält (vgl. Kapitel 2.1.).

<sup>34</sup> Die Alternativen Strom und Gas sind im Vergleich zu Holzprodukten (vor allem für die rurale Bevölkerung) kaum leistbar, abgesehen von wiederkehrenden, in Bezug auf Gas auch teilweise mehrwöchigen Versorgungsengpässen.

<sup>35</sup> Nach APD/Interpeace (2006) verschlingen allein die geschätzten 80 000 Haushalte der Hauptstadt Hargeisa jährlich etwa eine Million Bäume.

<sup>36</sup> Mit der Entwaldung (nach APD/Interpeace 2006 liegt der gegenwärtige Bestand bei nur etwa 8 Millionen Bäumen) durch Abholzen und Verbrennen von Bäumen für die Holzkohle-Produktion gehen auch die zunehmende Bodenerosion und Desertifikation einher bzw. werden dadurch beschleunigt.

Die hier beschriebenen Problematiken und Konflikte um knapper werdende Ressourcen stehen eng mit demographischen Entwicklungen von Mensch und Tier in Zusammenhang. Diese wiederum sind von der Verfügbarkeit einer ganz bestimmten Ressource abhängig, dem Zugang zu Wasser. Der traditionelle (Agro-)Pastoralismus (und auch die in Relation marginalere Getreideproduktion) orientiert sich überwiegend an der saisonalen Verfügbarkeit von Wasser, welche von Dürre und Regenzeiten bestimmt wird. Während der „Livestock“ (vor allem die ausdauernden Kamele) traditionell zu Regenzeiten in trockene aber saisonal fruchtbare Weidegebiete zieht, so ist die Mobilität der (Halb-)Nomaden in Zeiten der Dürre auf die relative Nähe von Brunnen beschränkt<sup>37</sup>. Moderne Entwicklungsstrategien begegneten dem Problem der generellen Wasserknappheit mit dem vermehrten Bau von Brunnen und der Einführung so genannter *Berkads*, pool-ähnlicher künstlicher Regenwassersammelstellen<sup>38</sup>. Diese ermöglichten den Pastoralisten samt entsprechendem „Livestock“ die ganzjährige Nutzung eigentlich trockener Gebiete, welche sich vormals in regelmäßigen Regenerierungsphasen durch den traditionell *saisonal*-operierenden Pastoralismus erholen konnten.

Des Weiteren hat die „Proliferation von Wasser“ (APD 2006, APD/ INEF 2007) zu einem ansteigenden Trend zur Sesshaftigkeit unter den Pastoralisten und zur Bildung vieler ruraler Dörfer (neben der generell voranschreitenden Urbanisierung) geführt<sup>39</sup>. Dies zieht wiederum die – wie oben beschrieben – folgenschwere Ausreizung und Überlastung des Ökosystems durch Mensch und Tier nach sich. Das Problematische an dieser eigentlich „gut gemeinten“ Art der Wasserversorgung ist die unkontrollierte, teilweise massive Verbreitung v.a. von *Berkads* wie Gaani anmerkt:

„Due to lack of regulation, water points – mainly berkado – are increasing and the distance between them is diminishing. There is no reliable estimate of the number or density of berkado in Somaliland, but in a given district their number may vary from less than 10 to

more than one thousand“ (Gaani 2005: 205).

Neben den ökologischen Folgeschäden von fortschreitender Bodenerosion und Desertifikation einer unregulierten „Proliferation von Wasser“, können *Berkads* aber auch einer ökologischen Entlastung dienen, indem sie (in Maßen und unter Berücksichtigung eines gewissen Mindestabstandes) die dichte Bevölkerungskonzentration um Brunnen in Dürre- und anderen Krisenzeiten abschwächen (ebd.).

Generell gilt es aber, eine normative wie auch implementierte Balance zwischen (Agro-)Pastoralisten samt „Livestock“ und dem sensiblen Ökosystem Somalilands zu finden, wie sie einst durch die adaptiven Strategien des *traditionellen* Pastoralismus gepflegt wurde.

### 3.2. Krieg und seine fort dauernden Auswirkungen

Alle bislang beschriebenen (Ressourcen-)Konflikte werden in ihrem Ausmaß an menschlichem Leid von einem Faktor sozusagen „in den Schatten“ gestellt: Krieg und seine fort dauernden Auswirkungen. Seit den 70er Jahren erlebte das gegenwärtige Somaliland „Krieg“ in den verschiedensten Formen, Dimensionen und mit einer Reihe unterschiedlicher Akteure<sup>40</sup>. Jeder einzelne dieser Kriege „besticht“ neben unzähligen unmittelbaren Toten und Verletzten auch durch Folge- und Langzeitauswirkungen, die in Bezug auf ihre „Nachhaltigkeit“ beispiellos sind<sup>41</sup>.

Die bereits vor dem Staatszerfall spärlich vorhandenen infrastrukturellen Einrichtungen<sup>42</sup> und ganze Städte wie die zwei größten

<sup>37</sup> Wie in Kapitel 2 beschrieben gibt es in Somaliland keine permanenten Flüsse, und unterirdische Wasseradern liegen bis zu 600m tief (vgl. u.a. Gaani 2005).

<sup>38</sup> Die erste *Berkad* wurde bereits in den 50er Jahren in den trockensten aber saisonal wichtigsten Weidegebieten der Haud-Ebene eingeführt (Gaani 2005: 204).

<sup>39</sup> Gaani (2005) verweist darauf, dass es allein süd-östlich von Hargeisa gegenwärtig 42 und im benachbarten Regionaldistrikt Togdheer sogar 120 permanente Dörfer gibt, wogegen vor den 50er Jahren (und der ersten *Berkad*) nur 6 Siedlungen in diesen Regionen bekannt waren.

<sup>40</sup> Von dem Ogaden-Krieg Barre's gegen Äthiopien (1977-78) über den fast 10-jährigen Unabhängigkeitskampf der SNM (Somali National Movement), mit Höhepunkt des gewaltsamen Staatszerfalls und der Unabhängigkeit Somalilands 1991, bis zu zwei mehrjährigen Bürgerkriegen Mitte der 90er (vgl. Matthies 2005). Zum Vergleich: Im Süden schafft es die aktuelle, von UNO und anderen internationalen Akteuren installierte Übergangsregierung immer noch nicht in die „Hauptstadt“ Mogadischu. „Rest“-Somalia gilt bereits als chronischer „Failed State“.

<sup>41</sup> „In 1992, a US diplomat described the situation in Somalia as ‘the worst humanitarian crisis faced by any people in the world’. At the end of 1992 it was estimated that more than 500 000 people had died in the war and famine in Somalia (...). This included 300 000 children. Some 1,5 million Somalis had fled the country. Many more have since died“ (Bradbury 1997: 1).

<sup>42</sup> Somalia galt bereits vor dem Bürgerkrieg als eines der ärmsten Länder Afrikas, mit 70% der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze, einem durchschnittlichen Jahres(!)einkommen von 280 US-Dollar, von denen etwa 70% von in der Diaspora lebenden Somalis durch so genannte „Remittances“ „rück“-überwiesen wurde; die internationale Verschuldung von Somalia 1990 (also ein Jahr vor dem Staatszerfall) lag bei 2 Billionen US-Dollar

Somalilands, Hargeisa und Burao, wurden so beispielsweise in einem letzten Kraftakt Barres wahrhaftig dem Erdboden gleichgemacht, Brunnen und Wasserstellen in den ruralen Gebieten vernichtet und vergiftet, und ein Großteil des Landes vermint<sup>43</sup> (vgl. Africa Watch Report 1990, Bradbury 1997, Höhne 2006).

Neben unzähligen Toten befanden sich in jedem einzelnen dieser Kriege Tausende bis Hunderttausende Menschen auf der Flucht. Dementsprechend wird die „charakteristische“ Mobilität von Somalis (die von den traditionellen pastoralen bis zu den „transnationalen Nomaden“ der weltweiten Diaspora reicht) auch nicht zuletzt von fluchtbedingter (Massen-)Migration geprägt – seien dies internationale Flüchtlinge (*Refugees*) oder so genannte „Internally Displaced Persons“ (*IDPs*) bzw. Binnenflüchtlinge (vgl. Brons 2001, Gaani 2005).

Abgesehen von dieser humanitären Katastrophe selbst, die durch permanente Versorgungsengpässe noch verschlimmert wird<sup>44</sup>, stellt auch die Repatriierung bzw. die Rückkehr der ehemals Vertriebenen oder Geflohenen Probleme dar, welche teilweise selbst in gewaltsame Konflikte entarten. So wird auch in diesem Kontext Land – in Flucht verlassen, von anderen Klans übernommen und schließlich (teilweise nach Jahren bis Jahrzehnten) zurückgefordert – zur umkämpften Ressource. Dementsprechend widmeten sich die ersten lokalen, „kleineren“ Friedensverhandlungen<sup>45</sup> der 90er Jahre neben grundsätzlichen Waffenstillstandsabkommen auch in erster Linie der Rückgabe von Land (und gestohlenem „Livestock“), und generell Zugangsrechten zu überlebensnotwendigen Ressourcen (vgl. Lewis/Farah 1993, Yusuf 1996, APD/ Interpeace 2008).

---

und die jährliche Inflationsrate bei 600% (Bradbury 1997: 7).

<sup>43</sup> Trotz dem großen, langjährigen Engagement von INGOs im Entminungsbereich in Somaliland, wie etwa von Halorust, gibt es immer noch zahlreiche minenverseuchte Gebiete (und entsprechende, in der Regel tödlich verlaufende Unfälle).

<sup>44</sup> (...) neben grundsätzlichen Problemen und Herausforderungen der internationalen Hilfe zum Beispiel durch „natürliche“ Krisen wie Dürre aber auch Regenzeiten, oder auch „man-made“, etwa durch einen fortschreitenden Konflikt.

<sup>45</sup> In Somaliland hat der Friedensprozess „von unten“, zwischen den jeweiligen, den Konflikt direkt betreffenden Klans begonnen, bevor sich die Verhandlungen auf eine höhere, klanübergreifende, nationale Ebene ausdehnten (also von einer *intra-* zu einer *inter-*Klanebene). Im Gegensatz dazu steht das internationale Parallelprogramm im Süden, welches seit Beginn der 90er mit unzähligen aufwendigen Konferenzen versucht, das Problem im großen Stil „von oben“ zu lösen, und dabei auch „Warlords“ in die Luxushotels Kenias einlädt oder sogar indirekt und direkt sponsert.

Verschärfend kommt die nach wie vor große „Waffendichte“ unter der Zivilbevölkerung hinzu (vgl. Africa Watch Report 1990, Forberg/Terlinden 1999, Matthies 2005) – ein Erbe aus dem Kalten Krieg, als die damaligen Militärregime Äthiopiens und Somalias, abwechselnd in der jeweiligen Gunst der Supermächte USA und UdSSR, massiv in die eigene Aufrüstung investierten (Matthies 2005: 150 und 219ff.; vgl. auch Debiel 2003). Aufgrund der großen Verbreitung so genannter „small arms“ steigt bei Disputen in diesem komplizierten kriegs- und krisencharakterisierten Kontext prinzipiell die Gefahr der Eskalation eines gewaltsamen Konflikts. Dieser wiederum birgt aufgrund der allgemeinen Verwobenheit kollektiver Identitäten durch das Klansystem immer auch das Risiko sich auf eine höhere Klanebene auszudehnen, mehr Menschen direkt zu involvieren und in Konsequenz die gar nicht so gefestigte Stabilität Somalilands zu gefährden (vgl. Forberg/Terlinden 1999, APD/INEF 2007, APD/ Interpeace 2008).

### 3.3. Saudi-Arabien vs. „Remittances“ – inter- und transnationale Einflüsse

Ungeachtet der Tatsache, dass Somaliland nicht international anerkannt wird, so ist es (spätestens seit der britischen Kolonialisierung<sup>46</sup>) in den internationalen Weltmarkt eingebunden und Teil entsprechender Handelsbeziehungen. Wie bereits in Kapitel 2 beschrieben stellt der „Livestock“-Exporthandel mit über 60% die wesentliche nationale Einkommensquelle dar (vorwiegend Jemen, teilweise Oman, die Emirate und Katar aber vor allem Saudi-Arabien), und ist seit den 50-60er Jahren abgesehen von ein paar (kriegs-/konflikt- und/oder umweltbedingten) Einbrüchen generell am Expandieren. Einen vorläufigen gegenwärtigen Höhepunkt fand dies durch die Öffnung der Grenzen Äthiopien-Somaliland 1993<sup>47</sup>, nach welcher der „Livestock“-Exporthandel sogar „Spitzenzuwächse“ von Zeiten vor dem Bürgerkrieg übertraf (Gaani 2005: 195). Umgekehrt werden Waren wie Lebensmittel (vor allem Zucker, Pasta und

---

<sup>46</sup> So weist Samatar (1989) etwa darauf hin, dass die Küste des Horns von Afrika schon den alten Ägyptern als Weihrauchlieferant bekannt war, wovon auch in alten arabischen und chinesischen Reiseberichten die Rede ist.

<sup>47</sup> Die Militärmacht Äthiopiens und Premierminister Meles Zenawi wird Somaliland's Eigenstaatlichkeit erwartungsgemäß trotzdem nicht anerkennen, da äthiopische Truppen im Rahmen des „US-Krieg gegen den Terror“ in „Rest“-Somalia intervenieren und randalieren (vgl. „Somalia. Zurück zum Staatszerfall“, Wiener Zeitung 22.04.2008). Außerdem genügt das Abkommen über die Grenzöffnung den eigenen wirtschaftlichen Interessen des (durch Eritrea) vom Meer abgeschnittenen Äthiopiens, welches hauptsächlich Rinder über Berbera in den arabischen Raum exportiert.

Reis), Hygieneartikel und Gebrauchsgegenstände (für den Haushalt etwa) über Berbera importiert (neben Somaliland auch für Äthiopien) (vgl. Brons 2001, Gaani 2005).

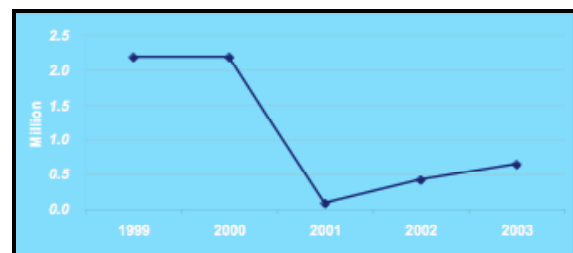
Die großen, hauptsächlich in urbanen Räumen konzentrierten „Livestock“-Märkte, wo pastorale „Produzenten“, urbane „Konsumenten“ sowie Exporthändler zusammentreffen, werden in der einschlägigen Fachliteratur neben den direkten ökonomischen Transaktionen auch als Arena von sozialen, kulturellen wie auch politischen Interaktionen und Konfrontationen beschrieben (vgl. etwa Lewis 1961/1999, Samatar 1989, Bradbury 1997, Gaani 2005)<sup>48</sup>. Strukturelle Veränderungen im „Livestock“-Handel, beginnend mit der Kolonialisierung bis vor allem die jüngeren Entwicklungen der Unabhängigkeit und des Wiederaufbaus Somalilands haben zur Herausbildung eines „Agenten“-Systems geführt, über welches der „Livestock“ sozusagen vom ruralen Produzenten zum urbanen Händler „vermarktet“ sowie auch der Transport der Tiere zu den urbanen Märkten organisiert wird. War dies in der Vergangenheit ein zuverlässiges System um den Mittelsmann *Jeeble*<sup>49</sup>, so konkurrieren gegenwärtig (nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Armut) eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure um „ihren“ Anteil am „Livestock“-Handel (Gaani 2005: 221ff, vgl. Samatar 1989). Des Weiteren wird der Markt von neuen Wohlstandsgefällen und Monopolen rund um eine kleine Elite dominiert, deren Akteure (vor allem angesichts der ökonomischen Dimension des staatlichen Wiederaufbaus) auch in der Politik mitmischen (Bradbury 1997: 27ff). So war etwa 1997 ein einziger Händler für 60% des gesamten exportierten „Livestock“ verantwortlich (Gaani 2005: 221). Zudem kontrollieren die ehemals ausschließlichen „Livestock“-Händler mittlerweile zunehmend auch den Lebensmittel- und Warenhandel aus dem Import. Damit können sie auch direkt die Preise des „Livestock“ zu ihren eigenen Gunsten mitbestimmen bzw. drücken, welche von den „pragmatischen“ Somalis aufgrund der instabilen lokalen Währung (sowie des gegenwärtig schlechten Dollarkurses) vorwiegend im Ge-

<sup>48</sup> „Large scale export-import businesses, medium and small scale entrepreneurs, urban middlemen, rural agents and a vast network of retailers are engaged at different levels in distributing imported goods within and outside the country and ensuring the flow of production producers to the point of export. Urban livestock centres can therefore be described as critical distributors of wealth, services, goods and a source of employment“ (Gaani 2005: 224).

<sup>49</sup> Samatar beschreibt auch ein ähnliches präkoloniales Konzept um den *Abaan*-Mittelsmann, welcher für die Sicherheit von Karawanen auf dem Weg durch die Territorien anderer Klans (durch seine eigene Klanzugehörigkeit) im Gegenzug für einen bestimmten Anteil am Gewinn garantierte (Samatar 1989: 27ff.).

genwert von importierten Waren wie Zucker oder Reis aufgewogen werden (Gaani 2005: 222ff)<sup>50</sup>.

Das zentrale Problem in diesem Zusammenhang besteht aber neben dem grundsätzlichen Abhängigkeitsverhältnis der (ökonomischen und in Konsequenz auch relativen politischen) Stabilität Somalilands vom „Livestock“-Exporthandel auch in dessen Anfälligkeit für externe Dynamiken und internationale Entwicklungen. Dies hat sich nicht zuletzt angesichts mehrerer Einbrüche des Exportsektors gezeigt, welche in direktem Zusammenhang mit Tierimportverboten von internationalen Handelspartnern aufgrund von Epidemien (wie z.B. Rinderpest) stehen. So hat vor allem 2000/01 das umfassende Importverbot Saudi-Arabiens, dem wichtigsten Exportabnehmer Somalilands, zu einem völligen Zusammenbruch des „Livestock“-Exports geführt, wie folgende Grafik offizieller Stellen veranschaulicht:



**Abbildung 3: „Livestock“-Export über Berbera zwischen 1999 und 2003** (Quelle: Ministry of National Planning and Coordination 2004: 57).

Dass diese Einbrüche (vor allem jener letztere) nicht „mindestens“ zu einem totalen ökonomischen Zusammenbruch geführt haben, ist dem zweitstärksten, „informellen“ Träger der Wirtschaft und sozusagen Sicherheitsnetz Somalilands zu verdanken, den finanziellen Rücküberweisungen der internationalen Diaspora. So genannte „*Remittances*“ im internationalen Ausland lebender Somalis wurden etwa seit den 70ern Jahren und vor allem mit Beginn einer ganzen Reihe von Kriegen und Konflikten immer wichtiger – nicht nur zur individuellen Unterstützung, sondern auch als eine es-

<sup>50</sup> Des Weiteren wird der Preis des „Livestock“ als Verhandlungsbasis natürlich auch vom physischen Zustand der Tiere selbst bestimmt, welcher angesichts regelmäßiger Krisen wie Dürre aber auch Epidemien wie Rinderpest stark variiert. In diesem Zusammenhang müssen die Pastoralisten oft mehr Tiere verkaufen als es ihre Herdenbestände im Sinne der eigenen Subsistenzhaltung zulassen. (Konflikt-)Verschärfend kommt hinzu, dass mit dem abnehmenden „Livestock“ auch die Ressource bzw. die Basis für gewohnheitsrechtliche Transaktionen wie Kompensationszahlungen verloren geht (vgl. Samatar 1989, Gaani 2005).

sentielle Finanzierungsquelle des (ökonomischen wie politischen) Wiederaufbaus (vgl. Bradbury 1997: 7, Gaani 2005: 233 und vor allem Lindley 2007). So wurden etwa die Friedenskonferenzen der 90er Jahre (von der Unabhängigkeit über den Aufbau staatlicher Institutionen und darüber hinaus) zu einem großen Teil durch „Remittances“ finanziert (vgl. Bradbury 1997, Brons 2001, APD/Interpeace 2008).

Aufgrund prinzipieller Probleme bei Somalis-betreffenden Statistiken, was nicht zuletzt auf den dynamischen „transnationalen“ Kontext der somalischen Diaspora zurückzuführen ist, aber auch aufgrund der unterschiedlichen Formen und Wege von „Remittances“ gibt es auch keine entsprechenden zuverlässigen quantitativen Angaben. Schätzungen von INGOs und ExpertInnen schwanken zwischen jährlichen 250 und 500 Millionen US-Dollar (Gaani 2005: 233). Diese sollen sich hauptsächlich (über 90%) auf die urbanen Räume konzentrieren, was die Pastoralisten der ruralen „Peripherie“ so gut wie ausschließt (ebd.)<sup>51</sup>.

Auch wenn der ökonomische wie auch der politische Wiederaufbau Somalilands (vor allem angesichts mangelnder direkter bilateraler Hilfe) beachtlich ist, so profitiert nur eine kleine Elite von dem neuen Wohlstand, der traditionell von den Somalis *direkt* mit dem „Livestock“ der Pastoralisten assoziiert wird<sup>52</sup>. Diese sehen sich dagegen angesichts oben beschriebener sozio-ökonomischer Transformationsprozesse, Ressourcenkonflikten und ökonomischer Interessen mit zunehmender Verarmung konfrontiert.

In diesem Zusammenhang hat sich außerdem gezeigt, dass der *informelle* (ökonomische wie politische) Bereich in Somaliland „(...) *extremely strong* (...)“ ist, wie der langjährige Regionalexperte Mark Bradbury in seinem „Somaliland Country Report“ beschreibt, was nicht zuletzt in direktem Zusammenhang mit dem „(...) *lack of government regulation*“ steht (Bradbury 1997: 28).

#### 4. Lösungsmechanismen

In folgendem Kapitel sollen nun entsprechende lokale Regulierungsmechanismen diskutiert werden. Angesichts des (spätestens seit der Kolonialisierung) alle sozio-politischen wie auch -ökonomischen Entwicklungen Somalilands prägenden Rechtspluralismus zwischen traditionellem Gewohnheitsrecht, islamischen und modernem staatlichen Recht (vgl. Le-

Sage 2005), macht es Sinn, an dieser Stelle zwischen formellen und informellen Akteuren zu unterscheiden<sup>53</sup>.

##### 4.1. Moderne Schwäche

Trotz der eingangs skizzierten Euphorie um Somaliland als relativen Ruhepol am konfliktträchtigen Horn von Afrika ist die damit unterstellte Stabilität gar nicht so gefestigt, wie etwa an den hier skizzierten Dynamiken und Konfliktfeldern deutlich wird. In engem Zusammenhang stehen gegenwärtige politische Prozesse, die nach wie vor den Auf- und Ausbau staatlicher Strukturen inkludieren, welche in Somaliland eine im internationalen Vergleich einzigartige institutionelle Kombination<sup>54</sup> von traditionellen Autoritäten und „klassischen“ Akteuren eines modernen Nationalstaates umfasst<sup>55</sup>.

Abgesehen von der Tatsache, dass Somaliland nicht international anerkannt wird, ist auch die *interne* Souveränität fraglich, da keine der bisherigen Regierungen die administrative Staatsgewalt tatsächlich auf das gesamte beanspruchte Staatsterritorium ausdehnen konnte<sup>56</sup>. Dies ist vor allem auf schwache staatliche Institutionen (von spärlichen Kapazitäten bis magere Implementierung) zurückzuführen, welche sich des Weiteren in den urbanen Zentren (und auch da überwiegend auf die Hauptstadt Hargeisa) konzentrieren und in den ruralen Peripherien nur wenig bis teilweise sogar keine Bedeutung haben (vgl. Bradbury 1997, Höhne 2006, APD/Interpeace 2008).

Prinzipiell haben gegenwärtige Prozesse der Demokratisierung und administrativer Dezentralisierung zu einem Kompetenzverwirrspiel auf unterschiedlichen Ebenen geführt, wo sich etliche Ministerien und administrative (Regional- und Bezirks-) Institutionen

<sup>53</sup> Für eine ausführliche Diskussion grundsätzlicher gegenwärtiger (sozio-)politischer Entwicklungen, für die in diesem Beitrag kein Platz ist, vgl. Heinrich/Kulesa 2004, Höhne 2005.

<sup>54</sup> Dies ist (unter anderem) auf die zentrale Rolle traditioneller Autoritäten und gewohnheitsrechtlicher Konsolidierungspraktiken im Friedensprozess der 90er zurückzuführen (welcher in der Unabhängigkeit und der Ausarbeitung der Verfassung Somalilands gipfelte) und andererseits auf das marginale bis fehlende internationale Engagement und entsprechender externer Strategien zurück zu führen (vgl. etwa Bradbury 1997, Battera 2004, Höhne 2005).

<sup>55</sup> Somaliland's Parlament besteht gemäß der Verfassung aus zwei gleich großen Kammern – das „Upper House of Elders“ bzw. die *Guurti*, wo traditionelle Autoritäten in einem balancierten Verhältnis die Klans Somalilands (und entsprechende Interessen) repräsentieren, und das „Lower House of Representatives“ der demokratisch gewählten Abgeordneten (vgl. Bradbury 1997, Höhne 2005).

<sup>56</sup> So sind die Regionen Sanaag und Sool im Osten Somalilands etwa Gegenstand eines Grenzkonflikts mit dem benachbarten Puntland (vgl. Höhne 2005).

<sup>51</sup> Für eine ausführliche Diskussion von „Remittances“ in Somaliland siehe Lindley 2007.

<sup>52</sup> Vgl. auch Kapitel 2.

zwischen nationalen, regionalen und lokalen Angelegenheiten und Kompetenzen überschneiden (vgl. APD/INEF 2007). Hinzu kommt, dass trotz allen (externen wie internen) „Modernisierungsversuchen“ (der Vergangenheit wie auch Gegenwart) Somalilands Politik wie auch fast alle sozialen, ökonomischen und politischen Gruppierungen dem Klanprinzip folgen, was jenseits aller Debatten um die potentielle Konflikträchtigkeit des Klansystems zu einer Politisierung von Klaninteressen geführt hat, welche in der Regel als entwicklungshemmend betrachtet wird (vgl. Bradbury 1997, APD/INEF 2007).

„Entwicklungshemmend“ betrachten (überwiegend) somalische AutorInnen eher die Unzulänglichkeit des Staates in die Wirtschaft oder vor allem in soziale Leistungen und Einrichtungen zu investieren<sup>57</sup> (vgl. Bradbury, Samatar 1989, Brons 2001, Gaani 2005, APD/Interpeace 2008). In diesem Sinn werden die meisten unserem „okzidentalen“ Verständnis nach mit dem Staat assoziierten sozialen Leistungen wie Stromversorgung, Post-, Telekommunikations- und Transportservice, sowie das internationale Bankenwesen „privatwirtschaftlich“ bis „informell“ organisiert (Brons 2001: 254).

Auch in Rechtsfragen oder Konfliktsituationen hat das wackelige staatliche Gewaltmonopol, wie auch die ambivalente bis generell negative historische Erfahrung der Somalis mit dem westlichen Exportmodell des Nationalstaates allgemein, dazu geführt, dass sich die Bevölkerung (vor allem die rurale) überwiegend informellen Alternativen wie jenen des traditionellen Gewohnheitsrechts zuwendet.

#### 4.2. Traditionelle Stärke?

Angeichts der oben skizzierten staatlichen Engpässe sind gewohnheitsrechtliche Ratsversammlungen (*Shir*), für die klare Mehrheit der Bevölkerung die effektivsten Arenen, wenn es um die Lösung von Disputen geht (vgl. Le Sage 2005, Gundel 2006, Renders 2006)<sup>58</sup>. Ganz im Sinne der Stärkung dezentraler administrativer Strukturen werden in Kooperation mit staatlichen regionalen Bezirks-Organen beispielsweise Ressourcenkonflikte um Land bzw. Zugang zu Wasser und Weideflächen so auf gewohnheitsrechtlicher Basis geregelt.

<sup>57</sup> Der Großteil des Staatshaushalts wird für den bürokratischen Staatsapparat selbst sowie für Verteidigungsausgaben aufgewendet (vgl. Ministry for National Planning and Coordination 2004).

<sup>58</sup> So gibt die Lokale (Nichtregierungs-) Organisation „Haqsoor“ (vgl. Kapitel 5.1.) etwa an, dass in Somaliland gegenwärtig 80% aller Rechtsstreite über das traditionelle Gewohnheitsrecht geregelt werden, und dagegen nur 20% über moderne formale Gerichte.

Dies impliziert entsprechende direkte, vertragsähnliche Abmachungen (*Heer*) zwischen den jeweils betreffenden Klans, die unter dem Vorsitz traditioneller Klanautoritäten in den ad hoc einberufenen Versammlungen getroffen werden (vgl. Bradbury 1997, Brons 2001, APD/INEF 2007, APD/Interpeace 2008).

Doch abseits dieser „Renaissance traditioneller Konfliktregulierung“ haben komplexe Dynamiken zwischen sozio-politischen und -ökonomischen Transformationsprozessen und entsprechende strukturelle Veränderungen, wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, auch zu einer tendenziellen „Erosion“ traditioneller Strukturen und Werte geführt, wie etwa das Beispiel der „Enclosures“ verdeutlicht. In diesem Sinne können *Aqils* auch die Proliferation von *Berkads* nicht grundsätzlich verhindern (vgl. Gaani 2005: 211ff und APD/INEF 2007).

Des Weiteren sind auch die traditionellen Klanautoritäten selbst nicht von diesen Veränderungen und Machtverschiebungen ausgenommen. Spätestens seit der Institutionalisierung der vormals *informell* bzw. ad-hoc auf ein konkretes Problem reagierenden Klanautoritäten in der nationalen *Guurti* (dem „Upper House of Parliament“) ist auch ein spürbarer Legitimitätsverlust dieser zu verzeichnen<sup>59</sup>. Wurden *Aqils* und andere traditionelle Autoritäten in der Vergangenheit als legitime Repräsentanten ihrer Klans betrachtet<sup>60</sup>, so gelten sie heute (vor allem die gegenwärtigen *Guurti*-Mitglieder) zunehmend als Politiker, die an ihren neuen Positionen und Gehältern festhalten und ihre eigenen (ökonomischen) Interessen verfolgen (vgl. Bradbury 1997, Gundel 2006, Renders 2006, Höhne 2006).

## 5. Lösungsversuche

### 5.1. Von INGOs und LNGOs

Wiederkehrende Umweltkrisen in einem schwierigen, sich tendenziell verschlechternden Ökosystem und in diesem Rahmen beschriebene (Ressourcen-)Konflikte beschäftigen auch eine Vielzahl unterschiedlicher Internationaler (Nichtregierungs-)Organisationen (INGOs), die mittlerweile wenn auch nach anfänglichem zögerlichen Engagement in Soma-

<sup>59</sup> Traditionell gibt es keinen ständigen Rat unter den Klanautoritäten, weshalb die politische Organisation der präkolonialen Somalis in der Anthropologie auch als „dezentralistische“ bezeichnet wird, die traditionell keine zentralisierte politische Ordnung im Sinne eines Nationalstaates etwa zulässt. (vgl. Lewis 1961/1999).

<sup>60</sup> In diesem Sinn verfügen somalische Klanautoritäten traditionell auch über keine Herrschaftskompetenzen; gewohnheitsrechtliche Entscheidungen basieren auf *Konsens* aller Beteiligten (wobei jener natürlich auch von ungleichen Machtstrukturen geprägt ist).

liland florieren<sup>61</sup> und verschiedene Problem- und Konfliktfelder von Bodenerosion über Wassermangel abdecken. Beispiele neben großen UN-Organisationen wie etwa dem „United Nations Development Programme“ (UNDP) oder dem „World Food Programme“ (WFP) sind (unter anderen) das „Rote Kreuz“, „Caritas“, „Care“, die „deutsche Welthungerhilfe“ und das „Danish Refugee Council“ (DRC).

Diese Hilfe orientiert sich oft an dem offensichtlichen, vordergründig erscheinenden Mangel existentieller Güter wie Nahrungsmittel oder Wasser (vgl. Bradbury 1997, APD/INEF 2007). Vor allem die „umfassende“ Versorgung durch Letzteres hat entgegen aller „do no harm“-Prinzipien zu dem steigenden Trend der „Proliferation von Wasser“ und entsprechenden relationalen demographischen und ökologischen Konsequenzen beigetragen, und somit auch zu konfliktverschärfenden Problemen indirekt geführt (vgl. APD/INEF 2007).

Neben Internationalen Organisationen wird der zivilgesellschaftliche Bereich Somalilands (und „Rest“-Somalias) auch von den zahlreichen und bereits seit den 80er Jahren zunehmenden Lokalen (Nichtregierungs-)Organisationen (LNGOs) geprägt<sup>62</sup>. Wesentlich zu dieser „Proliferation von LNGOs“ hat der Umstand beigetragen, dass INGOs vorwiegend mit LNGOs als lokalen Partnern zusammenarbeiten, was nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass Somaliland und entsprechende staatliche Institutionen international nicht anerkannt werden.

Ursprünglich wurden LNGOs überwiegend von „Somali Professionals“ bzw. von somalischen Intellektuellen gegründet, die während des Kriegs geflohen und nun wieder zurückgekommen am Wiederaufbau ihrer großteils zerstörten Heimat mitwirken wollen. Große Arbeitslosigkeit und die tendenziell zunehmende Verarmung haben aber dazu geführt, dass diese LNGOs über individuelle Jobmöglichkeiten hinaus als potentieller Zugang zu Ressourcen für die eigene Gemeinschaft genützt werden<sup>63</sup>, sodass ganze Subkulturen in ihren eigenen LNGOs vertreten sind. Des Weiteren werden viele LNGOs mit be-

stimmten Orten oder Regionen assoziiert und vertreten entsprechende, teils unterschiedliche lokale Interessen. Generell mischen sich in diesem Sinn auch viele so genannte „Briefkasten“-NGOs unter die zahlreichen LNGOs Somalilands. (Bradbury 1997: 37)<sup>64</sup>. Abgesehen davon, dass „Briefkasten“-NGOs in der Regel relativ leicht von seriösen zu unterscheiden sind, hat sich seit etwa Mitte der 90er Jahre auch eine Art „Selbst-Regulierungsprozess“ unter den LNGOs eingestellt<sup>65</sup>, der zu einer kohärenteren NGO-Szene beigetragen hat (ebd.).

Unabhängig von diesen NGO-Entwicklungen beschäftigen sich aber auch eine Reihe lokaler Forschungsinstitutionen und Hochschulen mit Problematiken rund um Umweltkrisen und (Ressourcen-)Konflikten, wie zum Beispiel die „Academy for Peace and Development“ in Hargeisa oder die „Faculty of Agriculture and Environment“ der Amoud Universität in Boroma.

Konzepte und Methoden zur Problemlösung sind im NGO-Bereich Somalilands angesichts eines zunehmenden Verständnisses der Komplexität hier beschriebener Entwicklungen und Zusammenhänge (neben grundsätzlichen internationalen Trends wie „Indigenous Movement“, Indigene (Menschen-)Rechte usw.) sensibler gegenüber internem bzw. lokalem Engagement geworden. In diesem Zusammenhang arbeiten viele der ehemals großteils von „Expats“ bzw. Internationalen HelferInnen vertretenen INGOs mittlerweile mit lokalem Personal, sogar im Managementbereich<sup>66</sup>. Theoretisch wird dies mit so wohl klingenden Konzepten wie „Ownership“ und „Empowerment“ angepriesen. Methodologische Vorgehensweisen wie „Participatory Action Research“ rund um integrative Workshops, Gruppendiskussionen und qualitative, teilstandardisierte Interviews der „Academy for Peace and Development“ etwa erinnern ihrem partizipativen Anspruch nach anthropologischen Methoden der (ethnographischen) „Feldforschung“.

Herausragend in diesem Zusammenhang ist aber die Entdeckung von lokalen Ak-

<sup>61</sup> So wird auch das Stadtbild und Leben Hargeisas von den „Offices“, „Guesthouses“, schicken „Landcruiser“ und einer (im internationalen Vergleich verhältnismäßig kleinen) bunten Szene von „Expats“ (Kurzform für „Expatriates“ wie die internationalen HelferInnen untereinander genannt werden) geprägt.

<sup>62</sup> Bradbury (1997) gibt an, dass diese neue Entwicklung auf die äthiopische Flüchtlingskrise der frühen 80er Jahre in Somalia zurückgeht und des Weiteren durch Struktur- und Anpassungsprogramme der Weltbank Ende der 80er gefördert wurde.

<sup>63</sup> Neben direkten finanziellen Ressourcen umfasst dies auch „logistische“ wie Benzin und sogar Autos.

<sup>64</sup> Bradbury meint diesbezüglich sogar: „In Somaliland the rapid proliferation of local NGOs has led to fragmentation, competition and conflict, and has done little to support reconciliation, consensus building or the reconstruction of accountable community based structures or government“ (Bradbury 1997: 37).

<sup>65</sup> So agieren beispielsweise viele Schwerpunktverwandte Organisationen im Rahmen einer übergreifenden, gemeinsamen „Umbrella“-Organisation, was nicht zuletzt die Kooperation untereinander sowie mit INGOs erleichtert.

<sup>66</sup> Dies ist im Kontext Somalilands (und vor allem „Rest“-Somalias) aber auch auf „security issues“ bzw. Sicherheitsbedenken der Internationalen Gemeinschaft in Reaktion auf Anschläge und zuletzt auch Entführungen zurückzuführen.



teuren und Mechanismen des traditionellen Gewohnheitsrechts für die NGO-Arbeit, wie in nachfolgendem Beispiel kurz beschrieben.

## 5.2. „Doing things the traditional way“ – Haqsoor/Danish Refugee Council (DRC)

Die 2004 in Hargeisa von teils aus der internationalen Diaspora zurückgekehrten Somalis und dem „Danish Refugee Council“ (DRC) formal gegründete LNKO „Haqsoor“ (was kontextuell übersetzt etwa „Gerechtigkeit“ bedeutet) setzt den Fokus ihrer Arbeit auf das traditionelle Gewohnheitsrecht und entsprechende Akteure<sup>67</sup>. Dem Umstand Rechnung tragend, dass traditionelle Autoritäten abgesehen von ihrer zentralen Rolle im lokalen bis nationalen Friedensprozess auch gegenwärtig die zentrale Anlaufstelle für den Großteil der Bevölkerung darstellen, erkannte „Haqsoor“ die traditionellen *Aqils* als potentielle „Agents of Peace“. Arbeitsschwerpunkte von „Haqsoor“ reichen dabei von Konfliktmediation über Menschenrechte (insbesondere Frauen-, Kinder- und Minderheitenrechte) bis Umweltschutz, wobei *Aqils* sowohl Fokusgruppe als auch aktive Partner von „Haqsoor“ darstellen. Jene werden in diesem Sinn von „Haqsoor“ (deren Mitglieder zum Teil selbst traditionelle Autoritäten sind) zu den jeweiligen Themenschwerpunkten in regionale klanübergreifende Workshops eingeladen, wo Problematiken diskutiert und Lösungsmöglichkeiten vereinbart und teilweise in Form einer „Charter“ auch formalisiert werden. Die *Aqils*, welche als Hüter traditioneller Werte und des Friedens gelten, klären im Anschluss die Mitglieder ihrer Gemeinschaften auf und sorgen so darüber hinaus, dass sich der angestrebte Bewusstseins- und Verhaltenswandel weiter kommuniziert. In diesem Rahmen wurden zwischen 2004 und 2006 mehrere Workshops in unterschiedlichen Regionen Somalilands zur Diskussion von „Enclosures“ und der Umweltbelastenden Holzkohleproduktion (unter anderem) abgehalten. In der Region Togdheer in Zentralsomaliland etwa wurden in weiterer Folge über 800 „Enclosures“ entfernt und sieben Holzkohle-Produktionscamps aufgegeben. Dieser und andere Erfolge, welche auch von der Internationalen Gemeinschaft und ExpertInnen als solche anerkannt werden (vgl. Le Sage 2005, Gundel 2006), beruhen auf einem recht simplen Mittel, der grundlegenden Bereitschaft und dem Engagement der betreffenden Gruppen selbst.

<sup>67</sup> Folgende Ausführungen beruhen auf einer Fallstudie, welche ich im Rahmen meiner Diplomarbeitsforschung „*Aqils, Sheikhs and the Dynamics of the State in Somaliland*“ von November 2007 bis März 2008 in Somaliland durchgeführt habe.

Neben unbestreitbaren Erfolgen der Arbeit von „Haqsoor“ und des zugrunde liegenden Ansatzes an sich bergen diese neue Beschäftigungsmöglichkeiten der *Aqils*<sup>68</sup> aber auch ähnlich schwerwiegende Konsequenzen wie sie etwa die traditionellen Autoritäten der nationalen *Guurti* erfahren. Aufgrund jener zunehmenden Politisierung von traditionellen Autoritäten, aber auch angesichts eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber möglicherweise von externen bzw. internationalen Interessen geleiteten NGO-Projekten geht (vor allem bei Misserfolgen) auch ein zunehmender Legitimitätsverlust der „beauftragten“ *Aqils* in ihren Gemeinschaften einher (vgl. Höhne 2006 sowie Kapitel 4).

In diesem Zusammenhang werden sich die *Aqils* Balligubadles an der Grenze zu Äthiopien wohl künftig vor einer weiteren Zusammenarbeit mit „Haqsoor“ hüten. Das letzte Workshop-Projekt gegen „Enclosures“ wurde nämlich während der Projektphase kurzfristig abgebrochen und die enttäuschten *Aqils* und ihre verständnislosen Gemeinschaften, welche sich bereits auf entsprechende Aktionen geeinigt hatten, einfach mitsamt den „Enclosures“ zurückgelassen<sup>69</sup>. Für die betreffenden *Aqils* ist das insofern riskant, da sie ihre Glaubwürdigkeit und somit Legitimität auf das Spiel stellen. Und angesichts der nach wie vor tragenden Schlüsselrolle, welche die traditionellen Autoritäten auch im gegenwärtigen Somaliland spielen, ist dessen Stabilität selbst auch auf genau diese Glaubwürdigkeit und entsprechendes Vertrauen der Bevölkerung angewiesen.

## 6. Schlusswort

Konfliktlagen und -dynamiken rund um knapper werdende Ressourcen in einem schwierigen ökologischen und sozio-politischen Kontext lassen keine simplifizierenden Erklärungen und Lösungsansätze zu, wie ich mich bemüht habe, in diesem Rahmen darzulegen. (Ressourcen-)Konflikte in Somaliland (wie auch anderswo) müssen angesichts der beschriebenen Dynamiken vielmehr in einem relationalen Zusammenhang zwischen sozio-politischen wie auch -ökonomischen Transformationsprozessen und jenseits vereinfachender Dichotomisierungen von „Tradition vs.

<sup>68</sup> In der Regel werden diese für ihr Engagement, zumindest aber für ihre Workshop-Teilnahme in so genannten „per diems“ bzw. Tagessätzen bezahlt. Des Weiteren wurden die Workshops auch finanziell und logistisch von DRC unterstützt.

<sup>69</sup> Aufgrund interner, ironischerweise Ressourcenmotivierter Konflikte (u.a.) stagnierte die Arbeit „Haqsoors“ lange Zeit. Die Organisation befindet sich auch gegenwärtig in einer konzeptionellen Reformierungsphase.

Moderne“ rund um eurozentristische Diskussionen und „Failed Debates“ über „Failed States“ (Hagmann/Höhne 2007) gedacht werden. In diesem Sinn ist auch eine entsprechend bewusste und besonders sensitive internationale Einflussnahme notwendig. Nicht zuletzt, da die internationale Hilfe etwa aufgrund der marginalen staatlichen Kapazitäten Somalilands und der fehlenden internationalen Anerkennung wohl auch weiterhin als wesentlicher Träger sozialer und entwicklungsfördernder Leistungen maßgebend auf künftige sozio-ökonomische (und damit auch politische) Transformationsprozesse Einfluss nehmen wird.

Grundsätzlich ist die „Internationale Anerkennung“ der stabilisierenden und friedenssichernden Wirkung traditioneller gewohnheitsrechtlicher bzw. lokaler Strukturen und Praktiken sowie ein „internationales Bemühen“ um ein generelles Verstehen lokaler Dynamiken mehr als begrüßend zu bewerten. Trotzdem hat dies auch, wie in diesem Beitrag beschrieben, eine Schattenseite, die mehr den Gegeneffekt als „Frieden“ erzielt. So werden „*Embedded Anthropologists*“ etwa bereits in Afghanistan und im Irak eingesetzt, um den US-Truppen sozio-politische Konfliktlagen zu erklären<sup>70</sup> –entsprechende Implikationen ungeahnten Ausmaßes inbegriffen.

Ob das eingangs als ressourcenarm skizzierte Somaliland völkerrechtlich international anerkannt wird oder nicht, hängt nicht zuletzt auch von den (politischen wie ökonomischen) Interessen internationaler Akteure ab. Somalia war aufgrund seiner idealen geostrategischen Lage zwischen Golf von Aden und Indischem Ozean schon einmal Spielball internationaler Großmächte (vgl. Debiel 2003, Matthies 2005). Und auch die Analyse des deutschen Bundestagsabgeordneten Norman Paech etwa über die geostrategische Lage des Horns von Afrika und die von internationalen Akteuren bereits vermuteten reichen Erdölvorkommen<sup>71</sup>, sowie offizielle und inoffizielle Staatsbesuche hochrangiger internationaler PolitikerInnen in Somaliland wie etwa von Jendayi Frazer, der

„Assistant Secretary of State for African Affairs“ der USA im Februar diesen Jahres, zeugen von einem zunehmenden US-Engagement<sup>72</sup> (vgl. auch Klaijn 2008) und lassen „erfahrungsgemäß“ nichts Gutes ahnen. Und schließlich ist auch die militärische Sicherung internationaler Transportwege nicht zu vergessen, wo täglich Tanker mit mehr als drei Millionen Barrel Öl diese kritische Region am Horn von Afrika passieren<sup>73</sup> – und da verweise ich jetzt doch noch einmal auf eingangs erwähnte Piratengeschichten um entführte Frachter und Tanker. Des Weiteren klopfen auch internationale Öl-Konzerne über die Hintertür an und sichern sich bereits über dubiose Wege Konzessionen in den umkämpften „Niemandsländern“ der Grenzregionen von Somaliland und „Rest“-Somalia<sup>74</sup>.

Wie man grundsätzlich zur Unabhängigkeit und Internationalen Anerkennung Somalilands auch stehen mag, man wird sich an dieses faszinierende Land gewöhnen müssen, welches immerhin schon 17 Jahre zählt und einiges im Alleingang überwunden hat. Und schließlich existiert das „unserem“ okzidentalen Verständnis entsprechende Somalia von 1991 *de facto* nur noch auf unzeitgemäßen Weltkarten und im Repertoire über „Failed States“ referierender PolemikerInnen.

<sup>70</sup> „Different Guises for Old Wars. Army Enlists Anthropologists As Advisers“, in *The New York Times*, Articles selected for *Der Standard*, 15.10.2007.

<sup>71</sup> So meint Paech etwa, dass das US-Engagement an UNOSOM Anfang der 90er nicht wie begründet aus humanitärer Hilfsbereitschaft geschah, sondern dass bereits in den 80er Jahren internationale und US-amerikanische Öl-Konzerne mit Barre umfassende Konzessionsverträge abgeschlossen hatten. Des Weiteren verweist er auf eine Studie der Weltbank, wonach Somalia neben Sudan ganz oben auf einer Liste von acht erdöltreichen ostafrikanischen Ländern gereiht ist („Viele kleine Somalias. Bei der militärischen Intervention des Nachbarlandes Äthiopien geht es vor allem um grössere geostrategische Interessen“, in *Wochenzeitung WOZ*, 11.01.2007).

<sup>72</sup> Paech weiters: „In Khartum im Sudan erzählte mir ein UNO-Beamter, dass man davon ausgehe, dass die USA in absehbarer Zeit Somaliland anerkennen werden, um einen gesicherten Zugang zum Hafen Berbera zu haben, der auch als Endstation einer Ölpipeline vom Südsudan an den Golf von Aden infrage käme“, in *WOZ*, 11.01.2007.

<sup>73</sup> So hat Frankreich gegenwärtig 3 000 Soldaten in Dschibuti stationiert (vgl. Paech 11.01.2007).

<sup>74</sup> „Ministry of Water and Minerals About To Strike Deal With Rogue Oil Company“, in: *Somaliland Times*, 02.02.2008.

## Literatur:

Academy for Peace and Development (APD)/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) (2007): Land based Conflict Project: Working Note, Hargeisa/Duisburg.

Academy for Peace and Development (APD)/Interpeace (2006): From Plunder to Prosperity. Resolving Resource-Based Conflict in Somaliland. Hargeisa/Nairobi.

Academy for Peace and Development (APD)/Interpeace (erscheint 2008): Peace in Somaliland: A Self-contained Success. Burco, Borame, and Sanaag Peace Conferences. Hargeisa/Nairobi.

Africa Watch Report (1990): Somalia. A Government at War with its Own People. Testimonies about the Killings and the Conflict in the North. New York/Washington/London.

Battera, Federico (2004): State- and Democracy Building in Sub-Saharan Africa: The Case of Somaliland – A Comparative Perspective. Global Jurist Frontiers Volume 4, Issue 1, Berkeley.

Bradbury Mark (1997): Somaliland. CIIR Country Report, London.

Bradbury, Mark/Adan Yusuf Abokor und Haroon Yusuf (2003): Somaliland: Choosing Politics over Violence. Review of African Political Economy, Nr. 97, S. 455-478.

Brons, Maria H. (2001): Society, Security, Sovereignty and the state: Somalia. Rotterdam.

Casanelli, Lee V. (1982): The Shaping of Somali Society. Reconstructing the History of a Pastoral People, 1600-1900. Philadelphia.

Debiel, Tobias (2003): Die somalische Anarchie: Selbstzerstörung durch Clans und Scheitern eines globalen Humanitarismus. In: UN-Friedensoperationen in Afrika. Weltinnenpolitik und die Realität von Bürgerkriegen. Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn, S. 130-160.

Forberg, Ekkehard/Terlinden, Ulf (1999): Small Arms in Somaliland: Their Role and Diffusion. Berlin Information-center for Transatlantic Security (BITS), Berlin.

Gaani, Mohammed Hassan (2005): Regulating the livestock economy of Somaliland. In: Academy for Peace and Development (APD)/Wartorn Societies Programme (WSP): Rebuilding Somaliland. Issues and possibilities. Asmara, S. 189-268.

Gundel, Joakim (2006): The Predicament of the 'Oday'. The role of traditional structures in security, rights, law and development in Somalia. Danish Refugee Council (DRC) und Oxfam, Nairobi.

Hagmann, Tobias/Höhne, Markus (2007): Failed state or failed debate? Multiple Somali political orders within and beyond the nation-state. In: Federal Department of Foreign Affairs (FDFA): The Fragile States Debate – Considering ways and means to achieve stronger statehood, Politorbis, Zeitschrift zur Aussenpolitik, Nr. 4 1/2007, Bern, S. 20-27.

Heinrich, Wolfgang/Kulesa, Manfred (2004): Dekonstruktion von Staaten als Chance für neue Staatlichkeit? Die Beispiele Somalia und Somaliland. In: Hippler, Jochen (Hrsg.): Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?, Bonn, S. 88-104.

Höhne, Markus (2005): Somalia – Ein Neubeginn? Entwicklungen und Perspektiven unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Nord-Somalia. In: Feichtinger, Walter/Hainzl, Gerald (Hrsg.): Krisenherd Nordostafrika. Internationale oder afrikanische Verantwortung?, Baden-Baden, S. 41-63.

Höhne, Markus (2006): Traditional Authorities in Northern Somalia: Transformation of Position and Powers. Max Planck Institute for Social Anthropology Working Paper Nr. 82, Halle/Saale.

Klajin, Tamara (2008): Engaging Somaliland: Options for US-Policy. MA-Thesis, Harvard University.

Laitin, David/Samatar, Said S. (1987): Somalia. A Nation in Search of a State. London.

Le Sage, Andrew (2005): *Stateless Justice in Somalia. Formal and Informal Rule of Law Initiatives*. Centre for Humanitarian Dialogue (hd), Genf.

Lewis, Ioan (1961/1999): *A Pastoral Democracy. A Study of Pastoralism and Politics among the Northern Somali of the Horn of Africa*. Oxford.

Lewis, Ioan/ Farah, Ahmed Yusuf (1993): *Somalia: The Roots of Reconciliation. Peace-Making Endeavours of Contemporary Lineage Leaders: A Survey of Grassroots Peace Conferences in 'Somaliland'*. ActionAid, London.

Lindley, Anna (2007): *Remittances in Fragile Settings: a Somali Case Study. Households in Conflict Network (HiCN) Working Paper 27*, University of Sussex/Oxford.

Matthies, Volker (2005): *Kriege am Horn von Afrika. Historischer Befund und friedenswissenschaftliche Analyse. Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, Band 19*, Berlin.

Ministry of National Planning and Coordination, Republic of Somaliland (2004): *Somaliland in Figures 2004*. Hargeisa.

Renders, Marleen (2006): *'Traditional' leaders and institutions in the building of the Muslim republic of Somaliland*. PhD-Thesis, University of Gent.

Sahnoun, Mohamed M. (1997): *Prevention in Conflict Resolution: The Case of Somalia*. In: Adam, Huseein M./Ford, Richard (Hrsg.): *Mending Rips in the Sky. Options for Somali Communities in the 21st Century*, Asmara, S. 303-316.

Samatar, Abdi Ismail (1989): *The State and Rural Transformation in Northern Somalia 1884-1986*. Wisconsin/London.

Yusuf, Haroon (1996): *People building peace – The role of civil society in the prevention of armed conflict*. Saferworld und Action Aid, Hargeisa/London (unveröffentlicht).

### **Zeitungen:**

k.A.: *Hungersnot durch Krieg in Mogadishu. Ärztliche Versorgung bricht zusammen – Entsendung von Blauhelmen verschoben*. In: *Der Standard*, 23.08.2007, S. 5.

k.A.: *Ministry of Water and Minerals About To Strike Deal With Rogue Oil Company*. In: *Somaliland Times*, 02.02.2008, S.1 und 8.

k.A.: *Somalia. Geiseln aus Gewalt der Piraten befreit*. In: *Kurier*, 12.04.2008, S. 8.

Brändle, Stefan: *Gekaperte Yacht ist wieder frei*. In: *Der Standard*, 12./13.04.2008, S. 8.

Holzer, Georg-Sebastian: *Somalia: Zurück zum Staatszerfall*. In: *Wiener Zeitung*, 22.04.2008, <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4103&Alias=wzo&cob=341531> (Zugriff: 08.06.2008).

Krosiak, Daniela/Andrew Stroehlein: *Somalia: 'Oh My Gosh, Pirates!'*. In: *International Herald Tribune*, 29.04.2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5412> (Zugriff: 16.05.2008).

Lacey, Marc: *Signs Say Somaliland, but World Says Somalia*. In: *The New York Times*, Articles selected for *Der Standard*, 12. Juni 2006, S. 2.

Paech, Norman: *Viele kleine Somalias. Bei der militärischen Intervention des Nachbarlandes Äthiopien geht es vor allem um grössere geostrategische Interessen*. In: *Wochenzeitung WOZ*, 11.01.2007, S. k.A.

Rohde, David: *Different Guises for Old Wars. Army Enlists Anthropologists As Advisers*. In: *The New York Times*, Articles selected for *Der Standard*, 15.10.2007, S. 1 und 4.

# Hoffnungsträger erneuerbare Ressourcen – Friedenssicherung oder beschleunigte Entropiezunahme?

Tamara Neubauer

Erneuerbare Ressourcen gelten als Schlüssel zur internationalen Friedenssicherung. Durch einen Umstieg auf alternative (erneuerbare) Energien sollen rezente Konfliktslagen, die im Kontext immer knapper werdender Energieressourcen entstanden sind, entschärft werden. Doch können erneuerbare Ressourcen diesen Erwartungen tatsächlich gerecht werden? Dieser Frage wird in diesem Artikel nachgegangen. Zunächst werden theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur angestellt und Ressourcennutzung und Energieaufwand menschlicher Gesellschaften aus diachroner Sicht betrachtet. Darauf folgen kurze Erläuterungen zum Zusammenhang von Ressourcenknappheit und Krieg, um dann zuletzt im dritten Abschnitt dem Thema „Erneuerbare Ressourcen als friedliche Alternative?“ nachzugehen.

## 1. Ressourcennutzung und Energieaufwand menschlicher Gesellschaften aus diachroner Sicht

Marvin Harris identifiziert steigenden Energiehaushalt, zunehmende Produktivität und ein beschleunigtes Bevölkerungswachstum als die drei Hauptmerkmale sozialer Evolution (Harris 1979: 67). Menschen müssen grundsätzlich Energie aufwenden, um Energie aus ihrer Umgebung zu erhalten (Elwell 2006: 46). Wie viel Energie man aufwenden muss, um zu überleben und um die Gesellschaft aufrecht erhalten zu können, ist von der Gesellschaftsform und vor allem von der wirtschaftlichen Basis einer Gesellschaft abhängig und variiert in großem Maße. Wenn man Jäger- und Sammler-Gruppen mit Ackerbaugesellschaften vergleicht, so ist es ersichtlich, dass letztere einen weitaus größeren Energieaufwand benötigen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Industriegesellschaften wiederum benötigen einen größeren Energieaufwand als Ackerbaugesellschaften. Eine Gruppe von Jägern und Sammlern muss weniger als 100.000 Kilokalorien pro Tag aufwenden, um den Lebensunterhalt zu sichern. Bei Gruppen mit Brandrodungsfeldbau steigt der Energieaufwand bereits auf 1.000.000 Kilokalorien pro Tag, Gruppen/Dörfer mit Irrigationssystemen benötigen

25.000.000.000 Kilokalorien pro Tag und hyperindustrielle Gesellschaften benötigen 50 Trillionen (50.000.000.000.000.000.000) Kilokalorien pro Tag (Harris 1979: 67).

Diese Ausdehnung des Energiehaushaltes ist nur dann möglich, wenn auch die wirtschaftliche Produktivität gesteigert wird und die Bevölkerung wächst. Eine Jäger- und Sammler-Gruppe kann unter keinen Umständen zu einem Energieaufwand von 50 Trillionen Kilokalorien pro Tag kommen. Zum einen, weil die Wirtschaftsweise der Jäger und Sammler nur bis zu einem gewissen Grad intensiviert werden kann, da ab diesem Punkt für eine fortschreitende Intensivierung Sesshaftigkeit notwendig wäre. Zum anderen hat eine durchschnittlich aus 30 – 50 Individuen bestehende Jäger- und Sammler-Gruppe<sup>1</sup> für einen derartig hohen Energieaufwand und die damit verbundene Intensivierung (so sie möglich wäre) nicht die notwendigen personellen Ressourcen. Auch für eine Ackerbaugesellschaft ist ein Energieaufwand von 50 Trillionen nicht möglich.

Mit dem Energieaufwand steigt zugleich auch die Erschöpfung der Energiereserven und die Zerstörung der Umwelt:

„It took millions of years (and probable climatic changes) for hunters and gatherers to deplete their environment. It took thousands of years for agricultural society to do the same. After only 100 years of intensive industrialism, however, the world is rapidly running out of many non-renewable resources“ (Elwell 1991: 61).

Der Mensch war lange Zeit in Jäger- und Sammler-Gruppen organisiert, Gesellschaftsformen, die auf Sesshaftigkeit beruhen, sind eine relativ neue Entwicklung. Sowohl Sahlins und Service als auch Mark Cohen beschreiben die Tendenz zur Stabilisierung und Aufrechterhaltung von adaptiven Strukturen (Sahlins/Service 1982: 45; vgl. Cohen 1975).

„The tendency toward stability is, empirically speaking, thoroughly familiar to anthropologists. The historic, archaeological, and ethnographic records attest to numerous instances of the persistence, ‘survival’, or ‘inertia’ of cultural traditions, particular cultures, and elements or traits. Indeed, one might formulate it as a general principle, The Principle of Stabilization, that a culture at rest tends to remain at rest“ (Sahlins/Service 1982: 54).

<sup>1</sup> Eine Ausnahme stellen jene Jäger- und Sammler-Gruppen dar, welche hauptsächlich saisonale Ressourcen nutzen und die Möglichkeit haben, Nahrungsmittel zu lagern. Gruppen mit diesem „delayed return on labour“-System können auch aus bis zu 100 Personen bestehen.

Warum also – wenn man den geringen Energieaufwand von Jäger- und Sammlergruppen, das geringe Ausmaß der Zerstörung ihrer Umwelt und das Prinzip der Stabilisierung bzw. der konservativen Natur der Adaption betrachtet – sind wir nicht einfach Jäger und Sammler geblieben?<sup>2</sup>

Entgegen weitverbreiteter Meinungen hatten und haben Jäger und Sammler (zumindest primäre Jäger und Sammler, die noch nicht aus ihrem Gebiet vertrieben wurden) einen sehr hohen Lebensstandard. Jäger und Sammler waren keineswegs von Krankheit und Armut gebeutelte Menschen, wie archäologische Evidenzen zeigen (vgl. Harris 1990). Marshall Sahlins bezeichnete Jäger und Sammler-Gesellschaften sogar als die „Original Affluent Society“ (vgl. Sahlins 1972). Viele Anthropologen gehen davon aus, dass die Ursache für die Sesshaftwerdung von Jägern und Sammlern klimatisch bedingte Umweltveränderungen waren, welche zu einem steigenden Bevölkerungsdruck geführt haben (vgl. Harris 1990; vgl. Harris 1988). Dieser steigende Bevölkerungsdruck bedroht den Lebensstandard und kann nur durch Intensivierung der Produktion ausgeglichen werden. Da Jäger und Sammler ihre Produktion nur bis zu einem gewissen Grad intensivieren können, wird der Übergang zur Domestizierung von Pflanzen und Tieren und damit zur Sesshaftigkeit notwendig. Sesshaftigkeit wiederum führt zu einem steigenden Bevölkerungswachstum, da die für die Mobilität der Jäger und Sammler notwendigen kulturellen Mechanismen zur Geburtenkontrolle<sup>3</sup> (lange Stillzeiten bei proteinreicher Diät und Infantizid) bei Ackerbau-gesellschaften an Bedeutung verlieren und darüber hinaus für die Intensivierung der Produktion mehr Arbeitskräfte benötigt werden. Somit wird ein Teufelskreis in Gang gesetzt, denn auch geringe Bevölkerungswachstumsraten führen dazu, dass die Produktion weiter intensiviert werden muss. Es gibt also einen

---

<sup>2</sup> Zu dieser Frage ist anzumerken, dass die Menschheit während 99% der Zeit seit dem Auftreten der Spezies Mensch in Jäger und Sammler Gruppen organisiert war (Fischer-Kowalski & Haberl 1994: 7).

<sup>3</sup> Die Wirksamkeit kultureller Mechanismen für die Geburtenkontrolle wird durch den Vergleich von Bevölkerungswachstumsraten angedeutet: Bei Jägern und Sammlern beträgt die durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate pro Jahr ca. 0,001%, während im Vergleich dazu die Bevölkerung der antiken Reiche mit einer Rate von ca. 0,5% pro Jahr wuchs (Fischer-Kowalski & Haberl 1994: 10). Um eine Bevölkerungswachstumsrate von nur 0,001 % pro Jahr zu erreichen, muss jede Frau weniger als 2,1 Kinder geboren haben (welche das fortpflanzungsfähige Alter erreichen). Diese niedrige Wachstumsrate kann nicht durch Krankheiten oder eine eventuell hohe Kindersterblichkeit erklärt werden (Harris 1990: 24).

direkten Zusammenhang zwischen gesteigerter Produktivität und Bevölkerungswachstum:

„Increases in production cause population to grow, which then further stimulates greater productivity“ (Elwell 2006: 47).

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen verdeutlicht das rasante Wachstum der Bevölkerung weltweit: Es dauerte fast 2 Millionen Jahre bis die Menschen eine Milliarde zählten, jedoch nur noch hundert Jahre bis die Zahl der menschlichen Bevölkerung auf zwei Milliarden gestiegen war. Die dritte und vierte Milliarde wurde in einem Zeitraum von nur 30 bzw. 15 Jahren erreicht (Rifkin 1982: 114).

Intensivierung der Produktion – also „die Investition von mehr Boden, Wasser, Mineralien oder Energie pro Zeit- und Flächeneinheit“ (Harris 1990: 15) – und steigendes Bevölkerungswachstum führen früher oder später zur Erschöpfung der Umwelt. Als Reaktion darauf erfolgt meist eine Umstellung auf neue Produktionsweisen bzw. die Nutzung von bisher ungenutzten Energiequellen (vgl. Harris 1977). Ein Beispiel dafür ist die Umstellung von Holz auf Kohle als primäre Energiequelle im England des 17. Jahrhunderts. Zwischen 1650 und 1750 war Westeuropa aufgrund des knapper werdenden Holzes mit einer Energiekrise konfrontiert. Eine massive Aufforstung hätte zwar das Holzproblem gelöst, wäre aber dennoch kontraproduktiv gewesen, da die Ausdehnung des Waldes zu Lasten des Ackerlandes gegangen wäre. Im 16. und 17. Jahrhundert begann man in England – wo die Krise besonders akut war – statt Holz Kohle zu verwenden (Elwell 2006: 54).

Warum hat man nicht gleich Kohle verwendet? Hier muss man die relativen Kosten und den relativen Nutzen von Energiequellen miteinbeziehen. Wenn man Holz und Kohle zur Verfügung hat, so ist Holz die billigere Energiequelle (man benötigt z.B. keine Minen und keine Geräte, um die Schächte wasserfrei zu halten, etc.). Holz hat also ein günstigeres Kosten/Nutzen-Verhältnis als Kohle. Wenn aber Holz knapp wird und man das Holz aus immer entlegeneren Gebieten gewinnt, so verändert sich das Kosten/Nutzen-Verhältnis langsam zu Gunsten der Kohle.<sup>4</sup>

Dieses Beispiel soll zeigen, dass die Umstellung auf andere Energiequellen nicht willkürlich erfolgt, sondern vor allem dann, wenn das Kosten/Nutzen-Verhältnis der neuen

---

<sup>4</sup> So hatte sich schon vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts der Holzpreis in England um das Zweieinhalbfache erhöht (Rifkin 1982: 87).

Energiequelle günstiger ist als das der alten bzw. wenn die alte Energiequelle versiegt und der Energiebedarf nicht mehr gedeckt werden kann und/oder die Folgen der Umweltzerstörung deutlich spürbar werden und der allgemeine Lebensstandard sinkt.

Bevölkerungswachstum und Subsistenz stehen in einer Wechselbeziehung zueinander. Das bedeutet nicht nur, dass eine größere Bevölkerung ein größeres Nahrungsangebot benötigt, sondern vor allem auch, dass die Beschränkung des einen Faktors den Anstieg des anderen Faktors bremst oder unter Umständen sogar verhindert. Ist die Ausweitung der Subsistenz eingeschränkt, so kann die Bevölkerung nicht ungebremst wachsen. Wird das Bevölkerungswachstum beschränkt, so bedingt dies eine stark eingeschränkte Ausweitung der Subsistenzbasis (Dumond 1972: 291).

Es besteht ein reziprokes Verhältnis von Bevölkerungswachstum, Veränderungen in der Subsistenzbasis und der Förderung eines weiteren Bevölkerungsanstieges (Dumond 1965: 20).<sup>5</sup>

Eine Mangelsituation führt früher oder später zu Todesfällen. Dumond hat nun ein Modell entwickelt, das die Möglichkeiten einer Gesellschaft, diese Todesfälle zu vermeiden, aufzeigt (Dumond 1972: 286).

Die erste Möglichkeit besteht in der Beschränkung des Anstiegs der Bevölkerungszahl, die zweite besteht im Abwandern eines Teils der Gruppe in ein anderes Territorium. Diese beiden Möglichkeiten zielen darauf ab, das Gleichgewicht zwischen Population und Ressourcen aufrechtzuerhalten. Die dritte Möglichkeit besteht in der Expansion der Ressourcenbasis und der Subsistenztechniken und intensiviert das „Ungleichgewicht“ zwischen Population und Ressourcen, indem die ursprüngliche „carrying capacity“ überwunden wird. Diese drei Möglichkeiten schließen sich keineswegs gegenseitig aus (Dumond 1972: 288).

Die Ressourcenbasis kann durch zwei Möglichkeiten erweitert werden: Man kann weiterhin bereits vorhandene Ressourcen nutzen, indem man die investierte Arbeitskraft pro Kopf erhöht und/oder mehr Land nutzt und/oder zusätzliche Energiequellen anzapft und/oder die Produktion reorganisiert. Darüber

<sup>5</sup> Man kann hier von einer spiralförmigen Kausalität sprechen. Ein Faktor, der in einer bestimmten Phase des Prozesses eine Ursache ist, kann in einer späteren Phase des Prozesses eine Wirkung sein. Faktor A verursacht Faktor B, daraus wiederum ergibt sich Faktor A', etc. (Carneiro 2003: 190). Faktor A ist also die Ursache für Faktor B, während Faktor B die Wirkung von Faktor A und gleichzeitig aber auch die Ursache für Faktor A' ist.

hinaus besteht allerdings auch die Möglichkeit die Ressourcenbasis zu erweitern, indem man zusätzliche Ressourcen erobert.

Wird diese zweite Möglichkeit wahrgenommen, so kommt es zum territorial expansiven Krieg.

All diese Ausführungen lassen sich letztendlich auf einen einfachen Mechanismus der sozialen Evolution zurückführen, der sich durch qualitative Veränderungen eines Systems bei einem quantitativen Anstieg einer Einheit dieses Systems ausdrückt, sobald dieser quantitative Anstieg einen kritischen Wert erreicht. Die relevante Einheit des Systems ist – auf Gesellschaft bezogen – Population (Carneiro 2000: 12926). Werden die elastischen Grenzen<sup>6</sup> einer Gesellschaft überschritten, so wird eine strukturelle und ökonomische Anpassung notwendig. Diese Anpassung erfolgt auf Ebene der Ökonomie häufig durch Intensivierung der Produktion und/oder durch die Inkorporation neuer Ressourcen. Diese Inkorporation neuer Ressourcen erfolgt allerdings nicht immer friedlich.<sup>7</sup>

## 2. Ressourcenknappheit und Krieg

Robert Graber ist der Meinung, dass das Trägheitsgesetz nicht nur in der Physik Anwendung findet, sondern als Analogie auch auf die Gesellschaft angewandt werden kann. Das Trägheitsgesetz besagt, dass ein Körper seine jeweilige Geschwindigkeit konstant beibehält, wenn er nicht dem Einfluss äußerer Kräfte ausgesetzt ist. Ein Körper mit einer Geschwindigkeit von 0 bleibt also in diesem Bewegungszustand, bis die Geschwindigkeit durch exogene Faktoren verändert wird (Graber 1995: 3). Wenden wir nun dieses Gesetz auf die Gesellschaft an:

Wenn die Gesellschaft den Körper darstellt, dann bewegt sich diese ebenfalls mit konstanter Geschwindigkeit fort, sofern keine die Geschwindigkeit beeinflussenden exogenen Faktoren vorhanden sind. Zunächst muss dieser „natürliche Zustand“ der Gesellschaft beschrieben werden: Die Ergebnisse Grabers deuten darauf hin, dass weder Bevölkerungs-

<sup>6</sup> Wo die elastischen Grenzen einer Gesellschaft liegen, hängt stark von der jeweiligen Produktionsweise und der zur Verfügung stehenden Ressourcenbasis ab.

<sup>7</sup> Das „Choice Model“ von Dumond zeigt, dass Ressourcenknappheit/Bevölkerungsdruck *nicht* unweigerlich und automatisch zum Krieg führen, da es durchaus andere Möglichkeiten gibt, den Druck auszugleichen (in diesem Modell nicht erwähnt ist der Handel als zusätzliche Ausgleichsmöglichkeit). Welche Möglichkeiten gewählt werden, hängt von den spezifischen Umständen ab, in denen sich eine Gesellschaft befindet.

dichte noch die durchschnittliche Größe einer Gesellschaft eine inhärente Wachstumstendenz aufweisen. Die Rate des Bevölkerungswachstums ist dabei unerheblich (Graber 1995: 3). Die inhärente Tendenz einer Gesellschaft besteht vielmehr darin, dass das Bevölkerungswachstum konstant ausgeglichen wird, durch territoriale Expansion einerseits und durch die Zunahme der Anzahl von Gesellschaften andererseits. Die Bevölkerungsdichte und durchschnittliche Größe der Gesellschaft bleiben dabei wie bereits erwähnt konstant (Graber 1995: 3).

Dieser „natürliche Zustand“ der Gesellschaft kann durch exogene Faktoren gestört werden, welche die territoriale Expansion und die Zunahme der Anzahl von Gesellschaften einschränken. Bevölkerungsdichte (und damit Ressourcendruck) kann also trotz eines Anstiegs des Bevölkerungswachstums konstant bleiben, solange die territoriale Expansion nicht verhindert wird. Das gleiche Prinzip gilt für die durchschnittliche Größe der Gesellschaft: auch sie kann bei Bevölkerungswachstum nur konstant bleiben, wenn die Zunahme der Anzahl von Gesellschaften nicht begrenzt wird (Graber 1995: 4).

Die Verhinderung der Zunahme der Anzahl von Gesellschaften und der Zunahme des Bevölkerungsdrucks hängt ab von der Verhinderung der territorialen Expansion (Graber 1995: 55). Steigt das Bevölkerungswachstum in einer Gesellschaft, so kann dies durch eine Teilung der Gesellschaft nur dann ausgeglichen werden, wenn eine territoriale Expansion möglich ist. Bleibt das Territorium gleich, so hätte eine Teilung keine ausgleichende Konsequenz, da die Bevölkerungsdichte in diesem Fall nicht wieder den Wert aufweist, den sie vor dem Bevölkerungswachstum hatte, sondern ansteigen würde.

Die territoriale Expansion muss also blockiert sein, bevor die durchschnittliche Größe einer Gesellschaft ansteigt (Graber 1995: 52). Durch den Bevölkerungsanstieg bei gleich bleibendem Territorium steigt die Bevölkerungsdichte. Die Bevölkerungsdichte wiederum reduziert die Distanz zwischen den Menschen (Graber 1995: 7), es entsteht horizontaler Bevölkerungsdruck.

Die Blockierung der territorialen Expansion ist ein entscheidender Faktor für die Entstehung von kriegerischen Auseinandersetzungen um Ressourcen. Ein Ausgleich von Bevölkerungsdruck durch friedliche territoriale Expansion bzw. durch die Nutzung von Ressourcen in einem größeren Territorium ist nur dann möglich, wenn sich in diesem Territorium keine anderen Gruppen befinden, wenn also der

horizontale Bevölkerungsdruck gering ist. Die territoriale Expansion kann neben dem Vorhandensein anderer Gruppen (social circumscription) auch durch geographische Faktoren eingeschränkt sein (environmental circumscription). In einem geographisch und sozial nicht eingeschränkten Gebiet ziehen Bevölkerungswachstum und Bevölkerungsdruck einen dispersiven Effekt nach sich.

Eine Gruppe, deren territoriale Expansion jedoch durch andere Gruppen und/oder geographische Faktoren eingeschränkt ist, ist bei steigendem Bevölkerungswachstum von zunehmendem Bevölkerungsdruck bedroht. Dieser Bevölkerungsdruck wird nun häufig durch eine kriegerische Expansion ausgeglichen, indem man benachbarte Gruppen überfällt und deren Territorium und Ressourcen inkorporiert. Eine kriegerische territoriale Expansion ist auch bei einer territorialen Beschränkung durch geographische Faktoren möglich, wenn man andere Gruppen, die dasselbe Territorium nutzen, in unwirtlichere Gegenden verdrängt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass territoriale Expansion durchaus ein wichtiger Ausgleichsmechanismus für Bevölkerungsdruck ist, aber keineswegs der einzige.<sup>8</sup> Während die uneingeschränkte Möglichkeit zur territorialen Expansion sein Entstehen verhindert, kommt es bei einer Blockierung der friedlichen territorialen Expansion durch benachbarte Gruppen und/oder geographische Faktoren häufig zu einer gewaltsamen Expansion zu Lasten anderer Gruppen.

Der territorial expansive Krieg steht also in unmittelbarem Zusammenhang mit Ressourcenknappheit und dem daraus entstehenden Bevölkerungsdruck (vgl. Carneiro 1988). Dies bedeutet jedoch nicht, dass es bei steigendem Bevölkerungsdruck automatisch zu einem territorial expansiven Krieg kommt, sondern dass die Wahrscheinlichkeit dafür steigt.

### **3. Erneuerbare Energie als friedliche Alternative?**

Der territorial expansive Krieg hat die Herausbildung von Machtstrukturen zur Folge. Es gibt jene Gesellschaften, die Ressourcen dazugewinnen und somit weiter wachsen können, und jene, denen die Ressourcen weggenommen werden. Letztere werden häufig nicht nur militärisch, sondern auch politisch unterjocht. Für westliche Industriegesellschaften ist die Phase des territorialen Krieges vorbei. Rohstoffe werden vor allem durch Handel gesichert. Die ungleichen Terms of Trade aber sind die Folge

---

<sup>8</sup> vgl. „Choice Model“ von Dumond



von geopolitischen Machtstrukturen, die nicht wenig mit den territorial expansiven Kriegen der Kolonialmächte zu tun haben.

Wenn wir nun erneuerbare Ressourcen als Weg zur Friedenssicherung betrachten, so ergeben sich folgende Fragen:

- 1) Können wir den Teufelskreis Intensivierung  $\Rightarrow$  höherer Energieverbrauch  $\Rightarrow$  Intensivierung mit erneuerbaren Ressourcen durchbrechen?
- 2) Setzen erneuerbare Ressourcen historisch gewachsene Machtstrukturen außer Kraft?

Zunächst zu der ersten Frage:

Jegliche Intensivierung hat laut Jeremy Rifkin (1982) einen unangenehmen Nebeneffekt: Die Zunahme der Entropie. Zum einen stößt jedes Wirtschaftssystem früher oder später an die Grenzen der Tragfähigkeit der Umwelt und zum anderen wird die Entropiezunahme beschleunigt. Rifkin bezieht sich dabei auf das Zweite Gesetz der Thermodynamik, welches besagt, dass Energie nur in eine Richtung verändert werden kann, „von einer nutzbaren Form in eine nicht nutzbare, von einer verfügbaren in eine nicht verfügbare, von einer geordneten in eine ungeordnete“ (Rifkin 1982: 16). Wenn wir Energie verwenden, geht bei diesem Prozess unweigerlich ein Teil dieser Energie für immer verloren. Entropie ist nun das Maß für die Energiemenge, die nicht mehr länger zur Verfügung steht (Rifkin 1982: 16). Mit Entropie einher geht die Verschmutzung der Umwelt. Je stärker also die Entropiezunahme beschleunigt wird, desto schneller erreicht ein Wirtschaftssystem die Grenzen der Tragfähigkeit der Umwelt.

Gleichzeitig besagt das Erste Gesetz der Thermodynamik, dass alle Energie konstant ist und daher nicht neu „geschaffen“, sondern lediglich transformiert werden kann (Rifkin 1982: 44). Wir stehen also vor einem Dilemma. Der Umstieg auf erneuerbare Energien erfordert Technologien, die häufig selbst von einem enormen Energieaufwand gekennzeichnet sind. Rifkin zieht daraus den Schluss, dass es keine alternative Energieverwendung gibt, die nicht auch eine Zunahme der Entropie zur Folge hätte.

„(...) technology can never create energy or matter, but only transform it from its naturally ordered state to pollution and waste. The larger and more complex the technology, the faster the pace of this transforming process“ (Elwell 1991: 61).

Natürlich nimmt die Entropie auch ohne Mithilfe des Menschen zu. Auch bei der Photosynthese wird ein Teil der verfügbaren Energie in nicht verfügbare Energie umgewan-

delt. Der Mensch hat „nur“ Einfluss darauf, wie schnell die Entropie zunimmt.

Eines aber kann man aus den Ausführungen Rifkins ableiten: Auch erneuerbare Energie ist genau genommen nicht zu 100% erneuerbar, und darüber hinaus ist der Umstieg auf erneuerbare Energien mit technologischen Erneuerungen verbunden, welche wiederum nur mit mehr Energieaufwand zu bewerkstelligen sind. Dies zeigt, dass der oben angeführte Teufelskreis von Intensivierung  $\Rightarrow$  höherer Energieverbrauch  $\Rightarrow$  Intensivierung nicht durchbrochen werden kann.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass der Umstieg auf erneuerbare Ressourcen deshalb zwecklos wäre. Im Gegenteil, dieser Umstieg ist früher oder später notwendig, da unser Energieverbrauch nicht bis in alle Ewigkeit von nicht erneuerbaren Ressourcen gedeckt werden kann.

Was können wir also aus den Ausführungen Rifkins schließen? Zum einen müssen wir uns wohl der Möglichkeit bewusst sein, dass etwaige technologische Errungenschaften, die einen sparsameren Energieverbrauch versprechen oder das Anzapfen alternativer Energiequellen ermöglichen, ihren Beitrag zur Entropiezunahme leisten und somit unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsform ein Stückchen näher an die Grenzen der Tragfähigkeit der Umwelt bringen. Man kann daraus allerdings nicht schließen, dass die Welt demnächst untergeht und wir ohnehin chancenlos sind, wie es in Rifkins Ausführungen manchmal düster durchscheint:

„Wenn wir uns umschaun, entdecken wir überall wachsende Berge von Abfällen und Unrat: Es quillt aus dem Boden, sickert in unsere Flüsse, entweicht in unsere Luft. Unsere Augen brennen, unsere Haut verfärbt sich, unsere Lungen kollabieren, und das einzige, was uns dazu einfällt, ist der Rückzug hinter die eigenen vier Wände. Um uns herum entwickelt sich alles in immer rasanterem Tempo, doch anscheinend ohne Sinn und Ziel. Die gesamte Gesellschaft scheint in einen Sumpf hineingezogen werden. Man sagt uns, dass es nirgendwo besser sei, und das ist richtig. Schaut man sich die Industriegesellschaften an, so scheinen doch alle, die sozialistischen wie die kapitalistischen, von einer gemeinsamen Krankheit befallen zu sein. Dieselbe unerbittliche Kraft der Desintegration zerrt an uns allen. Die Welt droht auseinanderzubrechen“ (Rifkin 1982: 14).

Der diachrone Blick auf die Ressourcennutzung und den Energieaufwand men-

schlicher Gesellschaften zeigt eines ganz genau, nämlich, dass die Grenzen der Tragfähigkeit der Umwelt einer Gesellschaft im Laufe der Zeit sehr häufig erreicht und durch technologische Innovationen überschritten wurden.

„Alle rasch sich intensivierenden Produktionssysteme, seien sie nun sozialistisch, kapitalistisch, hydraulisch, neu- oder altsteinzeitlich, stehen vor ein und demselben Dilemma. Der pro Zeiteinheit in die Produktion investierte zusätzliche Energiebetrag wird die Selbsterneuerungs-, Selbstreinigungs- und Selbstregenerationsfähigkeit des Ökosystems unweigerlich überfordern. Gleichgültig, um welche Produktionsweise es sich handelt, es gibt nur ein Mittel, um die katastrophalen Folgen der nachlassenden Effizienz zu vermeiden: Man muss zu effizienteren Technologien übergehen“ (Harris 1990: 227).

Allerdings drängt sich an dieser Stelle die Frage auf, wie weit man mit Technologie die Grenzen der Tragfähigkeit der Umwelt erhöhen kann: „Further intensification is based on the bet that we can do it indefinitely“ (Elwell 1999: 164).

Darüber hinaus wird bei näherer Betrachtung Harris' Allheilmittel Effizienzsteigerung als Idealvorstellung enttarnt, deren tatsächliche Wirksamkeit zweifelhaft ist.

Technologische Verbesserungen bzw. Ressourcen- und Energieeffizienzsteigerungen gehen sehr oft einher mit ausgleichenden Reaktionen im Konsumverhalten. Dadurch werden die Energieersparnisse durch Energieeffizienzsteigerungen häufig überschätzt. Eine Effizienzsteigerung von 1% kann eine Reduktion der Nachfrage dieser Ressource um viel weniger als 1% zur Folge haben und in manchen Fällen sogar eine Steigerung der Ressourcennachfrage verursachen. Dieses Phänomen wird als „Rebound-Effekt“ bezeichnet (Binswanger 2001: 119).

Wenn die Herstellung eines bestimmten Produkts energieeffizienter wird, dann sinken in der Regel auch die Kosten und der Preis dieses Produktes, was wiederum dazu führt, dass die Nachfrage für dieses Produkt steigt (Binswanger 2001: 120).

Sich einzig und allein auf Effizienzsteigerungen zu verlassen, ist daher keine langfristige Lösung.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Die Frage, wie weit Wirtschaftswachstum mit Umweltverbrauch verknüpft ist, wird seit Jahrzehnten diskutiert. Es stehen sich zwei wesentliche konträre Positionen gegenüber: Zum einen die Wachstumskritik des Club of Rome, die besagt, dass die Wirtschaft nicht unbegrenzt wachsen kann, da die Ressourcen letztendlich global beschränkt sind und zum anderen jene Position, die davon ausgeht, dass es keine ökologischen Grenzen des Wirtschaftswachstums gibt. Diese Position hat ihre berühmteste Manifestation im Abschlussbericht der Weltkommission für

Es ist also durchaus möglich, dass industrielle Intensivierung auf Umweltgrenzen stößt, wie es für andere Produktionsweisen und Gesellschaften in der Geschichte der Menschheit durchaus schon der Fall war. Auch wenn dies nicht unbedingt den Kollaps der hyperindustriellen Gesellschaft zur Folge haben muss, so ist es doch wahrscheinlich, dass sich zumindest der Lebensstandard für einen Großteil verschlechtert (Elwell 1999: 164).

Nun zur zweiten Frage:

Setzen erneuerbare Ressourcen historisch gewachsene Machtstrukturen außer Kraft? Dies ist unwahrscheinlich.

Es ist hinlänglich bekannt, dass der Löwenanteil des weltweiten Energieverbrauchs auf relativ wenige Länder entfällt. Auch dies muss in unseren Überlegungen berücksichtigt werden. Dazu ein illustratives Beispiel von Marvin Harris:

„David Pimentel von der Cornell University hat gezeigt, dass in den Vereinigten Staaten für die Erzeugung und Bereitstellung einer Dose Mais, die 270 Kalorien enthält, eine Energie von 2790 Kalorien aufgewendet wird. (...) Das Schwindelerregende dieser Produktionsweise kann man daraus ersehen, dass sämtliche bekannte Erdölreserven innerhalb von elf Jahren erschöpft wären, wenn der Rest der Welt auf einmal den für die amerikanische Landwirtschaft typischen Energieeinsatz nachahmen würde. (...) Je rascher die unterentwickelte Welt sich industrialisiert, um so schneller muss die industrielle Welt eine neue Produktionsweise entwickeln“ (Harris 1990: 239).

Schlussendlich muss man auch noch darauf hinweisen, dass die verstärkte Nutzung von Kohle und Öl im Gegensatz zu erneuerbaren Energiequellen wie Holz, Wasser, Wind und tierische Muskelkraft, eine neue Form der Energiedespotie, wie es Harris nennt, möglich gemacht hat (Harris 1990: 241 und 235).

„Energie wird heute unter der Aufsicht weniger Ämter und Firmen gesammelt und verteilt. Sie fließt aus wenigen Bergwerken und Bohrlöchern. Es genügt, einige Ventile zuzudrehen, einige Schalter umzulegen, und Hunderte Millionen von Menschen sind von diesen Bergwerken und Bohrlöchern abgeschnitten (...)“ (Harris 1990: 241).

Unser gegenwärtiges Energieerzeugungssystem ist von Kartellen und Monopolen geprägt. Die Frage ist nun, ob der Umstieg auf erneuerbare Ressourcen tatsächlich zu einer

---

Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) gefunden.

Dezentralisierung des Energieerzeugungssystems führen kann.

Der Umstieg auf erneuerbare Ressourcen erfordert hohe finanzielle Mittel und Know-How für die Entwicklung neuer Technologien. Auch dieses Know-How hat einen wirtschaftlichen Wert und wird nicht allen gleich zugänglich sein.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass – mit Ausnahme von Nahrung – Energie die grundlegendste Ressource von modernen Staaten ist. Letztere können nicht mehr, wie dies z.B. bei Jägern und Sammlern möglich wäre, ausschließlich Muskelkraft als Energiequelle nutzen. Moderne Staaten verdanken ihre spezifische Entwicklung (und auch ihre Probleme) dem Einsatz von fossilen Energieträgern und sind damit abhängig von Energie aus externen Quellen (Carneiro 1994: 21):

„Indeed, it is not too much to say that energy is to a nation what food is to a person“ (Carneiro 1994: 22).

Dies bedeutet gleichzeitig auch, dass die Gefahr, von wichtigen Energiequellen abgeschnitten zu werden, ein sehr bedrohliches Szenario für moderne Staaten ist, welches enormes Konfliktpotenzial beinhaltet (Carneiro 1994: 22). Vor diesem Hintergrund erscheint es als sehr wahrscheinlich, dass es zu Verteilungskonflikten um die verbleibenden nicht erneuerbaren Ressourcen kommt. Aber es stellt sich auch die Frage, ob nicht auch erneuerbare Ressourcen viel zu wertvoll für einzelne Akteure sind, um sie tatsächlich gerecht aufzuteilen.<sup>10</sup>

Wie weit erneuerbare Energien einen langfristigen Beitrag zur Friedenssicherung leisten können hängt nicht von dem Umstieg auf erneuerbare Ressourcen per se ab, sondern davon, wer Zugang zu ihnen hat und wie exklusiv dieser Zugang ist. Dies ist ein Punkt, an dem sich erneuerbare Ressourcen von nicht erneuerbaren Ressourcen kaum unterscheiden.

---

<sup>10</sup> Die Tatsache, dass erneuerbare Ressourcen erneuerbar sind, bedeutet nicht, dass sie in einem bestimmten Zeitraum unbegrenzt zur Verfügung stehen. Die Verteilungsproblematik würde in einer abgeschwächten Form weiterbestehen.

## Literatur

Binswanger, Mathias (2001): Technological Progress and sustainable development: What about the Rebound Effect? *Ecological Economics* 36, S. 119-132.

Carneiro, Robert (1988): The Circumscription Theory, *American Behavioral Scientist*, Vol. 31, Nr. 4, S. 497-511.

Carneiro, Robert (1994): War and Peace: Alternating Realities in Human History. In: Reyna, S. P./ Downs, R. E. (Hrsg.): *Studying War: Anthropological Perspectives, War and Society*. Vol. 2, Langhorne, S. 3-27.

Carneiro, Robert (2000): The transition from quantity to quality: A neglected causal mechanism in accounting for social evolution, *PNAS*, Vol. 97, Nr. 23, S. 12926-12931.

Cohen, Mark N. (1975): Archaeological Evidence for Population Pressure in Pre-Agricultural Societies, *American Antiquity*, Vol. 40, Nr. 4, S. 471-475.

Dumond, Don E. (1965): Population Growth and Cultural Change. *Southwestern Journal of Anthropology*, Vol. 21, S. 302-324.

Dumond, Don E. (1972): Population Growth and Political Centralization. In: Spooner, Brian (Hrsg.): *Population Growth: Anthropological Implications*. Cambridge, S. 286-310.

Elwell, Frank (1991): *The Evolution of the Future*. New York.

Elwell, Frank (1999): *Industrializing America*. Westport.

Elwell, Frank (2006): *Macrosociology. Four Modern Theorists*. London.

Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut (1994): On the Cultural Evolution of social Metabolism with Nature. *Sustainability Problems Quantified, Schriftenreihe Soziale Ökologie, Band 40, Interuniversitäres Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) – Abteilung Soziale Ökologie, Wien*.

Graber, Robert Bates (1995): *A Scientific Model of Social and Cultural Evolution*. Kirksville, Missouri.

Harris, Marvin (1979): *Cultural Materialism*. New York.

Harris, Marvin (1990): *Kannibalen und Könige*. Stuttgart.

Rifkin, Jeremy (1982): *Entropie – ein neues Weltbild*. Hamburg.

Sahlins, Marshall (1972): *Stone Age Economics*. Chicago, Illinois.

Sahlins, Marshall/Service, Elman (1982 [1960]): *Evolution and Culture*. Ann Arbor.

# Perspektiven zur Reduktion des Erdölverbrauchs im österreichischen Straßenverkehr

Axel Sonntag

## 1. Einleitung

Jeder Augenblick unseres Lebens ist von Energie bestimmt. Täglich wird Energie von den Menschen in unterschiedlicher Weise genutzt: zur Ernährung, Heizung, Beleuchtung oder Bewegung verschiedenster Gegenstände, um nur einige zu nennen. Wie sehr unser Lebensstil und die damit verbundenen Gewohnheiten von der stetigen Zufuhr von Energie abhängig sind, wurde vielen Europäern (vielleicht erstmals) zum Jahreswechsel 2005/06 klar, als sich der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine auf seinen Höhepunkt zuspitzte. Die Auseinandersetzung verdeutlichte, wie wichtig eine stabile Energieversorgung nicht nur für Einzelpersonen oder Unternehmen, sondern gleichsam für alle Teile der Bevölkerung, also die gesamte Volkswirtschaft ist. Nicht nur, dass die ukrainische Bevölkerung frieren musste, weil Russland die Erdgaslieferungen reduzierte, sondern vor allem die Tatsache, dass auch einige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (darunter auch Österreich und Deutschland) davon betroffen waren, brachte europäische Politiker zum Nachdenken.

Vorausgegangen war der sogenannten Gaskrise ein Streit über den Abnahmepreis russischen Erdgases für die Ukraine, durch deren Hoheitsgebiet jene Pipeline verläuft, die einige Teile Westeuropas versorgt. Russland forderte für das von der Ukraine entnommene Gas eine Anhebung der Preise von sehr niedrigen, gestützten Tarifen zu annäherndem Marktniveau. Eine grundsätzlich verständliche Forderung hätte den Gaspreis allerdings binnen kurzer Zeit auf ein Vielfaches des vorherigen Wertes angehoben, auf eine Höhe, die sich die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung nicht hätte leisten können. Die möglicherweise auch dahinter steckende politische Absicht Russlands, der pro-russischen Partei, der sich im Wahlkampf befindlichen Ukraine den Rücken zu stärken, soll hier nicht näher behandelt werden, macht zugleich jedoch klar, dass Energieversorgungssicherheit in verstärktem Maße weltweit Teil der außenpolitischen Agenda des 21. Jahrhunderts sein wird.

## 1.1. Kernkonfliktfelder

Der soeben beschriebene Aspekt der Versorgungssicherheit ist nur eines von drei Motiven, welche die Grundlage zur Erstellung der vorliegenden Arbeit bildeten. Aus globaler Sicht zumindest ebenso wichtig, weil auch direkt mit den Zielen der Nachhaltigkeit verbunden, sind die Endlichkeit der Energieträger an sich, sowie der anthropogene Treibhauseffekt, der sich aus der Verbrennung fossiler Energiequellen speist.

### *Energieverbrauch Pro-Kopf*

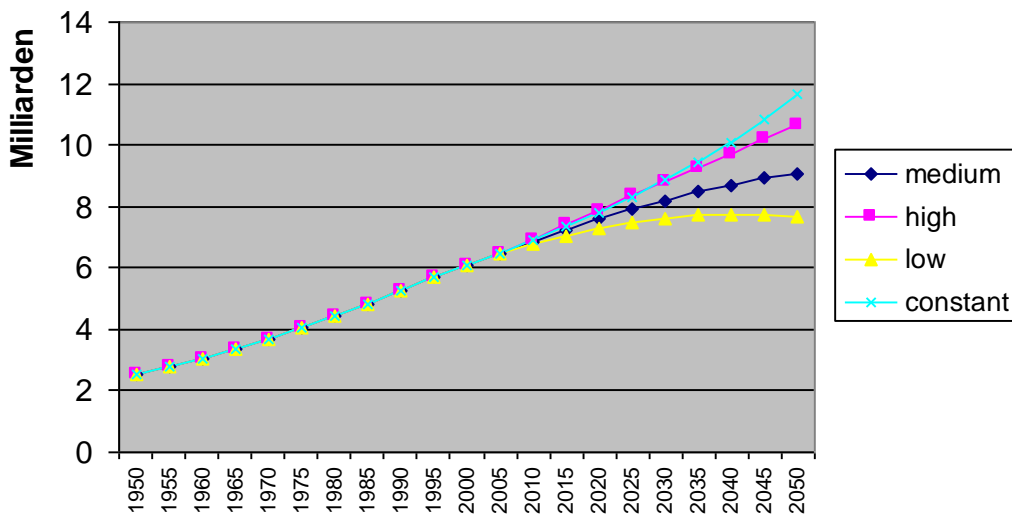
Der menschliche Pro-Kopf-Energieverbrauch war nicht immer so hoch wie heute. Obwohl dieser Umstand intuitiv ohnehin klar zu sein scheint, so überraschen doch die Größenordnungen.

Menschliche Kulturen waren einst so energiesparsam, dass eine Person mit 2 kWh pro Tag das Auslangen fand. Die auf diese Weise verbrauchte Energiemenge bestand nur aus der Nahrung, die die Menschen damals zu sich nahmen, um rein biologisch bei Kräften zu bleiben und zu überleben. Im Laufe der Jahre, in denen sich der Mensch seine natürliche Umgebung immer stärker nutzbar machte, stieg auch der Pro-Kopf-Energieverbrauch erheblich an; zunächst nur aufgrund landwirtschaftlicher Produktion, dann aber mit dem Einsetzen des Industriezeitalters rasant auf unser heutiges Niveau. Derzeit verbraucht ein/e Österreicher/in 131 kWh pro Tag. Das ist rund 54-mal mehr Energie, als für das rein biologische Überleben notwendig wäre (Winter 2006: 2ff).

### *Bevölkerungswachstum*

Neben dem globalen Anstieg des spezifischen Pro-Kopf-Verbrauchs, trägt natürlich auch die Gesamtzahl der Bevölkerung – ceteris paribus – maßgeblich zur Entwicklung des globalen Energieverbrauchs teil. Betrachtet man dazu die Schätzungen der United Nations Population Division aus dem Jahr 2004 (UNPD Online), so zeigt sich deutlich, dass die Weltbevölkerung weiter zunehmen wird. Selbst im „low“-Szenario, in dem die Fertilitätsrate kleiner als 2,1 angenommen wurde<sup>1</sup>, stagniert das Wachstum erst bei rund 7,7 Mrd. Menschen. Das entspricht einem Zuwachs im Vergleich zu 2005 von rund 18,8%. Sogar bei dieser moderaten Prognose geht mit dem weiteren, globalen Bevölkerungswachstum eine Verschärfung der Energieproblematik einher. Das „medium“- bzw. „high“- Szenario schätzt sogar mit einem Bevölkerungszuwachs von 40% bzw. 65% bis zum Jahr 2050.

<sup>1</sup> Eine Fertilitätsrate von 2,1 bedeutet Nullwachstum der Bevölkerung.



**Abbildung 1: Globale Bevölkerungsentwicklung**

Quelle: UNPD Online, eigene Erstellung

#### Gesamtenergieverbrauch

Kombiniert man den derzeitigen weltweit durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch mit der soeben dargestellten Bevölkerungsentwicklung, so erhält man den zukünftig zu erwartenden globalen Energieverbrauch. Im Jahr 2003 betrug die gesamte weltweite Energieaufbringung (total primary energy supply, TPES) rund 10.579 Mtoe<sup>2</sup> und der globale Endenergieverbrauch (total final consumption, TFC) 7.287 Mtoe (IEA Online 2006a). Legt man diese Zahlen zugrunde und schätzt mit einem konstant gehaltenen Pro-Kopf-Konsum von 1,77 toe/a (IEA Online 2006b: 49), so erhält man eine Prognose, um wie viel die globale Energienachfrage alleine durch das fortschreitende Bevölkerungswachstum ansteigen könnte.

Unterstellt man um eine Untergrenze zu erhalten die Bevölkerungsentwicklung des low-Szenarios, so ergibt sich von 2003 bis 2050 dennoch ein Wachstum von 21,7%, d.h. ceteris paribus stiege der Endenergieverbrauch auf 8.868 Mtoe. Diese Resultate bedingen allerdings ein lineares Wachstum und lassen den länderspezifisch sehr unterschiedlichen Pro-Kopf-Energieverbrauch außer Acht. So verbrauchen die westlichen Industriestaaten der OECD mit 4,73 toe/Kopf durchschnittlich ein Vielfaches der sich entwickelnden Staaten wie beispielsweise die beiden bevölkerungsreichsten Länder China (1,24 toe) und Indien (0,53 toe) (IEA Online 2006b: 49ff). Sollte es, wie zu erwarten ist, zu einer Anglei-

chung des Pro-Kopf-Verbrauches nach oben kommen, hätte dies einen enormen zusätzlichen Energiebedarf zur Folge, der in zuvor durchgeführten Schätzung noch gar nicht inkludiert war.

#### 1.2. Forschungsziel

Auf den drei umschriebenen Kernkonfliktfeldern (Energieträgerendlichkeit, anthropogener Treibhauseffekt, Versorgungssicherheit) aufbauend, sollte insbesondere der Verbrauchsreduktion jenes Energieträgers Priorität eingeräumt werden, der in allen drei Bereichen das stärkste Konfliktpotential aufweist, nämlich Erdöl.

Zusätzlich soll die Arbeit einen starken Österreichbezug aufweisen, da besonders in der angewandten, ressourcenökonomischen Politikmaßnahmenforschung hierzulande ein starker Nachholbedarf besteht.

Nachdem der überwiegende Teil des österreichischen Erdölverbrauchs für Mobilität aufgewandt wird (70%), einer Energieverwendungskategorie, die ihrerseits wieder von einer starken Abhängigkeit des Energieträgers Erdöl gekennzeichnet ist (96%) (BMW 2004: 163) liegt es nahe, den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit im österreichischen Verkehrssektor festzumachen. Im Detail soll der Erdölverbrauch des österreichischen Straßenverkehrs und die Potentiale einer Verbrauchsreduktion analysiert werden, was schließlich zur Formulierung der Forschungsfrage führt:

<sup>2</sup> 1 toe (ton oil equivalent) entspricht der Energiemenge von 41,8680 GJ

## **Inwieweit lässt sich der Erdölverbrauch des österreichischen Straßenverkehrs mittels umweltökonomischer Steuerungsinstrumente einschränken?**

Um dem Thema in seiner gesamten Komplexität einigermaßen gerecht zu werden, ist es wichtig, das Verkehrswesen als dynamisches System zu betrachten und die Wechselwirkungen und Rückkopplungen der unterschiedlichen Systemgrößen aufeinander zu untersuchen. Die für den menschlichen Verstand anfangs gar nicht fassbare Komplexität mancher Systeme, wird so in handhabbare Subsysteme zerteilt, deren Funktionsweise wiederum nachvollzogen werden kann. Aus diesem Grund empfiehlt sich die Verwendung von Modellen zur Analyse komplexer Gebilde, wie dem österreichischen Straßenverkehrssystem, in besonderem Maße.

Das in seiner Konzeption diesen Gedanken folgende OILiT<sup>3</sup> Modell soll ein Werkzeug darstellen, mit dessen Hilfe die komplexen dynamischen Prozesse des österreichischen Straßenverkehrs abgebildet und die Folgen von Politikmaßnahmen zur Reduktion des Erdölverbrauchs simuliert werden können.

## **2. Das OILiT-Modell**

Neoklassisch definiert, beschäftigt sich Ökonomie mit der Allokation knapper Ressourcen (Lateinamerika-Studien Online). Diese Zuweisung geschieht gemein hin unter Berücksichtigung des jeweiligen Angebots, der Nachfrage und des daraus resultierenden Preises.

Da jedoch in der Realität keine optimalen Marktbedingungen zu beobachten sind, kann es auch zu falschen bzw. überhaupt fehlenden Preisinformationen kommen. In der Umweltökonomie gibt es viele Möglichkeiten mit diesen Schwierigkeiten umzugehen und sie zu beseitigen. Einige sollen im Folgenden dazu herangezogen werden, Marktunvollkommenheiten im Bereich des österreichischen Straßenverkehrs zu beheben.

Unabhängig von der grundsätzlichen Funktionsweise eines Instruments, hängt die tatsächliche Wirkung stark von der Interventionsebene, also dem Ansatzpunkt der Maßnahme ab.

Bei der Auswahl einer oder mehrerer Maßnahmen kommt es letztlich auf die Abstimmung auf die konkreten Bedürfnisse im Einzelfall an. Um in weiterer Folge konkret wirksame Instrumentarien zu entwickeln, be-

darf es der gründlichen Analyse des Systems und der betroffenen Modellparameter.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und zugunsten eines höheren Detailgrades, wurden exemplarisch drei, dem Verursacherprinzip folgende Maßnahmen ausgewählt und in das Modell integriert.

- Ökosteuer
- Road Pricing
- Forschungsförderung

Die Abbildung des Simulationsmodells verdeutlicht bereits durch die Anordnung der Elemente die dargelegte Zielsetzung der Arbeit: Die Reduktion des Erdölverbrauchs des österreichischen Straßenverkehrs.

Die Pfeile stellen unidirektionale Beziehungen dar, wobei zusätzlich noch durch ein neben der Pfeilspitze befindliches Plus oder Minus darauf hingewiesen wird, ob es sich um eine direkt oder indirekt proportionale Beziehung handelt, ein Anstieg des Wertes des bedingenden Elementes also zu einem Anstieg oder zu einer Reduktion des abhängenden Elements führt.

Steigt beispielsweise der Rohölpreis, so steigt auch der Treibstoffpreis. Auf der anderen Seite führen höhere Betriebskosten des motorisierten Individualverkehrs (MIV) zu einer Reduktion der Fahrleistung desselben.

Es sei darauf hingewiesen, dass Abbildung 2 nur ein modellhaftes Abbild der realen Verhältnisse darstellt und daher auch nicht das Ziel hat, alle tatsächlichen Systemzusammenhänge darzustellen.

---

<sup>3</sup> OILiT (Oil in Transport) ist der Name des dieser Arbeit zugrunde liegenden Modells.

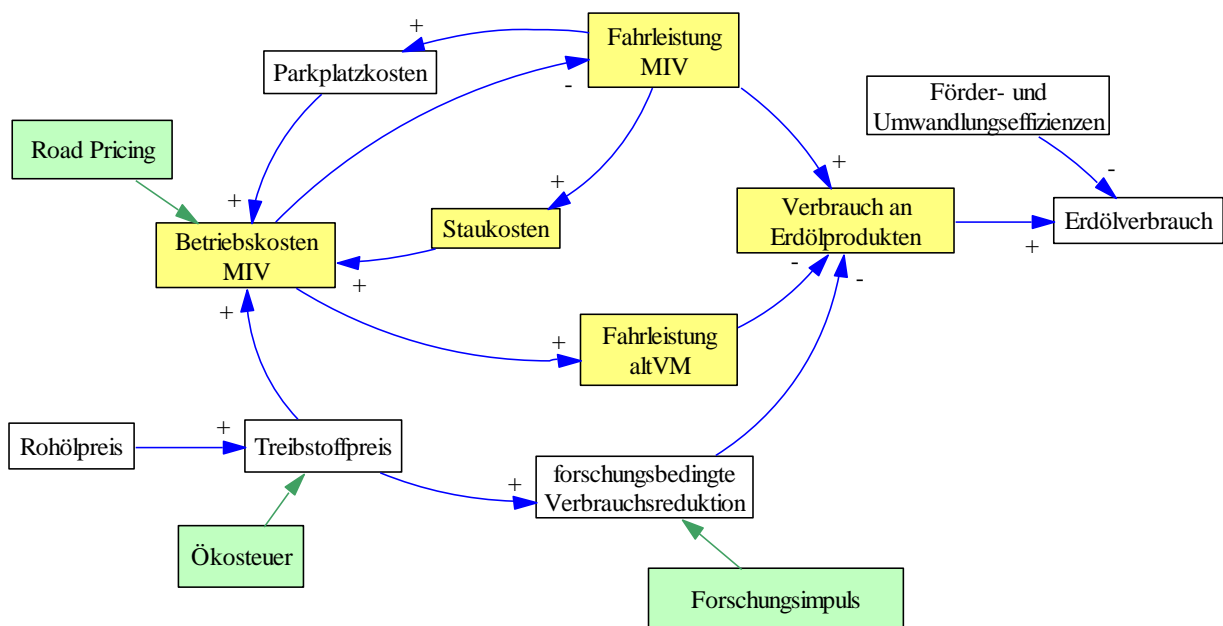


Abbildung 2: OILiT - Gesamtmodell inklusive der zu simulierenden Maßnahmen

Die weiß und gelb hinterlegten Elemente stellen die Kernelemente des Modells dar, wobei die Farbe Gelb auf einen in den Partialmodellen vorgenommen Split zwischen Personen- und Güterverkehr hinweist.

### 3. Simulationsergebnisse

Die drei ausgewählten umweltpolitischen Instrumente (Ökosteuern, Road Pricing und Forschungsförderung) werden im Folgenden einer Untersuchung hinsichtlich folgender Aspekte unterzogen:

#### *Festlegung der Intensitätsstärke*

Bevor die Wirkung eines Instruments quantitativ simuliert werden kann, muss seine Intensitätsstärke festgelegt werden. In diesem ersten Punkt wird also zunächst folgende Frage geklärt: Wie hoch werden Ökosteuernsatz, Road Pricing Tarif bzw. Forschungsförderung bemessen und auf Basis welcher Grundlage wird diese Ausprägung entschieden?

#### *Wirkungsanalyse auf das Modell*

Hierbei werden die im Vergleich zum Baseline Szenario auftretenden Veränderungen der wichtigsten Systemgrößen in Hinblick auf Richtung, Änderungsausmaß und ihr dynamisches Verhalten untersucht. Insbesondere soll die Effektivität und Effizienz der Maßnahmen vor dem Hintergrund des mit der Einführung verfolgten Zieles analysiert werden.

#### *Sensibilitätsanalysen und Budgetrelevanz der Maßnahmen*

Um die Modellergebnisse auf ihre Stabilität hin zu überprüfen, wird die Wirkung von Veränderungen der absoluten Ausprägung sowie des Einsatzzeitpunktes der Instrumente auf das System im Allgemeinen und auf die Zielgröße Erdölverbrauch im Speziellen untersucht.

Da die im Zuge dieser Arbeit behandelten umweltökonomischen Maßnahmen auch Geldflüsse induzieren, ist es letztlich auch von Belang, ob der Staat als Initiator der Maßnahmen zuzahlen muss, oder zusätzliche Steuereinnahmen zu erwarten sind. Es werden allerdings nur direkt budgetrelevante Auswirkungen im Modell berücksichtigt, d.h. „Zweitundeneffekte“ und weitere budgetwirksame Folgewirkungen sind nicht in die Analyse inkludiert. Für eine ausführliche Behandlung wird auf Sonntag 2007: 92ff verwiesen, da eine detaillierte Beschreibung den Umfang dieses Beitrags sprengen würde.

### 3.1. Ökosteuern

#### 3.1.1. Festlegung der Intensitätsstärke

Die österreichische Bundesregierung einigte sich per Ministerratsbeschluss vom 21.3.2007 auf eine Anhebung der Mineralölsteuern um 3 Cent/Liter für Benzin und 5 Cent/Liter Diesel. Da auch die Mineralölsteuern, wie die hier einzuführende Ökosteuern als Mengensteuern exakt dieselben Wirkungen auf den Treibstoffpreis haben, stellt der o.g. Ministerratsbeschluss die Einführung einer Ökosteuern im Sinne des hier untersuchten Instrumentes dar. Während die



MÖSt.-Erhöhung, den im OILiT-Modell verwendeten fiktiven Treibstoff (69% Diesel- bzw. 31% Benzin- Anteil) vor der Umsatzbesteuerung um 4,38 Cent/Liter verteuert, geht der zur Untersuchung der Wirkungen einer Ökosteuer deutlich weiter, indem ein Ökosteuersatz von 34 Cent/Liter festgesetzt wird. Dies entspricht etwa einer Verdoppelung der derzeitigen Mineralölsteuer von 33,767 Cent pro Liter fiktivem Modellkraftstoff. In einem ersten Simulations-

gang soll die Ökosteuer in voller Höhe im Jahr 1 eingeführt werden.

### 3.1.2. Wirkungsanalyse und Modellergebnisse

Eine Erhöhung der Mineralölsteuer wirkt sich direkt auf den Treibstoffpreis aus und führt hinsichtlich der dynamischen Entwicklung zu einer exakten Parallelverschiebung der Preis-kurve des Baseline – Szenarios (siehe Abbildung 3) um den Betrag des Ökosteuersatzes.

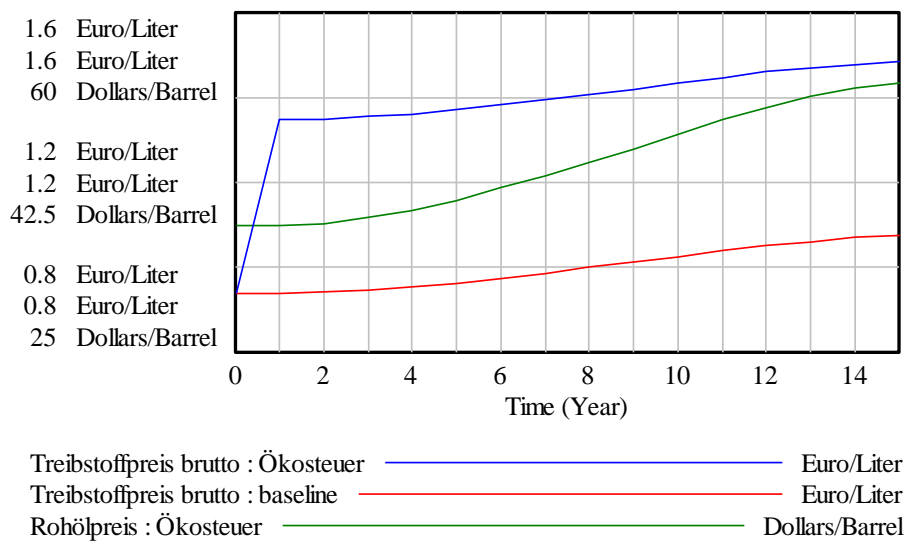
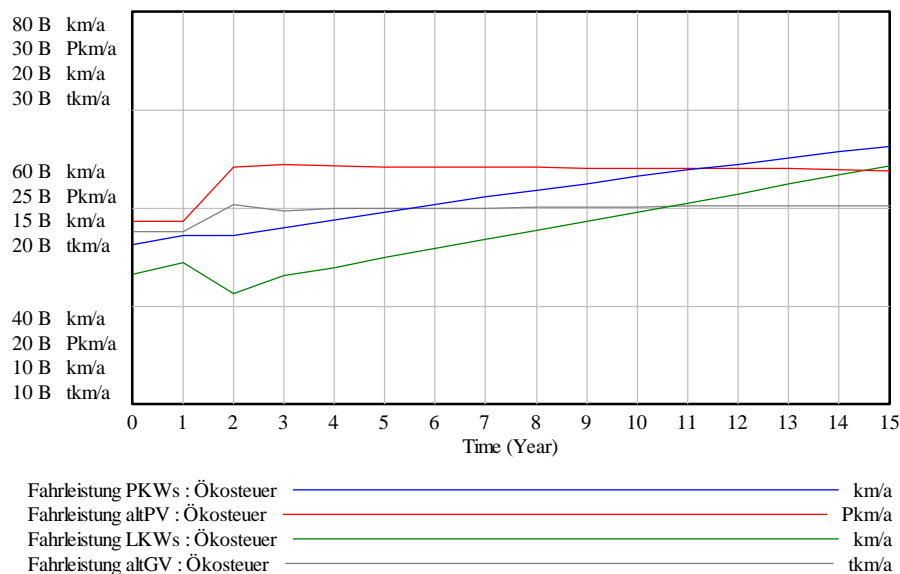


Abbildung 3: Treibstoffpreis und Erdölpreis

Infolge der Einführung der Ökosteuer steigt der Treibstoffpreis im Jahr 1 auf rund 1,35 Euro/Liter, während dieser Preis im Baseline Szenario 0,94 Euro/Liter beträgt. Sehr deutlich ist auch die Verstärkung der, in Hinblick auf den Erdölpreis, stabilisierenden Wirkung der Mineralölsteuer durch die Ökosteuer zu bemerken. Der Steigerung des Erdölpreises um 38,9% steht ein relativ geringer Anstieg des Treibstoffpreises (inkl. USt.) von 10,1% gegenüber.

Die Auswirkungen der Einführung einer Ökosteuer i.H.v. 34 Cent pro Liter hat wie intendiert auch Auswirkungen auf die Fahrleistungen – sowohl auf jene des MIV, als auch auf jene der alternativen Verkehrsmittel. Aus Abbildung 4 geht hervor, dass durch Einführung der Ökosteuer mehr mittels alternativen Verkehrsmitteln transportiert wird, als ohne Ökosteuer. Genau der gegenteilige Effekt tritt bei den Fahrleistungen des MIV zutage, wobei dieser im Personen- bzw. im Güterverkehr unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Offenbar führt selbst die Einführung einer Ökosteuer in

merklicher Höhe, die politisch höchstwahrscheinlich nicht durchzusetzen wäre, im Personenverkehrsbereich nicht einmal zu einem Rückgang, sondern bloß zu einer kurzfristigen Stabilisierung der Fahrleistung, die jedoch nach dem Schock im Einführungsjahr wieder in Wachstum übergeht.



**Abbildung 4: Änderung der Fahrleistungen**

Über die volle Simulationsdauer bis 2020 ist es mit Einführung der Ökosteuern möglich, das Wachstum der PKW-Fahrleistung um 1,49% und das der LKW-Fahrleistung um 7,28% geringer ausfallen zu lassen, als im Baseline Szenario. Im Gegenzug liegen sowohl die Fahrleistungen des altPV als auch des altGV um 5,1% über den absoluten Werten des Baseline Szenarios.

In Hinblick auf das ultimative Ziel der Untersuchungen, die Reduktion des Erdölverbrauchs, lässt sich folgendes aussagen: In Simulationsjahr 2 reduziert sich der Erdölverbrauch im Ökosteuern Szenario um etwa 417 Mio., was 4% des im Baseline Szenario verbrauchten Erdöls entspricht, auf rund 10 Mrd. Liter. Eine Erhöhung des Treibstoffpreises um 43,5% im Jahr 1 führt also zu einer Reduktion des Erdölverbrauchs im Folgejahr von nur 4%.

### 3.2. Road Pricing

Vom Autor wird das hier zu integrierende Road Pricing als km-abhängige Straßenbenutzungsabgabe verstanden, deren Wirkungsbereich sich im Gegensatz zur „Autobahn-Vignette“ auf das gesamte österreichische Straßennetz erstreckt. Während mit der Einführung eines flächendeckenden PKW Road Pricings die derzeitige Autobahnbenutzungsgebühr abgeschafft wird, findet die Einhebung des LKW Road Pricing Tarifs zusätzlich zu den bereits existierenden Mautgebühren statt.

Sowohl im PKW- als auch im LKW-Bereich wird zur Berechnung der jährlichen Road Pricing - Kosten der Road Pricing Tarif mit der durchschnittlichen Fahrleistung multi-

pliziert und dann zu den gesamten Betriebskosten pro Fahrzeug und Jahr hinzuaddiert.

#### 3.2.1. Festlegung der Intensitätsstärke

Für die Errichtung bzw. Erhaltung des österreichischen Straßennetzes wurden im Jahr 2000 über 5,4 Mrd. Euro ausgegeben, wovon rund 46% dieser Infrastrukturkosten von PKW und etwa 47% von LKW verursacht wurden. Der Rest erwuchs aus Busverkehr. Teilt man die derart ermittelten Infrastrukturkosten (Herry 2003: 104) durch die in der jeweiligen Fahrzeugkategorie erbrachte Fahrleistung, erhält man jene Road Pricing Tarife, die zur vollen Deckung der Infrastrukturkosten notwendig wären.

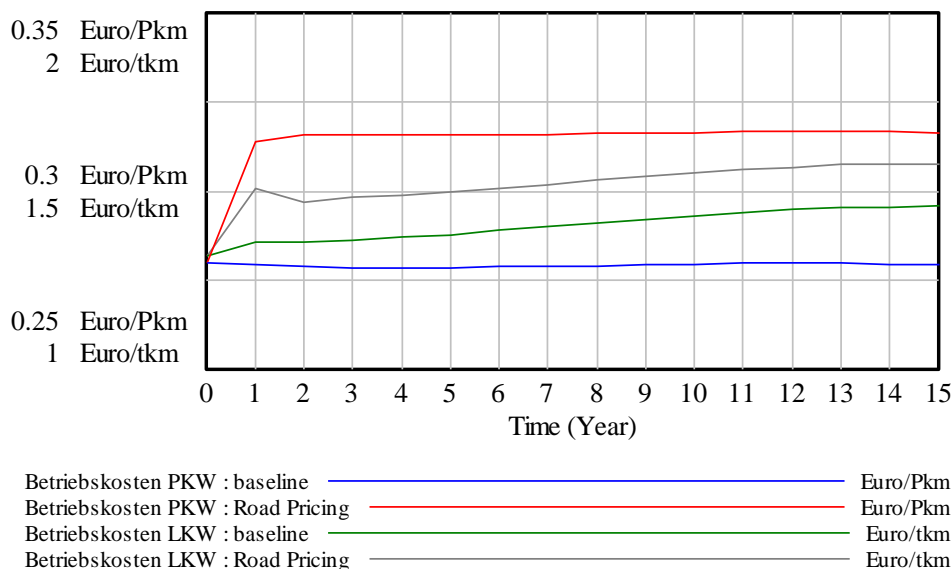
Da es Ziel der Arbeit ist, im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr auftretende externe Kosten u.a. durch Einführung von Road Pricing zu internalisieren, werden die Road Pricing Tarife mit 4,5 bzw. 19,2 Cent/km zur vollkommenen Internalisierung der Infrastrukturkosten festgesetzt.

#### 3.2.2. Wirkungsanalyse und Modellergebnisse

Die Einführung von Road Pricing führt sowohl im Bereich des individuellen Personen- als auch Güterverkehrs zu einer Erhöhung der Betriebskosten des jeweiligen Verkehrsmittels. Aus Abbildung 5 geht hervor, dass die Betriebskosten des MIV durch das Einheben einer kilometerabhängigen Straßenverkehrsabgabe starken sprunghaften Veränderungen zum Einführungszeitpunkt unterliegen. Der dezente Rückgang in Jahr 2 ist auf das zeitverzögerte Einsetzen der negativen Rückkopp-

lungen zurückzuführen: Eine Erhöhung der Betriebskosten führt zu einer Reduktion der Fahrleistung, was wiederum die Treibstoff- bzw. Staukosten pro Fahrzeug verringert. Inso-

fern ist das zunächst heftige Ausschlagen, gefolgt von einem schwachen Rückgang als Einschwingverhalten des modellierten Systems zu interpretieren.



**Abbildung 5: Wirkung des Road Pricings auf die Betriebskosten**

Es zeigt sich, dass die PKW Betriebskosten pro Personenkilometer im Falle der Einhebung von 4,5 Cent pro km Fahrleistung um 13% höher liegen, als im Baseline Szenario. Im LKW-Bereich, in dem die Betriebskosten bis

ins Jahr 2020 bereits ohne Road Pricing um über 10% ansteigen, führt die zusätzliche Belastung in Höhe von 19,2 Cent pro Fahrzeugkilometer zu einer additionalen Verteuerung um weitere 8,2%.

Veränderung von Jahr 1 bis 15	Baseline	Road Pricing
PKW Betriebskosten	+0%	+13%
LKW Betriebskosten	+10,5%	+19,5%

**Tabelle 1: Relative Änderungen der Betriebskosten mit bzw. ohne Road Pricing**

Wie beabsichtigt hat die Einführung einer kilometerabhängigen Straßenverkehrsabgabe auch Auswirkungen auf die Entwicklung und insbesondere auf die Verteilung der Fahrleistungen zwischen MIV und alternativen Verkehrsmitteln. Gerade in Hinblick auf die den Erdölverbrauch reduzierende Wirkung, der im Zuge dieser Arbeit vorgeschlagenen Maßnahmen, wäre es wünschenswert, eine Verlagerung der Fahr- bzw. Transportleistungen in Richtung alternativer Verkehrsmittel zu erreichen.

In der Tat bewirkt die Einführung von Road Pricing im Bereich des PKW- und LKW-Verkehrs eine fahrleistungsreduzierende Wirkung von 1,97 bzw. 1,88%, d.h. die Fahrleistungen des MIV liegen im Jahr 2020 um knapp

2% unter jenen des Baseline Szenarios. Die alternativen Verkehrsmittel hingegen konnten bei einer generellen Abnahme der totalen Fahrleistung um 0,61% stark um 8,46 (altPV) bzw. 1,76% (altGV) zulegen.

Von zentralem Interesse ist selbstverständlich nach wie vor, inwieweit die exemplarisch ausgewählten Maßnahmen in der Lage sind, zur Reduktion des Erdölverbrauchs im landgebunden Verkehrswesen beizutragen. Hierzu lässt sich feststellen, dass sich der Erdölverbrauch bei Einhebung eines kilometerabhängigen Road Pricings um 1,7%, verglichen mit dem Baseline Szenario, reduziert. Festzuhalten ist aber weiters, dass dem stark steigenden Erdölverbrauch nicht durch die

reine Internalisierung der Infrastrukturkosten beizukommen ist, da selbst bei Einführung des Road Pricing in erwähnter Höhe mit einem Erdölverbrauchszuwachs von derzeit<sup>4</sup> 10,2 Mrd. Liter um 8,42% auf über 11 Mrd. Liter bis ins Jahr 2020 zu rechnen ist.

### 3.3. Forschungsförderung

Im Gegensatz zu Ökosteuer und Road Pricing setzt das Instrument der Forschungsförderung aus Sicht des Staates nicht auf der Einnahmen-, sondern auf der Ausgabenseite an und stellt daher eine Subvention dar. Damit wird das Ziel verfolgt, eventuell aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht, oder nicht in ausreichendem Maße beforschte Bereiche zu unterstützen und Unternehmer/inne/n und Forschungseinrichtungen zusätzliche Anreize zu bieten, ihre Forschungstätigkeit in besagten Gebieten zu intensivieren. Im konkreten Fall werden die Mobilitätsforschungsausgaben zur Effizienzsteigerung landgebundener Verkehrsmittel erhöht, d.h. die spezifischen Verbräuche reduziert.

#### 3.3.1. Festlegung der Intensitätsstärke

Das Forschungsförderungsszenario geht von einer Gesamtinvestitionssumme von 1 Milliarde Euro aus. Auf den ersten Blick erscheint diese Annahme unrealistisch und übertrieben hoch, jedoch relativiert sich die Höhe unter Beachtung einiger weiterer Überlegungen. Wie bereits erwähnt handelt es sich bei der Forschungsförderung um eine Budget belastende Maßnahme. Aus diesem Grund ist die Wahl der Intensitätsstärke direkt verknüpft mit der Möglichkeit die dadurch entstehenden Budgetengpässe durch zusätzliche Einnahmen mittels anderer Maßnahmen zu decken. Es wäre daher nicht sinnvoll, Forschungsförderung als singuläre Maßnahme zur Reduktion des Erdölverbrauchs umzusetzen, und dadurch den öffentlichen Haushalt zu belasten. Vielmehr müssten die Subventionen querfinanziert, d.h. über andere Einnahmequellen gespeist werden. Es liegt auf der Hand, dass sich hierzu Maßnahmen anbieten, die neben ihrer Finanzierungsfunktion auch eine ähnliche Zielrichtung haben, wie die Forschungsförderung selbst. Von einer derart angelegten Kombination von Maßnahmen wäre ein verstärkter Umwelteffekt, bei gleichzeitiger Aufkommensneutralität für das öffentliche Budget, zu erwarten.

Betrachtet man die bereits durch niedrig angesetzte Ökosteuersätze bzw. Road Pricing Tarife erzielbaren Einnahmen<sup>5</sup>, er-

scheinen die Ausgaben von 1 Mrd. Euro wiederum eine realistische Annahme zu sein.

#### 3.3.2. Wirkungsanalyse und Modellergebnisse

Die Forschungsausgaben reduzieren ihrerseits durch die Entwicklung immer effizienterer Technologien den spezifischen Verbrauch<sup>6</sup> der untersuchten Verkehrsmittel (PKW, LKW, altPV, altGV).

Im OILiT Modell werden die finanziellen Impulse der Forschungsförderung, den ohne Förderung aufgewandten Geldern (Status quo) hinzuaddiert und steigern somit die Gesamthöhe der den Forschungseinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel.

Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, welche Verkehrsmittel besonders von den zusätzlichen Forschungsausgaben betroffen sind. Die Förderung der forschungsbedingten Verbrauchsreduktion wird also erst eine Periode nach Einführung tatsächlich wirksam. Dies hat seine Ursache in der Modellkonstruktion (geänderte Inputs führen erst in der Folgeperiode zu geänderten Outputs), kann in der Realität aber zeitlich noch wesentlich weiter versetzt bzw. nicht derart eindeutig eintreten.

Aufgrund der höheren Potentiale der Effizienzsteigerung war zu erwarten, dass die Verkehrsmittel des motorisierten Individualverkehrs stärker auf den Forschungsförderungsimpuls reagieren, als die öffentlichen Alternativen.

<sup>4</sup> bezogen auf das Basisjahr 2004.

<sup>5</sup> Durch die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der MÖSt. (siehe Kapitel 0) werden Nettosteureinnahmen von über 420 Mio. Euro jährlich erzielt.

<sup>6</sup> Gemessen in Liter Erdölprodukte pro 100 Fahrzeug- bzw. Transportleistungskilometer

	Änderung des spezifischen Durchschnittsverbrauchs	
	nach dem Förderungsjahr	kumuliert bis 2020
PKW	-1,93%	-1,16%
LKW	-0,96%	-0,54%
altPV	-0,56%	-0,31%
altGV	-0,49%	-0,27%

**Tabelle 2: Änderungen des spezifischen Durchschnittsverbrauchs**

Durch die Differenzierung zwischen den Änderungen nach dem Folgejahr und den kumulierten Änderungen bis 2020 wird außerdem ersichtlich, dass es einer kontinuierlichen Anstrengung bedürfte, um die hohe Effizienzsteigerung des direkten Folgejahres auch über längere Zeiträume wirken zu lassen. Eine einmalige auf ein Jahr konzentrierte Forschungsgeldspritze in Höhe von 1 Mrd. Euro bewirkt bis 2020 eine relativ bescheidene Erdölverbrauchsreduktion um nur 0,78% verglichen mit den Ergebnissen des Baseline-Szenarios.

### 3.4. Kombiniertes Szenario

#### 3.4.1. Instrumentenmix und Intensitätsstärken

Die Kapitel 3.1. bis 3.3. dienten der Analyse der grundsätzlichen Wirkungsweise einzelner umweltpolitischer Maßnahmen, die alle zur Verwirklichung des Ziels der Reduktion des Erdölverbrauchs des landgebundenen Verkehrswesens eingesetzt wurden. Im Zuge der Ergebnisinterpretation stellte sich jedoch heraus, dass jedes Instrument zwar in der Lage ist, einen Beitrag zu liefern, jedoch keines für sich in Anspruch nehmen kann eine universelle Lösung darzustellen. Aus diesem Grund und im Bewusstsein der Stärken bzw. Schwächen einzelner Instrumente wird im Folgenden ein kombiniertes Szenario, das sich aller drei zuvor eingeführten Maßnahmen bedient, konstruiert. Es wurde dabei ein aus Sicht des Autors maßvoller Mittelweg beschritten, der einerseits auf die Potentiale der einzelnen Maßnahmen Rücksicht nimmt, andererseits aber auch die politische Zumutbar- und Umsetzbarkeit mit einfließen lässt.

Die genaue Spezifikation der Maßnahmen des „Kombi- Szenarios“, die Tabelle 3 zu entnehmen ist, schöpft die Möglichkeiten des OILiT Modells, die Instrumente zeitlich verschieden verteilt beginnen zu lassen, bzw. Intensitätsstärken stufenweise zu erhöhen voll aus, sodass die zusätzlichen Belastungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen zeitlich zumindest ein wenig abgefedert werden.

Die Ökosteuer, die in der simulierten Höhe bereits am 21.03.2007 vom Ministerrat der österreichischen Bundesregierung be-

schlossen wurde<sup>7</sup>, liegt hinsichtlich ihrer Intensitätsstärke unter allen zuvor simulierten Ausprägungen, wird aber dafür sofort mit dem ersten Jahr eingeführt.

Das PKW Road Pricing wurde zwar deutlich unter jenem Niveau, das den tatsächlich anfallenden externen Straßeninfrastrukturkosten für den PKW-Verkehr entspricht, festgesetzt, wird aber vermutlich selbst mit 2 Cent/Fahrzeugkilometer politische Wallungen ungleichen Ausmaßes verursachen und bedürfte für die Umsetzung extrem von der Sache überzeugte und überzeugende Politiker/innen. Um die zusätzlichen Kosten zeitlich zu verteilen, wird PKW Road Pricing erst ab dem dritten Simulationsjahr und selbst dann noch zweistufig, d.h. 1 Cent/km für das Jahr 3 und erst ab dem vierten Jahr 2 Cent/km.

Für die Einführung einer zusätzlichen LKW Maut auf das gesamte Straßennetz wurden 10 Cent/km angesetzt. Damit liegt die einzuführen beabsichtigte Intensität des Instruments zwar auch unter den tatsächlich dem LKW-Verkehr anzulastenden Straßeninfrastrukturkosten, jedoch kommt sie dieser Grenze mit insgesamt 15 Cent/km bereits deutlich näher als das PKW Road Pricing<sup>8</sup>. Die Einführung des zusätzlichen LKW Road Pricing findet im Jahr zwei in voller Höhe statt.

<sup>7</sup> Die simulierte Ökosteuer und die tatsächlich beschlossene Mineralölsteuer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Treibstoffpreis in keiner Weise.

<sup>8</sup> Insgesamt werden mit PKW Road Pricing 44% und mit LKW Road Pricing 78% der tatsächlichen Straßeninfrastrukturkosten den Verursachern angelastet.

Maßnahme	Intensitätsstärke	Einführungszeitpunkt	Einführungsschritte / Dauer
Ökosteuer	4,38 Cent/Liter	Jahr 1	sofort
PKW Road Pricing	2 Cent/km	Jahr 3	zweistufig
zus. LKW Road Pricing	10 Cent/km	Jahr 2	sofort
Forschungsförderung	5 Mrd. Euro	Jahr 4	10 Jahre

**Tabelle 3: Festlegung der Instrumente des Kombi-Szenarios**

Wie schon in Abschnitt 3.3.1. erwähnt eignet sich die Forschungsförderung aus Kostengründen nur in Kombination mit anderen Instrumenten zur Reduktion des Erdölverbrauchs im landgebundenen Verkehrswesen. Die Gesamthöhe der zu gewährenden Forschungsförderung wurde mit 5 Mrd. Euro fixiert. Eine Ausgabenhöhe, die bei einjähriger Auszahlung ein enormes Budgetdefizit zur Folge hätte, jedoch auf 10 Jahre verteilt, wie das im Kombi-Szenario der Fall ist, leicht durch die zusätzlichen Einnahmen durch die anderen Maßnahmen finanziert werden kann.

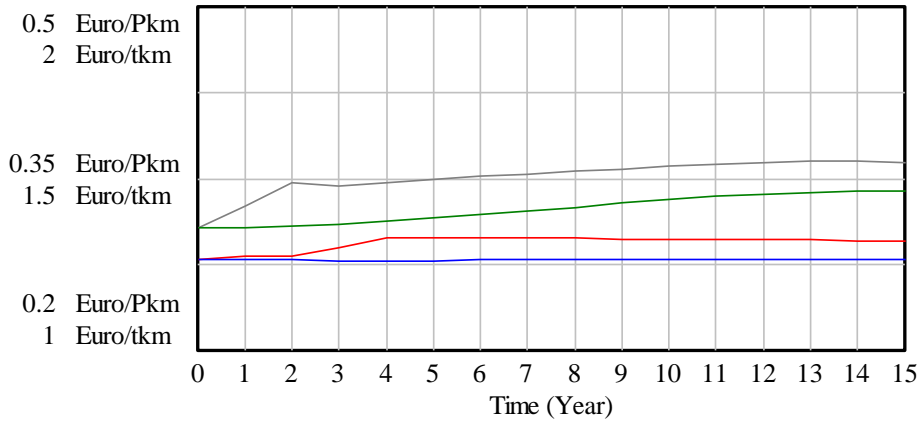
### 3.4.2. Modellergebnisse

Um die Zusammenwirkung der in den Kapitel 3.1. bis 3.3. vorgestellten Einzelmaßnahmen näher zu ergründen, wird im Folgenden kurz auf die Entwicklungen der wichtigsten, direkt von den Steuerungsmaßnahmen betroffenen Schlüsselgrößen des OILiT Modells eingegangen. Dabei wird nun besonderes Augenmerk auf Abweichungen und Auffälligkeiten von bestimmten Modellgrößen im Vergleich zu den Einzelanalysen gelegt werden.

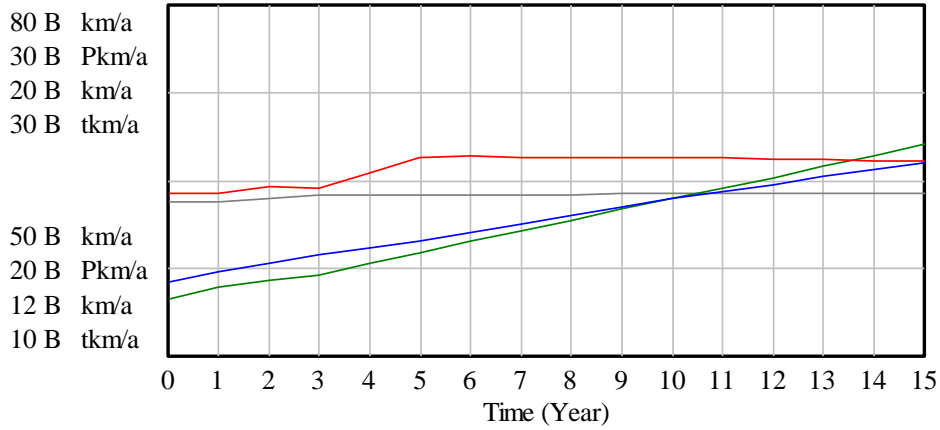
Hierbei zeigt sich, dass die sehr geringe Höhe der Ökosteuer von 4,38 Cent/Liter verglichen mit dem Ökosteuer-Szenario, in dem mit einem Ökosteuersatz von 34 Cent/Liter gerechnet wurde, den Treibstoffpreis gegenüber dem Baseline-Szenario um nur rund 4,9% verteuert. Insofern fallen auch die Folgewirkungen dieser Komponente des Kombi-Szenarios eher bescheiden aus. Aufgrund der Konstruktion der LKW Betriebskosten über einen Treibstoffpreisaufschlag, ist die Einführung der Ökosteuer aber dennoch für den Anstieg der LKW Betriebskosten von Jahr 0 bis Jahr 1 verantwortlich (siehe Abbildung 6). Der zweite Teil des Anstiegs von Jahr 1 auf Jahr 2 ist auf das zusätzliche LKW Road Pricing zurück zu führen. Insgesamt liegen dadurch die LKW Betriebskosten im Jahr 2020 mit 1,55 Euro/ tkm um rund 5,7% über jenen des Baseline Szenarios. Hinsichtlich der PKW Betriebs-

kosten spielt die Ökosteuer fast gar keine Rolle, was an dem sich kaum vom Baseline-Szenario unterscheidenden Verlauf bis zum Jahr 2 abzeichnet. Danach steigen die Betriebskosten aufgrund der zweistufigen Einführung des PKW Road Pricings bis zum Jahr 4 um 5,5% und pendeln sich im Jahr 2020 bei 29,5 Cent/Pkm ein.

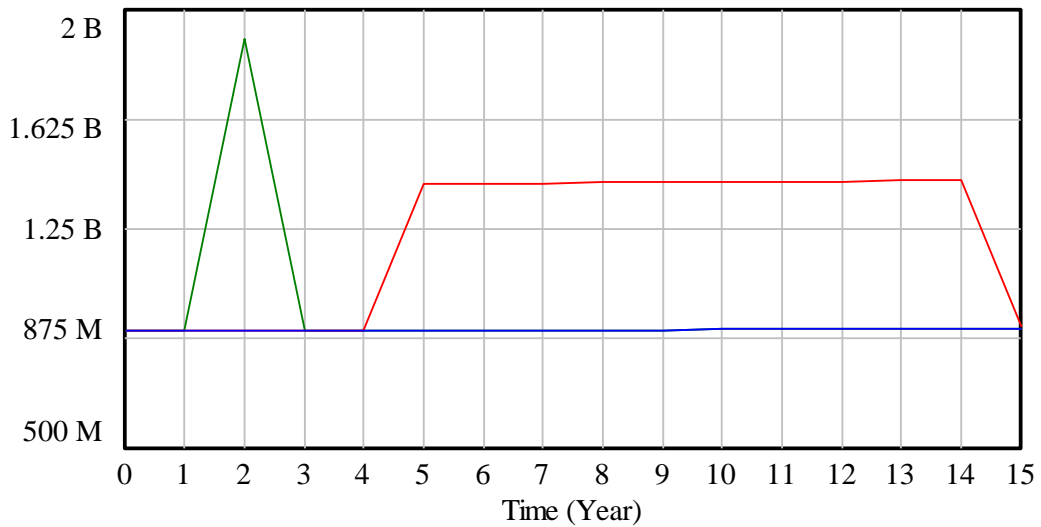
Die Fahrleistungen des motorisierten Individualverkehrs wachsen trotz der Anwendung des kombinierten Maßnahmenpakets mit einer kurzen Dämpfung aufgrund der Einführung des Road Pricings mit durchschnittlich 1,12% (PKWs) bzw. 1,57% (LKWs) pro Jahr. Für diese Zunahme sind maßgeblich die stark positiven Bestandsentwicklungen der Kraftfahrzeuge des MIV verantwortlich zu machen, die insgesamt das größte modellinhärente Nachhaltigkeitsproblem darstellen. Die Fahrleistungen der alternativen Verkehrsmittel bleiben abgesehen von einem rund 3,5%igen Sprung der Fahrleistung des alternativen Personenverkehrs anlässlich der Einführung des PKW Road Pricings über die Gesamtdauer der Simulation annähernd konstant (vgl. Abbildung 6b). Beachtlich sind allerdings die forschungsinduzierten Änderungen der spezifischen Verbräuche vor allem im Bereich des MIV und dort speziell bei den PKWs. Durch massive, langfristige Forschungsförderung (vgl. Tabelle 3) lässt sich der durchschnittliche PKW-Verbrauch von 8 Litern auf rund 6,5 Liter pro 100 km senken (-18,6%). Etwa halb so groß fällt auch die Reduktion des durchschnittlichen LKW-Verbrauchs aus, wobei dieser von 30 Litern auf 27,2 Liter pro 100 km verringert werden kann. Da der Erdölverbrauch in den alternativen Verkehrsmitteln aufgrund des hohen Elektrifizierungsgrades ohnedies schon relativ gering ist, handelt es sich zumeist auch um im Vergleich zum MIV deutlich effizientere Fahrzeuge. Eine weitere Verbrauchsreduktion ist in diesem Bereich wesentlich schwieriger (und daher teurer) zu bewerkstelligen und fällt daher geringer aus, als bei den Fahrzeugen des MIV.



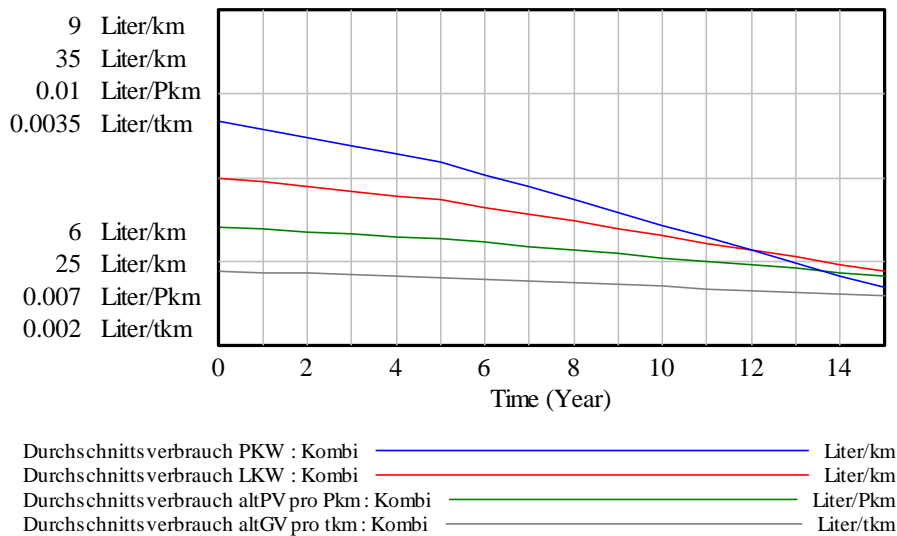
Betriebskosten PKW : Baseline — Euro/Pkm  
 Betriebskosten PKW : Kombi — Euro/Pkm  
 Betriebskosten LKW : Baseline — Euro/tkm  
 Betriebskosten LKW : Kombi — Euro/tkm



Fahrleistung PKWs : Kombi — km/a  
 Fahrleistung altPV : Kombi — Pkm/a  
 Fahrleistung LKWs : Kombi — km/a  
 Fahrleistung altGV : Kombi — tkm/a



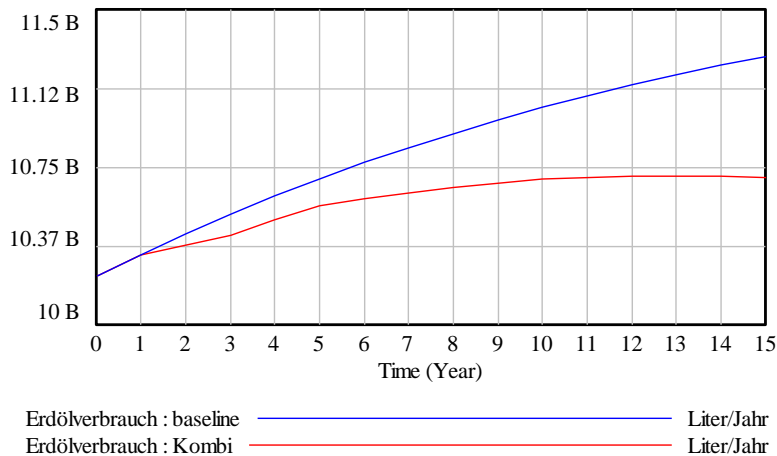
Mobilitätsforschungsausgaben : baseline — Euro/Jahr  
 Mobilitätsforschungsausgaben : Kombi — Euro/Jahr  
 Mobilitätsforschungsausgaben : Forschungsförderung — Euro/Jahr



**Abbildung 6: Ergebnisse des kombinierten Szenarios**

Obgleich die Maßnahmen in der applizierten Intensität insgesamt eher in den unteren Bereich des in den vorhergehenden Abschnitten simulierten Spektrums fallen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des Erdölverbrauchs, wie Abbildung 7 eindrucksvoll visualisiert. Besonders bemerkenswert ist, dass die kombinierte Anwendung verschiedener Instrumente das bisher beste Reduktionsergebnis ermöglicht. Selbst wesentlich stärker ausgeprägte Einzelmaßnahmen waren nicht in der Lage, die stark positive Entwicklung des Erdöl-

verbrauchs zu neutralisieren, geschweige denn umzukehren. Offensichtlich tritt hier zutage, was auch Ziel der verwendeten Methodik ist, nämlich dass es von entscheidender Bedeutung für das Endergebnis sein kann, anstelle einzelner Gewaltakte, mehrere kleine Maßnahmen zu setzen, d.h. an vielen kleinen „Schrauben“ des Modells zu „drehen“. Diese Vorgangsweise wird auch der Komplexität der Wirklichkeit eher gerecht als das Umsetzen singulärer Maßnahmen.



**Abbildung 7: Entwicklung des jährlichen Erdölverbrauchs**

Das Kombi- Szenario stellt den bisher einzigen Simulationsgang der vorliegenden Arbeit dar, in dem es möglich war den Erdölverbrauch zu stabilisieren, wenngleich auch auf hohem Niveau. Durch das zeitlich versetzte Einsetzen der unterschiedlichen Maßnahmen gelang es das Wachstum sukzessive einzudämmen und

schließlich sogar eine dezente Gegentendenz einzuleiten.

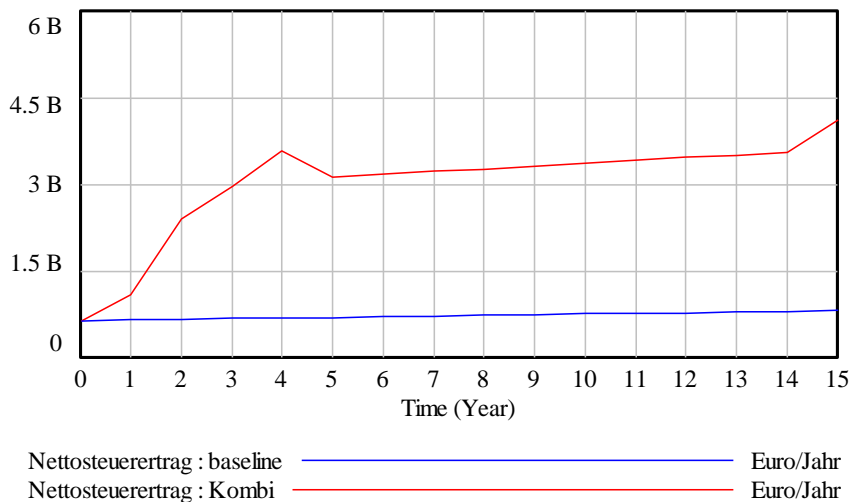
### 3.4.3. Steuersaldorechnung

Neben der politischen Rechtfertigung hinsichtlich der (Un-)Popularität verschiedener Maßnahmen hängt die Umsetzbarkeit nicht zuletzt auch von der Finanzierbarkeit ab. Diesbezüg-



lich wird auch im Kombi- Szenario untersucht, welche Auswirkungen die gleichzeitige Anwendung verschiedener Instrumente auf den öffentlichen Haushalt hat. Wenn es zum Einsatz der in vorgeschlagener Weise kombinierten Instrumente kommt, kann von Beginn an

ein Budgetüberschuss erwirtschaftet werden, der mit zunehmender Simulationsdauer sogar noch anwächst.



**Abbildung 8: Entwicklung des jährlichen Nettosteuerertrages**

Die Entwicklung des in Abbildung 8 illustrierten Nettosteuerertrags ist geprägt durch die zeitverzögerte Einführung der unterschiedlichen Komponenten. Zunächst sorgen die Ökosteuer und das Road Pricing für zusätzliche Einkünfte, die erst später als Forschungsförderung umverteilt und wieder ausgeschüttet werden.

#### 4. Schlussfolgerungen

Sowohl die absolute Beschränktheit fossiler Energieträger, als auch Problematik des anthropogenen Treibhauseffektes unterstreichen die Aktualität und Wichtigkeit der Analyse der österreichischen Energiesituation. Die enorme Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern, welche noch dazu hinsichtlich ihrer natürlichen Vorkommen geographische Konzentrationen in geopolitisch unsicheren Regionen aufweisen, deutet unmissverständlich darauf hin, dass Energiepolitik einen gewichtigen Anteil an einer unbedingt erforderlichen Nachhaltigkeitspolitik haben muss.

Als einer der am stärksten wachsenden Energieverbraucher ist der österreichische Straßenverkehr auch aufgrund seiner extrem hohen Erdölabhängigkeit dafür prädestiniert, genauer analysiert zu werden. Wenn Österreich auf einen Pfad nachhaltiger Entwicklung gebracht werden soll, so funktioniert dies nicht ohne die Erhebung des Erdöleinsparungspotentials des Straßenverkehrs und der daraus

folgenden Umsetzung notwendiger politischer Maßnahmen.

Um diesem Thema in seiner Komplexität einigermaßen gerecht zu werden, ist das Verkehrswesen als dynamisches System zu betrachten und die Wechselwirkungen und Rückkopplungen der unterschiedlichen Systemgrößen aufeinander zu untersuchen.

Das in seiner Konzeption diesen Gedanken folgende OILiT Modell stellt ein Werkzeug dar, mit dessen Hilfe die komplexen dynamischen Prozesse des landgebundenen Verkehrswesens abgebildet und die Folgen von Politikmaßnahmen simuliert werden können. Es besteht die Möglichkeit, einzelne oder mehrere Instrumente gleichzeitig wirken zu lassen und somit ein optimales Instrumentenbündel den politischen Anforderungen anzupassen.

#### Politikempfehlungen

##### *Probleme identifizieren*

Eine der wichtigsten Leistungen des OILiT Modells ist die Analyse der zeitlichen Entwicklung jeder einzelnen Systemgröße. Dies ermöglicht die Identifikation jener Größen, die den Bestrebungen einer nachhaltigen Entwicklung derzeit besonders zuwiderlaufen. So ist der stetige Zuwachs des Erdölverbrauchs hauptsächlich auf den unentwegt wachsenden

Fahrzeugbestand des MIV zurückzuführen. Wie aus den Resultaten des Kombi- Szenarios hervorgeht, lässt sich das Wachstum des Erdölverbrauchs unter Einsatz einiger durchaus unpopulärer Maßnahmen schrittweise eindämmen und bis zum Jahr 2020 auf Null reduzieren. Die Politik wäre hier gefordert, die infrastrukturellen Rahmenbedingungen derart zu verändern, dass es den Menschen auch ermöglicht wird, sich vermehrt für alternative Verkehrsmittel zu entscheiden. Derzeit haben viele Personen keine Wahl, da es einfach kein entsprechendes Angebot an Alternativen zum PKW bzw. LKW gibt.

#### *In interdisziplinären Systemen denken*

Dass Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik nicht streng disziplinär zu denken sind, sondern sich einer systemisch vernetzten Herangehensweise bedienen sollten, wird am Beispiel der Einkaufszentren an den Ortsrändern klar. Auch der in der Vergangenheit oft begangene Fehler, Verkehrspolitik mit Infrastrukturpolitik gleichzusetzen, sollte in der Zukunft nicht wiederholt werden. Einfach darauf los zu bauen, ohne ein langfristiges Verkehrskonzept als Grundlage zu haben, ist sicherlich der falsche Weg. Ein guter, weil sehr augenscheinlicher Indikator für ein Versagen der Verkehrspolitik sind Autobahnfahrstreifen, auf denen ein LKW dem Anderen folgt, obwohl die Autobahn parallel zu einer zwei oder sogar vierspurigen Schienenanlage verläuft, die nicht voll ausgelastet ist!

Eine den Bedürfnissen der Menschen angepasste und zugleich der nachhaltigen Entwicklung verpflichtete Sicht der Probleme mit interdisziplinären Lösungsansätzen wäre besonders zielführend.

#### *Ineffizienzen beseitigen*

Geradezu erschreckend gering fällt der PKW Besetzungsgrad von durchschnittlich 1,3 Personen je Fahrzeug aus, wenn man bedenkt, dass die meisten Automobile mindestens 4 Personen Platz bieten und technisch auch dafür optimiert wurden. Der grundsätzlich sehr zu begrüßende zunehmende Wohlstand ermöglicht es den Haushalten, mehrere PKWs zu besitzen, sodass jede/r auf einen eigenen zurückgreifen kann. Es wäre hier dringend erforderlich, Maßnahmen zu setzen, die Fahrgemeinschaften attraktivieren oder zumindest Alleinfahrten ökonomisch derart unrentabel werden lassen, dass sich ein entsprechender Steuerungseffekt einstellt. Vorausgesetzt wird allerdings auch hier ein ausreichendes Angebot an alternativen Verkehrsmitteln, denn ohne Ausweichmöglichkeit kann keine Substitution stattfinden. Hinsichtlich des LKW Auslastungsgrades gilt Ähnliches, wobei zum großen Un-

terschied zu den PKW-Fahrer/inn/en die Halter/innen der LKWs meistens einen unternehmerischen Hintergrund haben und daher stärker auf die Kosten achten, als Private das tun. Es wird folglich für möglich gehalten, die Auslastungsgrade der LKWs durch die Einführung von flächendeckendem Road Pricing weiter zu erhöhen, um auch in diesem Bereich Ineffizienzen abzubauen.

#### *Alternatives Angebot attraktivieren*

Neben Maßnahmen, die dem motorisierten Individualverkehr seine wahren Kosten (Infrastruktur, Umwelt, Gesundheit, ...) anlasten und ihn dadurch entsprechend verteuern, müssen auch Initiativen gestartet werden, um das Angebot alternativer Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten. Zusätzlich zu der monetären Bewertung durch den/die Reisende/n müssen noch weitere Kriterien Beachtung finden. Es sind dies beispielsweise zeitliche Faktoren (Fahrzeit, Intervalle, Pünktlichkeit), die generelle Erreichbarkeit der Verkehrsmittel (Park and Ride Anlagen, Zubringerverkehr) und der Komfort (Kapazitäten, Sitzplätze, Sauberkeit, Klimatisierung).

Da Infrastrukturinvestitionen grundsätzlich sehr teuer sind, hängt es unter anderem auch von der Finanzierbarkeit der jeweiligen Maßnahmen ab, ob diesen die Chance auf Umsetzung eingeräumt wird. In diesem Punkt ist es unbedingt erforderlich, dass es Quersubventionen aus den Einnahmen der Steuerungsmaßnahmen des MIV geben soll, um das Angebot der alternativen Verkehrsmittel zu stärken und damit auch einen weiteren (kleinen) Schritt in Richtung nachhaltiger Entwicklung zu machen.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es nicht den motorisierten Individualverkehr zu verteufeln, sondern auf die energiepolitischen Herausforderungen Österreichs insbesondere im Verkehrsbereich hinzuweisen und einige empirisch fundierte Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die eine Möglichkeit des Umgangs mit den dargestellten Problemlagen darstellen.

## Tabellen

Tabelle 1: Relative Änderungen der Betriebskosten mit bzw. ohne Road Pricing

Tabelle 2: Änderungen des spezifischen Durchschnittsverbrauchs

Tabelle 3: Festlegung der Instrumente des Kombi- Szenarios

## Abbildungen

Abbildung 1: Globale Bevölkerungsentwicklung

Abbildung 2: OILiT - Gesamtmodell inklusive der zu simulierenden Maßnahmen

Abbildung 3: Treibstoffpreis und Erdölpreis

Abbildung 4: Änderung der Fahrleistungen

Abbildung 5: Wirkung des Road Pricings auf die Betriebskosten

Abbildung 6: Ergebnisse des Kombinierten Szenarios

Abbildung 7: Entwicklung des jährlichen Erdölverbrauchs

Abbildung 8: Entwicklung des jährlichen Nettosteuerertrages

## Abkürzungen

a	annum, Jahr
altGV	alternativer Güterverkehr (Bahn, Schiff)
altPV	alternativer Personenverkehr (öffentliche Personenverkehrsmittel)
altVM	alternative Verkehrsmittel
J	Joule
km	Kilometer
kWh	Kilowattstunde
l	Liter
i.H.v.	in Höhe von
LKW	Lastkraftwagen
Mio.	Million(en)
MIV	motorisierter Individualverkehr
Mrd.	Millarde(n)
OILiT	Oil in Transport
Pkm	Personenkilometer
PKW	Personenkraftwagen
tkm	Tonnenkilometer
toe	ton of oil equivalent
t	Tonne(n)

## Literatur

BMWA, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2004): Energiebericht der österreichischen Bundesregierung 2003. Wien.

BMWA Online (2004): Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft. <http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/6D5A16DC-4781-4A6C-A304-44FB3908B637/0/DatenzurEntwicklungCD.pdf> (Zugriff: 22.09.2006).

Herry, Max (2003): Österreichische Wegekostenrechnung für die Straße 2003, herausgegeben durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie – Straßenforschung, Heft 528, Wien.

IEA Online (2006a): International Energy Agency 2006: Energy Statistics 2004. [http://www.iea.org/Textbase/stats/balancetable.asp?COUNTRY\\_CODE=29](http://www.iea.org/Textbase/stats/balancetable.asp?COUNTRY_CODE=29) (Zugriff: 26.9.2006).

IEA Online (2006b): International Energy Agency 2006: Key World Energy Statistics. <http://www.iea.org/dbtw-wpd/Textbase/nppdf/free/2006/key2006.pdf> (Zugriff: 26.09.2006).

Lateinamerika-Studien Online (2007): Internationale Politische Ökonomie mit Beispielen aus Lateinamerika. <http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-546.html> (Zugriff: 12.03.2007).

Sonntag, Axel (2007): Fossile Energieträger im österreichischen Straßenverkehr. Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.

UNPD (United Nations Population Division) Online: World Population Prospects: The 2004 Revision. <http://esa.un.org/unpp/> (Zugriff: 26.09.2006).

Winter, Hannspeter (2006): Vorlesungsunterlage zur Lehrveranstaltung „Erneuerbare Energieträger“ (LV-Nr.: 134.153) im Sommersemester 2006, Institut für allgemeine Physik an der Technischen Universität Wien.

## Die Autorinnen und Autoren:

**Rita Glavitz** (1982) ist Diplomandin und Studienassistentin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und arbeitete im Rahmen ihrer Diplomarbeitsforschung („*Aqils, Sheikhs and the Dynamics of the State in Somaliland. Traditional Authorities and Customary Law between Institutionalization and Informality*“) als Intern und Research Fellow an der Academy for Peace and Development ([www.apd-somaliland.org](http://www.apd-somaliland.org)) in Hargeisa, Somaliland. Seit 2005 ist sie Praktikantin in der Wiener Außenstelle des ÖSFK und co-organisiert im Rahmen der jährlichen Sommerakademie den JungforscherInnen-Workshop.

**Stephan Heidbrink** (1980) hat 2006 das Studium der Politikwissenschaft an der Philipps-Universität in Marburg abgeschlossen. Er ist seit mehreren Jahren Mitglied im politikwissenschaftlichen Arbeitskreis von Prof. Frank Deppe und Mitglied der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften am Institut für Politikwissenschaft; FEG (heute: Forschungsgruppe Europäische Integration; FEI). 2004/2005 absolvierte er ein Praktikum im Europäischen Parlament und bei der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen. Heute arbeitet der Autor an einem Promotionsprojekt an der Phillips-Universität.

**Georg Leitner** (1983) ist Diplomand am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und schreibt zurzeit seine Diplomarbeit über den Tschetschenienkonflikt. Er ist seit 3 Jahren Praktikant in der Wiener Außenstelle des ÖSFK und zudem Mitorganisator des JungforscherInnen-Workshops im Rahmen der jährlichen Sommerakademie. Der Autor arbeitete im Rahmen mehrwöchiger internationaler Workcamps für gemeinnützige Organisationen in Belgien, England, Niederlande und Marokko und studierte ein Semester lang Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Oslo.

**Tamara Neubauer** (1982) ist Dissertantin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie in Wien und hat 2007 ihre Diplomarbeit über die Auswirkungen von Veränderungen im Verhältnis von Population zu Ressourcen auf Verwandtschaftssysteme fertiggestellt. Ihre thematische Spezialisierung liegt auf den Themen Kriegsanthropologie, Ethnosozioogie, politischer Anthropologie, Wissenschaftstheorie und anthropologischen Theorien und Methoden. 2005 absolvierte sie mehrwöchige Praktika bei Rural Upgrade Support Organisation (RUSO, Ghana) sowie im Flüchtlingshaus der Caritas in Rottenegg OÖ.

**Andrea Perchthaler** (1980) hat 2007 das Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien absolviert und ihre Diplomarbeit zum Thema „Dezentralisierung, partizipative Entwicklung und Ressourcenmanagement – Beispiele anhand des Wassersektors in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ verfasst. Die Studienschwerpunkte der Autorin liegen auf den Themen Entwicklungszusammenarbeit, Südost-Asien und Indien. Zudem studiert die Autorin seit 2005 Internationale Entwicklung an der Universität Wien und hat im Sommersemester 2007 im Rahmen des Studiums ein Tutorium für einen Grundkurs geleitet.

**Axel Sonntag** (1982) hat 2007 das Studium der Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien abgeschlossen und absolviert dort zurzeit das Doktoratsstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Seit November 2006 ist der Autor wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Regional- und Umweltwirtschaft (RUW) an der Wirtschaftsuniversität Wien und hat in diesem Rahmen auch an mehreren wissenschaftlichen Projekten mitgewirkt. Darüberhinaus fungiert er seit 2005 als Studienvertreter für Volkswirtschaft an der WU Wien.

**Corinna Windisch** (1982) hat von 2001 bis 2007 Russisch (Hauptfach), Arabisch, Spanisch und Politikwissenschaften an der Universität Wien studiert und 2007 ihre Diplomarbeit zum Thema „20 Jahre Tschernobyl – Der Tschernobyl-Diskurs unter drei Präsidenten“ fertiggestellt. Neben mehreren Studienaufenthalten in Russland absolvierte sie auch Praktika für Greenpeace in Wien und Moskau und für das Boltzmann-Institut für Menschenrechte. Seit 2002 ist sie Mitglied des AFA (Academic Forum for Foreign Affairs) und war 2003 Vorsitzende des Komitees für Menschenrechte der VIMUN (Vienna Model United Nations).

**Berichte über den JungforscherInnenworkshop wurden auf folgenden Radiosendern ausgestrahlt:**

Ethnowelle auf Radio Orange: Kultur- und Sozialanthropologische Zugänge und Anknüpfungspunkte zu Energiesicherheit und Rohstoffkriegen, Radio Orange, 94.00 MHz, Radiobericht und Radio-Interviews von Lena Gruber und Stefan Swoboda zur Schlaininger Sommerakademie 2007 mit Rita Glavitz, Georg Leitner und Thomas Roithner, 23. Juli 2007, 13 Uhr.

radio%attac: Energiesicherheit und Rohstoffkriege, Interviews mit Axel Sonntag, Corinna Windisch, Rita Glavitz und Georg Leitner, Sendungsgestaltung von Judit Wlascchitz, 31. März 2008.

Das Buch zur Sommerakademie:

Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?

Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses

LIT-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien 2008, 312 Seiten, € 9,80

Der Dokumentationsband dieser Akademie enthält Beiträge von

Elmar **Altwater** (FU Berlin), Matin **Baraki** (Uni Marburg), Gunther **Hauser** (Landesverteidigungsakademie Wien), Lühr **Henken** (Bundesausschuss Friedensratschlag), Karin **Kneissl** (Journalistin, Nahostexpertin), Helga **Kromp-Kolb** (BOKU Wien) und Wolfgang **Kromp** (Uni Wien), Knut **Krusewitz** (TU Berlin, Friedens- und Umweltaktivist), Hans **Lukits** (Vorstandsdirektor der BEWAG), Gerald **Mader** (ÖSFK), Freda **Meissner-Blau** (Aktivistin der Friedens- und Umweltbewegung), Franz-Josef **Radermacher** (Universität Ulm, Global Marshall Plan Initiative), Thomas **Roithner** (ÖSFK), Werner **Ruf** (Uni Kassel), Wolfgang **Sachs** (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie), Hermann **Scheer** (Alternativer Nobelpreisträger, MdB), Peter **Stania** (International Institute for Peace), Jürg **Staudenmann** (UNDP) und Karin **Scheurer**, Udo **Steinbach** (GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg), Peter **Strutynski** (Uni Kassel), Andreas **Zumach** (Journalist, Genf).

Nähere Informationen und ein Inhaltsverzeichnis des Buches sind unter folgender Adresse abrufbar:  
[http://www.thomasroithner.at/cms/images/buecher/roithner\\_energiestrategien\\_rohstoffkrieg.pdf](http://www.thomasroithner.at/cms/images/buecher/roithner_energiestrategien_rohstoffkrieg.pdf)

**In der ÖSFK-Publikationsreihe „SAFRAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung“ sind bislang erschienen:**

Georg Leitner: Die Bedeutung von Nationalismus im Tschetschenien-Konflikt, SAFRAN Nr. 01, 28 Seiten, € 2,--, Wien 2006.

Rita Glavitz: Failed Somalia? Prozesse und Strategien lokaler Akteure zum Nation- und Statebuilding, SAFRAN Nr. 02, 36 Seiten, € 2,--, Wien 2006.

ÖSFK / Rita Glavitz / Georg Leitner / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hrsg.): Medien und Krieg: Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN Nr. 03, 52 Seiten, Wien 2007. (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2006/safran03.pdf>)

ÖSFK / Georg Leitner / Rita Glavitz / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hrsg.): Rohstoff- und Energiesicherheit: Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN Nr. 04, 104 Seiten, Wien 2008. (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2007/safran04.pdf>)

**In der ÖSFK-Publikationsreihe „Dialog – Beiträge zur Friedensforschung“ sind zuletzt erschienen:**

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung: Roithner Thomas: Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses, 312 Seiten, Dialog 54 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 9-7838-2580-9317, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien, Februar 2008.

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung: Roithner Thomas: Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus, 176 Seiten, Dialog 52 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 9-7838-2580-1373 Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien, Juni 2007.


ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung und Redaktion: Roithner Thomas: Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus, 304 Seiten, Dialog 49 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 3-7000-0503-2, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London – Wien, 2. Auflage, Juni 2006.

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung und Redaktion: Roithner Thomas: „Die Wiedergeburt Europas“. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“, 306 Seiten, Dialog 47 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 3-89688-238-4, Agenda Verlag, Münster 2005.

**Aktuelle Neuerscheinungen:**

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung und Koordination: Mader Gerald und Roithner Thomas: Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, 488 Seiten, ISBN 978-3-8258-0932-4, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – Berlin – London – Wien, Februar 2008.

Bock-Leitert Karin, Roithner Thomas (Hrsg.): Der Preis des Krieges. Gespräche über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Krieg, 202 Seiten, ISBN 978-3-86582-599-5, Verlag Monsenstein und Vannerdat, MV Wissenschaft, Münster, November 2007.

 Bestellbar im gut sortierten Buchhandel oder unter [aspr@aspr.ac.at](mailto:aspr@aspr.ac.at)

## **Friedenszentrum Burg Schlaining**

In der südburgenländischen Stadtgemeinde Stadtschlaining sind zwei Friedensinstitutionen beheimatet: Das 1982 gegründete Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) und das 1987 mit Hilfe von europäischen UNESCO-Organisationen gegründete Europäische Universitätszentrum für Friedensstudien (EPU). Beide Institutionen sind als private, gemeinnützige, überparteiliche und unabhängige Vereine organisiert und beide werden von ihrem Gründer und geschäftsführenden Präsidenten Gerald Mader geleitet. Beiden Institutionen wurde 1995 von der UNESCO der Preis für Friedenserziehung verliehen.

Das ÖSFK hat das Ziel, zur weltweiten Förderung des Friedens und zur Förderung einer friedlichen Konflikttransformation auf allen Ebenen beizutragen. Entsprechend engagiert sich das ÖSFK in Forschung, Ausbildung und friedenspolitischer Praxis. Den Ausbildungsschwerpunkt bilden Programme zur Qualifizierung von Fachkräften für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Friedenseinsätzen in Konfliktregionen beschäftigen, wie das „International Civilian Peace-keeping and Peace-building Training Program“ (IPT), das „Mission Preparation Training Program for the OSCE“ (MPT) und die „Summer Academy on OSCE“. Die viel besuchte deutschsprachige Sommerakademie findet heuer mit dem Titel „Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?“ zum 25. Mal statt. Für die EU ist das ÖSFK ein wichtiger Koordinator zur Entwicklung von EU-weiten Ausbildungsstandards und Trainingsprogrammen für Fachkräfte, die in den Bereichen Rechtstaatlichkeit und zivile Administration in Krisengebieten eingesetzt werden.

Im Bereich Mediation in internationalen Krisenregionen konnten in den letzten Jahren Dialogworkshops und Vermittlungsprojekte in Kooperation mit dem österreichischen Außenministerium durchgeführt werden. Seit 1996 werden spezifische Programme in Südosteuropa und dem Südkaukasus durchgeführt und seit 1997 auch in Afrika. Seit 2001 engagiert sich das ÖSFK in Zentralasien und unterstützt die Friedensbemühungen in Sri Lanka.

Die EPU führt englischsprachige Studienprogramme in „Peace and Conflict Studies“ auf postgraduiertem universitärem Niveau durch. Die EPU verbindet akademische Analyse mit Praxisorientierung und persönlichem Lernen, das durch die Dynamik einer internationalen und multikulturellen Studiengemeinschaft gefördert wird.

Seit dem Jahr 2000 betreibt das ÖSFK das Europäische Museum für Frieden. Das Museum wurde mit einem vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verliehenen Anerkennungspreis im Rahmen des Museumspreises 2001 ausgezeichnet.

Das Friedenszentrum Burg Schlaining veröffentlicht neben dieser Reihe u.a. die Reihe „dialog. Beiträge zur Friedensforschung“, die Zeitschrift „Friedens-Forum“ sowie die Publikationsreihe „workingpapers“. Das Institut verfügt über eine Infrastruktur mit den in der Burg Schlaining befindlichen Büroräumlichkeiten, dem „Haus International“, der Friedensbibliothek in der einstigen Synagoge, dem Hotel Burg Schlaining und dem Konferenz- und Seminarzentrum in der Burg.



Nicht erst seit dem letzten Irak-Krieg prägen Fragen der Sicherung von Rohstoffen und Energie politische, mediale und wissenschaftliche Diskurse über internationale Beziehungen, hegemoniale Interessen und Kriegsursachen. In diesem interdisziplinären Sammelband bearbeiten JungforscherInnen diesen Themenkomplex um "Rohstoff- und Energiesicherheit" aus verschiedenen Perspektiven. Das Themenspektrum der enthaltenen Beiträge reicht hierbei von einer Analyse der Rohstoffinteressen verschiedener Großmächte über Fragen der Verteilungsgerechtigkeit bis hin zu konkreten Vorschlägen zur Reduktion des Erdölverbrauches.

Mit Beiträgen von Rita Glavitz, Stephan Heidbrink, Georg Leitner, Tamara Neubauer, Andrea Perchthaler, Axel Sonntag und Corinna Windisch.